

Protokoll der 14. Sitzung

der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ am Montag, dem 13. Mai 1996, Beginn 10.00 Uhr, und am Dienstag, dem 14. Mai 1996, Beginn 9.00 Uhr; Magdeburg, Roncalli-Haus, Vorsitz: Abg. Rainer Eppelmann, Abg. Siegfried Vergin

Öffentliche Anhörung zu dem Thema

Identitäten in der DDR. Kontinuitäten und Wandel im vereinigten Deutschland

Inhalt

Eröffnung Rainer Eppelmann	229
Grußworte	
Reinhard Höppner	231
Wilhelm Polte	234
Vortrag	
Identitäten in der DDR. Kontinuitäten und Wandel im vereinigten Deutschland Helga Schubert	238
Diskussion	250
Vortrag	
Geplante und individuell bestimmte Sozialisation Irma Hanke	274
Podiumsgespräch	286
Ilko-Sascha Kowalczyk (Leitung) – Heinz Bude – Christoph Dieck- mann – Detlef Pollack	
Diskussion	294
Lesung von Schriftstellern	323
Karl Wilhelm Fricke – Jürgen Fuchs – Helga Schubert	
Diskussion	335

Grußwort

Leopold Nowak 351

Podium

Stadt und Region als kultureller Lebensraum in der DDR und im Prozeß der deutschen Einheit 354

Reinhard Mocek (Leitung) – Carlo Jordan – Hans-Jürgen Rach – Harald Schulze – Christine Weiske – Karl Heinrich Zahn

Diskussion 376

Vorträge

Was wirkt von der „DDR-Identität“ tatsächlich weiter?

Hildegard Maria Nickel 394

Stefan Wolle 402

Podiumsgespräch 408

Clemens Burrichter (Leitung) – Hanna Haack – Wolf Krötke – Ehrhart Neubert – Horst-Dieter Schlosser – Wolfgang Templin

Diskussion 420

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Meine Damen und Herren, liebe Kollegen und Kolleginnen, ich möchte Sie bitten, Platz zu nehmen.

Mein besonderer Gruß gilt an dieser Stelle dem Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt und dem Oberbürgermeister der wichtigen und großen Stadt Magdeburg. Seien Sie uns beide herzlich willkommen. (Beifall)

Die Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ veranstaltet ihre öffentliche Anhörung zum Thema „Identitäten in der DDR. Kontinuitäten und Wandel im vereinigten Deutschland“ in Magdeburg, der Landeshauptstadt von Sachsen-Anhalt. Ich glaube, es ist sehr gut, daß wir über dieses Thema in einer Stadt der neuen Bundesländer sprechen, und ich danke all denen, die dazu beigetragen haben, daß wir hierher kommen konnten und in diesem wunderschönen neuen Haus nicht nur arbeiten, sondern auch für einen guten Tag leben können. Mein besonderer Dank gilt der Leitung des Roncalli-Hauses. Dieses schöne Tagungszentrum trägt einen Namen, der auch uns in der DDR etwas bedeutet hat. Mit Papst Johannes XXIII. erlebten wir eine Persönlichkeit, die erstens viel zu früh gestorben ist, die zweitens die starren Grenzen nicht länger akzeptieren wollte und die zum Frieden auch über politische und ideologische Trennzäune hinweg aufrief. Unsere Kommission will zur Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit beitragen. Vor fünf Jahren glaubten wir, die größten Schäden seien auf wirtschaftlichem Gebiet zu beseitigen, inzwischen wissen wir, das vereinigte Deutschland muß gemeinsam sehr viel mehr leisten. Die Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit, die Beseitigung ideo-

logischer Altlasten in Bildung, Wissenschaft und Kultur, soziale Probleme, die justitielle Aufarbeitung von SED-Unrecht und die Rehabilitation der Opfer stellen Aufgaben dar, die uns noch lange Zeit beschäftigen werden. Inzwischen wissen wir aber auch, daß mit der Öffnung der Mauer am 9. November 1989 die DDR keinesfalls vollständig untergegangen ist. In einer großen Zeitung wurde vor kurzem das Rilke-Gedicht „Das Karussell“ abgedruckt. Aus diesem Gedicht ist mir eine Wendung haften geblieben. Da wird von dem Land gesprochen, das lange zögert, ehe es untergeht. Die DDR, die als Staat einfach aufhörte, zu existieren, lebt in sehr verschiedener Weise in den Köpfen in den neuen, aber auch in den alten Bundesländern weiter. Weshalb das so ist und welche Auswirkungen das auf den Prozeß der deutschen Einheit hat, darüber wollen wir in dieser Magdeburger Anhörung mit zahlreichen Wissenschaftlern, Schriftstellern und Zeitzeugen sprechen. Ich danke all denen, die unserer Einladung zum Gespräch gefolgt sind. Ich danke auch denen, also Ihnen, die als Zuhörer an dieser wichtigen Veranstaltung der Enquete-Kommission teilnehmen.

Wie schwierig und wie aktuell das Problem der Identität ist, haben wir vor einer Woche bei der Abstimmung über die Fusion der Länder Berlin und Brandenburg erlebt. Ich bin der festen Überzeugung, da wurde zuletzt dann doch weniger unter politischen, wirtschaftlichen oder Verwaltungsgesichtspunkten abgestimmt, da stand vielmehr im Vordergrund die Frage, wer bin ich, wer möchte ich sein, wer kann ich jetzt schon sein, wer kann ich in einem zukünftigen Bundesland Berlin-Brandenburg sein. Was verunsichert mich? Wieviel Vertrautes brauche ich, um mich sicher oder nicht wenigstens ständig verängstigt oder gestreßt zu fühlen? Der Prozeß der deutschen Einheit kann auch als Integration nach innen beschrieben werden. Die Sozialwissenschaften lehren, daß Menschen, die sich in einem für sie fremden System mit einer ihnen unbekanntem Kultur und anderen Wertmaßstäben zurechtfinden müssen, dabei häufig Identitätskrisen durchleben. Diese Krisen werden gelegentlich in einem Drei-Phasen-Modell beschrieben, das auch für uns interessant sein könnte. Danach wird sich die erste Generation, die Einwanderungsgeneration, eher in sich zurückziehen. In der darauffolgenden Generation treten dann wegen erster Assimilationstendenzen verstärkt gruppeninterne Konflikte auf. Erst in der dritten Generation beginnen Verschmelzung, innere Angleichung oder das, was man allgemein als Assimilation bezeichnet. Die Sozialwissenschaften belehren weiter darüber, daß im Anfangsstadium dieses Prozesses regelmäßig eine sentimentale Verbundenheit mit dem Herkunftsland zu beobachten ist, die sich dann allmählich abzubauen beginnt. Sobald jedoch Störungen gleich welcher Art in diesem Prozeß auftreten, die dazu führen, daß die zugewanderte Minderheit oder Teile von ihr sich nicht in der Lage sehen, sich den Anforderungen der Gesellschaft des Einwanderungslandes anzupassen, kommt es zu Rückfallserscheinungen, die die Wissenschaftler aggressive Tendenzen nennen, in deren Folge erneut die alte Heimat idealisiert wird. Ob Integration gelingt, das wird zudem immer von zwei Faktoren bestimmt: Da sind die Interessen sowie die sozialen und kulturellen Fortsetzungen der Zuwanderer selbst,

da ist aber auch die Haltung der aufnehmenden Mehrheit wichtig. Beide Faktoren stehen in einer unauflösbaren Wechselwirkung miteinander. Ich finde solche sozialwissenschaftlichen Einsichten auch für uns hilfreich. In kühler Abstraktion beschreiben sie, was eben auch den deutschen Einigungsprozeß prägt und aller Wahrscheinlichkeit nach weiter prägen wird. Sie helfen zu begreifen, welche wichtige Rolle die mitgebrachten Identitäten immer neu spielen können und werden. Sie zeigen, daß Integration nur da möglich ist, wo sie von beiden Seiten wirklich gewollt wird. Sie erklären schließlich, woher die Störungen im Integrationsprozeß letztlich herrühren, mit denen wir es heute noch im Prozeß der deutschen Einheit zu tun haben. Solche Einsichten machen verständlich und helfen, so finde ich, zur Gelassenheit. Wir dürfen den Menschen nicht mehr abfordern, als sie überhaupt zu leisten vermögen. Wir müssen uns aber auch ständig fragen, wie wir Störfaktoren beseitigen können, die die gleichberechtigte Integration im vereinten Deutschland hemmen. Wenn ich das Wort Gelassenheit benutze, dann meine ich damit nicht Desinteresse oder gar die Einstellung: „Das wird sich schon alles von selber richten.“ Mir geht es darum, Augenmaß zu bewahren und weiterzuhelfen. Ich wünsche in diesem Sinne dieser unserer wichtigen Anhörung ein gutes Gelingen.

Und nun bitte ich den Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, bitteschön.

Ministerpräsident Dr. Reinhard Höppner, MdL: Meine Damen und Herren, schönen Dank für die Einladung, hier ein paar Sätze sagen zu können. Schönen Dank der Enquete-Kommission dafür, daß sie hier nach Magdeburg gekommen ist. Das ist für uns gut, das ist wichtig. Ich bin der Überzeugung, daß die Enquete-Kommission einen wichtigen, einen wohl unverzichtbaren Beitrag leistet zu dem, was wir in dem Einigungsprozeß in Deutschland seit 1989 zu bewältigen haben, und ich habe im Verlauf der Arbeit dieser Enquete-Kommission auch öfter zu meiner großen Freude feststellen können, daß es dabei gelungen ist, Horizonte aufzureißen. Wenn ich einmal bloß daran erinnere, daß wir es in der öffentlichen Diskussion sehr schnell mit einer Verengung, nicht nur einer Verengung auf das Thema Stasi, sondern eigentlich schon fast mit einer Verengung auf das Thema inoffizielle Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes zu tun gehabt haben und daß es dringend erforderlich gewesen ist, diesen Horizont aufzureißen im Blick auf die Gesamtproblematik dieses Unwesens, das der Staatssicherheitsdienst getrieben hat, aber auch darüber hinaus den Horizont aufzureißen im Blick auf das, was der Parteiapparat dahinter, genauer gesagt der Auftraggeber in dieser Angelegenheit, denn eigentlich angerichtet hat, dann waren das schon Horizonte, die wieder aufgerissen worden sind, die anfangs außerordentlich wichtig gewesen sind. Ich denke, daß auch im Verfolgen der weiteren Themen, die Sie in Angriff genommen haben – wenn ich nur einmal an das Thema des Bildungswesens in der DDR denke und was da eigentlich passiert ist –, unverzichtbare Beiträge geleistet wurden. Ich glaube übrigens, daß das, was Sie dabei erarbeitet haben, was in dem Prozeß diskutiert worden ist, auch später für die historische Aufarbeitung dieser Epoche – man weiß ja, irgendwann gehen dann Historiker nochmal ran – nicht nur eine Fundgrube, sondern auch eine Leitlinie sein soll. Daß Sie

auf diesem Weg Ihrer wichtigen Arbeit jetzt Station hier in Magdeburg machen, das freut uns natürlich auch selber.

Wir haben dabei in den letzten Jahren gelernt, daß offenkundig die Erfahrungen, die die Bürger in der ehemaligen DDR gemacht haben, auch sehr unterschiedlich gewesen sind, und daß wir in dieser Zeit, sozusagen unter dem Druck der Mauer, offenbar auch keine Kommunikation untereinander hatten, die uns über diese Unterschiedlichkeit der Erfahrungen miteinander ins Gespräch gebracht haben. Das ist erst hinterher passiert. Die Gruppen, die unterschiedlich dachten, haben relativ isoliert nebeneinandergelebt. Also etwa kirchliche Gruppen hatten kaum Möglichkeit, mit einer Parteiversammlung ins Gespräch zu kommen. Insofern ist Ihre Arbeit auch eine, die nachholt, was eigentlich in einer normalen Gesellschaft schon vorher passieren müßte, nämlich daß unterschiedliche Erfahrungen miteinander ins Gespräch kommen. Auch das ist wichtig, wobei ich sagen muß – gerade im Blick auf das Thema, das Sie heute haben, und im Blick auf das, wenn ich mir das gestatten darf, Herr Vorsitzender, was Sie an Parallelen gebracht haben –, in einem Punkt möchte ich widersprechen: Wir Bürgerinnen und Bürger mit Ostbiographie sind keine Einwanderer in diesem Deutschland, wir sind Partner. Das war die Grundvoraussetzung für uns, jedenfalls aus meiner Perspektive, in dem Einigungsprozeß, und das ist das Thema, das wir als Ziel uns jetzt vornehmen müssen, wie wir auch wirklich zu Partnern, und zwar zu gleichberechtigten Partnern werden. Partner sind immer unterschiedlich. Also wenn der Unterschied von Ost und West beschrien, beklagt, beredet wird, dann ist das nichts Schlimmes. Im Gegenteil, es kann eine Bereicherung sein, aber es muß eine Partnerschaft werden. Ich bin übrigens der festen Überzeugung, daß diese Partnerschaft, die da erforderlich ist, nur gelingen wird, wenn wir schrittweise dazu kommen, uns nicht nur gegenseitig anzusehen, sondern nur, wenn es uns gelingt, in eine gemeinsame Richtung zu schauen, wenn es uns gelingt, die Zukunftsaufgaben, die wir in Deutschland haben, als gemeinsame Aufgaben zu erkennen, zu formulieren und in Angriff zu nehmen. Auch das, das Entdecken gemeinsamer Aufgaben, gehört zum Bewältigen von Vergangenheit, denn Vergangenheit bewältigen allein zum Selbstzweck wäre zu wenig. Freilich kann man unbelastet Partnerschaft für die Zukunft nur praktizieren, wenn man sich im Blick auf die Wurzeln, aus denen man seine Kraft schöpft, auch einigermaßen Klarheit verschafft, das heißt, ohne die Aufarbeitung von Vergangenheit, wie wir jetzt immer sagen, wird dieses Werk nach vorne nicht gelingen.

Sie haben heute auf Ihrer Tagung das Stichwort der Identität im Mittelpunkt. Lassen Sie mich darum zu diesem Stichwort noch ein paar Bemerkungen machen, weil es sich ja dabei offenbar um eine sehr verwunderliche Geschichte handelt, die immer wieder voll ist von Überraschungen. Die Abstimmung Berlin-Brandenburg hat uns mal wieder deutlich gemacht, daß dieser Faktor stärker ist als – das darf man vielleicht im Roncalli-Haus nicht sagen, sonst hätte ich jetzt gesagt – stärker als alle Vernunft. Das kommt jedoch in einem anderen Sachzusammenhang vor, wissen die Theologen und diejenigen, denen die Formulierungen vertraut sind. Aber es ist wohl so, Identität ist eine ver-

wunderliche Angelegenheit. Ich hätte, glaube ich, mit vielen Freunden bis 1989 behauptet, daß es eine DDR-Identität nicht gibt. Und im Grunde genommen stellen wir erst nach dem Ende der DDR fest, daß da doch etwas ist, daß gemeinsame Erfahrung offenbar doch zu ähnlichem Wahrnehmen geführt hat und also zu Gemeinsamkeiten, die ein Stück weit identitätsstiftend geworden sind. Das muß man zur Kenntnis nehmen, das ist auch nicht schlimm. Identität ist nie schlimm, sie ist nur dann schlimm, wenn sie zu Abgrenzungen und zu Feindschaften führt. Ich stelle allerdings fest, daß die Identität, die jetzt immer so als Ostidentität bezeichnet wird, nicht nur – vielleicht noch nicht mal hauptsächlich – begründet ist in den gemeinsamen Erfahrungen zu DDR-Zeiten. Da gibt's ja diese kuriose Geschichte, daß jemand, der in eine neue Wohnung umgezogen ist, plötzlich in der wunderschönen und modernen Küche sich nach seiner Wohnküche und dem Mief, wie Richard Schröder mal gesagt hat, dieser Wohnküche zurücksehnt, obwohl zweifelsfrei ist, daß dieses Haus schöner ist, und auch völlig klar ist, daß er sich bald darin wohlfühlen wird. Dieses wird uns ja nicht weiter binden, darüber werden wir hinwegkommen. Nein, ich glaube, daß ein Stück der gemeinsamen Identität, die da im Osten zu spüren ist, begründet ist durch die gemeinsame Erfahrung der letzten sechs Jahre seit der Wiedervereinigung. Möglicherweise bindet das im Osten zur Zeit stärker zusammen als die Erfahrungen, die vor der Wende gemacht worden sind. Möglicherweise erklärt das auch, daß plötzlich Menschen so etwas wie gemeinsame Identität empfinden, obwohl sie völlig unterschiedliche DDR-Erfahrungen gemacht und völlig unterschiedliche Rollen in der DDR gespielt haben. Dabei sind Sie natürlich im Blick auf Ihre Aufgabenstellung an einem Problem angekommen, das Sie begleiten wird, das Sie aber gar nicht grundsätzlich lösen können, nämlich dem Problem, daß Sie beauftragt worden sind, sozusagen die Geschichte der DDR-Zeit in den Blick zu nehmen und das, was da passiert ist, und das, was da Identität begründet hat, daß es aber inzwischen eine Geschichte danach gibt und daß bei der Frage der Analyse der heutigen Verhältnisse unter Umständen die Geschichte danach einen größeren Stellenwert bekommt. Wenn das so ist – ich bin ja nicht so in Ihren Gedanken zusammenhängen drin –, dann kann das nur eine Ermutigung sein, diesen Teil auch entsprechend stark in den Blick zu nehmen. Denn das ist jedenfalls mein Wunsch – übrigens auch für Ihre Arbeit hier zu diesem Thema –, daß wir zu einer Haltung, zu einem Miteinander in Deutschland kommen, indem wir erfahren, daß eigene Identitäten, wenn man denn vernünftig mit ihnen umgeht, uns gegenseitig bereichern und nicht uns auseinanderbringen. Gerade in diesem Sinne wünsche ich allen, die Sie hier in der Kommission arbeiten und aus unterschiedlichen politischen, geographischen, traditionellen Zusammenhängen kommen, eine Gemeinsamkeit, in der Sie selber erleben, die unterschiedlichen Identitäten bereichern im Blick auf das, was man sich als Aufgabe vorgenommen hat. Viel Erfolg in diesem Sinne und schönen Dank. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Ministerpräsident, ich danke Ihnen herzlich. Eine Bemerkung, in der Sie mich sehr direkt angesprochen haben, macht mir richtig Lust, mit Ihnen darüber etwas länger zu reden. Ich habe nur

versucht zu beschreiben – Beitritt auf die Art und Weise, wie er vollzogen worden ist, hat bedeutet, wenn ich das richtig verstehe, die Strukturen dieser Bundesrepublik Deutschland, diese neuen Strukturen, seien es die gesetzgeberischen, die verfassungsgemäßen, ein Großteil der ökonomischen usw., sind die der alten Bundesrepublik, und da ist schon manches für uns DDR-Bürger zunächst etwas ganz Neues und Fremdes, und mehr wollte ich damit überhaupt nicht sagen. – Als zweiten bitte ich nun den Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg, Herrn Dr. Polte.

Oberbürgermeister Dr. Wilhelm Polte: Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich nicht widersprechen, wenn der Vorsitzende feststellt, Sie tagen in einer wichtigen und großen Stadt. Das hört natürlich der Oberbürgermeister gern und hat erfreulicherweise, weil diese Erkenntnis sich nun schon bundesweit herumgesprochen hat, oft die Möglichkeit und die angenehme Aufgabe, Gäste in unserer Stadt begrüßen zu können. Natürlich versuche ich, mich auch immer auf der Grundlage des Themas ein bißchen mit einzubringen, und man möge es mir nachsehen, wenn ich es heute nicht in der Form eines Marketing-Direktors für unsere Stadt tue. Die Vorteile und was touristisch hier inzwischen in unserem Angebotskatalog ist, warum Magdeburg allemal eine Reise wert ist, das mögen Sie entweder schon wissen oder aus Prospekten entnehmen, es sollte heute nicht mein Thema sein, ich denke, das ist auch dem Ernst dieses Themas nicht angemessen. Aber als Verantwortlichem hier in dieser Stadt, der diesen Wendeprozess mit einer ganzen Reihe von denen, die auch heute hier anwesend sind, miterlebt hat, wobei ich mich freue, dem einen oder anderen auch wieder hier mal begegnet zu sein, sei es mir gestattet, da einige Anmerkungen zu machen.

Ich meine, das Bedürfnis nach der Aufklärung unserer jüngsten Vergangenheit, der Verflechtungen von Staatssicherheit, SED-Herrschaft, Machtmißbrauch, Menschenrechtsverletzungen in der ehemaligen DDR, aber auch der Beziehungen Bundesrepublik – ehemalige DDR ist nach wie vor groß. Wie gehen wir damit um, wie arbeiten wir das auf? Ich bin alt genug, um mich zu erinnern an die Zeit nach 1945, als es darum ging – um Vergangenheitsbewältigung. Vor allen Dingen in der alten Bundesrepublik war das das aktuelle Schlagwort. Und wenn man dann Rückschau nimmt und sieht, wie hat sich das vollzogen, die Vergangenheitsbewältigung in der alten Bundesrepublik, muß ich ehrlich gestehen, habe ich nicht gar so große Erwartungen, wie es diesmal gelingt. Das ist eine ganz schwierige Kiste, wenn ich das so sagen darf. Und das Thema „Identitäten in der DDR. Kontinuitäten und Wandel im vereinigten Deutschland“ ist – wohl wahr – ein Thema, über das man nachdenken sollte und auch muß aufgrund der Entwicklungen der letzten Jahre. Das kann man natürlich am besten in einer Stadt in einem neuen Bundesland. Woanders geht das eigentlich gar nicht, und so ist es vollkommen richtig, daß Sie hier zu uns gekommen sind, um das Thema aufzuarbeiten. Ich meine, dieser Prozeß hat auch einen schmerzlichen Aspekt, denn wir als ehemalige DDR-Bürger können uns der Prägung aus der DDR-Zeit nicht entziehen. Ich habe das schon vor

Jahren immer gesagt: Die Eierschalen, die wir aus der DDR mit uns rumschleppen, werden wir, solange wir leben, nicht los, so oder so, jeder auf seine eigene Weise, egal, ob man sich in diesem System engagiert, ob man sich mit ihm identifiziert, ob man es als gottgegeben hingenommen hat, ob man seine persönliche Nische suchte – und das haben viele getan – oder die kleine Handvoll war, die den Mut zur Opposition hatte. Das alles schwingt mit, wenn man sich der Frage nach der ehemaligen DDR-Identität zuwendet. Hier, denke ich, muß ein Stück Klarheit versucht werden für unsere jüngste Geschichte, aber hier gilt es auch, Vorurteile und Klischees abzubauen.

Das, was jetzt als Ernüchterung und Resignation so apostrophiert wird im Einigungsprozeß – da kann ich nur immer sagen, dafür habe ich nur begrenzt Verständnis, denn wir haben zur DDR-Zeit immer eines gelernt in unseren Schulungen – alles im Zusammenhang sehen. Wenn ich aber die Praxis sehe, dann wird lediglich partikular über bestimmte Probleme, die zwangsläufig mit dem Einigungsprozeß verbunden sind, diskutiert. Mit diesem Grundsatz, bitte die Verhältnismäßigkeit zu wahren und die Dinge mal im Zusammenhang zu sehen und zu bewerten, kommt man dann nämlich zu ganz neuen Bewertungen, Erkenntnissen und wird auch manchmal – das sage ich, was den Prozeß als solchen anbetrifft, wie er verlaufen ist – ein Stückchen dankbar an so mancher Stelle. Das halte ich für unverzichtbar, denn wenn ich sehe, was hier schon wieder für eine Legendenbildung im Gange ist von interessierter Seite, aber auch von publizistischer, die eigentlich so nicht zu akzeptieren ist, resultiert das für mich daraus, daß man eben die Dinge partikular in den Mittelpunkt stellt und nicht den Gesamtzusammenhang, die Vorgeschichte mitbeleuchtet. Das hängt damit zusammen, daß wir den Einigungsprozeß natürlich im D-Zug-Tempo gefahren sind. Das war auch gut so, war wahrscheinlich historisch gar nicht anders machbar. Die ganze Vorgeschichte und die Brisanz der Situation erforderten das, die DDR war wirtschaftlich am Boden: Was wäre die Alternative gewesen – wer hat sich dieser Frage mal zugewandt und mal eine Alternative aufgezeigt, das Gedankenspiel mal vollbracht – was wäre, wenn wir nicht als Teil Deutschlands heute in der vereinigten Bundesrepublik wären, hier unsere Alternative gewesen? Wer hätte denn den älteren Bürgern heute die Rente verdient? Diese Frage muß man immer wieder stellen auf dem Hintergrund des maroden und kaputten Systems DDR. Und trotzdem stellt sich die Frage, warum hat man solche nostalgischen Gefühle oder transportiert und kultiviert sie. Das hat Ursachen, weil es hier an einem Stück Wahrheit fehlt.

Ein anderes Problem: Es heißt immer, und das ist ja auch richtig, in der DDR haben wir wirtschaftlich gar nicht so schlecht gelebt. Aber wenn man mal hinterfragt, woraus dieser Wohlstand resultiert hat: Was war denn unser Wohlstand? Da gibt es acht, neun, zehn Punkte, die ich Ihnen sagen könnte – das würde jetzt zu weit führen –, was die Ursachen dafür sind. Eine z.B., die maroden Straßen und das Infrastruktursystem, da haben wir ein Stück von der Substanz gelebt. Das war die Wahrheit. Die billigen Mieten, die wir als Wohlstand erfahren haben, für 50 oder für 100 Mark eine ganze Wohnung, das war

die eine Wahrheit. Die andere Wahrheit ist, daß wir heute eine Riesenbaulast in den Kommunen haben, um das wieder in Ordnung zu bringen. Das ist eine Wahrheit. Wer sagt sie mal deutlich und laut? Statt dessen wird darüber gemurmelt, daß wir natürlich den Grundsatz „kostendeckende Mieten“ irgendwann zum Tragen bringen müssen. Da führt kein Weg daran vorbei, wie denn sonst! Diese Wahrheit wird nicht offensiv ausgesprochen, und dann finden sich natürlich die Leute, die nostalgisch den Eindruck verbreiten – früher haben wir nur 50 Mark gezahlt, heute zahlen wir 500 Mark und mehr. Das ist bei einer partikularen Betrachtungsweise so richtig, und die darf man nicht gestatten, hier wird schon wieder eine üble Saat gesät. Dafür, wie Nostalgie in solchen Situationen gedeiht, will ich Ihnen ein Beispiel sagen. Am 1. Mai am Abend habe ich noch einen kleinen Spaziergang gemacht durch eine Gartenanlage, wo normalerweise auch ein bißchen gefeiert wird. Auf dem Festplatz war die DDR-Fahne hochgezogen, hier in einer Gartenkolonie. Das sagt ja irgendwas. Ob das nun ein Einzeltäter war oder ob die anderen sie dort hingeworfen haben – ich denke, das bringt doch irgend etwas zum Ausdruck. Ich weiß nicht, wie man damit umgehen sollte. Sollte man zur Tagesordnung übergehen und sagen, die Zeit wird es schon richten, oder sollte man sich damit auseinandersetzen?

Ich bin auch vollkommen der Meinung wie der Herr Ministerpräsident, wenn ich ihn richtig verstanden habe: Ich denke, die DDR-Identität, was man darunter vielleicht verstehen kann oder was so gehandelt wird, kommt nicht aus der zurückliegenden Geschichte, sondern kommt aus dem Verlauf, wie der Einigungsprozeß sich vollzogen und welche persönlichen Erfahrungen man dabei gemacht hat, und immer wieder ein bißchen aus der Ohnmacht – es ist über uns gekommen, und wir hatten nicht hinreichend Möglichkeit, diesen Prozeß mitzugestalten. Unser politischer Anspruch, wenn ich das mal so sagen darf, war von vornherein am Ende des Einigungsprozesses, es muß nicht nur eine größere Bundesrepublik, sondern auch eine ein bißchen andere Bundesrepublik geben, und da müssen wir uns angemessen dran beteiligen und einspeisen können. Manchmal gibt es das Gefühl, es läuft mehr an uns vorbei, wir sind mehr Objekt und nicht genug Subjekt; unser Anteil, diesen Prozeß mit steuern zu können, der ist etwas zu gering. Und da gibt es natürlich Richtiges, und da gibt es auch Falsches. Ich will mal ein Beispiel nennen fürs Falsche: Richtig ist, daß wir als ehemalige DDR-Bürger arm in die Einheit gegangen sind, wenn man das vergleicht, was der einzelne am Ende seines Erwerbslebens, oder wenn er auch 50 ist oder so, mit in die Einheit gebracht hat im Vergleich zum Durchschnittsbürger der alten Bundesrepublik; ich meine das Portemonnaie, ganz konkret das Portemonnaie. Was hat das zur Folge? Wenn wir hier unsere Städte und Gemeinden in Ordnung bringen wollen, muß investiert werden. Wer kann denn investieren? Doch nicht die Leute aus der ehemaligen DDR – in der Regel nicht, die haben kein Geld. Also kommt das Geld aus der alten Bundesrepublik, das ist so. Und ich bin froh, wenn es kommt, denn nur damit haben wir Chancen für einen Arbeitsplatz. Aber die negative Wirkung ist – die überrollen uns mit ihrem Geld, wir stehen arm da und haben

nichts zu bestellen, denn wer bezahlt, wer sozusagen die Musik bestellt und bezahlt, der sagt auch, was gespielt wird. Aus solcher Denkweise heraus, denke ich, kommt ein Stück, wenn man so will, einer gewissen „Ost-Identität.“ Das ist ein bißchen zu hoch gegriffen, aber ich hoffe, es ist vielleicht damit deutlich geworden, was ich meine.

Ich will noch kurz einige Beispiele anführen aus der kommunalen Sicht, weil ich meine, dieses Thema kann nicht nur in einer Enquete-Kommission behandelt werden, es muß eigentlich auf allen Ebenen Gegenstand der Behandlung sein, und damit müssen sich die Bürger schlechthin auseinandersetzen. Ich muß gestehen, die wirtschaftlichen Probleme und die Dinge, die mit der Erneuerung einer solchen Stadt wie Magdeburg verbunden sind, kosten viel Kraft, so daß man nicht darüber hinaus noch Kapazitäten hat, anderen Dingen sich auch mit der nötigen Vehemenz zu widmen. Wir haben hier immerhin 60.000 Anträge auf Akteneinsicht, und davon konnten 36.000 behandelt bzw. gewährt werden. Das macht eigentlich deutlich, daß doch in erheblichem Ausmaß die Leute wissen wollen, was ihnen widerfahren ist, wer hat da mitgespielt, es treibt sie auch ein Stückchen um. Oder eine zweite Sache, die wir schon 1990 angesprochen haben: Wie ist hier die Kommunalpolitik nach 1945 gelaufen, und wie ist man mit den Leuten umgegangen? Wir haben eine Reihe von hervorragenden Kommunalpolitikern, die aus der Zeit des Faschismus überdauert haben, zum Teil aus dem KZ kamen, dann hier tätig und bald aber den Leuten politisch mißliebig wurden, die sagen wollten, wo es lang geht, die dann im Zuchthaus geendet sind und auch zerbrochene Menschen wurden. Das ist ein Stück unserer jüngeren Geschichte gleich nach dem Krieg, was da diesbezüglich gelaufen ist. Damit versuchen wir uns punktuell auseinanderzusetzen, aber es könnte und müßte da noch mehr geschehen. Es liegt nämlich für viele, die ehemals in der DDR gelebt haben, doch schon sehr weit zurück, gerade die Zeit nach 1945, die fünfziger Jahre. Das waren die Jahre, wo für mich – und ich sage es nochmal, ich habe das alles sehr lebhaft erlebt – die DDR-Phase, kaschiert als revolutionärer Prozeß, am stärksten den stalinistischen Grundzug in ihrer Politik hatte. Das hat sich ja auch ausgewirkt auf vielfältigen Gebieten, mit den massenhaften Enteignungen und daß die Leute aus dem Land getrieben wurden. Millionen sind aus dem ehemaligen Gebiet der DDR weggegangen, die uns heute fehlen, auch für den demokratischen Aufbau, denn es waren manchmal sehr kreative und wendige und flexible Leute. Ich will noch ein Drittes anführen: Wir haben das ehemalige Stasigefängnis am Moritzplatz zu einer Gedenkstätte für die Opfer politischer Gewalt eingerichtet. Das haben wir gemeinsam mit dem Land, für das gesamte Land, hier in unserer Stadt, und ich denke, auch diese Gedenkstätte leistet seitdem einen unentbehrlichen Beitrag zur Wahrheitsfindung. Wenn seit der Eröffnung über 600 Betroffene diese Gedenkstätte aufgesucht und über ihr Schicksal berichtet haben, dann ist das auch ein Versuch, ein Stückchen die Vergangenheit aufzuarbeiten. Es bleibt ein schwieriges Problem, und die psychosoziale Betreuung der Opfer ist eine Aufgabe der Gedenkstätte am Moritzplatz. Sie ist aber au-

Berdem eine Einrichtung der Bewahrung und der politischen Bildung für die nachwachsenden Generationen.

Meine Damen und Herren, ich will es damit bewenden lassen. Sie haben sich ja noch ein umfangreiches Programm vorgenommen. Ich darf Ihnen für Ihre Sitzung, für Ihre Beratung zu diesem sehr wichtigen und sensiblen Thema viel Erfolg wünschen, und vielleicht gelingt es, der Beratung so ein Niveau hier in unserer Stadt zu geben, daß Sie sagen, Magdeburg ist allemal eine Reise wert, da kommen wir zu neuen Erkenntnissen. Wenn Ihnen das gelingt, dann sollte es mich sehr freuen. Vielen Dank. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Oberbürgermeister, für Ihre ganz konkreten Worte und Beispiele. Einer konkreten Bitte von Ihnen möchte ich gerne folgen. Sie sprachen von den 50 D-Mark in bezug auf die attraktiven Mietpreise in der DDR und dann darüber, daß wir dafür heute die Lasten zu tragen haben. Die sind etwa 600 bis 700 Milliarden Mark hoch. Das ist nämlich die Summe – 600 bis 700 Milliarden Mark –, die an Investitionen allein erforderlich ist im Bereich von Wohnungen, Häusern und öffentlichen Gebäuden in den neuen Bundesländern – damit man auch diese Größenordnung mal hört.

Ich möchte Ihnen beiden nochmals ganz herzlich danken. Bleiben Sie hier, solange Ihre sonstigen Verpflichtungen Ihnen das ermöglichen. Wir werden nicht böse auf Sie schauen, wenn Sie irgendwann gehen sollten, wir werden das nicht als ein Zeichen dafür nehmen, daß es Sie ab sofort nicht mehr interessiert.

Frau Schubert, geboren in Berlin, Psychologiestudium, Ehe- und Konfliktberatung bis 1987 in Ost-Berlin, schriftstellerische Tätigkeit, dabei unangenehm aufgefallen, was bedeutete, in die Aufmerksamkeit des MfS zu kommen, 1989/90 Pressesprecherin des Zentralen Runden Tisches in Berlin, Lehraufträge an Universitäten in den USA und in Hamburg, eine ganze Reihe von Veröffentlichungen, Preisträgerin schon zu DDR-Zeiten – zum Teil durfte sie die Preise nicht annehmen, nachher aber doch, und danach – und vielleicht hat auch das etwas mit Identität zu tun – Mitglied des westdeutschen PEN nach Übertritt aus dem ostdeutschen PEN. Frau Dr. Schubert, Sie haben das Wort.

Helga Schubert: Schönen Dank. Eine Vorbemerkung, weil ich hier in einem christlichen Hause bin: „Alles, was ihr tut, soll von der Liebe bestimmt sein. Ich habe vor, noch bis Pfingsten in Ephesus zu bleiben“, so schrieb Paulus, als er Apostel war. Vorher hieß er Saulus und verfolgte die Christen. Er ließ sie auspeitschen, er hütete bei der Steinigung des Stephanus die Kleider der Steinger. Aber dann begegnete er dem Auferstandenen, wurde blind von seinem Licht, wurde geheilt und sehend und bekehrt durch den Heiligen Geist vom Saulus zum Paulus. Das ist dein Gestern – Saulus, das war unsere Hoffnung – Paulus. Pfingsten heute – 19 mal 100 Jahre später – wir müssen dem Bekehrten vertrauen.

Ich habe gedacht, daß ich schon viel länger für die Einheit Deutschlands war, und ich habe mir aber jetzt meine Texte angesehen, die ich geschrieben habe. Da ist mir aufgefallen, daß ich noch im Juni 1989 völlig entmutigt gewesen bin. Das ist ein Text gewesen, den ich vor 6.000 Menschen in den West-Berliner Messehallen vorgelesen habe. Da war nämlich der Kirchentag, ich hatte eine Ausreise bekommen für zwei Tage, und da war eines der Themen auf diesem Kirchentag „Zweimal deutsche Heimat.“ Weil wir ja heute über Identität sprechen, habe ich gedacht, ich lese Ihnen den Text mal vor, denn ich war selbst verwundert, was ich damals gesagt habe:

„'Zweimal deutsche Heimat.' Warum zweimal? Gab es einmal eine deutsche Heimat? Und wer hatte sie? Ich habe unendlich viele Heimaten in der Welt, in Menschen, an Plätzen, von denen ich nur gelesen habe in Zeiten lange vor und lange nach meinem eigenen kleinen kurzen Leben. Meine Heimat in dieser Minute, in der ich schreibe, ist der Bildschirm, auf dem diese Schrift erscheint. Hinter dem letzten Buchstaben blinkt neugierig und freundlich und wach der Cursor, er wartet auf meinen nächsten Gedanken. Werde ich eine Heimat fühlen nachher in einer großen Halle mit Tausenden Menschen, die hinein- und hinausgehen? Ich werde nicht wissen, ob ich gemeint bin, ob sie neugierig und wach und freundlich sind. Zweimal deutsche Heimat. Ich empfinde eine deutsche Heimat, wenn ich den Spott entdecke in einem Heine-Gedicht und die Trauer dahinter. Dachte er an Deutschland in der Nacht, so war er um den Schlaf gebracht. Ich bin nicht um den Schlaf gebracht, wenn ich an Deutschland denke, ich bin dankbar, daß ich nicht mehr an Deutschland denke, wenn ich schlaflose Nächte habe. Deutschland mußte klein werden in meinen Gedanken, ein hilfloses trotziges Kind, bis ich es lieben konnte, aber es ist nur in meinem Kopf, nicht auf der Landkarte von heute. Eine Weile betrachte ich es in seiner alten Gestalt. In welcher? Es hatte so viele. Ich denke, daß ich an diesem Begriff etwas ausprobieren könnte, etwas, was es noch nie gab, und daß ich erhoffe, über eine Schlucht zu fliegen nur mit meinen Armen, über das Wasser zu laufen nur mit meinen Füßen und andere Grenzen zu überwinden, nicht nur die auf der Landkarte von heute. Weg von dem Denken in Grenzen, Grenzen als Ablenkung. Zweimal deutsche Heimat als Ablenkung, als einmal Erdenheimat, als einmal Weltheimat, Sternenheimat, Sprachheimat. Nur einmal denken können – deutsche Sprachheimat.“

Ich möchte also hier selbstkritisch meine Entwicklung Ihnen darstellen. Ich habe aber auch einen richtigen, echten Text geschrieben aus lauter Respekt vor dieser hehren Runde – einen Acht-Seiten-Text. Ich möchte aber zunächst noch einen anderen Text lesen, und zwar habe ich ihn am 13.1.1990 in der Nikolai-kirche in Berlin – Hauptstadt der DDR – gesprochen, da wurde eine Deutsche Gesellschaft gegründet, und vor mir sprach Johannes Rau. „Deutschland ist ein gespaltenes Land“, habe ich es genannt:

„Deutschland ist ein gespaltenes Land, ein Teil von ihm sind wir.“ Das schrieb der deutsche Schriftsteller Kurt Tucholsky 1929 mit 39 Jahren. Dann ging er für immer ins Ausland. Drei Jahre später, 1932, erschien sein letztes Buch,

vier Jahre später, 1933, wurden seine Bücher verbrannt hier in Berlin, und sechs Jahre später, 1935, brachte er sich um. In seinen letzten drei Lebensjahren hatte er sich schriftlich nur noch in Briefen und im Tagebuch geäußert. Er war an den deutschen politischen Verhältnissen verzweifelt, denn, so schrieb er 1933 an seinen Freund Walter Hasenclever, man kann nicht schreiben, wo man nur noch verachtet. Deutschland ist ein gespaltenes Land. Ein Teil von ihm sind wir, wir heute, am 13. Januar 1990, mit dem Wunsch, eine Deutsche Gesellschaft zu gründen in dieser Kirche. Und wer ist der andere Teil? Es kann sich nur um Menschen handeln, nicht um ein Territorium, ein beruhigender Gedanke angesichts der deutschen Geschichte. Aber wie groß ist unser Teil und wie groß ist der Teil der anderen? Und hat diese Unterscheidung vielleicht mit Tucholskys Tod zu tun? Ist es todbringend, in diesem Gegensatz zu denken – wir – die anderen? Wer sind unsere anderen, heute und hier? Alle, die gegen eine zu starke und zu schnelle Annäherung der Deutschen sind, die sagen, daß sie sich schon vor den Namen 'Deutschland' fürchten, die sagen, daß sie an das Deutsche Reich denken und das Dritte, und die sagen, daß sie in ihrem Innern die 'Deutschland erwache'-Rufe schon hören, die fürchten, daß man die Geister nicht wecken darf? Was sind das für Geister, und wo schlafen sie und warum? Wer sind unsere anderen, die sagen, auf den Straßen marschiere der braune Mob, wenn sie die skandierenden Rufe hören 'Deutschland einig Vaterland' und die uns nationalistisch nennen, wenn wir uns in einem übersehbaren Zeitraum, noch in unserem Leben, ein einheitliches Deutschland wünschen?

Jetzt muß ich beginnen, von mir allein zu sprechen. Wer sind meine anderen, die mich besorgt ansehen, wenn ich mir ein einheitliches, friedliches und neutrales Deutschland wünsche und darin leben möchte? 45 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, an dessen Beginn ich erst geboren wurde, ist es zu Ende mit meiner Geduld. Ich möchte nicht mehr für die Vater-, Mutter-, Großväter-, Großmütter-Generation büßen, ich möchte nach der Verantwortung, der Reife, den möglichen Aufgaben meiner Generation fragen und mich nicht künstlich schuldig fühlen. Ich möchte mich nicht mehr von meinem eigenen Leben ablenken lassen durch die Ideologien anderer Menschen. Ich möchte die Kriegsfolgen und die Nachkriegsfolgen und die Folgen des Stalinismus und die Rechtfertigungen der Stalinisten nicht mehr länger ertragen. Es ist ihr Problem, daß sie immer wieder zwischen Elite und Volk unterscheiden, daß sie es für möglich halten, eine Partei habe immer Recht. Ich möchte nicht den nächsten Sozialismus-Testlauf in diesem wirtschaftlich fast zusammengebrochenen Land absolvieren, während einige gebildete westeuropäische Zuschauer in Norditalien unter einer Pinie lagern – gibt es die dort? – ihren Grappa trinken – der wird dort vorhanden sein –, mir Ratschläge geben und mich bedauern, daß ich es in ihren Augen wieder nicht richtig angestellt habe, ihre Utopie zu verwirklichen. Nie werden sie mit mir tauschen. Ihre Aufgabe besteht in der notwendigen Stützung der italienischen Lira. Ein Teil von Deutschland ist es, diese anderen, die nach dem Mauerbau 1961 bei uns geboren wurden. Für sie ist *ein* Deutschland unvorstellbar. Langsam, langsam, sa-

gen sie beschwichtigend, die Annäherung ist eine Aufgabe der nächsten Generationen. Zu unserem Land kann nicht plötzlich etwas ganz Fremdes gehören, etwas Reiches, etwas Schnelles, etwas Buntes, etwas Sicheres mit einer wirklichen Geschichte, etwas Unsicheres mit dem Risiko des nicht bis zur Berentung Durchgeplanten – das sagen die aus dem Osten. Und die jungen Deutschen aus dem Westen stimmen zu. Langsam, langsam, das mit der deutschen Einheit steht zwar irgendwie im Grundgesetz, aber ich habe es da nicht hineingeschrieben, sagt jeder dieser Individualisten, jede dieser Individualistinnen. Ostdeutschland hat allerdings den Vorteil, daß der Wechselkurs für die D-Mark günstig ist, die Kellner sprechen Deutsch, und für Filme, die im Nachkriegsdeutschland spielen, braucht man nun keine Kulissen mehr. Die historischen Altstädte kann man im Original ablichten.

Ruinen schaffen ohne Waffen, Müllimporte, Dumpingpreise auf dem Weltmarkt für unsere Rohstoffe. Die Abraumbagger des Braunkohletagebaus kommen auf unsere Dörfer zu. Häuser werden abgerissen, die Friedhöfe umgelagert. Das alles werden die Westdeutschen in diesem Jahr zum ersten mal zu Hunderttausenden mit eigenen Augen, Nasen und Füßen erkunden, und sie werden begreifen, warum Hunderttausende unserer jungen Generation in den Westen gingen. Sie hatten einfach die Geduld verloren. In den Zeitungsberichten über die neuen Übersiedler, die täglichen tausend bis zweitausend, steht, daß nun nicht mehr junge Ehepaare mit Kind kommen, sondern die Vertreter der mittleren Generation, meine Altersgefährten. Sie waren beim Mauerbau gerade volljährig und hatten mit dem Studium oder der Berufsausbildung begonnen, da durfte plötzlich dort, wo sie täglich zum Gesundbrunnen oder zum Zoo ins Westkino gingen, geschossen werden. Erst Stacheldraht, dann Mauer, dann zweite Mauer davor. Meine Generation knüpft nach 28 Jahren an ihr Leben vor dem Mauerbau an und beginnt aufs neue zu vergleichen. Viele von ihnen ließ man 28 Jahre in westlicher Richtung nicht aus dem Land, und nun vergleichen sie den Westen von damals mit dem Westen von heute und den Westen von heute mit dem Osten von heute. Die Kinder sind aus dem Haus, vielleicht im Sommer über Ungarn, über Prag, über Warschau, über die Donau in den Westen gegangen und haben es sich im Container gemütlich gemacht. Vielleicht haben die Eltern schon den Deutrans-Umzugswagen bestellt, oder sie gehören zu den zweieinhalb Millionen Menschen, die noch gehen wollen, wenn sie die Hoffnung ganz verlieren. 'Seien Sie nicht traurig', sagte die Frau eines DDR-Dichters vor der sogenannten Wende und vor der Maueröffnung zu mir, 'sollen sie doch alle gehen, dann machen wir eine sozialistische Republik für die restlichen 12 Millionen, und die 200 Italiener, die bei uns leben wollen, lassen wir auch herein'.

'Wie soll es weitergehen?' – schreit ein Mann auf der Kassette der Novemberdemonstration in Dresden. Ich habe die Kassette und höre mir die Stimme an, die kräftige Stimme eines Mannes meiner Generation. Wie soll es weitergehen? Diese Leute bleiben, die so schreien, mit ihrer wütenden Liebe zu diesem Land. Inzwischen äußern die Arbeiter klar, wie es nach ihrem Willen weitergehen soll. Vorgestern unterbrachen sie ihre Arbeit am Leipziger Platz, der

liegt gleich neben dem Potsdamer, mit ihrem Schutzhelm auf dem Kopf und gingen in einem Demonstrationszug, wie damals am 17. Juni 1953 aus Protest gegen die erhöhten Normen, von der Leipziger Straße zur Volkskammer und stellten auf Transparenten ihre Bedingungen fürs Hierbleiben: Nie mehr Diktatur durch eine bestimmte Partei und einen bestimmten Sicherheitsdienst, Wiedervereinigung. Man sollte, sagte eine Fotografin zu mir, jetzt weniger fotografieren und dafür einfach in die Betriebe gehen und zuhören, was sie mit Wiedervereinigung meinen. Die Arbeiter haben seit Jahrzehnten den Politikern und den Propagandisten zuhören müssen, das ist jetzt zu Ende. Eine Realpolitik wird sich auf diesen Wunsch einstellen und ihn berücksichtigen müssen.

Kann diese Deutsche Gesellschaft die Verantwortungsgemeinschaft von uns Deutschen für das gemeinsame kulturelle Erbe, das auch ein europäisches ist und zur Weltkultur gehört, bestärken, ohne daß einer von beiden, nämlich unser Teil in der DDR, als Bettler dasteht? Wir müßten etwas einbringen können, was bei dem Wiederaufbau dringend gebraucht wird, unsere gute Berufsausbildung, handwerkliche Fähigkeiten, z.B. spezielle Kenntnisse in der Restaurierung. In der DDR gibt es, anders als in der Bundesrepublik, dafür eine besondere Hochschulausbildung. Dafür fehlt es aber den DDR-Denkmalpflegern an technischen Ausrüstungen, an Büroausstattung, Gerüsten, Mikroskopen. 'Wo soll man anfangen?' – sagte mir ein junger engagierter Denkmalschützer. Jeder Tag, an dem man nicht anfängt, den Abriß alter Häuser zu stoppen, ist verloren. Mehrere alte Stadtkerne sind in den nächsten zwei Jahren unwiederbringlich zusammengebrochen, wenn nicht sofort etwas getan wird. Er nannte als Beispiel nur die Stadtkerne von Weimar, von Meißen, von Zittau, von Görlitz, von Halberstadt, von Quedlinburg, von Stralsund. Im vergangenen Jahr konnten in der gesamten DDR nur 11 Millionen Mark unserer Währung als Zuschüsse zum Denkmalschutz verteilt werden. Das mußte für die unter Denkmalschutz stehenden Kirchen und Schlösser reichen. Der junge Denkmalschützer schlug als eines der möglichen symbolträchtigen Objekte für Patenschaften das Dresdner Schloß vor, und ein Teil der Mauer mußte stehenbleiben und geschützt werden als Denkmal. Ein anderer Fachmann, der Architekt Dr. Christian Tietze, sagte entsprechendes: 'Es fehlen im Bauwesen ein Arbeitsmarkt (Das hat man alles schon vergessen, also ich jedenfalls.) – und funktionierende Arbeitsämter, ein Geldmarkt mit Anreiz zum Sparen, der Anlagemöglichkeiten in der Industrie stimuliert, Bausparen fördert, die Kreditaufnahme erleichtert. Es fehlen ein Baumaterialienmarkt, ein Baumaschinenmarkt, es fehlen sozialökonomische Modelle, die privates Bauen fördern, genossenschaftlichem Bauen Anreize bieten und staatlich gefördertes Bauen als soziale Aufgabe betrachten. Im Rahmen des nationalen Kulturfonds, den wir ins Leben rufen möchten, könnten kleine und mittlere Betriebe gegründet, könnten Pilotprojekte gefördert werden, um einen integrierten Denkmalschutz zu gewährleisten und damit die wirtschaftliche Entwicklung der Umgebung einzubeziehen.' Soweit der Fachmann.“

Ich habe jetzt hier in dieser Rede gesagt, was wir von uns aus einbringen könnten, dann, daß es eine Annäherung geben müßte, und hier noch etwas, was vielleicht für unsere Identität auch wichtig ist; ich muß es ja kürzen:

„Die einzige Möglichkeit zu verstehen ist eben die Annäherung. Am vergangenen Montag sah ich etwa 50 Menschen an der Weltzeituhr am Alexanderplatz lebhaft miteinander diskutieren. Anlaß waren zwei junge Leute, die schweigend, etwas erhöht, auf der Zementeingassung eines Blumenbeetes standen und zwischen sich ein Transparent hielten. Es war in scharfer Form gegen die vorherrschende Partei gerichtet. Ich fragte das junge Mädchen, ob sie ganz für sich allein oder für eine Jugendgruppe demonstriere. Nein, das wäre nur ihre Meinung, antwortete sie. An unserem Gespräch beteiligte sich bald eine dritte Frau, eine West-Berliner Sozialarbeiterin, die mich anschließend bis an meine Haustür begleitete. Sie kam, weil sie eine Erscheinung in ihren Ursachen verstehen wollte. Die kleinen Übersiedlerkinder aus der DDR hätten spezifische Anpassungsprobleme, weil sie nur Kommandos gewöhnt wären und nun mit der erforderlichen Selbstbestimmung noch nicht zurecht kämen. Sie wollte verstehen, was mit den Kindern los war, und sah sich darum zunächst die Erziehung auf der Straße an, unsere autoritäre Erziehung. Auch ein solches Verständnis wollen wir mit unserer Gesellschaft fördern.“

Das ist also 1990 gesagt, 1990 ganz am Anfang, als wir noch am Runden Tisch waren und überlegten, die Wahlen im Mai zu machen und wie. Also sehr viel langsamer hatten wir uns das vorgestellt – ich habe nicht gedacht, daß es so schnell gehen wird. Dann habe ich in der Universität ein Jahr später einen Vortrag halten sollen über Diktaturfolgen, das Thema habe ich mir selbst gestellt: „Ein Leben nach dem Ende der Diktatur“:

„Von einem hohen vereisten Berg bin ich die letzten drei Jahre auf einem nicht mehr steuerbaren Schlitten ins Tal gerast, um mich herum Tausende, denen es auch so ging. Mir ist fast das Hören und fast das Sehen vergangen. Das ganz normale Chaos des Lebens war endlich, endlich angebrochen. Ich war nicht allein damit, auch er war nicht allein, weil wir nahe beieinanderblieben. Wir haben uns vertraut und auf uns achtgegeben, daß nicht einer von uns beiden unbedacht bremst und wir stürzen. Es wuchs eine unheimliche Erleichterung und Lebensfreude in mir – endlich weg von diesem Eisberg für immer. Die Fahrt wurde langsamer, aus Eis wurde Schnee, wir waren im Tal. Erde knirschte unter den Kufen, der Schlitten blieb stehen, wir standen auf, ich sah mich um, stand, weiche Erde unter den Füßen, um mich Menschen, die uns nicht weiter beachteten, so, als ob wir schon immer dazugehörten. Ja, hier wollte ich immer sein. Und die anderen? Nicht mehr zu überblicken. Jede und jeder machte etwas anderes, einige stehen auf von ihren Schlitten, verfluchen die unfreiwillige Schlittenpartie, den Schlitten, das Tal, die knirschende Erde. Kein Grund zur Freude. Wo ist das Mittagessen? Voll Abscheu schweift ihr Blick. Hier wollten sie nie her. Sie stehen zusammen wie ein Eisblock. Vom Wir zum Ich, von der Anpassung zur Autonomie, zum ungestraften Andersdenken, vom Staatsmonopol der Lüge und der Desinformation zur verwirren-

den Meinungs- und Medienvielfalt. Diktaturfolgen zwischen Anpassung und Autonomie – mich interessiert die gesprochene und geschriebene deutsche Sprache über alles. Sie ist meine alte Vertraute, meine Trösterin, meine Hofnarrin, meine Warnerin, mich interessiert das Hervorgehobene wie das Verschwiegene, das absichtsvoll Weggelassene. Eine halbe Wahrheit ist doch eine ganze Lüge, sagt ein jüdisches Sprichwort. Manchmal habe ich in einer einzigen Versammlung“ – diesen Absatz lese ich noch, dann höre ich auf mit der Identität als Schriftstellerin – „manchmal habe ich in einer einzigen Versammlung des DDR-Schriftstellerverbandes – ich gehörte ihm seit 1975 an – 30 Seiten mitgeschrieben. Und nun kann ich in meinen Mitschriften nachlesen, welcher Kollegin das Messer aufklappte in der Tasche beim Anhörenmüssen des Namens Biermann, oder daß der ehemalige Präsident des DDR-Schriftstellerverbandes einen Vorschlag von mir ein Scheißvorschlag nannte. Haß, Verachtung, Angst, auch das sichere Gefühl, sich dafür nie verantworten zu müssen. Der Krug geht solange zu Wasser, bis er bricht.“

Und jetzt geht es nämlich noch um die Individualisierung, aber das ist ein extra Problem. Ich will ja in diesem Text oder in meiner Meinungsäußerung auf das Recht zur vollkommenen Individualisierung hinweisen – weg von der Identität. Das ist der Text, den ich gestern geschrieben habe aus Furcht vor Ihnen.

Sie haben mich als Schriftstellerin eingeladen, und zwar als eine Frau, die bis zuletzt, so heißt es immer, in der DDR lebte und nun eine neue Bundesbürgerin ist. Ich danke Ihnen dafür. Erlauben Sie mir darum bitte, ganz und gar subjektiv zu Ihrem Thema Stellung zu nehmen. Dabei kann ich die Erfahrung, die ich in 23-jähriger Arbeit als klinische Psychologin, von 1963 nach dem Diplom bis 1987 immer in Ost-Berlin, immer im Stadtbezirk Mitte, immer in der Psychotherapie und Konfliktberatung gemacht habe, vielleicht etwas nutzen. Eine den Befragungen von Infas und Allensbach vergleichbare Meinungsbefragung hat es in der DDR nicht gegeben. Darum können keine vergleichbaren Aussagen herangezogen werden. Erst seit dem Beitritt zum Bereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland ist auch für die Bewohner des früheren sowjetischen Besatzungsgebietes Meinungsfreiheit garantiert. Die Identität der ehemaligen DDR-Bürger und ihr Wandel sind Gegenstand Ihrer heutigen Überlegungen. Mich interessieren die Motive für die Frage mehr als die mögliche Antwort, und darum bin ich heute gekommen.

Wer kam zu wem?

Der Westen zu mir?

Der Westen also in den Osten? Bin ich darum immer noch im Osten? Ist der Osten verwestlich worden dadurch? Was heist überhaupt verwestlichen?

Kam ich in den Westen?

War ich ohne Umzug plötzlich im Westen? Und was habe ich aufgehoben vom Umzugsgut?

Hatte mich vorher im Westen jemand vermißt? Und kann mich dort jetzt jemand gebrauchen?

Will ich überhaupt gebraucht werden?

Will ich nicht einfach nur in Ruhe gelassen werden?

- Von der Einflußnahme,
- von der Verpflichtung, vom Pathos,
- von der Gemeinschaft,
- von einer Tradition?

Wie unter einem Mikroskop fühle ich mich gemeinsam mit meinen Mitbürgern vom Westen aus betrachtet – und das schon seit November 1989.

Warum fragt niemand nach der Identität der Polen nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft in deren Land? Warum fragt niemand nach der Identität der Rumänen nach der Tötung Ceausescus? Warum interessiert sich niemand dafür, ob sich die Ungarn nach ihrer Demokratisierung wieder als Ungarn oder mehr oder weniger als Ungarn empfinden? Warum erwartet man eine Besonderheit in der Entwicklung der Ostdeutschen? Weil schließlich etwas von der Propaganda in ihren Köpfen übriggeblieben sein muß? Weil auch so viele im Westen die Bewohner der DDR nicht mehr als deutsche, sondern eben als DDR-Bürger und damit als Ausländer ansahen?

In den vergangenen Jahren schmerzte mich der kalte Blick, der den Ostlern galt. Man war, scheint es, bei ihnen auf das Schlimmste an Geschmacklosigkeit, Gier, Nationalismus, Ausländerhaß, ungeschickten Autofahrgewohnheiten und Spießigkeit gefaßt. Und wenn sich keine tatsächlichen Missetaten fotografieren oder filmen ließen, half man mit Honoraren für gestellte Randalen nach. Warum diese Hysterie? War es die Hoffnung auf eine sich selbst erfüllende Prophezeiung, daß es einfach schiefgehen mußte mit der deutschen Einheit? Daß das Tempo angeblich zu schnell war, daß irgendjemand auf irgendjemand nicht gehört hatte?

Ich habe in den letzten Jahren dieses zynische und destruktive pathetische Lamentieren immer wieder versucht zu verstehen. Ich war erschrocken über die panische Angst vor diesen angeblich gefühlsgestauten, potentiell in die Millionen gehenden seelisch kaputten Ureinwohnern. Manchmal fragte ich mich, ob die Angst echt war oder vorgeschoben als böses verlängertes Spiel aus der Zeit der Teilung. Diese Angst arbeitet mit einer die Demokratie, also Mehrheiten und die Wahlbevölkerung, elitär mißachtenden Attitüde. Anfangs gab es eine fast magische Beschwörung der angeblich niedrigsten Instinkte der ostdeutschen Bevölkerung. Ich erinnere mich an die erhobene Banane in der Hand eines Bundestagsabgeordneten nach der ersten freien Wahl der ostdeutschen Bevölkerung am 18. März 1990: Sie hätte gesiegt, sagte er in die Kamera.

Damals hielt ich seine Geste für verräterisch. Woher hatte er die Banane? (Gelächter) Glaubte er schon vorher an eine Wahlniederlage seiner Partei, hatte er sie deshalb mitgebracht? Hatte er sie nach der Wahlniederlage extra gekauft? Aber wo im Umkreis des Wahlstudios? Er brauchte und hatte dafür jedenfalls Westgeld, dessen Besitz er offensichtlich für selbstverständlich hielt, aber nur für sich selbst. Oder aß er am Ende diese Frucht selbst gern und hatte sie darum in der Aktentasche, mißachtete dieses Bedürfnis aber bei sich selbst und darum auch bei den ostdeutschen Wählern? Viele Fragen. An den Ostdeutschen kann man jedenfalls, habe ich in den letzten Jahren gemerkt, unendlich viel erziehen und verachten – es sei denn, man sieht ein, man hätte an ihrer Stelle sein können, daß es nur ein Zufall war, wo die Sieger des Zweiten Weltkrieges ihre Grenzen zogen, daß man umgekehrt auch hätte in der Falle sitzen können für 28 Jahre.

Es gibt Ost-Menschen, die nach dem Ende der Einmauerung noch nicht im Westen waren. Sie halten sich in den unsichtbaren Umgrenzungen ihrer früheren Welt auf. Aber es gibt auch Westdeutsche, die noch nie im Osten waren.

Normalität, Normalität, Normalität möchte ich anmahnen und erbitten. Nicht warten auf das psychische Gesundwerden, meine ich damit, denn ich glaube nicht an eine ostdeutsche Abnormalität und flächendeckende Therapiebedürftigkeit. Statt dessen sehe ich Humor, ein Andere-in-Ruhe-lassen und Nicht-dauernd-zu-ihrem-Glück-zwingen-wollen, sehe sie und mich wählen gehen und eine Tendenz und Bereitschaft, sich mit dem Land seiner Geburt abzufinden. Denn das kann man sich im Gegensatz zu seinem Lebenspartner nicht aussuchen, man kann den Ort seiner Entwicklung emotional nie verlassen. Uwe Johnson hat Jerichow in New York rekonstruiert, Günter Grass Danzig in Berlin.

Normalität, Normalität, Normalität – dreimal täglich 20 Tropfen Antihysterie.

Und wenn die Banane gesiegt hätte, wäre es so schlimm? Hätten wir uns bei dieser Wahl gegen die schnelle Variante in der Entwicklung zur deutschen Einheit entscheiden sollen? Gerade diese Wahl hat doch die Künstlichkeit der angeblichen DDR-Identität bei der Mehrzahl der Wahlberechtigten gezeigt. Es war eine Fiktion der DDR-Sympathisanten, eine Niederlage derer, die uns, und jetzt sage ich zum erstenmal „uns“, nicht haben wollten, denn es war ihnen bis dahin nicht gelungen, das Grundgesetz zu ändern, die Präambel und die Artikel 23 und 146 zu tilgen. Das müssen die, die die Einheit wollten und wählten, bis an ihr Lebensende mit Liebesentzug büßen. Aber wir leben ja nicht in einer Familie, glücklicherweise, wir leben in Distanz, in verschiedenen Bundesländern, da geht es nicht um Liebe, sondern nur um ein Ja-Sagen zu einer verfassungsmäßig formulierten Verantwortungsgemeinschaft, zu der wir eben auch gehören und schon gehört hatten, als man täglich noch 25 D-Mark zahlen mußte, um uns zu besichtigen.

Warum soll sich im Westen jemand freuen, daß der Osten soviel Geld braucht? Warum soll im Osten jemand enttäuscht sein, daß sich im Westen

niemand sonderlich freut, daß der Osten soviel Geld braucht? Die deutsche Bevölkerung ist eben keine homogene und schon gar nicht eine harmonische Masse. Mit ihren Interessenvertretungen, ihren gewählten Landesparlamenten, müssen die Wähler Kompromisse und Lösungen finden.

Normalität, Humor, Gelassenheit, Neinsagenkönnen, Friedliches – alles ist übbar.

Aber es gibt auch ein Interesse, das die Mehrheit haben könnte, eine gemeinsame Mehrheit in Deutschland. Ist es ein Tabu, das zu denken oder sogar auszusprechen? Darf eine Mehrheit in der deutschen Bevölkerung Sympathie fühlen bei dem Gedanken, daß sie zufällig, aber nun nicht mehr rückgängig zu machen, dazugehört? Und gibt es vielleicht eine panische Befürchtung, daß diese Sympathie bei den Ostdeutschen stärker ausgeprägt ist? Sie sind zwar materiell ungleich mehr ausgebeutet worden nach dem Krieg und in der Zeit der deutschen Teilung, ihnen ist aber nie die Schuld am Nationalsozialismus gegeben worden, im Gegenteil, die Schuld hatten entmenschte Horden, die in KZs die Kommunisten umbrachten. Anonyme räuberische imperialistische Monopolkapitalisten übergaben angeblich Hitler die Macht. Wie der gemütliche Alltag in jeder Diktatur abläuft, wie die Macht in jeder Diktatur mit Privilegierung und Bedrohung erhalten werden kann, wurde nicht vermittelt. Die DDR-Bürger konnten – völlig absurd – sich als Nachfahren der Nazigegner fühlen, allein schon durch ihren zufälligen Wohnort. In der DDR herrschte der Antifaschismus, hieß es in der Parteipropaganda, und das ist eine wirkliche Besonderheit der früheren DDR-Bürger, im Gegensatz zu ihren durch die Achtundsechziger kritisch befragten Gleichaltrigen im Westen. Daß die Diktatur grundsätzlich, welche Weltanschauung sie auch durchsetzen will, menschenfeindlich wird aufgrund der ihr innewohnenden schrecklichen Versuchung für das Macht- und Geltungsstreben der Machthabenden und aufgrund der fehlenden und sogar verbotenen Öffentlichkeit und Kontrolle – das wurde nicht diskutiert, im Gegenteil, mit dieser Meinung war man in den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit eine feindlich-negative Person, eine Identität, auf die ich, auf das SED-DDR-System bezogen, stolz bin. Der 1976 meine Bemerkung seinem Führungsoffizier meldete, nämlich, daß ich die Methoden des Staates, mit Andersdenkenden umzugehen, für faschistisch hielt, war, wie ich jetzt 1996 erfuhr, ein SS-Mann gewesen mit dem Decknamen „Adler“ – dem Nazivogel war er wohl treu geblieben. Er schrieb seine Berichte bis zum Schluß 1989.

An diesem kleinen Beispiel sieht man, wie absurd es ist, von einer Identität oder auch nur gemeinsamen Vergangenheit oder Interessenlage von ehemaligen DDR-Bürgern zu sprechen. Wir sind einzelne Menschen mit einer unterschiedlichen Biographie, die gerade in der SED-Diktatur in unterschiedlichen Welten lebten und, um sich zu schützen, auch leben mußten. Was hätte ich mit diesem Schriftsteller gemein außer ähnlichen Schulbüchern? Er ist mir fremder als die Ordensschwester aus dem Karmeliter-Kloster bei Freiburg im

Breisgau, die mir neulich im Intercity gegenüberaß und von ihrer Rektorinnenarbeit erzählte.

Zur Selbstdefinition, also dem Selbstbild, trägt das wahrgenommene Fremdbild entscheidend bei, also das, was die anderen vermeintlich an Erwartungen, Wertungen und Vorurteilen haben in bezug auf den, der sich ein Bild von sich selbst macht. Ideal für seine Entwicklung und sein Wohlbefinden ist das Gefühl, vom anderen bedingungslos akzeptiert zu werden. Das ist ja nicht einmal in der menschlichen Liebe zu erreichen. Aber jede Einschränkung irritiert und lenkt ab.

Ich wage die Behauptung, daß meine Nachbarn zum Beispiel in Ost-Berlin und Mecklenburg nicht als normale deutsche Mitbürger gesehen werden, sondern sozusagen als zeitlebens Behinderte. Medienwirksames vereinfachtes und dramatisierendes Interpretieren sollte sie zu Millionen therapiebedürftigen potentiellen Patienten machen, merkwürdigerweise von einem ihrer eigenen Mitbürger. Aber warum fallen dieselben Menschen, wenn sie in den Westen gingen oder gehen, im Westen nicht auf? Niemand stellt die Frage nach der Identität der in den Westen Geflohenen, Verkauften, nach der sogenannten Wende dorthin Übersiedelten?

Ich habe mich in den letzten Jahren wiederholt zu meiner deutschen Identität geäußert, weil ich auch bei mir ein Tabu, eine merkwürdige Befangenheit spürte. Und nun die Frage nach der Identität als Deutsche in der DDR. Ich beginne mit dem einfachsten – der Identität. Unter ontologisch-metaphysischem Apekt vertrat Gottfried Wilhelm Leibniz die Auffassung, daß alles Wirkliche individuell, das heißt voneinander unterschieden ist und ein Gegenstand nur mit sich selbst identisch sein kann. Das Leben dieses Freiherrn spielte sich von 1646 bis 1716 zwischen Leipzig und Hannover ab, also in Süd und West. Als Philosoph, Mathematiker, Physiker und Techniker, Jurist und politischer Schriftsteller, Geschichts- und Sprachenforscher war er einer der letzten Universalgelehrten der Neuzeit. Auf den beziehe ich mich und könnte, weil ich jetzt gerade an einem Buch sitze über diese Thematik, Ihnen hier weiter etwas vorlesen. Ich wollte darauf hinweisen, daß wir in der DDR immer dieses Problem hatten, welche Tradition wir eigentlich verfolgen, also welche Tradition wir aufnehmen, und das sind natürlich in der DDR die antifaschistische Tradition gewesen und die „besten Traditionen der deutschen Arbeiterklasse.“ Ich kann nachher gerne auch zu so etwas Stellung nehmen aus dem Kulturpolitischen Wörterbuch, z.B., was eine gebildete Nation und was eine sozialistische Nation ist, in bezug auf die Kultur. Wir waren also immer auf der besten Seite, und ich habe mir immer überlegt, was ist denn eigentlich meine Tradition, und habe immer gedacht, ich wäre dann nicht auf der Täterseite. Inzwischen sage ich mir aber, zum Erwachsenwerden, wenn man zu dieser Bevölkerung gehört, zu diesem deutschen Volk, muß man sich wahrscheinlich sagen, daß man nur aufgrund unheimlicher Privilegierung – so ging es mir in der DDR – nicht auf die Täterseite gelangt ist, weil man mich auch so als Alibi gut gebrauchen konnte. Ich war also so ein Rädchen, was sie gebrauchen konnten. Man kann

machen was man will in der Diktatur, man hängt am Faden. Und ich möchte für mich selbst eigentlich immer, daß ich sie achte, die Leute, die in der Vergangenheit als Deutsche in meinen Augen auf der positiven Seite waren. Das meine ich anders, als uns das in der Erziehung der DDR gesagt worden ist.

Ich weiß, daß der Mensch diese beiden Seiten in sich hat, aber gerade weil wir hier in der Metzgerstraße sitzen, möchte ich Ihnen das, was ich aus 100 Seiten Akten habe über Metzger, den ich also für einen ganz großen Deutschen halte, vorlesen. Es sind zwei Seiten. Ich denke, daß das zu unserer Identität gehört, daß es eben auch solche gibt. Man darf nicht immer nur an den Mördern zwischen 1933 bis 1939 hängen bleiben mit seinem Schuldgefühl, sondern es gibt auch eben die anderen, und wenn man die vergißt, wird man wirklich völlig verzweifelt, daß man Deutsche ist, und ich möchte es eigentlich nicht sein, denn ich kann es ja nicht ändern, ich möchte eigentlich eine positive Einstellung dazu bekommen. Ich glaube, ich habe sie auch schon teilweise.

„Die Vertrauensperson: Vor dem Schwurgericht des Landgerichts Kassel fand vom 19. Oktober bis zum 16. November 1954 ein Prozeß statt, in dem die 58-jährige Dagmar I., gebürtige Schwedin, Hausfrau und Witwe, wegen Beihilfe zum Mord vor Gericht stand. Diesem Prozeß waren vorangegangen ein polizeiliches Verhör in Schweden gleich nach Beendigung des Krieges, bei dem Dagmar I. Spionage und Denunziation vorgeworfen wurden. Sie hatte gezeugnet, einen Nervenzusammenbruch erlitten und war von ihrer Mutter in die psychiatrische Klinik in Stockholm eingeliefert worden. 1946 Ausweisung aus Schweden mit Einreisesperre. Dagmar I. wurde direkt aus dem Stockholmer Krankenhaus an die Militärregierung der Britischen Besatzungszone Deutschlands übergeben, die sie wieder in ein psychiatrisches Krankenhaus einwies. Anschließend Polizeihäftin im selben Jahr. 1946 Einstufung als Hauptschuldige und Verurteilung zu zehn Jahren Arbeitslager. Entlassung aus der Arbeitslagerhaft nach drei Jahren aufgrund einer allgemeinen Amnestie. (Das ist immer die Zeit nach Diktaturen, fünf Jahre danach; das ist ja jetzt auch wieder so.) Einspruch der Staatsanwaltschaft gegen die Entlassung. Gerichtliche Untersuchungshaft, mehrmonatige stationäre Beobachtung in der Psychiatrie von Universitätskliniken. Ein Freispruch vor Gericht und Einspruch der Staatsanwaltschaft gegen den Freispruch. Das Urteil des Bundesgerichtshofs, das Verfahren noch einmal durchzuführen. Die Anklage warf Dagmar I. 1954 vor, in der Zeit von 1941 bis 1945, also von ihrem 45. bis zu ihrem 49. Lebensjahr, als Lockspitzel der geheimen Staatspolizei gedient und dadurch die Verhaftung von 16 Menschen, fünf Männern und elf Frauen, aus ihrer nächsten Umgebung verschuldet zu haben. Drei Männer waren zum Tode verurteilt worden: der 74-jährige pensionierte evangelische Pfarrer Dr. Alfred K. und sein Freund, der Kunstmaler Heinrich W., wegen Abhörens und Diskutierens sogenannter feindlicher Sender, und der 56-jährige katholische Pater Dr. Max Joseph Metzger, der Begründer der Una-Sancta-Bewegung, weil er Anfang 1943 ein Manifest für ein neues Deutschland verfaßt hatte, das er hohen englischen Geistlichen und der britischen Regierung zgedacht hatte. Der Pater wurde am 17. April 1944 hingerichtet. Das Gericht beschuldigte die ange-

klagte Dagmar I. 1954, sie habe den Pater in eine Falle gelockt, indem sie sich als seine engste Vertraute erbot, das Manifest heimlich nach Schweden mitzunehmen und dem schwedischen Erzbischof zu geben. Sie habe ihm dazu eine von der Geheimen Staatspolizei präparierte Schreibmaschine zur Verfügung gestellt. Während Dr. K., der führende Kopf und Initiator einer Gesprächsgruppe, gleichzeitig ehemaliger Lehrer von Rudolf Hess, am 13. Februar 1943 zu einer Zuchthausstrafe von acht Jahren begnadigt wurde, wurde sein Freund, der Kunstmaler Heinrich W., am 20. Februar 1943 hingerichtet. Das Gericht warf der Angeklagten 1954 in diesem Zusammenhang vor, sich auf Anweisung der Geheimen Staatspolizei Zugang zu der getarnten Diskussionsgruppe des Dr. K. verschafft, von Silvester 1941 bis zum 6. Februar 1942 insgesamt fünfmal teilgenommen und durch ihre Berichte die Verhaftung der Gruppe am 6. Februar 1942 veranlaßt zu haben. Das Gericht verhandelte 1954 einen Monat lang mit nur kurzen Unterbrechungen, ließ die Angeklagte psychiatrisch untersuchen, studierte 20 Beiakten, hörte die fünf überlebenden Opfer, die Angehörigen der Toten, die 70 Zeugen der Anklage und der Verteidigung, die Gutachter und die Angeklagte, die sich widersprach und widersprach und leugnete und leugnete bis zum Schluß, auch als der Kronzeuge der Anklage auftrat, der Beamte der Geheimen Staatspolizei, der sie angeleitet und ihr die Befehle übermittelt, ihre Berichte entgegengenommen und die Verhaftungen und Hausdurchsuchungen bei den Denunzierten vorgenommen hatte, ihren Decknamen kannte und alle Widersprüche erklären konnte. Sie leugnete und legte nie ein Geständnis ab. Dagmar I. wurde wegen Beihilfe zur schweren Freiheitsberaubung im Falle des Dr. Metzger zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahr und drei Monaten verurteilt. Acht Monate Zuchthaus galten durch die Untersuchungshaft als verbüßt, fünf Monate ihres Lebens war sie eine Zuchthäuslerin. Sie hatte leugnen dürfen und wurde nicht wie ihre Opfer gefoltert, bis sie gestand. Wenn ich dies schreibe, sitzt sie, 93-jährig, vielleicht auf einer Bank im Park. Sie ist seit 34 Jahren wieder frei.“

Also soviel zu dem Opfer dieser Denunziation, nach dem die Straße benannt ist, in der wir hier sitzen. Das gehört auch zu meiner Identität, daß ich ein Deutscher bin, wie er. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ganz herzlichen Dank, Frau Dr. Schubert. Das jetzt folgende Gespräch leitet Prof. Maser und die Sitzung der stellvertretende Vorsitzende, der Kollege Vergin. Bitte, Peter Maser.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, diese ersten anderthalb Stunden sind in der Verschiedenheit der Beiträge, die hier vorgetragen worden sind, schon spannend genug gewesen. Ich erinnere nur einmal ganz kurz daran, daß der Vorsitzende der Kommission, Rainer Eppelmann, versucht hat, sich an das Problem heranzutasten mit Modellen aus dem Bereich der Sozialwissenschaften: Integration, Mehrheiten, Minderheiten usw. Ich erinnere an den Einwand von Ministerpräsident Höppner, der bestimmt das Modell als solches gar nicht ganz ablehnen wollte, jedoch verständlicherweise an dem

Begriff „Einwanderer“ Anstoß nahm, zugleich aber auf eine Tatsache hinwies, die jeder, der die DDR selber erlebt hat, bestätigen kann, daß nämlich die DDR-Identität vielleicht überhaupt erst nach dem Ende dieses Staates entstanden ist und möglicherweise eben auch viel mit der Art und Weise zu tun hat, wie der Prozeß der deutschen Einheit bisher gelaufen ist; das zu prüfen ist ja die Aufgabe, die wir zu leisten haben. Der Oberbürgermeister hat hier nur stichwortartig gesagt: „Alles im Zusammenhang sehen.“ Das bedeutet eben auch, daß das, was heute oft als Problem, als Belastung empfunden wird, im Zusammenhang mit Geschichte gesehen werden muß. Da könnte man eine ganze Reihe von goldenen Worten zitieren, die Sie, Frau Schubert, in Ihrem Beitrag uns hier gesagt haben. Mir waren solche Sätze wichtig wie: „Ich möchte mich nicht mehr von meinem eigenen Leben ablenken lassen.“ Das könnte möglicherweise tatsächlich auf eine so noch nicht gehörte Weise deutlich machen, wo gewisse Überanstrengungen in diesem Prozeß der deutschen Einheit möglich werden. Oder dieser andere Satz: „Will ich nicht einfach in Ruhe gelassen werden?“ Das wäre eine kritische Anfrage auch an die Arbeit unserer Kommission, wo wir auf unsere Weise versuchen, eben eine solche Ruhe nicht eintreten zu lassen. Und dann das Einfordern von Normalität, Normalität, Normalität, die Frage nach dem Recht des Individuellen und schließlich die Frage nach der Identität der „Wossis.“ Also es sind Probleme en masse uns hier auf den Tisch getan worden, in einer Weise aber, daß darüber wirklich nun auch das Gespräch geführt werden kann – keine Patentrezepte, – Andeutungen, Hinweise, Fragen. Der erste Redner ist der Abgeordnete Meckel.

Abg. Markus Meckel (SPD): Ich möchte auf folgende Punkte kurz eingehen: Zum einen denke ich, daß – jedenfalls entspricht es meinem Sprachgebrauch – hier eher von Prägungen durch die Erfahrungen von 40 Jahren DDR zu reden ist. Bei mir sind es nicht ganz 40 Jahre, ich bin später geboren. Aber es ist doch deutlich zu machen, daß wir, egal in welchen Zusammenhängen wir in der DDR gelebt haben, natürlich durch diese Verhältnisse geprägt sind, denn auch Konflikte prägen eben. Es ist sehr wichtig, deutlich zu machen, daß die Erfahrungen in der DDR sehr unterschiedlich gewesen sind. Es gibt eben nicht die DDR-Identität oder die -Prägung, sondern beeinflußt vom Elternhaus, von der geistigen Situation und von der Art, wie man dann in der gesellschaftlichen Situation sich zurechtfindet, sich behauptete, sich zurückzog oder versuchte, sich zu arrangieren und seinen Weg zu gehen, war das dann auch individuell sehr, sehr unterschiedlich. Ich glaube, daß dieses sich gegenseitig Kennenlernen sehr wichtig ist. Ich habe auch in den DDR-Zeiten immer wieder Leute kennengelernt, die oft erst sehr spät merkten, daß außer dem, was sie so offiziell in Schule oder Betrieb kennenlernten, es durchaus gesellschaftliche Gruppen gab, und zwar nicht nur in der Kirche, die anders dachten, sich anders verhielten. Es gab Bekanntschaften und Freundeskreise, in denen andere Fragen als das, womit man öffentlich berieselt wurde, diskutiert wurden und eine Bedeutung hatten. Also diese Unterschiedlichkeit ist nebeneinanderzu-

stellen. Gleichzeitig war da trotz aller Unterschiede auch wiederum sehr viel Gemeinsames.

Zu dem Stichwort „Einwanderung“ hätte ich mich auch unmittelbar gemeldet, wenn nicht Reinhard Höppner dies schon angesprochen hätte. Man muß sich deutlich machen, daß der Weg in die deutsche Einheit in bezug auf die institutionellen Abläufe ganz eindeutig und klar ein Weg der Selbstbestimmung war, auch wenn vielerlei andere Erfahrungen subjektiver Art ihre Berechtigung haben mögen. Aber wenn wir uns den Ablauf ansehen, war es so, daß ja nicht vom Westen her Honecker gestürzt wurde, sondern durch das, was hier in Ostdeutschland geschehen ist, durch Gruppen, durch die Fülle von Menschen, die dann den Druck erzeugten. So wurde möglich, daß die kleinen Gruppen, die sich gebildet hatten, versuchen konnten, auch politische Macht zu gestalten. Das haben wir am Runden Tisch versucht mit der Vorbereitung der Wahlen und der Kontrolle der Regierung, bei allen Fragen, die da ganz sicher zu stellen sind, und auch dem Versagen an vielen Stellen. Dann hatten wir die freie Wahl, und dann war es ein selbstgewähltes Parlament, eine Regierung, die mit der anderen deutschen Regierung einen Vertrag ausgehandelt hat, der wurde ratifiziert und entsprechend der Beitritt vollzogen. Daß das ein Beitritt war, lag einfach daran, daß dies verfassungsrechtlich die einfachste Möglichkeit war, den Westen nicht fragen zu müssen. Man brauchte dort eben nicht mehr abzustimmen. Vielen, die sich davon im Westen überrollt fühlten, denen muß man wirklich sagen – das fand ich sehr schön, was Helga Schubert sagte –: „Ihr habt es eben versäumt, die ihr uns vielleicht nicht mehr im Blick hattet, dann auch die entsprechenden Grundgesetz-Artikel abzuschaffen, dadurch hatten wir die Vollmacht, die Einheit zu beschließen.“ In den Abläufen war also ganz klar: Dies war institutionell ein Weg der Selbstbestimmung der Ostdeutschen zur deutschen Einheit. Daß dann in konkreten Fragen, z.B. des Einigungsvertrages, vieles sehr anders gelaufen ist, als es den Interessen der Ostdeutschen entsprach, hängt an der Konstellation dieser Regierung. Und hier habe ich schon oft das Beispiel erzählt, daß eben dieser gesamte Einigungsprozeß als eine große Wahlkampagne aus Bonn gestaltet worden ist. Ich erhielt z.B. den ersten Entwurf zum Einigungsvertrag aus dem Haus des Ministerpräsidenten de Maizière nicht von ihm selbst als Koalitionspartner, sondern durch Indiskretion aus dem Bundeskanzleramt in Bonn. Das macht dann die Konstellation und die Stränge der Kommunikation deutlich. Wie dann Entscheidungen gelaufen sind, das ist eine zweite Frage, die natürlich auch ihre Realität hat, aber ich denke, das erste darf man nicht vergessen.

Zum letzten Punkt: Wenn Helga Schubert jetzt von der Individualität gesprochen hat, halte ich das für sehr wichtig. Gleichzeitig muß aber auch deutlich gemacht werden, daß – damit haben viele Ostdeutsche wirklich wenig Erfahrung, und ich sehe darin ein Defizit – politische Interessen organisiert werden müssen. Es reicht nicht, wenn ich alleine mich hinsetze und sage, was alles schlimm ist, sondern ich muß eben versuchen, dafür auch Strukturen zu finden oder zu schaffen. Dies kann ich nicht nur individuell. Als Schriftstellerin kann ich schreiben, aber es ist wichtig, dann Interessen zusammenzufassen und die-

se Interessen zu organisieren. Das ist der Vorteil der Demokratie, daß das möglich ist. Daß so viele Menschen in diesem Teil Europas, nicht nur in diesem Teil Deutschlands, Hemmungen haben, in Vereine zu gehen, in Parteien zu gehen, ihre Interessen zu organisieren, ist eben auch eine Nachfolgewirkung dessen, was wir in der Zeit vor 1989 erlebt haben.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Wir wollen es so machen, daß wir eine Reihe von Fragen oder Bemerkungen hier zunächst zulassen und dann Frau Schubert wieder Gelegenheit geben, darauf zu reagieren. Der nächste ist der Sachverständige Kowalczuk.

Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk: Frau Schubert, ich habe drei kurze Fragen an Sie: Ihre Ausführungen waren ja geprägt durch einen starken Bezug auf die NS-Vergangenheit, und Sie sagten, Sie wollen einen positiven Bezug zu Deutschland, zur deutschen Nation herstellen. Im Anschluß an diese Bemerkung will ich fragen, wie weit das nicht eigentlich eine Bemerkung oder ein Bemühen ist, das generationsabhängig ist, auch mit Perspektive auf die achtziger Jahre. Ich könnte mir für mich selbst durchaus vorstellen, daß die NS-Vergangenheit für die Jüngeren, für die, die in den sechziger Jahren geboren worden sind, gar nicht mehr so eine Rolle spielte, und zwar deshalb, weil praktisch die Geschichtspropaganda ununterbrochen sozusagen einen und denselben Brei tönnte und man sich natürlich dagegen abschloß. Die zweite Frage ist: Mich interessiert, inwieweit Sie relevante politische oder gesellschaftliche Kräfte gerade im Osten sehen, die nicht auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, und wenn es solche Kräfte gibt: Wer sind die und welche Motivation könnten die haben? Eine dritte Frage ist: Sehen Sie im Zusammenhang mit dieser ganzen Identitätsdiskussion, die wir in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit hatten, eine politische Motivation dafür, von *einer* sogenannten DDR-Identität sprechen zu wollen?

Sie haben vorhin selbst in Ihrem Vortrag betont, daß es ja an sich absurd ist, von *einer* Identität sprechen zu wollen, sondern daß es immer nur Identitäten gibt. Sehen Sie eine politische Motivation dafür, von *der* sogenannten DDR-Identität sprechen zu wollen?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Dankeschön. – Herr Sachverständiger Gutzeit.

Sv. Martin Gutzeit: Frau Schubert, eine Äußerung von Ihnen hat bei uns hier Diskussionen verursacht. Sie sagten, für Sie sei Meinungsfreiheit erst durch den Beitritt zur Bundesrepublik garantiert worden. Nun ist bei uns die Meinung doch eine andere gewesen, denn ich denke, die DDR im Jahre 1990, insbesondere nach der Volkskammerwahl, war doch schon eine andere. Das heißt – was mein Verständnis von Identität auch heute betrifft –, es ist für mich entscheidend, daß dies nicht erst danach passierte, sondern daß wir uns das, was Meinungsfreiheit ist, selbst errungen haben. Und ich denke, da spielt auch eine längere Identität, die wir in uns hatten, bereits in den siebziger Jahren eine wichtige Rolle, nämlich etwas, was uns z.B. Helsinki und diese ganzen Pro-

zesse, die die Menschenrechte, die Meinungsfreiheit hervorhoben, brachten. Für die DDR-Bürger war das System der Bundesrepublik, überhaupt ein rechtsstaatliches, durch Menschen- und Bürgerrechte geprägtes System schon immer Leitbild, an dem sie auch maßen, was Praxis in der DDR war. Diese Zuschreibung von Identität, jenes Hervorheben einer allgemeinen Geltung von Bürger- und Menschenrechten, von Meinungsfreiheit ist, glaube ich, für die DDR-Bürger eine entscheidende Tatsache, und wir haben das nicht erst dann am 3. Oktober 1990 bekommen, sondern schon vorher.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Der nächste ist der Abgeordnete Hilsberg.

Abg. Stephan Hilsberg (SPD): Frau Schubert, Sie haben mit Ihrer schönen Erinnerung an das Tucholsky-Zitat deutlich gemacht, daß wir die Schwierigkeiten – sofern wir sie als Schwierigkeiten reflektieren – der deutschen Identität nicht für uns gepachtet haben, sondern daß sie älter sind. In dem Zusammenhang war interessant Ihr Bild von der Schlittenpartie, und zwar von der Schilderung jener Gruppe, die in der gleichen rasenden Geschwindigkeit heruntergerast und unten angekommen ist, aber an einem Ende, wo sie gar nicht hinwollte. Die war natürlich mit der gesamten Schlittenpartie nicht einverstanden. Wenn wir heute von DDR-Identität sprechen, kann man nicht bei jener Gruppe so etwas konstatieren, daß sie sich in der Tat mit dem Produkt DDR identifizierte? Ist das nicht das eigentliche Problem der DDR-Identität?

Zweiter Punkt: Wenn es heute so viele Auseinandersetzungen gibt – Stichwort DDR-Fahne in Kleingartensiedlungen, wie Oberbürgermeister Willi Polte das schilderte –, hat das nicht sehr viel mit jener ehemaligen DDR-Identität zu tun? Nicht unbedingt damit, daß das die Träger dieser Erscheinungen sind, sondern daß wir hier Konflikte haben in Ostdeutschland mit jener Gruppe, die glaubt, etwas verloren zu haben, die gleichzeitig nach wie vor einen relativ großen Einfluß hat auf die Diskussion in der Öffentlichkeit um dieses Thema.

Zu einem weiteren Punkt möchte ich Sie fragen: Sie sprachen – den Punkt hatte Herr Meckel schon genannt – von einer Niederlage derer, die uns nicht haben wollten. Nun halte ich das für schwierig. Ich glaube, wenn man eine Volksabstimmung 1990 im Westen durchgeführt hätte, so hätte sie wohl auch dort eine deutliche Mehrheit für die deutsche Einheit gebracht. Also ob es des Artikels 23 bedurft hätte, um die deutsche Einheit durchzuführen, weiß ich nicht. Aber es war natürlich klar, daß sie gut war. Die deutsche Einheit war für meine Begriffe kein Akt der Fremdbestimmung gegenüber den Westdeutschen. Aber es gibt natürlich eine ganze Reihe von Menschen, die mit der deutschen Einheit auch im Westen die großen Emotionen nicht verbunden haben, und ich weiß nicht, ob man das so schlecht finden soll, ob das nicht auch ein Stück Normalität ist. Also dieses Thema ist für mich persönlich nicht zu Ende. Ich las neulich ein interessantes Gespräch zwischen einer Ost- und einer West-Studentin in der „Süddeutschen Zeitung“, das dort dokumentiert wurde. Und da war interessanterweise das Thema innere Einheit für die ostdeutsche

Studentin ein Problem und eine Vision, während es für die westdeutsche Studentin überhaupt kein Problem an dieser Stelle gab. Für sie war der Zustand Normalität, so, wie Sie es selber einfordern. Für die Ostdeutschen gibt es hier ein Defizit. Woran mag das liegen?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Herr Professor Jacobsen bitte.

Sv. Prof. Dr. Hans Adolf Jacobsen: Frau Schubert, zunächst möchte ich mich bedanken für Ihre Reflexionen und Impressionen, die zur Thematik, die im Mittelpunkt unserer Anhörung steht, manche Ein- und Ausblicke gewährt haben. Ich möchte aber den Versuch unternehmen, auf gewisse systematische Punkte zu sprechen zu kommen, zumal Sie, wie mir scheint, mit Recht auch auf die Vergangenheit im Dritten Reich hingewiesen und Vergleiche gezogen haben. Mich würde die folgende Frage sehr interessieren, und vielleicht können Sie hierzu doch noch etwas Konkretes aussagen. Ich will das dann vergleichen mit meinem Beispiel, Erfahrungen der Veränderungen im Dritten Reich und nach 1945 in Westdeutschland, dann in der Bundesrepublik. Identität hat etwas zu tun mit der Fähigkeit und mit der Möglichkeit, sich zu identifizieren im Leben, in der Familie, mit Werten, mit Gesellschaften. Aber ich frage nicht nur: Womit konnten Sie sich z.B. in der Phase der DDR identifizieren, zunächst partikular, so wie angedeutet, vielleicht sogar, wenn möglich, im Gesamtzusammenhang? Und wenn Sie das ein wenig konkretisieren können, frage ich mich auch: Warum konnten Sie unter den Gegebenheiten dieses Systems sich mit den einen oder anderen Werten oder Gegebenheiten identifizieren? Wir müssen dann den nächsten Schritt tun, der natürlich hier bei uns im Mittelpunkt der Diskussion steht, nämlich zu fragen: Was ist denn heute davon noch übrig geblieben? Wenn wir von der Kontinuität, das ist das Thema der Identität, sprechen: Gibt es heute in den neuen Bundesländern aus Ihrer Sicht etwas, vielleicht mehr partikular, mit dem Sie sich noch identifizieren können, weil es Ihrem Lebensgefühl entspricht, Ihren Wertvorstellungen? Lassen Sie mich das kurz verdeutlichen am Beispiel persönlicher Erfahrungen. Ich bin im Dritten Reich groß geworden, war in der Hitlerjugend, war in der Wehrmacht, und ich kann sagen, in der damaligen Zeit – nicht wissend, wohin die ganze Sache sich nun entwickeln würde – gab es bestimmte Dinge, mit denen ich mich sofort identifizierte. Ich war ein begeisterter Sportler – der Jugend gehört die Zukunft –, es war gar nicht schwer, uns zu überzeugen, „wir tun ja alles für euch, wir bieten euch alles“, das heißt, die Zukunftsperspektive einer jungen Generation. Ich hatte keine Schwierigkeiten, mich zu identifizieren mit Deutschland als Vaterland. Da haben Sie gar nichts dazu gesagt, also zu dem Begriff Vaterland, Deutschland – was damals eine Rolle gespielt hat. Es kamen Schwierigkeiten – ich will sie im einzelnen jetzt nicht ausführen –, wo man dann skeptischer wurde, also im Hinblick auf Werte, Erziehung im Geiste der „Nationalsozialistischen Kampfgemeinschaft.“ Wir haben im Verlaufe des Krieges erst Schritt für Schritt erkennen müssen, wohin das führte, und heute wissen wir, daß das ja angelegt war auf eben diese Fähigkeit der jungen Generation, in Deutschland einen Krieg zu führen und für die germanische Rasse zu gewinnen.

Nach 1945 die Frage: Was war nun die Möglichkeit für uns, womit identifizierten wir uns, konnten wir uns identifizieren? Es war im wesentlichen, Frau Schubert, doch ein Versuch, die Antwort auf eine furchtbare Fehlentwicklung zu geben, das heißt, wir haben erkannt, daß wir zwar – ich spreche jetzt mal als ehemaliger Teilnehmer des Krieges – geglaubt haben, für unser Vaterland tapfer gekämpft zu haben, und dann einsehen mußten, wir haben für die schlechteste Sache der Welt gekämpft – heute, das ist unsere Erkenntnis. Das heißt, Identifizierungsmöglichkeiten mußten dort gesehen werden, wo wir eine Antwort geben konnten, also: Nie wieder durfte Krieg geführt werden von deutschem Boden aus. Wir mußten die Menschenwürde in den Mittelpunkt stellen, die demokratische freiheitliche Ordnung, um den Menschen eine Chance zu bieten, sich selbst zu entfalten, also alles Antworten auf diese furchtbare Zeit der Diktatur; Sie haben auch Beispiele aus dem Widerstand genannt. Es ist ja erfreulich, wenn Sie die gestrige Umfrage gesehen haben – die letzte, die wir haben –, wieviel Prozent der deutschen Bevölkerung sich befähigt sehen, sich mit der demokratischen Ordnung zu identifizieren, nun sind es immerhin respektable 70 Prozent. Ich würde also jetzt gerne von Ihnen hören: Was ist denn heute für Sie im Hinblick auf die alte Identität noch übrig geblieben, womit können Sie sich partikular identifizieren? Und was ist nun heute im Hinblick auf die neue Entwicklung etwas in dieser gesellschaftlichen staatlichen Ordnung, womit Sie sich ohne Schwierigkeiten identifizieren können, oder wo haben Sie Probleme aus Gründen, die Sie zum Teil ja schon angedeutet haben? Also immer wieder die Grundfrage, womit identifiziere ich mich, warum konnte ich mich identifizieren, und wo liegen Elemente der Kontinuität, auf die wir aufmerksam machen wollen und die ja auch im Mittelpunkt unserer Aussprache stehen?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Herr Prof. Mocek bitte.

Sv. Prof. Dr. Reinhard Mocek: Frau Schubert hat, ohne daß sie es vielleicht wollte, mit ihren schönen Ausführungen so etwas wie einen sozialwissenschaftlichen Diskurs ausgelöst. Ich kann mich dem gar nicht entziehen, weil der Begriff Identität uns über zwei Tage begleiten wird und wir nicht in der ersten Diskussion schon eine allgemeine Verabschiedung von dem Begriff, zumindest nicht so ganz widerspruchslos, hinnehmen sollten. Also zunächst hat mich überzeugt, daß an diesem Begriff DDR-Identität eine ganze Menge – vielleicht gar alles – künstlich und fiktiv ist, und ich kann mir auch eine Partei hierzulande denken, die darunter eher so etwas wie eine Jammervokabel versteht, Abgrenzungsalibi, Verweigerungsargument oder auch Rettung der Biographie; letzteres ist natürlich dann schon wesentlich und wichtig. Jedoch dieses Argument, das Sie bringen, daß alles Wirkliche aber individuell und Identität nur für sich selbst geltend ist, mit diesem schönen Rückgriff auf Leibniz, das besagt natürlich nichts gegen die Feststellung, daß das viele für sich in gleicher Weise so tun können. Also diese Individualisierung, auf die Sie mit Recht verweisen, bringt oder kann bringen dieselben Resultate, die jeder einzelne für sich zieht, nicht jeder, aber doch zumindest eine größere Anzahl, so daß ich eigentlich das Leibnizsche Argument nicht stichhaltig genug finde, um

jetzt nun von diesem Begriff ganz abzurücken. Mir scheint vielmehr – das wäre auch die Frage, ein Erläuterungswunsch noch an Sie –, daß mit diesem Begriff Mißbrauch getrieben wird und daß er so wie ein Beutel ist, wie eine Wandertasche, wo man nach Bedarf immer das herausholt, was man glaubt, gerade an Verzehr zu brauchen oder als Marscherleichterung zu nutzen. Insofern wird natürlich der Begriff Identität auch zu einem Nachwenderesultat, zu einer Form des Reagierens auf eine Welt, die, wenn ursprünglich auch gewollt, plötzlich sich mit vielen Fähnrisen präsentiert. Das steht etwas im Widerspruch zu dem, was Herr Jacobsen hier sagte, was doch sehr stark auf die Identifikation mit Werten zurückgeht und dann auf die Anfänge der DDR zu beziehen wäre, während das, was Herr Meckel sagt, mehr die lebensweltliche Prägung in den Begriff einführt. Ich glaube, wir kommen nicht zu der einen Definition. Aber könnten wir uns vielleicht dann bei den Identitäten, auf die wir uns ja mehr in unreflektierter Weisheit schon in der Vorbereitung der heutigen Sitzung der Kommission zurückgezogen haben, auf einen Begriff einigen, ohne jetzt immer wieder zu fragen, war es eine, war es denn keine. Es gab diese DDR-Identitäten zu DDR-Zeiten wohl, aber in der Nachwende, glaube ich, in besonders starker und auch politisch relevanter Weise.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Als letzten in einer ersten Fragerunde möchte ich Prof. Wilke noch aufrufen, damit Sie dann erst einmal Gelegenheit haben, das alles abzuarbeiten, was Ihnen hier schon auf den Tisch gepackt worden ist.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Ich möchte beginnen mit einer kurzen Anmerkung zu der Frage, die Kollege Kowalczuk an Sie gerichtet hat, ob es in der ehemaligen DDR ein politisches Potential gibt, das diese Identitätsfrage ins Heute gewendet organisiert. Das immer noch gültige Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus von 1993 hat die Passage, die PDS wendet sich gegen die Verwestlichung des Ostens. Die Partei will dieser Lebensform, zu der die Mehrheit der Deutschen auch aus dieser Region in der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 beitreten wollte, Widerstand entgegensetzen.

Die zweite Dimension, die ich gerne mit ansprechen möchte, bezieht sich auf das, was Sie mit „es blitzte kurz auf“ beschrieben – 1976 Biermann. Die Biermann-Ausbürgerung hat auch in West-Berlin eine Rolle gespielt. Es war interessant die Art und Weise, wie damals an der Freien Universität der Protest gegen diese Ausbürgerung organisiert wurde. Es war in einer bestimmten Weise für mich sehr traurig, damals mit dem Vorstandsmitglied der IG Metall Georg Benz zu sprechen. Georg Benz war das in der IG Metall zuständige Vorstandsmitglied für die Biermann-Einladung, und nachdem Biermann zu der Ehre von Solshenizyn kam, nämlich von der Deutschen Demokratischen Republik ausgebürgert zu werden, habe ich mit Georg Benz darüber gesprochen, daß er wieder einmal in die Universität kommen und in unseren Protest gegen diese kaltschnäuzige Aktion der Realsozialisten einstimmen sollte. Benz hat abgewiegelt, er ist nicht gekommen, er hat auf die berühmten diplo-

matischen Kontakte verwiesen, die in Sachen Biermann jetzt schon laufen und die es nicht zu stören galt.

Markus Meckel, es ist nicht so, daß die Frage der Selbstbestimmung 1990 nur eine Angelegenheit der Ostdeutschen gewesen ist. Ich bin der letzte, wie Du weißt, der die Leistung der Leipziger, der Berliner, der Plauener usw. gering schätzt, im Gegenteil. Aber es gab auch eine Auseinandersetzung um die Frage der deutschen Einheit in Westdeutschland, wo gerade und vor allem die Literatur der Deutschen Demokratischen Republik eine sehr wichtige Rolle gespielt hat. Ich spreche über die Spaltungsliteratur, die unter anderem Christa Wolf und Hermann Kant produziert haben und die bei uns wirksam geworden ist. Wenn man sich vorstellt, daß „Der geteilte Himmel“ – das ist ja die Legitimation der Mauer, wenn man es ganz spitz formuliert – in westdeutschen Schulbüchern die Teilung beschrieb, so bekommt die flapsige Bemerkung, Markus Meckel, daß die Leute in Westdeutschland, die gegen die Einheit gewesen sind, die sie nicht gewollt haben, es leider nicht vermochten, die Präambel und die entsprechenden Artikel des Grundgesetzes von 1949 zu ändern, ohne die eine schnelle Einheit weltpolitisch 1990 überhaupt nicht möglich gewesen wäre, einen bitteren Beigeschmack. Es gab aber immer Kräfte im Westen, die am Ziel der Einheit festhielten.

Und ein Letztes zu der Frage „Deutschland“: Ich möchte das aufgreifen, was mein Vorredner, Herr Jacobsen, schon angesprochen hat: Wir dürfen nie vergessen, daß die Frage der deutschen Einheit, die ja im 2+4-Vertrag dann international geregelt worden ist, auch deswegen so quälend war und die DDR-Identität als russisches Siegerrecht hingenommen werden mußte, weil Magdeburg eben nicht von einer deutschen Résistance befreit worden ist, sondern hier zogen 1945 amerikanische Truppen ein, und später folgten dann die russischen. Kurt Schumacher formulierte 1945, da die Deutschen ihre Regierungen nicht kontrolliert haben, werden sie jetzt von anderen regiert, und die Durchsetzung der nationalen Selbstbestimmung, das erfolgte eben – das ist die Dialektik dieses Prozesses – hier gegen eine Diktatur, die der ersten folgte. Aber die Westdeutschen, selbst wenn sie es sozusagen in ihrer Unbekümmertheit nicht mitbekommen haben, sind *auch* mit diesem Schritt souverän geworden. Dieses Wiederfinden der nationalen Identitäten in dieser Geschichte, dafür möchte ich Ihnen nochmals danken, daß Sie das zum Ausdruck gebracht haben.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: So, jetzt geben wir Ihnen Gelegenheit, hier auf viele Bemerkungen und Fragen in einer ersten Antwort zu reagieren.

Helga Schubert: Ich bin ja eine Schriftstellerin, am liebsten würde ich Ihnen zwei Seiten vorlesen, es wäre die Antwort auf meine Weise, weil ich mich ja entschieden habe, Schriftstellerin zu werden und nicht Diskutant. Da sind Sie mir alle überlegen, also auch mit dem System, was Sie anmahnen.

Ich war nämlich jetzt über das Wochenende auf einer Tagung der Evangelischen Akademie in Mecklenburg-Vorpommern von Rostock aus auf Zingst, und da ging es um die deutsche Literatur seit 1990. Da habe ich gemerkt, oder vielmehr ist es mir auch dort gesagt worden von den Literaturleuten, daß sich mein Stil tatsächlich sehr geändert hat. Ich bin von einem ganz stringenten Stil – ich habe immer versucht, ganz übersichtliche Geschichten zu schreiben – zu einem ganz offenen, assoziativen Stil gekommen. Er ermöglicht mir tatsächlich, einfach durch Assoziation an das Wesentliche auf eine gefühlsmäßige Weise zu kommen, eigentlich besser, als ich es sonst sagen könnte. Ich werde das mal ganz kurz vorlesen, und dann werde ich Ihnen zu den Werten etwas sagen. Das ist jetzt keine Gemeinheit von mir, daß ich Ihnen nicht ordentlich antworten will. Und zwar habe ich diesen Vortrag, aus dem ich Ihnen jetzt zwei Seiten vorlese, im Rathaus Schöneberg gehalten im Kennedy-Saal auf Einladung des Senats von Berlin, der Ausländerbeauftragten. Dort wird jedes Jahr einmal jemand eingeladen, zum Thema „Berlin – tolerant und weltoffen“ etwas zu sagen. Und da ich in Kreuzberg geboren und durch die Kriegsumstände in Ost-Berlin groß geworden bin, habe ich berichtet, wie ich jetzt meinen Ursprung wieder erschließe. Zum 3. Oktober 1990 sagte ich etwas, weil das die Antwort ist auf das, was Sie mich gefragt haben:

„Als ich am 3. Oktober 1990, dem Tag der Vereinigung Deutschlands – es war für mich ein wirklicher Feiertag – im Radio hörte, daß sich ein Demonstrationzug gegen die deutsche Einheit am Oranienplatz formiert hatte und auf den Alexanderplatz zu marschierte, gingen wir – wir wohnten damals noch am Fernsehturm – hinunter auf die Straße. Es war ungewohnt, am Rand zu stehen, denn elf Monate zuvor, im November 1989, hatten wir begonnen, an jeder Demonstration gegen die SED-Führung, gegen die ungewählte Volkskammer, gegen den Staatssicherheitsdienst teilzunehmen. Vor dem Autotunnel am Alexanderplatz am Straßenrand stehend, hörte ich zunächst nur ein langsames bedrohliches Trommeln, dann sah ich ihn zum ersten Mal marschieren, den schwarzen Block der Autonomen – ver mummt. Eine Frau in einem Auto voran, mit dem Lautsprecher zu ihren Gefolgsleuten gewandt, forderte die Bullen, wie sie sie nannte, schreiend auf, wegzugehen und nicht zu provozieren. Der schwarze Block hinter ihr skandierte – es wirkte tatsächlich wie in der Theatervorführung einer griechischen Tragödie: 'Deutschland verrecke!' Und: 'Nie wieder Deutschland!' und: 'Ausländer bleiben, Nazis vertreiben!' Eine Gruppe mit Seeräubertüchern um den Kopf brach aus dem Block, sprang auf die gehüteten Autos unserer Mithausbewohner. Einer tanzte im Kreis vor den Polizisten, reckte die Faust und erinnerte mich plötzlich nicht mehr an die antike Tragödie, sondern an Rumpelstilzchen. 'Deutsche Polizisten – Mörder und Faschisten!' Es wunderte mich, daß die Polizisten ruhig stehenblieben, obwohl der Mann 30 cm vor ihren Gesichtern tanzte. Dann griffen sich die Vermummten, die in einer fremden Sprache miteinander redeten, einen Jungen mit kahlgeschorenem Kopf, schleppten ihn zu einem Auto, einem Wartburg, und schlugen seinen Kopf auf die Motorhaube. Jetzt hatten wir sie, die Toleranz und die Weltoffenheit. Eine halbe Stunde später schlug ein Mann aus

dem schwarzen Block einen Polizisten mit einer Eisenbrechstange halb tot. Kenner erklärten mir, daß die wirklich Gewaltbereiten aus dem Süden der Bundesrepublik kommen, aus Kleinstädten und behüteten Familien, daß sie in Berlin in vornehmen Gegenden wohnen, nur zu Demonstrationen ihre schwarze Kluft anziehen und nach dem Ende des Studiums bald in einer angesehenen Anwaltskanzlei als Referendare arbeiten. Seitdem achte ich bei Spaziergängen durch Kreuzberg bei jungen Frauen mit zerrissenen Leggings und verrutschter roter Perücke, wenn sie sich gerade die vermeintlichen Läuse unter der Perücke im Echthaar kratzen, auf schwäbische Laute.

Neulich hatten wir uns wegen der vielen Straßen in Kreuzberg, die im spitzen Winkel ineinanderkreuzen, in der Richtung geirrt. Da sah ich mehrere junge Frauen mit hochstehenden grünen Haaren auf dem Boden hocken. Ich fragte: 'Entschuldigen Sie bitte, in welche Richtung geht diese Straße?' Sie antworten besorgt: 'Wissen wir nicht, aber gehen Sie da nicht lang, da kommen Sie in den Osten.' Da waren sie noch nie, und da wollen sie auch nie hin, aber schwäbisch sprachen sie nicht.“

Jetzt will ich hier die Fragen beantworten. Ich fange an, einfach zu Herrn Meckel Stellung zu nehmen, daß ich nur schreiben kann, wenn mir durch eine offene Gesellschaft im Rahmen der parlamentarischen Demokratie diese Freiheit garantiert wird. Das ist ein unheimliches Privileg, als Schriftsteller sich darauf zu verlassen, daß es ein Parlament gibt, das mir das auch garantiert, und eine Presse, die darauf achtet, daß es mit rechten Dingen zugeht, denn es geht ja nicht immer mit rechten Dingen zu, aber dazu ist die Presse ja da.

Zu Herrn Gutzeit: Ich habe selbst mit aufgerufen in der Erlöser-Kirche damals zu der Demonstration, die nachher am 4. November auch stattfand. Am 28. Oktober waren wir alle in der Erlöser-Kirche, da waren wir nur 6.000, und ich weiß, daß wir am 4. November ausschließlich Meinungs- und Pressefreiheit anmahnten, und zwar Art. 17 und 18 der Verfassung, und ich weiß auch, daß in Berlin Plakate da waren: „Kennen Sie Art. 17 und 18 der Verfassung, und wenn nein, warum nicht?“ Es ging nur um Informations- und Pressefreiheit, und das ist das Hauptsächlichste gewesen in der Diktatur. Sobald sie gegeben ist, ist die Diktatur zu Ende, weil dann nämlich plötzlich die Gewaltenteilung, zumindest mit der freien Presse, beginnt. Man kann in einer Diktatur keine freie Presse haben. Was ich gesagt habe, und ich habe es ganz bewußt auf den 3. Oktober 1990 gesetzt, ist, wir haben sie zwar gefordert, aber ich habe mich tatsächlich erst sicher gefühlt am 3. Oktober 1990, das ist bei mir so. Ich hatte dann eigentlich ein bißchen mehr Vertrauen, weil ich eine ganze Menge Leute kannte, die noch in Amt und Würden waren. Das ist ein Übergang gewesen, und ich habe in der Beziehung vielleicht ein kindliches Schutzbedürfnis.

Ich werde hier gefragt, ob ich Gruppierungen kenne, die nicht auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Es gibt jetzt Bestrebungen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, Stimmen zu sammeln, um eine Volksabstimmung zu initiie-

ren – das geht von dem „Bund freier Bürger“ aus –, um über die Währungsunion abstimmen zu lassen, das werden Sie ja sicher wissen, nicht? Das ist meine Antwort an den Abgeordneten.

Mir ist also bewußt, daß man natürlich eine Unterschriftensammlung machen kann, daß eine solche Abstimmung auch verfassungsgemäß wäre und daß es also auch das Recht eines jeden Bürgers ist, um Mehrheiten zu werben. Und wenn ich dann so ganz hochintelligente fanatische junge Männer höre, die mir also erklären, daß das deutsche Volk so furchtbar ausgebeutet wird und der deutsche Arbeiter sich schon Versailles nicht gefallen ließe usw., dann ist es so, daß ich das – ich habe auch sehr in dieser Richtung diskutiert – als ein elitäres gefährliches Denken ansehe. Ich sehe es als ein gefährliches Denken an, daß es Gruppen gibt, die denken, sie wissen besser als andere, was für andere gut wäre, also die der Meinungsbildung über die Presse und über die ganz normalen Wahlen nicht vertrauen, die etwas rückgängig machen wollen. Das ist vielleicht von mir noch ein Rest von zu idealistischer Sicht auf die parlamentarische Demokratie. Ich habe also gesagt, ich vertraue dem Parlament in dieser Beziehung.

Ich habe in Bezug auf die PDS schon sehr viele Veröffentlichungen gehabt, die letzte war jetzt im „Rheinischen Merkur“, ein längerer Text. „Weichwurst und Märchenprinz“ habe ich ihn genannt über – ich lebe ja 20 km entfernt von dem Ort der Handlung – die Koalitionskrise in Mecklenburg-Vorpommern, das hat mich ausgesprochen interessiert und beunruhigt. Ich bin persönlich über diese Lösung jetzt eigentlich froh. Ich bin nicht Mitglied einer großen demokratischen Partei geworden, obwohl ich im vergangenen Jahr Bundestagskandidatin war. Ich habe die Kandidatur rückgängig gemacht, aber das hat nichts zu tun mit Mißtrauen gegenüber der parlamentarischen Demokratie, sondern es hat tatsächlich etwas mit dem Lebensrest zu tun, den ich habe und den ich jetzt als Schreiberin verbringen will. Ich glaube, daß man im Bundestag andere Dinge tun muß als über Gedichte und Prosa nachzudenken und den Sprachrhythmus. Sie müssen Gesetzesvorlagen von früh bis abends lesen und das, habe ich gedacht, das mache ich nicht.

Ich möchte jetzt auf die Werte kommen, möchte aber nicht so vor mich hin monologisieren. Ich habe das vorhin mit dem Pater Metzger gesagt, weil ich jahrelang sehr intensiv darüber nachgedacht habe, wie das nun eigentlich ist, eine Deutsche zu sein. Nach der Einheit Deutschlands möchte ich es auf eine demokratische und auch weiterbringende Weise gerne als Deutsche schaffen, sowohl meinen Kindern als auch der nächsten Generation, also auch meinen Enkeln, eine fröhliche und selbstverständliche Haltung zu dem Ursprung vorzuleben, in dem sie unter ungleich günstigeren Bedingungen als ich in meinem Leben jetzt leben können. Das ist meine Grundhaltung. Und bei meinem Sohn ist es so, daß er in die Kommunalvertretung gewählt worden ist – er ist im Land Brandenburg Förster – und das sehe ich eigentlich mit großer Freude. Er kommt aus der evangelischen Kirche, ganz aktiv. Und wenn ich an die Identität denke, an das, was ich mitgebracht oder was ich gut gefunden habe in der

DDR, dann war es das, daß ich in der evangelischen Kirche immer Schutz gefunden habe. Ich komme eigentlich aus einer atheistischen Familie, Großvater war Abgeordneter der Sozialdemokratischen Partei in der Weimarer Republik, war Rektor in Berlin, hat dort die Jugendweihe eingeführt, war Rektor der ersten atheistischen Oberschule. Meine Mutter hat auch nur die Jugendweihe gehabt, aber sie hat mich taufen und konfirmieren lassen, und zwar, damit mir diese Bildung nicht fehlt, und das war von ihr eine Entscheidung, die mich in dieser Diktatur entscheidend geschützt hat. Mir ist bewußt, daß in der Kirche Spitzel waren, ich habe auch Spitzelberichte gelesen, aber weit wichtiger für mich ist eigentlich gewesen, daß ich in einer Situation einer geschlossenen Gesellschaft ein Echo von anspruchsvollen Menschen hatte und den Schutz der evangelischen Kirche. Dieser Sache bin ich auch treu geblieben, gehe auch jetzt zu solchen Einladungen oder mache jetzt z.B., zu Pfingsten wird es kommen, am zweiten Pfingstfeiertag nach „heute“ einen kleinen Film über Pfingsten. Also ich versuche, in diesem christlichen Glauben einen gewissen Schutz, einen gewissen Rückhalt zu finden. Das hat mir eine Kontinuität gebracht. Und viele unserer Freunde sind aus diesem Bereich, und das sind Leute gewesen, auf deren Lebensbilanz ich mit positiven Gedanken sehe, ich sehe oder sah ja auch hier einige einige hier am Tisch, die als Pastoren gearbeitet haben. Die Rolle der evangelischen Kirche in der DDR halte ich für sehr, sehr positiv, und vor allen Dingen – das Wichtigste ist gewesen, daß sie auch Atheisten – ich bin ja nun keiner –, sehr vielen Atheisten einen Raum zur Diskussion gegeben hat. Das ist etwas, was jetzt in der Familie bei uns weitergeht, also mein Enkel wird in Brandenburg jetzt im August in einem evangelischen Gymnasium eingeschult, in Herrmannswerder. Das ist diese Richtung, die nun auch ohne Einschränkung möglich ist, die keinerlei Nachteile mit sich bringt, und das finde ich gut. Die evangelische Kirche z.B. hat meinem Sohn den Schutz gegeben, die Diskussionsmöglichkeit usw., daß er den Dienst an der Staatsgrenze-West abgelehnt und auch beim Wehrkreiskommando gesagt hat, als sie ihn an die Grenze schicken wollten, daß er da nicht schießen wird, und er möchte da nicht hin. Ich bin insofern eine Zeitzeugin – vielleicht sind auch noch Eltern hier –, daß es ging, oder vielleicht ist jemand aus dem Wehrkreiskommando hier, der bestätigen kann, daß man durchaus nein sagen konnte.

Man mußte überhaupt nicht in der SED sein – ich bin nie in der SED gewesen –, man mußte auch nicht für den Staatssicherheitsdienst arbeiten für bestimmte Funktionen. Es sind Märchen, man konnte durchaus nein sagen. Ich weiß aber natürlich nicht, ob ich nicht, weil ich nun direkt aus dem Bildungsbürgertum komme, in einer besonderen Lage war. Also ich war umstellt von lauter Leuten, die von Bücherwänden umgeben waren; diese Berufe – wissenschaftliche Bibliothekare, Lehrer usw. – waren alle in dieser Familie vertreten. Mein Vater war Jurist, ich habe ihn aber nicht kennengelernt, und das ist die zweite Sache. Wenn ich an die Identität denke – ich habe eigentlich mein ganzes Leben in der DDR immer diese sozialdemokratische Tradition gehabt und mich erst nach der Einheit Deutschlands mit liberalem und konservativem Gedankengut vertraut gemacht. In diesem Zusammenhang habe ich mich mehr für das Le-

ben meines Vaters interessiert, und das werde ich jetzt auch noch weiter tun, denn das ist eine ganz andere Richtung. In der DDR war es schon das Schlimmste, das Feindlichste, über Sozialdemokratie nachzudenken. Ganz und gar undenkbar, jedenfalls für mich, war es, noch anderes Gedankengut – auch einfach einmal konservatives Gedankengut – zur Kenntnis zu nehmen, ohne sich sofort beschimpfen lassen zu müssen: „Das ist jetzt nationalistisch.“ Einfach sich mit verschiedenen Gedanken in der wissenschaftlichen Literatur zu beschäftigen, das ist für mich neu, insofern ist mein Spektrum breiter geworden, ich kann es besser einschätzen, was politisch läuft. – Habe ich jetzt alle Fragen beantwortet?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Ob Sie alle beantwortet haben, habe ich nicht abgehakt, ich glaube, das wäre auch etwas schwierig. Auf die Fragestellung, für die Sie sich besonders kompetent erklärt haben, haben Sie schon reagiert. Es gibt ja noch weitere Möglichkeiten, zu fragen. Ein Moderator bei so einem Gespräch kann nicht darüber bestimmen, worüber hier geredet wird, was gefragt wird, er kann allenfalls anregen. Ich möchte die nächsten Redner, die jetzt hier aufzurufen sind, anregen, doch auch den zweiten Bereich, um den es hier gehen muß, in den Blick zu nehmen. Wir haben jetzt sehr viel darüber gesprochen, was war da in der DDR, wie haben wir in der DDR gelebt, wo haben wir Anknüpfungsmöglichkeiten gefunden. Es geht aber bei dieser Anhörung nicht nur um den historischen Rückblick, sondern eben um Kontinuitäten. Damit ist die historische Dimension im Spiel, aber eben auch der Wandel im vereinigten Deutschland, und ich könnte mir natürlich vorstellen – Sie haben das Thema hier ja zuletzt sehr stark in den Vordergrund geschoben –, daß beispielsweise auch im Zusammenhang mit den Kirchen die Frage gestellt werden könnte: Was tragen die Kirchen heute bei zu Prägung, Identitätsbildung usw.? Die erste hier auf der Liste der Wortmeldungen ist Frau Brudlewsky.

Abg. Monika Brudlewsky (CDU/CSU): Ich danke Frau Dr. Schubert herzlich für Ihre Ausführungen. Sie waren sehr interessant für mich, auch als ehemalige DDR-Bürgerin, vieles fand ich wieder. Ich fand auch interessant Herrn Prof. Jacobsens Frage zur Identifikation mit „Vaterland“, ich komme noch einmal ganz kurz auf diesen Aspekt. Ich habe so für mich da nachgedacht, und ich weiß, daß ich mich als DDR-Bürger nicht wohl gefühlt, sondern dieses Wort für mich mit Widerwillen empfunden habe. Ich habe immer gehofft, mal irgendwann vielleicht mit dem Wort Europa etwas anfangen zu können, und ich weiß, daß sehr, sehr viele ähnlich wie ich empfanden und dachten. Sicher war das auch abhängig davon, welche Rolle der einzelne in der DDR spielte. Zum Beispiel war es mir immer bewußt, in diesem Staat kann ich nichts werden, nachdem er mir das Studium verwehrt, und das Wissen, daß ich als Christ sehr engagiert lebte. Aber dieses Christ-Sein machte mir auch eine andere Entscheidung sehr, sehr leicht – vielleicht empfinden das viele hier im Saal ähnlich –, diese Entscheidung nachher, in diesem Staat will ich auch nichts werden. Ich habe einfach gar keine Lust gehabt, in diesem Staat Karriere zu machen, weil ich dann vielleicht hätte irgendwas verraten müssen, was in

mir drin war. Und auch hier stand ich nicht alleine. Dennoch war diese Identität, oder wie man es jetzt nennen möchte, trotz dieser freiwilligen Entscheidung des einzelnen doch eine aufgezwungene, weil der Weg, den man eigentlich gehen wollte, von vornherein versperrt war. Es gab eben diese drei Entscheidungen für den einzelnen Lebensweg: entweder Zugeständnisse machen, zu resignieren – eine zweite Möglichkeit – oder ganz positiv dagegen zu sein, positiv dagegen sein, was Sie eben sagten, dieses Neinsagen dürfen. Wir durften nein sagen, man mußte nicht in den Staatssicherheitsdienst, man mußte nicht in die SED.

Aber jetzt zu etwas anderem: Im Prozeß der friedlichen Revolution, den wir ja gemeinsam erlebt haben, war es uns ein großes Anliegen, Blutvergießen zu vermeiden und zwar nicht pauschal zu verurteilen, aber doch dann später einmal Gerechtigkeit walten zu lassen. Davon waren auch wir überzeugt, die wir in der ersten freien Volkskammer zusammen waren – Herr Hilsberg, Herr Meckel, Herr Poppe und Herr Eppelmann. Wir waren davon überzeugt, wir werden das aufarbeiten, was hier passiert ist, und wir werden dafür sorgen, daß Gerechtigkeit geschieht. Ja, und da kommt dann die große Enttäuschung auch vieler hier bei uns in den neuen Ländern über die Ohnmacht der Menschen, Täter für ihre Taten verantwortlich zu machen. Gerade in diesem Prozeß der Anpassung, der Arbeitslosigkeit usw. geht dieses völlig unter, daß man eigentlich Gerechtigkeit walten lassen wollte. Ich fand es sehr interessant auch, was Herr Polte vorhin sagte, daß die DDR-Identität nicht nur in der Vergangenheit begründet liegt, sondern in diesem Prozeß der Einigung, daß eben diese Unzufriedenheit doch hochkommt bei einigen. Und eben da ist die Aufarbeitung der Vergangenheit, mit der wir uns gerade in dieser Enquete-Kommission befassen, SED-Unrecht wieder gutzumachen, ein ganz wichtiger Punkt. Interessant war, was letztens Herr Gauck äußerte, wenn ich das mal sagen darf: Wir hätten diese Aufarbeitung nicht so sehr beschränken sollen auf die Problematik Stasi, sondern viel mehr den Auftraggeber SED im Blick behalten, das nicht so sehr aus dem Blick verlieren sollen. Frau Dr. Schubert sprach vorhin von einem Gerichtsverfahren, von einer Verurteilung in bezug auf diese Täterschaft im Dritten Reich. Es ist meiner Meinung nach, nach Meinung vieler in den neuen Bundesländern bedauerlich, daß zum Teil ehemalige Täter oder maßgebliche Verantwortliche des ehemaligen Regimes meinen, auch heute die Menschen im Osten, in der ehemaligen DDR, für sich zu gewinnen, also die einfach jetzt ihre Identität diesen Menschen wieder aufstülpen, die meinen, die Menschen müßten so denken, wie sie gedacht haben, die das, was früher war, versuchen zu beschönigen, und die jetzt viele Menschen einen falschen Weg führen wollen. Da bin ich sehr froh, daß es diese Enquete-Kommission gibt, und ich hoffe, daß wir das verhindern können.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Ich habe jetzt auf der Liste noch die Herren Fricke, Faulenbach, Elm, Burchrichter und Hilsberg. Ich möchte dann die Liste gerne schließen. Der nächste ist Herr Fricke.

Sv. Karl Wilhelm Fricke: Ich habe drei kürzere Fragen an Frau Schubert. Der Begriff der DDR-Identität ist für mich noch immer sehr fragwürdig. Ich glaube nicht, daß es so etwas gegeben hat, und ich erinnere daran, daß bis Ende der sechziger Jahre in der DDR selbst davon nie die Rede war. Solange die erste Verfassung der DDR in Kraft war, war auch meiner Erinnerung nach von DDR-Identität nie die Rede. Das setzte eigentlich erst zu Beginn der siebziger Jahre ein, als die zweite Verfassung allmählich wirksam wurde und die nationale Frage sich aktualisierte. Meine Frage konkret: Ich kann mir zum Beispiel nicht vorstellen, daß ein Mann wie Erich Honecker, der ja als Saarländer sowieso seine besonderen Schwierigkeiten hatte, nun eine eigene DDR-Identität entwickelte, das kann ich mir nicht vorstellen. Frage an Sie: Könnte es nicht so sein, daß, wenn überhaupt so etwas wie ein Wir-Gefühl in der DDR entstanden ist, es sich auf die jüngeren Generationen beschränkt, die in die DDR hineingeboren worden sind und die aus sich heraus dann so etwas wie eine DDR-Identität, in Ansätzen zumindest, entwickelt haben, weil sie keine historische Perspektive mehr sehen zu können glaubten hinsichtlich der deutschen Einheit?

Die zweite Frage; Sie haben es kurz in Ihren Ausführungen auch schon erwähnt: Was ist eigentlich mit den ca. 4 Millionen Deutschen, die das Gebiet der SBZ und der DDR bis zur sogenannten Wende, bis zur friedlichen und demokratischen Revolution verlassen haben? Wie weit haben sie sich eingebracht in das, was man heute neomodisch „Befindlichkeit“ der Bundesdeutschen nennt? Ich denke da insbesondere auch an die über 33.000 freigekauften Häftlinge.

Die dritte Frage – mit der komme ich nun auch dem Wunsch von Peter Maser nach –, nämlich auf die Zeit nach der Vereinigung einzugehen: Warum spielt eigentlich im Selbstbewußtsein der Menschen in den neuen Ländern, in der früheren DDR, die Tatsache, selbst den aufrechten Gang 1989 gelernt zu haben, eine so herzlich geringe Rolle? Warum ist es heute so, daß sich manche Bürgerrechtsgruppen schon beinahe dafür entschuldigen, daß es sie gegeben hat und daß sie dazu beigetragen haben, daß dieser glorreiche Sozialismus 1989 sein Desaster erlebte?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Herr Faulenbach bitte.

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Frau Schubert, lassen Sie mich, angeregt durch Ihre Ausführungen, zu drei Punkten Bemerkungen machen. Zunächst zur Frage, was wir unter Identität hier verstehen wollen und inwieweit dieser Begriff „Identität“ tatsächlich auch anwendbar ist auf die DDR.

Ich war nicht sehr glücklich, als die Berichterstattergruppe den Begriff „Identität“ in diese Anhörung eingeführt hat, weil er sehr mißverständlich ist. Schon bezogen auf das Individuum ist Identität ein sehr schwieriger Begriff. Wer ist denn mit sich selbst identisch? Lebt man nicht vielfach auch im Widerspruch? Häufig gibt es zu einfache Vorstellungen davon, was eigentlich Identität schon in personaler, individueller Hinsicht tatsächlich ist. Um so mehr gilt dies na-

türlich für Gruppenidentitäten. Man muß sich aus klar machen, daß jeder Mensch zu verschiedenen Kollektivgruppen gehört, die ihrerseits wieder so etwas wie Prägungen, Identitäten usw. haben. Dieses alles zwingt dazu, es sich nicht zu einfach zu machen mit diesem Identitätsbegriff, gerade bezogen auf die DDR. Es hat übrigens eine Identitätsdiskussion in der westdeutschen Gesellschaft in den achtziger Jahren gegeben, in verschiedenen anderen Gesellschaften wurden solche Diskussionen geführt, so z.B. in England zu der Frage: Was ist englische Identität?, oder in Israel eine Diskussion darüber, was israelische Identität ist, inwieweit ist sie mit jüdischer gleichzusetzen usw. Es handelt sich im Grunde genommen um Diskussionen über das Selbstverständnis von Großgruppen, die unter der Frage „Identität“ liefen. Bezogen auf die DDR können wir fragen, wenn wir die Großgruppe DDR-Bevölkerung betrachten: Hat die DDR ansatzweise so etwas wie Prägungen einer Nation – die bekanntlich in der Geschichte entstehen und auch wieder vergehen – aufgewiesen, die heute nachwirken? Darüber ist in der alten Bundesrepublik diskutiert worden. Die Kultur hat zwar die DDR in einem erheblichen Maße mit Westdeutschland, zum Teil mit der Schweiz, Österreich usw. geteilt. Es gab aber eben doch eine eigene Alltagskultur der DDR. Jetzt ist die Frage: Was wirkt von der Alltagskultur, von bestimmten Verhaltensmustern und Einstellungen, die es in der DDR gegeben hat, heute noch nach?

Natürlich haben die Menschen in der DDR auch eine Geschichte erlebt, die sich mit ihren Erfahrungen von der Geschichte der Westdeutschen unterscheidet. Vorher war die Geschichte eine gemeinsame, dann eine getrennte, jetzt wieder eine gemeinsame. Es wäre eben zu fragen, inwieweit diese Geschichte der DDR eine Prägekraft besessen hat – das wäre die Frage, die wir stellen müßten. Insofern würde man meines Erachtens doch noch etwas systematischer an diese Fragen herangehen können.

In diesem Zusammenhang noch drei Fragen an Sie, Frau Schubert: Gibt es aus Ihrer Sicht einige gleichsam für alle Menschen, die in der DDR über Jahre gelebt haben, konstitutive Erfahrungen, die sie gemeinsam haben, oder würden Sie sagen, so etwas gibt es generell eben nicht? Das zweite, was ich Sie fragen möchte in diesem Zusammenhang: Ist aus Ihrer Sicht die Beurteilung der NS-Zeit für viele Menschen in der früheren DDR auch heute noch anders als bei den Westdeutschen? Und schließlich drittens: Inwieweit wurde die DDR-Identität durch ein bestimmtes Leben in sehr abgesicherten vormundschaftlichen Strukturen, sozialen Strukturen geprägt, und inwieweit bestimmt das Bewußtwerden – positiv oder negativ – Identität? Dies wären Versuche, den Identitätsbegriff als Fragerahmen auf die DDR anzuwenden.

Eine zweite Bemerkung: In der Diskussion der achtziger Jahre über die bundesdeutsche Identität haben wir darüber gesprochen, inwieweit die Bundesrepublik dabei sei, eine postnationale Identität auszubilden, wobei die Vorstellung leitend war, es gäbe bestimmte in der Verfassung manifeste Wertorientierungen universalistischer Art, die das Selbstverständnis der Bundesrepublik prägten. Jetzt wäre die Frage für mich, Frau Schubert: Inwieweit ist es aus Ih-

rer Sicht denkbar, diese Wertorientierungen der alten Bundesrepublik, für die die Menschen- und Bürgerrechte zentral sind, gleichsam auf die DDR zu übertragen? Würde dies aus Ihrer Sicht oder aus der Sicht vieler DDR-Menschen eine Verwestlichung bedeuten, die man nicht will? Oder könnte das für die auf universalistischen Werten basierende postnationale Gesellschaft ein Modell sein, auf das man sich gesamtdeutsch verständigen könnte? Anders als Herr Wilke würde ich den Begriff der postnationalen Identität nicht exklusiv sehen, sondern als einen Rahmen von Wertorientierungen, der möglicherweise Ost und West verbinden könnte. Universalistische Werte, das Bekenntnis zu Menschen- und Bürgerrechten, würden dann den gesamtdeutschen Zusammenhang mit konstituieren.

Ein Fragenkomplex noch ganz knapp: Resultiert nicht auch ein Teil der Schwierigkeiten, Frau Schubert, heute daraus, daß in der DDR, anders als in Westdeutschland, die Systemebene, die Ebene des politischen Systems, in stärkerem Maße unmittelbar in der Lebenswelt der Menschen präsent war, so daß es weniger leicht möglich ist, die Systemebene und die Lebenswelt der einzelnen auseinanderzuidividieren? Resultiert ein Teil der Verteidigung der DDR nicht auch daraus, daß die Menschen mit ihrer Biographie in dieser Gesellschaft so verwoben waren, daß sie diese nicht ohne weiteres von der Gesamtgesellschaft abtrennen können, so daß sie jetzt manchmal, wenn das System kritisiert wird, glauben, daß auch ihre Biographie kritisiert wird? Liegt darin nicht eines der Probleme, mit denen wir es gegenwärtig zu tun haben, daß sich Lebenswelt und Systemebene für viele, für Millionen, nicht ohne weiteres trennen lassen?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Der nächste ist Herr Dr. Elm bitte.

Abg. Dr. Ludwig Elm (PDS): Eine Bemerkung und eine Frage anschließend: Ich habe mit Interesse am Ende Ihrer Ausführungen in der Diskussion gehört, daß Sie sich in den letzten Jahren vor allem für liberales und konservatives Ideengut interessierten. Ich kann dasselbe für eigene frühere und neuere Arbeitsgebiete bestätigen und will ausdrücklich auch die Unverzichtbarkeit der Erschließung dieser Denktraditionen für solche Situationen, wie wir sie jetzt haben, hervorheben – nämlich für die Aufarbeitung von Zäsuren wie von 1989/90 und der Frage nach den Ursachen des Scheiterns des vorangegangenen Systems. Das verbinde ich mit der Debatte darüber, inwieweit die Ostdeutschen sich damit schwer tun oder manche Kräfte es auch nutzen, wenn es um die Aneignung eines neuen Verhältnisses zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Liberalität usw. geht. Das ist eine Debatte, ein Prozeß, der stattfindet, der da sicher auch oft von alltäglichen Erfahrungen, Ressentiments usw. überlagert wird. Ich will mich darauf beschränken, zu sagen, daß von mir beispielsweise auf der Geschichtskonferenz der PDS im November ein Korreferat über „Die Linke und das liberale Erbe“ gehalten wurde. Es geht in diese Richtung, daß ich glaube, zu den Lehren gehört, daß die alte verächtliche Einstellung, das Erfordernis der Gewaltenteilung sei etwas, was im wesentlichen der bürgerlichen Gesellschaft vorbehalten bleiben sollte, durch die jüngsten ge-

schichtlichen Erfahrungen widerlegt ist, daß wir im liberalen Ideengut tatsächlich auch wesentliche allgemeingültige politische Erfahrungen, Wertauffassungen haben, die für die künftigen Orientierungen im weiten politischen Spektrum erheblich sind. Das ist aber mehr eine Anmerkung zu dieser Debatte. Meine Frage – sie schließt an eine der Fragen von Kollegen Faulenbach an und an Bemerkungen in Ihrem Einleitungsvortrag: Sie sprachen vom Geschichtsbild in der DDR, über die Einseitigkeiten im Antifaschismus. Wie ist Ihr heutiger Blick auf den Antifaschismus in der DDR, vielleicht mal vor allem in Literatur, Kunst, Bildender Kunst, Film usw., was den Anspruch anging, was man erleben, erfahren konnte, und wie wir es alle zusammen nach Ihrer Meinung im Lichte der heutigen Erfahrungen bewerten sollten? Ist daran auch Ernstzunehmendes, oder ist es im wesentlichen Verordnetes, Autoritäres? Als Zusatzfrage dazu: Würden Sie zustimmen, daß die Tatsache, daß das Wahlverhalten der Ostdeutschen seit 1990 im wesentlichen ja doch auf eine Abfuhr gegenüber rechtsextremen Kräften hinauslief, daß in diesem Wahlverhalten, wie immer man es im einzelnen bewertet, in bestimmter Weise ein Wirken und Nachwirken von antifaschistischen Impulsen, Ideen, Werten zu sehen ist?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Herr Burrichter bitte.

Sv. Prof. Dr. Clemens Burrichter: Ich will nur ganz kurz nochmal darauf hinweisen, daß die Vorbereitungsgruppe für diese Anhörung sehr bewußt diesen Titel gewählt hat und dabei den Plural „*Identitäten* in der DDR“, wobei wir der Auffassung waren, daß die Identitäten, die eventuell aufzuspüren sind, durchaus nicht immer das Epitheton „DDR“ verdienen, sondern das können auch sehr abweichende oder sehr komplizierte Identitäten gewesen sein. Ich möchte die Anregung des Moderators aufgreifen und auf das Thema „Wandel“ noch etwas eingehen. Identitäten – wenn darüber geredet wird, daß es fast zum Modewort geworden ist, dann widerspiegelt diese Diskussion Probleme, denen sollte man vielleicht nachgehen und versuchen herauszufinden, ob da nicht irgendwelche Schief lagen entstanden sind. Ich nutze jetzt mal ganz bewußt die Metapher des Vorsitzenden aus seiner Eröffnung von dem Einwanderungsland. Wenn man in ein Land einwandert, dann kommt man in der Regel aus einem anderen Kultur-, Normen- und Wertebereich. Dann gehört es mit zu den großen Problemen der Einwanderer, sich in dieses neue Kultur- und Wertesystem zu integrieren. Ich vermute, daß das Problem hinter der Thematik „Identität“ genau damit zusammenhängt, daß im Grunde genommen in einer relativ kurzen Zeit ein neues Normen- und Werte-System und neue Lebensverhältnisse, Handlungsmöglichkeiten auf diese Menschen zugekommen sind. Und dann, und damit komme ich zum Begriff „Wandel“, entstehen Identitätsbrüche, über die wir sehr viel in der Vorbereitung diskutiert haben. Ich möchte Sie gerne fragen, Frau Schubert, sowohl als Psychologin als auch als Therapeutin: Könnten Sie dieses Problemfeld vielleicht noch etwas weiter präzisieren und aufzeigen, ob wir eigentlich die Menschen, die in diese Identitätsbrüche hineingeraten sind, einfach mit sich allein lassen dürfen oder ob wir diese Dinge, die ja in der normalen Entwicklung eines Kindes, eines jugendlichen

Menschen eigentlich nicht sich selbst überlassen sind, ob wir diese Thematik tiefgehend aufgreifen müssen?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Der letzte Frager ist Herr Hilsberg, bitte.

Abg. Stephan Hilsberg (SPD): Frau Schubert, Sie haben erfreulich offen Ihre subjektive Einstellung, auch zum Prozeß der deutschen Einheit, geschildert. Deshalb erlaube ich mir, zwei Bemerkungen dazu zu machen, und zwar in dem Zusammenhang, daß Sie noch einmal bekräftigt haben, daß für Sie die Garantie der erworbenen Meinungsfreiheit die deutsche Einheit gewesen sei. Wenn das so war, dann frage ich mich: Welche Bedeutung hat bei Ihnen eigentlich das Moment der Selbstbefreiung, der Emanzipation, was ich für meine Begriffe als das Grundlegende empfunden habe? Gestatten Sie mir, dies aus meiner eigenen persönlichen Sicht – auch Erfahrung – zu schildern. Für mich war der Prozeß der Demokratisierung der DDR das erste Mal ein Moment der Identifikation mit diesem Volk, das ich als anpaßlerisch erlebt hatte und das mich, ähnlich wie Sie es geschildert hatten, verzweifeln ließ an einer möglichen Demokratisierung, möglichen Freiheit. Die Tatsache, daß es aber anders gekommen war, daß wir tatsächlich etwas geschafft hatten, daß wir gemeinsam die SED entmachtet und Demokratie errichtet hatten und damit die Grundlage dafür, das Schicksal in diesem Land zu wenden, zum Besseren fügen, es selbst gestalten zu können, das, muß ich sagen, hat mein eigenes Verhältnis dazu in der Tat sehr gewandelt, mich diese Dinge plötzlich sehr positiv sehen lassen. Im Gegensatz dazu fand ich dann den 3. Oktober mit seinen Begleiterscheinungen eher als etwas, was einem einen Stempel plötzlich aufdrückt, gegen den man dann so nichts mehr machen kann. Also, es war nicht einfach nur positiv, es war eine schwierige Erfahrung, der 3. Oktober.

Die andere Frage bezieht sich auf den Wandel der Identitäten: Wir haben ja sechs Jahre deutsche Einheit hinter uns. Sicherlich – ich kenne eine ganze Menge an Dingen, die auf so etwas wie eine gesamtdeutsche Identität hindeuten, aber es ist ein sehr, sehr schwieriger Prozeß, und die Identität ist auch nur sehr schwer zu erkennen. Jetzt beobachtet man die ganze Zeit, im Grunde genommen schon seit 1990, eine merkwürdige Schizophrenität bei den Menschen in Ostdeutschland. Wenn sie befragt werden nach ihrer persönlichen Einschätzung für sich und nach ihrer Perspektive für das Ganze, dann schätzen sie automatisch – fast alle – ihre persönliche Perspektive esser ein als die des ganzen Landes. Wo hat das eigentlich seine Ursache, und wie interpretieren Sie diese merkwürdige Gespaltenheit in bezug auf die Identität, die hier in Ostdeutschland existiert?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Ich bedanke mich bei allen Fragern. Ich werfe hier einen Blick nach rechts auf die Seiten, die Frau Dr. Schubert hier vollgeschrieben bei all den klugen Anmerkungen und vielfachen Fragen, die oft nach dem Motto gestellt wurden – ich habe zwei Fragen – und wenn man das dann hier in der Auflistung sieht, waren es sechs oder acht Fragen.

Also es gibt bestimmt sehr viel Verständnis dafür, wenn Sie angesichts der Zeit – wir haben noch etwa zehn Minuten zur Verfügung – durchaus auch nur thesenartig reagieren auf das, was hier an Bemerkungen und Anfragen vorgebracht worden ist.

Helga Schubert: Ja, schönen Dank, Herr Prof. Maser. Ich habe mir schon immer Pfeile gemacht, weil manches Unterfragen der anderen waren. Sie haben dadurch, daß Sie im Bundestag manchmal zusammen Mittag essen, auch wenn Sie verschiedenen Parteien angehören, natürlich immer einen dauernden Dialog miteinander. Das wichtigste, was ich dazu zu sagen habe, ist, daß ich nicht den Eindruck habe, daß sich die Normen und Werte bei den ehemaligen DDR-Bürgern, also bei den Ostdeutschen, geändert haben. Die haben sich nicht geändert, weil sie immer in einer doppelten Welt gelebt haben. Da gibt's ja diesen genialen Orwell, der uns das alles schon beschrieben hat. Wir alle, würde ich sagen, haben überwiegend in den Normen und Werten der westlichen Industriegesellschaft der Bundesrepublik gelebt. Wir haben in den dortigen Medien gelebt, und unsere Handlungen waren davon unterschieden. Die Normen und Werte, die man an der Universität in den Prüfungen auswendig hergesagt hat – ich könnte Ihnen alles ganz genau mit dem Materialismus erläutern. Ich habe immer etwas auf den Deckel gekriegt, weil ich alles im Konjunktiv dargestellt habe – Marx sagt das, Lenin sagt das, Lenin ist der Meinung –, dann sagte der Dozent, Sie möchten bitte nicht in der indirekten Rede reden, sagen Sie bitte, es ist so, und dann sage ich aber, es steht doch bei Lenin, und er ist der Meinung, daß es so und so ist. Das haben viele gemacht, so wie ich; dafür konnte man eine Eins bekommen, wenn man alles ganz genau wie vorgegeben gesagt hat, – man sollte es natürlich möglichst in der Sekundärliteratur gelesen haben und nicht in der Originalliteratur. Also die Normen und Werte sind nicht geändert im Osten, das ist meine Hauptthese. Was sich geändert hat, ist, daß nicht mehr eine zweite Heuchelebene von Normen und Werten darübergelagert ist, und die Handlungsmöglichkeiten haben sich grundsätzlich geändert. Was jetzt vollkommen auseinandergeht, ist, daß die Handlungsmöglichkeiten da sind, und die Fähigkeiten und Fertigkeiten sind noch nicht geübt. Wenn man nicht Pastor ist und das in den Rhetorikseminaren der Hochschule usw. gelernt hat oder bei den Führungskräften in Managerlehrgängen (bloß die haben ja nicht das Akzeptieren gelernt, wie es in der evangelischen Kirche war oder auch bei den Psychologen, daß man ein Gesprächstraining hatte, daß man überhaupt den anderen mit einer anderen Meinung akzeptiert), dann ist das praktisch nicht möglich. Also die Handlungen wären jetzt anders möglich, und das ist nicht geübt. Was ich zum Beispiel unheimlich schwierig finde, ist, Feindseligkeit von anderen auszuhalten in der demokratischen Auseinandersetzung. Es fällt mir unheimlich schwer, die Abwertung, auch die intelligente und hämische und zynische Abwertung, durch einen intelligenten andersdenkenden Menschen zu ertragen. Diese Schrecksekunde, die ich habe vor soviel Kälte und bevor ich das überwinde, die hätte ich nicht, wenn ich in einer demokratischen Gesellschaft aufgewachsen wäre. Ich hätte das nämlich schon in den verschiedenen Leistungsklassen vor dem Ab-

itur gelernt, was ich jetzt mühsam immer wieder mit Durchatmen schaffen muß, daß ich ruhig bleibe, wenn mir ein anderer reaktionäres Denken vorwirft usw. Im nächsten Moment lädt er mich zu einem Glas Wein ein, aber in der Öffentlichkeit bin ich schon fast eine Rechte, und das zu ertragen ist etwas, was ich einfach nicht geübt habe. Es geht doch ganz vielen, nicht nur Intellektuellen, sondern auch anderen Leuten so, weil jeder Mensch in der DDR ganz genau gewußt hat, wie er eigentlich antworten müßte, was er jetzt in der Schule sagen müßte und wozu er sich manchmal nicht überwinden konnte, und dann hat er geschwiegen. Er hatte aber immerzu dieses Über-Ich – so müßte es eigentlich sein. Und jetzt, mit einem Mal kann er mit sich identisch sein. Er wird deshalb nicht entlassen – vielleicht wird er deshalb nicht eingestellt –, aber das wird ihn nicht seine Stelle kosten; und das ist aber früher so gewesen. Das Politische hat jetzt auch etwas Spielerisches bekommen in der Demokratie. Man kann sich wetzen, man kann sich duellieren, das ist alles etwas, was nicht geübt ist. Zwar ist das kein intellektuelles Problem, es ist ein emotionales Problem in der lebbareren Aggressivität, in der zivilisierten Aggressivität, ich glaube aber, daß das lernbar ist.

Für die jungen Leute, also so wie Sie, sehe ich überhaupt nicht schwarz. Es ist eigentlich meine Generation – ich sehe auch hier ein paar meiner Generation am Tisch –, die eine ganz wichtige Funktion hatte auf dem Weg zur deutschen Einheit, weil wir nämlich das offene Berlin noch kannten und auch den jungen Leuten die Angst nehmen konnten. Aber meine Funktion endet jetzt, oder ich sehe sie jetzt nur noch im Ermutigen, daß der Weg lang ist, daß man das ausprobieren muß, daß man ein paar Semester im Ausland studieren muß, auch wenn man noch nicht das Zimmer hat. Es geht um diese Einzelheiten, daß man neugierig sein darf, daß man auf die Nase fliegen kann, daß man auch das Studium wechseln kann. Ich weiß nicht, ob Sie wissen, daß man in der DDR nicht das Studium wechseln durfte; man hat angefangen, und dann mußte man das zu Ende machen. Ein Studienplatzwechsel an eine andere Universität war ganz schwierig, weil dieser Mensch, der dort angenommen wurde in dem und dem Bereich, eine Planstelle hatte. Man kriegte einen Studienplatz oft erst, wenn man schon die Absolventenstelle hatte, also man fing das Studium an und wußte, man wird bei Leuna anfangen.

Daß ich auch während der Diskussion plötzlich mal die Meinung des anderen annehmen kann und daß man viel mehr spielt, daß man viel stärker intellektuell, ohne sich zu beschädigen, sich auseinandersetzen kann, das ist etwas, was ich als neu empfinde in der politischen Diskussion. In der sachlichen Diskussion geht das immer, und darum fällt es auch den Naturwissenschaftlern viel leichter.

Zur Selbstbefreiung: Ich habe die Bevölkerung, meine Mitbürger nie verachtet. Ich bin nie an den Leuten verzweifelt, also das kann ich beschwören. Ich bin noch nie an meinen Mitbürgern verzweifelt, und das tue ich auch jetzt nicht, weil ich mir sage, 80 Prozent wählen die eine andere Partei nicht, das muß ich mir dann immer so sagen. Und aus diesem Grunde war zunächst mei-

ne Verzweiflung nicht auf die Bevölkerung bezogen, ich war verzweifelt an dem System, war verzweifelt an dem Kafka-System, in dem ich gelebt habe, und ich habe gedacht, das geht nie zu Ende, das ist jetzt mein Leben. Das hat mich gelähmt. Dann hatte ich das Empfinden oder das Wissen, daß es nicht nur in der der Regierung und dem Politbüro gegenüberstehenden Bevölkerung zu Ermutigung, zur Öffentlichkeit kam, sondern daß es eben auch von den Mächtigen zugelassen wurde, und zwar, weil sie eine Netzlandung wollten, weil sie Angst hatten, einfach umgebracht zu werden. Sie haben eigentlich in dem Moment nachgegeben, als sie wußten, daß ihnen jetzt die sowjetische Unterstützung fehlt. Das ist mehreres gewesen – dieser zivilisierte Gorbatschow, der plötzlich auftauchte, oder da kommt ein Kommandeur, ein sowjetischer General, der sagt, wir werden nicht schießen – das habe ich gerade gestern nochmal gelesen –, wir werden auf die deutsche Bevölkerung nicht schießen im Oktober. Man muß doch auch differenzieren bei den Mächtigen. Ich habe große Achtung vor den Leuten an der Grenze zum Beispiel, die am 9. November plötzlich die ganzen Leute auf sich zukommen sahen und nicht geschossen haben. Das ist ein Realitätssinn dieser Leute gewesen.

Die Selbstbefreiung ist plötzlich da, ich kann das von mir selbst sagen. Mein Erlebnis war bei der Demonstration, daß man plötzlich nicht mehr auf dem Bürgersteig geht. Das kennen Sie alle, die Westler kennen das wahrscheinlich alle, daß man dann auf die Straße geht, man meldet eine Demonstration an. Aber wir sind ja auf dem Alexanderplatz, an der Marienkirche auf dem Bürgersteig gegangen, und da kamen die Autos an, die fuhren sehr schnell. Ich gehörte dann zu denen, die gedacht haben, so, jetzt müssen wir auf die Straße gehen, wir sind ja viel zu viele. Da ist es doch viel besser, man geht auf die Straße, und dann schubt man praktisch eine kleine Beule machen auf der Straße, daß die Autos schon langsamer wurden, dann hielten sie an, und wir haben zu ihnen gesagt: „Steigen Sie doch aus und kommen Sie doch mit.“ Die haben gesagt: „Nein, nein, ich muß da und da hin“ oder so, und schließlich haben wir sie doch überzeugt. Aber wir gingen auf der Straße. Daß man auf der Straße geht entgegen der Fahrtrichtung zum Beispiel, das ist etwas, das hört sich für Sie jetzt ganz kindlich an, aber das ist nach dem Leben in einer totalitären Gesellschaft etwas Besonderes. Mein Sohn mußte die Hände auf dem Rücken verschränken im Nachmittagsunterricht, wenn er nicht gerade schrieb im Hort oder so. Dieses ganz und gar Autoritäre – man wußte genau, wie man reden sollte. Schon wenn ich schrieb, wußte ich, das kommt nie, das wird nicht gedruckt, also entweder schreibe ich das jetzt nicht, oder ich schreibe eine andere Fassung, oder ich gebe es von vornherein an die Neue Zürcher Zeitung, und dann werde ich eben – so war es dann auch – hinbestellt und verwahrt vom Staatsanwalt. Aber man wußte immer, was einem blühte, und plötzlich geht man auf der Straße, und das konnten wir gar nicht anmelden, denn das war ja verboten. Das hat mit Selbstbefreiung zu tun, ganz kleine Dinge. Die hätten schießen können, ja – haben sie aber nicht. Und warum? Weil die Weltlage – es war nicht eine reine Selbstbefreiung – so war. Ich zum Beispiel bin da schon Gorbatschow dankbar. Wir haben nicht vor einer totalen Panzerwand gestanden. Die haben sich das überlegt. Und wenn ich jetzt so höre, was

den. Die haben sich das überlegt. Und wenn ich jetzt so höre, was Schabowski sagt vor Gericht, daß er praktisch Scham fühlt und so – also ich habe Achtung davor, ich kann darüber nicht lachen. Ich denke, so wie Schabowski, der in Führungsgremien war, gab es sehr viele Menschen. Vor einiger Zeit war eine Tagung der Gesellschaft für Deutschlandforschung, da ist ein Professor ans Mikrophon gegangen und hat gesprochen und fing auf einmal an zu weinen, und es hat wirklich überhaupt kein Mensch darüber gelacht. Das war nämlich menschlich unheimlich berührend. Er hat gesagt, er war sehr überzeugt von der DDR, und auch von seinem Fachgebiet her war er total an diese DDR gebunden, also er wußte, wenn die zu Ende ist, gibt es dann sein Fach gar nicht mehr. Er hat gedacht, daß er mit Schimpf und Schande da weggejagt wird usw. Und nun hat er überhaupt erst durch das Ende der DDR angeregt – das hörte sich auch ein bißchen unglaublich an, aber man mußte es ihm irgendwie glauben –, er hat jedenfalls dadurch, daß sie nicht aggressiv zu ihm war, diese Republik, in die er jetzt kam, die er so verachtet und gefürchtet hat, begonnen, über die Demokratie anders zu denken. Der Mann war Mitte 50 oder 60 und hat gesagt, er schämt sich, daß er seine Studenten so feindlich erzogen hat, er hätte es beim Fachwissen belassen können. Jetzt kann man sagen, das ist nach der Einheit Deutschlands usw., aber ich glaube solchen Leuten.

Der Offizier vom Staatssicherheitsdienst, der mich 14 Jahre lang observiert hat, das ist der einzige, der bereit war, in einem Film über DDR und Staatssicherheit auszusagen. Dieser Film wird auch im Herbst kommen. Dieser Mann hat den Wunsch geäußert, sich bei mir zu entschuldigen. Er hat mehreres von mir mit seiner Frau zusammen gelesen und gesagt, diese Brücke könnte er irgendwie betreten, also daß jemand überhaupt sieht, daß es auch Menschen waren auf der anderen Seite, die irgendwie verstrickt waren.. Ich habe dann überlegt, ob ich das mache und habe ja gesagt, und der hat sich bei mir entschuldigt und gesagt, er fühlt Reue und Scham. In dem Moment kam ich mir gar nicht gut vor oder nicht überlegen, weil ich mir da gesagt habe, ich hatte so günstige Bedingungen, ich habe wirklich durch die Familie und durch meine Ehe und durch unsere Kinder eine derartige Wärme gehabt in dieser DDR, einen derartigen Schutz. Dieser Mann hat 14 Jahre lang versucht, in meinem Privatbereich einen inoffiziellen Mitarbeiter zu plazieren. Das ist ihm nicht gelungen, es ist ihm nicht gelungen, nur einen einzigen zur Auskunftserteilung zu bewegen. Und er fragte mich jetzt: Wie haben Sie das gemacht? Für ihn sind es Leute wie von einem anderen Stern gewesen, solche Leute wie wir, die einfach andersdenkend waren. Diese Leute wie er werden jetzt nicht bestraft, ich bin also nicht einverstanden, wenn Sie sagen, die sollen bestraft werden. Ich finde es viel wichtiger, daß es so eine Enquete-Kommission gibt. Das finde ich ganz wichtig, daß man das bespricht, daß man sagt, wo man eine moralische Schuld sieht. Aber ich würde einen ganz großen Unterschied machen – da bin ich anderer Meinung als Sie – zwischen der Bestrafung moralischer und wirklicher persönlicher Schuld. Das ist genau das, was ich wollte in diesem Staat, ich will Rechtssicherheit haben und will wissen, daß ich nur für das be-

strafte werde, was zur Zeit der Handlung strafbar war. Und da werden Leute durch die Maschen fallen, unter anderem dieser Mann, der jetzt in einem Ausländerheim arbeitet. Ich kann ihm gar nichts tun, und der hat mir meine Post weggenommen. Ich hab ihn auch nicht angezeigt. Ich sage mir, daß unheimlich viele in einer Tretmühle gewesen sind, und die waren in einer viel stärkeren Tretmühle als ich, weil ich gar nicht erst reinging in die Tretmühle. Es gab eine Privilegierung bestimmter Berufe, auch gerade in der Naturwissenschaft: Ich habe in einer Klinik gearbeitet, dauernd gingen die Leute in den Westen. Wer in einer Klinik gearbeitet hatte, war schon bereits in einem Schutzraum. Wer dann noch in der evangelischen Kirche war, konnte weiter in der Klinik arbeiten, weil die Klinik ihn deshalb nicht bestrafte. Wenn ich aber jetzt woanders tätig gewesen wäre, als Richterin oder so, hätte ich aus der Kirche austreten müssen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Also Sie haben in Ihrer letzten Replik soviel Material wieder auf den Tisch gepackt, auch in Beantwortung der Fragen, die hier gekommen sind, daß wir mit großer Erleichterung uns hier klarmachen können, das Gespräch muß jetzt nicht endgültig abgebrochen werden, das kann heute abend weitergehen, und das ist eine Perspektive, die ich als außerordentlich positiv ansehen möchte. Ich glaube, wir haben mit dieser Einheit einen guten Einstieg in ein Thema bekommen, das ja noch unter einer ganzen Reihe anderer Aspekte im Laufe dieser Anhörung behandelt werden wird. Ich danke Ihnen für die engagierte Weise, mit der Sie hier uns auch in vieles Persönliche haben Einblick nehmen lassen, und gebe die Veranstaltung jetzt in die bewährten Hände des Vorsitzenden zurück.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke auch Dir, lieber Prof. Maser, für die soeben geleistete Arbeit. Wir treten in unsere Mittagspause ein, die pünktlich 14.30 Uhr beendet ist.

Pause bis 14.30 Uhr

Vorsitzender Siegfried Vergin: Meine Damen und Herren, wir fahren fort in der Tagesordnung, und ich rufe auf den einleitenden Vortrag von Frau Prof. Irma Hanke, die wir herzlich begrüßen. Sie sind der Enquete-Kommission, soweit die Mitglieder in der ersten bereits mitgearbeitet haben, nicht unbekannt. Sie haben damals eine Expertise für die Kommission erarbeitet, die wir in unserem Dokumentenwerk haben. Frau Hanke ist Professorin am Institut für Sozialwissenschaften der Technischen Universität München. Sie ist eine ausgewiesene DDR-Forscherin, und ihre Habilitationsarbeit hat den Titel „Alltag und Politik. Zur politischen Kultur einer unpolitischen Gesellschaft.“ Ich will das nicht weiter interpretieren, aber es macht mich schon sehr neugierig, was Sie uns zum heutigen Thema sagen. Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Irma Hanke: Im Protokoll der 68. Sitzung der ersten Enquete-Kommission berichtet der Zeitzeuge Ilko Sascha Kowalczyk, wie er, durch Elternhaus und Schule im Glauben an den Sozialismus geprägt, im Alter von zwölf Jahren die Verpflichtung unterschreibt, er wolle Offizier der NVA wer-

den. Als er sie, gut zwei Jahre später, zurückzieht – Elektriker oder Lokomotivführer erscheinen dem Vierzehnjährigen inzwischen als lohnendere Berufsziele –, da wird er über Nacht vom Hoffnung erweckenden Kader zum potentiellen Feind. Wehrkreiskommando, Lehrer, Schulfunktionäre bearbeiten den Vierzehnjährigen. Harmlose Schülerstreiche werden als Anstiftung zur Opposition angekreidet. Er wird gewissermaßen zum Rädelsführer einer inexistenten Opposition befördert. Den eigenen Schilderungen nach ist Herr Kowalczuk auch später eher als ein Parzival in die Auseinandersetzung mit dem eigenen Staat gestolpert, bis hin zum Versuch – wir haben schon mal davon gehört –, Lenin als Kronzeugen für die notwendige Pressefreiheit heranzuziehen, und bis zur Gründung eines Soldatenrats.

Er hat in der Debatte quasi entschuldigend darauf hingewiesen, daß die Grunderfahrung widerständigen Verhaltens seiner Generation, anders als der von 1953 oder 1968, gefehlt habe. „Wir waren in vermeintlich zementierten Verhältnissen, in denen das Denken, allein das emanzipatorische Denken, eine schwere Sache war, die man sich erst ziemlich hart antrainieren mußte.“ In diesem Bericht sind – wie übrigens auch in einigen anderen bisherigen Debatten der Enquete-Kommission – viele der Gesichtspunkte angesprochen, von denen heute ausdrücklich die Rede sein soll.

Da ist die staatlich geplante Sozialisation – das Kind soll zum NVA-Offizier „entwickelt“ werden –, sie wird moralisch unterstützt von den Sozialisationsinstanzen Elternhaus und Schule. Als der Heranwachsende allmählich die eigene Interessenlage entdeckt, kommt es zur Überreaktion von Schule und Wehrkreiskommando. Das ist in mehrfacher Hinsicht typisch. Konflikte wegen massiver und expliziter Berufslenkung werden in vielen Sozialisationsverläufen aus der ehemaligen DDR als erster Anlaß zu kritischer Auseinandersetzung genannt. Das vollständige Ignorieren eigener Karrierewünsche führt zu Konflikten. Eigene biographische Entscheidungen sind zunächst nur negativ möglich, und zwar als Ablehnung, und das führt zum ersten Zusammenstoß mit dem Staat, an den man durchaus geglaubt hat. Im vorliegenden Fall betrifft sie zusätzlich noch einen politisch sensiblen Bereich, und vermutlich spielt auch ein Generationenkonflikt hinein: Die Erwachsenen – mit Ausnahme der Eltern – sehen ihre Autorität samt den selbstverständlich eingeforderten Verpflichtungen aufs Spiel gesetzt. Sie hätten durchaus nicht so handeln müssen, aber pädagogische Gelassenheit wurde durch das politische Klima in diesem Staat nicht begünstigt, politische Engstirnigkeit und Subalternität sehr wohl. Und nebenbei: Subalternität gilt als die Haltung, die von Dissidenten aus der DDR dem eigenen Staat am meisten angekreidet wird.

Alle späteren Verbesserungsvorschläge des Schülers und Studenten Kowalczuk halten sich im Rahmen sozialistischer Vorstellungen, aber sie wollen die Grenzen des bislang Gewohnten erweitern, sie wollen vor allem eine in dieser Gesellschaft verlorengegangene Verbindung zwischen Denken und Handeln zumindest zur Diskussion stellen. Öffentlichkeit und Demokratie sollen keine Floskeln bleiben.

Auch dieses Verhalten ist nicht untypisch. Systemzweifel richten sich zunächst einmal nicht gegen den sozialistischen Staat als solchen, der als eine – wenn auch noch unvollkommene – Verkörperung der theoretischen Ideen des Marxismus respektiert wird; wohl aber wird ein verbesserlicher Sozialismus erstrebt.

Wie viele Untersuchungen zeigen, hat gerade dieser Glaube an die Werte des Sozialismus in den Augen vieler Bürger den bestehenden Staat für lange Zeit zwar nicht gerechtfertigt, aber ihn entschuldigt. Weil der Sozialismus als die gerechtere, als die historisch fortschrittlichere Ordnung erschien, galt der erste Schritt im Hinblick auf eine freundlichere Zukunft als getan. Da sozialistische Erwartungen solchermaßen mit dem „real existierenden“ Staat verquickt waren, ließen sie eine Radikalkritik zunächst nur selten aufkommen.

Und das ist nun die Frage: Woher rührte also die Überzeugungskraft des Sozialismus? Es geht jetzt nicht um die im einzelnen mit ihm verbundenen Inhalte – das ist auch anderswo schon behandelt worden –, sondern es geht darum, wie der Glaube an den Sozialismus bei einer Mehrheit der DDR-Bürger internalisiert wurde. Damit wären wir beim Thema.

Sozialisation bezeichnet den lebenslangen Lernprozeß, in dem ein Individuum sich die Werte, Normen, Einstellungen und Kenntnisse seiner jeweiligen sozialen Gruppe – bewußt oder unbewußt – aneignet. Soweit sie sich auf politisches Denken und Handeln beziehen, sprechen wir von politischer Sozialisation. Diese umfaßt immer nur einen – nicht genau abgrenzbaren – Teilbereich: denn was ist in einer Gesellschaft politisch? Wenn wir also einen mehr oder minder totalen Versorgungsstaat haben, dann hat das politische Auswirkungen auf die Haltung des Bürgers, aber zunächst einmal ist die politische Intention, die dahinter steht, sozusagen in der Hinterhand. Andersherum: Sozialisation erfolgt immer in Wechselwirkung mit der Gesellschaft. Genau genommen kann sie nicht durch Akteure eindeutig gesteuert werden, wenn das auch immer wieder versucht wird. Sie ist demnach zum Beispiel weder über bewußte Erziehung vollständig zu „planen“, noch wird sie ausschließlich durch das spontan handelnde Individuum „bestimmt.“ Man kann zwar Elemente der eigenen Biographie planen, beispielsweise durch den von Frau Schubert vorhin erwähnten Studienplatzwechsel, den man selbst in die Hand nimmt, aber was einem dann an der neuen Universität begegnen wird, das sind wieder Einflüsse, die man nicht vorhersehen kann. Jeder Mensch wird in gesellschaftliche Abhängigkeiten „hineingeboren.“ Gewiß jedoch – wie schon Brecht wußte, „ja, mach nur einen Plan...“ – entziehen sich individuelle Sozialisationsverläufe den Absichten der Planer, ja es geschieht oft das Gegenteil des Gewollten.

Ich kann genau genommen nicht von einer abstrakten Gegenüberstellung ausgehen, wie im Titel scheinbar angedeutet, sondern von einem Spannungsfeld, innerhalb dessen das Individuum sich zu arrangieren sucht und, da es sich mit einer eindimensional geplanten Umwelt auseinandersetzen muß, die schlechteren Karten hat.

Wenn ich die Akzentuierung richtig verstanden habe, sollte das Thema dieser Sitzung sein, einerseits die Zwänge und das Schablonenmäßige der beabsichtigten Umformungsprozesse herauszuarbeiten, andererseits jedoch jene Faktoren zu benennen, die solche Umformung, sagen wir es vorsichtig, nicht zur Wirkung kommen ließen und die dem einzelnen, trotz aller Einschränkungen, so etwas wie ein selbstbestimmtes Leben ermöglichten. Und schließlich sollte das Thema der deutschen Identität in einem umfassenderen Sinne noch mitbedacht werden – ein wahrhaft weites Feld, das ich auch zum Teil einfach den späteren Diskutanten überlassen werde, denn ich sehe es nicht als meine Aufgabe an, einen vollständigen Aufriß der Probleme zu liefern, vielmehr möchte ich Stichworte für die folgende Diskussion geben.

Beginnen wir zunächst einmal mit der geplanten Sozialisation. Nicht von ungefähr wurde der Begriff „Sozialisation“ in der DDR während langer Jahre als unmarxistisch abgelehnt, und statt politischer Sozialisation sprach man vorzugsweise von politischer Erziehung, ausgerichtet auf das „Ziel vor den Augen.“

In den ersten Nachkriegsjahren gab es dazu keine eingehenden ideologischen Auseinandersetzungen. Eher allgemein war von antifaschistischer Umerziehung die Rede. Aber die rigiden politischen Maßnahmen dieser Zeit griffen sehr tief in das Leben vieler Bürger ein. Sie ließen die neuen, mit den Zwängen historischer Gerechtigkeit legitimierten Machtverhältnisse sehr einschneidend spüren, zumal alle politischen Maßnahmen noch durch mobilisierende Kampagnen unterstützt wurden. Die Wirkung solcher Kampagnen –Angsterzeugung auf der einen Seite, Einbindung durch Mitmachen und Komplizenschaft auf der anderen – sollte auch langfristig nicht unterschätzt werden. Es finden sich beispielsweise in der Literatur erstaunlich viele Hinweise auf FDJ-Brigaden, auf FDJ-Einheiten, die aufs Land gegangen sind und da geworben haben für den „sozialistischen Frühling“ auf dem Lande. Es gibt andersherum auch Berichte – auch wieder gerade vom Land –, daß man Bauern, die gesagt haben: „Jetzt laßt doch um Gottes Willen das Gutshaus stehen, wir können das so gut gebrauchen als Kindergarten und als Gemeindehaus“, gezwungen hat, dieses Gutshaus abzureißen, damit gewissermaßen dargetan wurde, daß diese Leute sich gegen den Gutsherrn, den sie eigentlich gut leiden mochten, stellten. Also das waren Zwänge, die da erzeugt wurden, und es gab auch einschneidende Maßnahmen, die für den einzelnen sehr bitter waren, obgleich sie gar nicht groß in den Akten verzeichnet sind, oder jedenfalls nicht als historisch denkwürdig. Ich erinnere beispielsweise an die Halbierung der Lebensmittelkarten für bestimmte Personengruppen, also diese Hungerzeit, die einige da erlebt haben. Diese Minderprivilegierung oder dieser Ausschluß, das waren sehr harte Erlebnisse. Prägungen dieser Zeit gingen daher vermutlich tief: die Erfahrung von Willkür, zugleich vermittelt als Einsicht in die Notwendigkeit und als Abdienen von historischer Schuld. Einerseits fixierten sie Ängste, andererseits erleichterte der Rückblick auf den „schweren Anfang“ in späteren Zeiten die Fügsamkeit, schien es doch aufwärts zu gehen. Das ist, glaube ich, ganz wichtig gewesen für die Prägung der älteren Generation.

Eine ausdrückliche Theorie der moralischen Umformung zum sozialistischen Menschen wurde seitens der Partei erst nach 1955 entwickelt. Hier spielte zunächst die Abgrenzungsbemühung gegenüber dem Westen eine Rolle, und zwar die Entwicklung einer eigenen Weltanschauung zur Begründung der Sonderentwicklung des Staates DDR. Notwendig erschien der Partei zudem, angesichts der damaligen jugoslawischen und westlichen Debatte über die Schriften des jungen Marx, ein antirevisionistischer Gegenentwurf, wie er übrigens auch in Moskau diskutiert worden war. Und erkannt wurde schließlich, daß ein Appell an die Emotionen der Masse der Bevölkerung notwendig war, daß Kaderpolitik und Mobilisierung durch Organisation nicht ausreichten. Da hat man dann eine philosophische Konferenz gemacht – „Neues Leben, neue Menschen“ – im Jahre 1957, die die Diskussion vorantreiben sollte. Der V. Parteitag 1958 propagierte eine „kulturell-ideologische Revolution“ in bewußter Inszenierung, gipfelnd in den von Ulbricht am Ende einer fast eintägigen Ansprache verkündeten „Zehn Geboten der sozialistischen Moral.“ Ich wiederhole sie hier nicht nochmals; die Bonner Abgeordneten können im Haus der Geschichte in Bonn diesen wunderschönen roten Teppich betrachten, auf dem sie eingewebt sind, vielen früheren DDR-Bürgern sind sie sicherlich noch geläufig: Internationale Solidarität, Vaterlandsliebe, Friedensliebe, Solidarität mit den ausgebeuteten und unterdrückten Völkern, Dienst am Sozialismus, Achtung des Kollektivs, Achtung der Familie – du sollst sauber und rein bleiben und deine Familie achten – und hohe Arbeitsmoral: Bei diesen Werten spielten sowohl bestimmte Traditionen der Arbeiterbewegung eine Rolle als auch im Rußland der Nach-Stalin-Zeit entwickelte Themenkataloge. Die Kampfansage an das Christentum war schon durch die Form des Dekalogs gegeben; jedenfalls sollte die Bevölkerung gewissermaßen ideologisch-emotional „überrollt“ werden. Wenn die „zehn Gebote“ in den späteren Jahren auch kaum noch zitiert wurden, ihre Inhalte wurden weitergegeben und je nach aktueller Sachlage erweitert, etwa im Hinblick auf die schöpferischen Anforderungen wissenschaftlich-technischer Revolution. Ideen von sozialistischer Gemeinschaftsarbeit in einer harmonischen „sozialistischen Menschengemeinschaft“ wurden propagiert, und von dieser wurde gesagt, sie habe die Entfremdung überwunden und den sozialistischen Humanismus verwirklicht. Zudem wurden Konzeptionen eines „sozialistischen Menschenbildes“ entwickelt, die, wie auch die „zehn Gebote“, sich im umfangreichen Parteiprogramm der SED von 1963 wiederfinden. Sie gelten gewissermaßen als begleitende Planungsanweisungen für die großen gesetzlichen Regelungen, die in den sechziger Jahren entstanden sind, also z.B. das Jugendgesetz oder das Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem. Ihre eindeutige Zielsetzung war, wie ein Parteiautor – Hans Dahlke – formulierte, auf diese Weise „eine Schablone, ein Schema für die Formung der Einzelzüge eines Menschen zu erhalten.“ Also das war noch ein ungebrochener Planungsoptimismus, der da herrschte.

Einige Jahre später klang das Vokabular etwas anders, denn nunmehr, seit dem VIII. Parteitag 1971, galt die Herausbildung der sozialistischen Persön-

lichkeit als Hauptaufgabe der Partei. Vor allem ging es, so Honecker ebendort, „um die Erziehung eines der Arbeiterklasse würdigen Nachwuchses“ – „Arbeiterklasse“ sprich gleich „Partei.“ Als Pädagogik wurde nunmehr bezeichnet „die bewußte Gestaltung, Organisation und Führung von Erziehungs- und Menschenformungsprozessen.“ (G. Neuner) Diese wurden gleichwertig neben die erzieherische Einflußnahme etwa im Betrieb oder im Bereich der Kultur gestellt. Jedenfalls wird die Pädagogik – und nicht nur sie – ganz eindeutig der Vorstellung einer „Machbarkeit der Dinge“ untergeordnet. Die Bedeutung der Armee für die Prägung sozialistischer Persönlichkeiten übrigens wurde erst in den späteren Jahren besonders hervorgehoben, sie spielte am Anfang eigentlich noch keine Rolle.

Mit der Theorie der sozialistischen Persönlichkeit war aufs engste verbunden die Theorie der sozialistischen Lebensweise. Sie sollte die neue Qualität der Lebensbedingungen in der Gesellschaft, die nunmehr bestimmt wird durch sozialistische Produktionsweise und den Klassencharakter der sozialistischen Gesellschaft, dartun. Sie betraf insofern sowohl die sozialistische Moral und die Verhaltensformen der Individuen als auch objektive Komponenten wie Kulturpolitik, Sozialpolitik und Städtebau. Die Zielbestimmung, die Entscheidung darüber, was als sozialistische Lebensweise anzusehen war, traf laut Parteiprogramm von 1976 wiederum die Partei. Auch hier lag den propagierten Normen eine eindeutige Anthropologie zugrunde, bei der die Utopie des Marxismus auf die bestehende Realität verkürzt und die Erfüllung der Produktionsaufgaben für den sozialistischen Staat mit der produktiven Aneignung der Welt in der Arbeit gleichgesetzt wurde. Kein Raum wurde gelassen für Kontemplation und Spiel; Anarchie, Triebhaftigkeit und Ambivalenz als Möglichkeiten menschlicher Existenz wurden nicht anerkannt. In der permanenten Anleitung durch die Partei wurde das selbstverantwortliche Individuum unter Kuratel gestellt. Grundsätzlich jedenfalls waren alle Lebensbereiche betroffen und unterlagen damit auch der Kontrolle durch die Parteiinstanzen, selbst wenn in einzelnen Wissenschaften versucht wurde, aus dem Lebensweise-Konzept differenziertere wissenschaftliche Fragestellungen zu entwickeln; das hat man in der Soziologie durchaus probiert. Der Anspruch auf Lenkung, Kontrolle und Allzuständigkeit für Sozialisation und „allseitige Entwicklung“ sozialistischer Persönlichkeiten wurde jedenfalls bis zum Schluß aufrechterhalten und rechtfertigte vor allem die rigide Kontrolle jeglicher Erziehungsprozesse. Er verhinderte öffentliche Diskussion, das Erwägen von Alternativen und die öffentliche Kritik und trug damit zu jener starren Ritualisierung einer Scheinöffentlichkeit und ihrer lähmend-stickigen Atmosphäre bei, die keinen Ausweg innerhalb des Systems mehr zuließ. Zu Recht werden die kontraproduktiven Wirkungen der politischen Sozialisation zu den Ursachen des Umbruchs gezählt.

Dennoch müssen wir unterscheiden nach Inhalten, Funktionen, Methoden und Wirkungen der geplanten Sozialisation. Für die *Inhalte* gilt, daß sie anscheinend zunächst einmal bei vielen durchaus wirkungsvoll bestimmte Grundwerte des Sozialismus mental befestigt haben, und dies – das ist verwunder-

lich – sehr viel stärker als in den übrigen sozialistischen Staaten. Vermutet werden dabei sozialstrukturelle Ursachen, beispielsweise die Verdrängung bestimmter bürgerlicher Schichten, die in den Westen abgewandert sind, die Bedeutung der antifaschistischen Umerziehung und auch unpolitische deutsche Traditionen, auf die ich zum Schluß nochmal kommen werde. Aber verblüffend ist das wirklich, wenn man eben vergleicht mit Ungarn, Tschechoslowakei usw. Andersherum galt dieser Glaube an die Inhalte doch nur in einem sehr eingeschränkten Sinn, weil nämlich hier eigenständige praktische Anwendung und Durchsetzung solcher Werte wiederum verhindert wurden, und darum habe ich dieses Eingangsbeispiel gewählt.

Die *Funktionen* dieser geplanten Sozialisation waren eindeutig. Sie sollte sowohl die Auseinandersetzung mit dem Westen als auch die Entstehung eines marxistischen Pluralismus abblocken, also sie hatte auch eine Funktion innerhalb des Blocks. Zugleich sollte sie Normen stiften für die eigene Gesellschaft. Gewissermaßen sollte sie zur ideologischen Ausschmückung der heimeligen guten Stube des Sozialismus in einer feindlichen Umwelt beitragen, und das ist nach meiner Meinung eine ganz wesentliche Funktion gewesen, das sollte gewissermaßen den Blick zustellen mit den buntbestickten Kissens der hübschen Werte, die man da überall ausgebreitet hat. Auffällig ist das Ansprechen – und deswegen komme ich darauf – spezifisch deutscher Denkweisen, die den in der Bevölkerung vermuteten Werthaltungen entgegenkommen sollten. Darauf verweisen sowohl Ulbrichts Versuch, eine „sozialistische Menschengemeinschaft“ zu propagieren, als auch der Neotraditionalismus der späten DDR-Jahre, als man Heimatsinn, Rückgriff auf Gemütswerte der deutschen Geschichte propagiert und vor allen Dingen immer wieder auf „Geborgenheit“ im paternalistischen Sozialismus insistiert hat. In dieses Kapitel gehört die stillschweigende Zurücknahme der Abkehr vom Begriff „deutsch“ – eine Zeitlang durfte man ja die Vokabel „deutsch“ nicht benutzen, und das ist relativ vorsichtig wieder aus dem Verkehr gezogen worden, weil man gesehen hat, daß es da Widerstände in der Bevölkerung gab.

Das sah aber zu Beginn der Honecker-Ära, also nach dem VIII. Parteitag, noch anders aus. Damals stand die Ausrichtung auf das sozialistische Weltssystem, wie Breshnew es propagiert hatte, im Vordergrund. Nach der politischen Fixierung der objektiven Herrschaftsbedingungen sollte die Dynamik der sozialen Prozesse durch die Kontrolle und Lenkung des „subjektiven Faktors“ erhöht werden, und dafür war die Partei auf Planadressaten angewiesen, eben die „sozialistische Persönlichkeit“, die bereit war, Interessen nur im Sinne der Gesamtgesellschaft zu entfalten. Insofern entsprach im ideologischen Bereich das Propagieren der sozialistischen Persönlichkeit der zur gleichen Zeit für die Parteipropaganda entdeckten Intensivierung der Produktion, sozusagen durch eine Berieselung der Seelen.

Äußerst zwiespältige Auswirkungen zeitigten jedoch die *Methoden* der geplanten Sozialisation. Im Ablauf der Jahre wenig wirkungsvoll erwiesen sich die Indoktrination durch ständige Wiederholung und der Zwang, stets von

neuem Bekenntnisse abzufordern, sowie noch die kleinste Maßnahme zur welthistorischen Entscheidung hochzustilisieren – wie Volker Braun gesagt hat, zum „Schlag in Kontor der Geschichte.“ Hinzu kamen die Mobilisierung organisierter Verbände und ständige Kampagnen, wie überhaupt die rituelle Teilhabe an Aktionen gewissermaßen zur staatspolitischen Pflicht gehörte, allerdings auch gleichermaßen in das Belohnungs- und Belobigungssystem des Staates einband, beispielsweise in das sehr umfangreiche Ordenssystem. Schlimmer war der permanente Echo-Effekt, nämlich daß alle wichtigen Sozialisationsagenturen gehalten waren, in gleicher Richtung zu argumentieren. Und als verhängnisvoll erwies sich der Ausschluß von Widerspruch und die Einteilung der Welt nach dem Freund-Feind-Schema, die Tabuierung des Denkens in Alternativen, der Ausschluß breiter Gebiete von Wissenschaft und Kunst des 20. Jahrhunderts und die Abschottung von Informationen – nehmen wir nur als Beispiel den Bereich der Umweltpolitik. Es hat um 1986/87 einen Band gegeben – „Der Sozialismus – unsere Zukunft“ oder so ähnlich hieß er –, wo eine Artikelserie aus dem ND die Zukunft des Sozialismus beschreiben sollte, und da rang man sich immerhin dazu durch, daß man sagte, die Partei habe sich mit moderner Kunst auseinandergesetzt, denn Picasso sei ja anerkannt – ein Künstler vom Anfang des Jahrhunderts. Dieses unglaubliche Nachhinken war also eigentlich schon gar nicht mehr im Bewußtsein mindestens der Parteiführung. Die Abschottung von Informationen war eines der wichtigsten Momente. Als zermürend erwies sich schließlich die ständige Kontrolle durch die vielen Instanzen einer durchorganisierten Gesellschaft von der Parteigruppe im Betrieb bis zur Hausgemeinschaft und dem Führen des Hausbuches im Hause usw. Insofern komme ich zu dem Schluß, daß nicht die Inhalte, sondern die Methoden, die Formen der Steuerung das eigentlich Verwerfliche an dieser Art der Sozialisation waren.

Doch nun zu den *Wirkungen*: Sie bestanden, von außen gesehen, in einer erheblichen Homogenisierung der DDR-Gesellschaft, begünstigt durch das Zerbrechen alter Sozialbeziehungen, gemeinsame zentralgelenkte Erziehungsagenturen, kontrollierte Berufswege, weitgehende Abschottung von unkontrollierbaren Einflüssen und das Fernhalten von Wissen. Hinzu kam die Tabuierung jeglicher Ausbruchsversuche, auch nur in kleineren Gruppenbildungen, oder die Gleichsetzung von Republikflucht mit Fahnenflucht. Das hat auch von vornherein so einen Charakter gehabt, daß man das überhaupt nicht rational diskutieren konnte, sondern das war von vornherein total ausgeschlossen. Andererseits trugen die offizielle Ideologie wie auch die außerordentliche Dichte der Binnenbeziehungen in einer Organisationsgesellschaft bei der Lösung praktischer Probleme „im Interesse der Sache“ zu harmonieorientierter Kooperationsbereitschaft bei. Und zu diesem Verhalten hat die Sozialisation in Kollektiven erheblich beigetragen, konfliktorientierte Regelungen hingegen waren nicht üblich. Übrigens gibt es auch aus den Anfangsjahren der DDR sehr viele Berichte, wo das Kollektiv als unglaublich beängstigend empfunden wurde, also in der Diskussion Leute niedermachend, die anderer Meinung waren, und dergleichen. Das hat sich später offensichtlich sehr gelockert.

Von den indirekten Sozialisierungseffekten für die Betroffenen war schon die Rede. Zu ihnen zählten vorwiegend Erfahrungen einer vorgetäuschten heilen Welt, deren Riten es sich tunlichst anzupassen galt – Anpassung als erste Qualität des guten Bürgers –, mit dieser heilen Welt ging die Wirklichkeit aber nicht konform.

In seinem Beitrag über die Schule in der DDR, den Bernd-Reiner Fischer für die erste Enquete-Kommission geschrieben hat, hat er sehr gut zusammengefaßt, wie das Bildungs- und Erziehungssystem der DDR einen anderen – wenn auch nicht gänzlich gegenläufigen – Effekt auf die Reproduktion der Gesellschaft und auf die Individualitätsentwicklung des einzelnen hatte, und zwar dadurch, daß es von vornherein in der Schule den Schüler mit Widersprüchen konfrontierte. Er benennt hier ein paar auffällige Differenzenerfahrungen, nämlich die Differenzenerfahrung von propagierter sozialer Egalisierung und praktisch stattfindender sozialer Differenzierung durch die Schule, von propagierter Einheitlichkeit und systemischer Differenzierung (es hat ja soundsoviel Sonderklassen, Sonderschulen usw. zum Schluß gegeben), von verordnetem Antifaschismus und stillschweigend sich herausbildendem Rechtsextremismus, von Politisierung des Schulalltags, der eine allgemeine Entpolitisierung der Jugend gegenüberstand. Der eigentliche Lerneffekt bestand insofern im Prozeß der politischen Sozialisation im Verarbeiten solcher Widersprüche. Und nun gab es sozusagen Verhaltensskalen von eigenen Verhaltensmustern, die da entwickelt wurden, und die reichten vom politischen Engagement trotz solcher Widersprüche – also nun gerade gehe ich in die Partei, nur da kann ich etwas bewirken – über das bloße Mitmachen oder die latente Resistenz bis schließlich zur offenen Opposition. Bei den Parteimitgliedern ist nicht zu vergessen, daß natürlich eine Parteimitgliedschaft auch karriereträchtig war.

Die entscheidende Konfrontation mit den Widersprüchen zwischen vorge-täuschter Realität und faktischem Geschehen bewirkte jedoch allen Berichten zufolge vor allem die tägliche Praxis im Betrieb. Die, wenn man den Betriebszweck erreichen wollte, notwendige Schattenwirtschaft erzog zu pragmatischem Vorgehen und ungeschminktem Blick auf die Verhältnisse. Kooperation erwies sich als notwendig – aber unter Umgehung offizieller Vorgaben. Das erzeugte Eigeninitiativen und auch ein Selbstbewußtsein besonderer Art. Ich habe als Westbürger, der in der DDR häufiger zu Besuch war, immer gefunden, daß, wenn man die Leute auf ihren Beruf ansprach und wie sie da sich sozusagen durchhangelten, ein ganz anderes Bild von Realität entstand als das, was man so üblicherweise auf der Straße mitbekam, und eben auch das Selbstbewußtsein, daß man da etwas geschafft hatte, deutlich wurde. Andersherum – wenn dieses Selbstbewußtsein häufiger mißachtet wurde, führte das oft zu langfristiger Resignation. Nicht selten landeten engagierte Arbeiter und Ingenieure, die feststellen mußten, daß ihre offiziell eingeforderte Mitarbeit eigentlich nicht gefragt war, bei Datscha und Kakteenzucht, also letztlich in politischer Apathie.

Zu den entscheidenden indirekten Sozialisationseffekten zählte ferner die Erfahrung des Mißtrauens und der allgegenwärtigen Kontrolle, sowie auch nur von fern an den Geßler-Hut der offiziell verkündeten Werte gerührt wurde. Aber auch der Nachbar konnte kontrollieren – guten Gewissens, da er sich als mitbestellter Wächter über die Ordnung im Land fühlen durfte. Dieses Mißtrauen isolierte, und als verlässlich erwies sich nur die Kleingruppe. Die vielen Abstufungen der Frage, über welche Sachverhalte man in welchen Gruppen reden durfte, waren im allgemeinen geläufig. Taktiken des Verschweigens wurden schon Kindern anezogen.

Auf jeden Fall aber befanden sich die einzelnen Bürger zunächst in einer mit Floskeln verstellten Welt, abgeschottet von öffentlicher Kommunikation, von der Erfahrung anderer Denkungsart, für die die Westmedien übrigens überhaupt keinen zureichenden Ersatz boten, die waren gewissermaßen eine flächige Darstellung von anderen Wirklichkeiten. Was beispielsweise ein Bundesverfassungsgerichtsurteil oder so etwas *bedeutet*, das habe ich normalerweise auch in Debatten drüben nicht gefunden, während die Kenntnis etwa der Ministerliste noch des kleinsten Bundeslandes perfekt war. Diese Isolation konnte nur in mehr oder minder privaten Diskursen durchbrochen werden, und hier galten andere Sprachregelungen. Hier galten – Reflex auf das Mißtrauen von außen – vorbehaltlose Herzlichkeit und das unverstellte Argument, allerdings Vorsicht nach außen. Das heißt, es gab erhebliche kontraproduktive Wirkungen der geplanten politischen Sozialisation, und dies selbst bei Parteilmitgliedern, die einem besonders strengen und für sie auch nicht immer einsehbaren Reglement unterlagen. Aber dies konnte nicht zu öffentlicher Wirksamkeit gelangen, es konnte sich eben nicht zusammenschließen, und das war um so frustrierender, als die ganze offizielle Staatsideologie ja auf Mobilisierung beruhte: „Arbeite mit, plane mit, regiere mit!“ Und dann durfte man nichts tun. Genau dieser Widerspruch hat unglaublich zu dieser Atmosphäre von Stickigkeit beigetragen, die man nicht mehr ertragen konnte.

Nun habe ich bislang von der Isolation „des Betroffenen“ gesprochen, und das ist natürlich genaugenommen unrichtig. Die jeweilige Sozialisation wurde unter den spezifischen Konstellationen einzelner Generationen sehr unterschiedlich erfahren, darüber herrscht allgemeine Übereinstimmung. Wie diese Generationen eingeteilt werden sollen, welche Schlüsselerlebnisse für sie jeweils entscheidend waren, darüber herrschen unterschiedliche Ansichten. Ich habe, glaube ich, acht oder zehn verschiedene Meinungen darüber gezählt in der Literatur, aber es gibt einige für alle verbindliche Fixpunkte. Da ist neben den ganz Älteren die Bedeutung der Aufbaugeneration, nämlich der aus dem Krieg zurückgekehrten HJ-Mitglieder, die schon früh die entscheidenden Kommandopositionen besetzte und die autoritären Verhaltensmuster, in denen sie sozialisiert war, auf die neue Gesellschaft übertrug. Da ist zweitens die Generation, die Mauerbau und das Scheitern in Prag als entscheidende politische Schlüsselerlebnisse benennt, vielleicht noch die des 17. Juni dazwischen, da ist schließlich die der „Hineingeborenen“, denen die Verhältnisse zementiert erschienen und die sich dennoch Handlungsmöglichkeiten zu erschließen

versuchten. Im einzelnen sind Generationserfahrungen unter anderem gekoppelt an innergesellschaftliche Aufstieghoffnungen, an außenpolitische Veränderungen, aber auch an Veränderungen des Zeitgeistes, die die DDR nicht unberührt ließen. Auch hier hat es, eindeutig nachzuweisen, einen „Wertewandel“ gegeben, das heißt einen Wandel der Lebensstile, bei dem sich die Jüngeren eindeutig von der Moral von Pflicht, Disziplin und Autorität, wie sie bei den Älteren vorherrschte, absetzten. Alle Generationen übrigens haben spezifische Formen der Verletzung durch das politische System erfahren, aber die Jüngeren wissen damit schon eher taktisch umzugehen, das heißt, sie haben eine gewisse Distanz entwickelt, die die Älteren noch nicht hatten.

Nur ganz knapp erwähnen möchte ich geschlechtsspezifische Erfahrungen und darauf hinweisen, daß, was mir sehr wichtig ist, das Bewußtsein, daß die Geschlechter gleichwertig seien, teilweise zwar der ersten Generation immer eingetrichtert, aber gerade von den Frauen in der ersten Generation bitter durchlitten wurde. Damals gab es noch keine Kindergärten. Das, was die folgenden Frauen dann schon für sich durchgesetzt hatten oder was für sie durchgesetzt worden war angesichts der niedrigen Kinderzahlen, das hat es für die Anfangsgeneration nicht gegeben, und deswegen ist geschlechtsspezifische Erfahrung eine Sache, die man auch historisch sehr gründlich aufarbeiten müßte.

Sodann läßt sich ein großer Unterschied regionaler Erfahrungen konstatieren. Ob Stadt, ob Land, ob „Hauptstadt der DDR, Berlin“ oder Städte wie Wismar oder Kamenz – die Wandlungen der Sozialstruktur, die Betroffenheit durch politische Maßnahmen und die Kontrolle darüber verliefen in unterschiedlichen Rhythmen. Ganz und gar war die Position innerhalb der Klassenstruktur für das politische Lernen und die gesellschaftliche Integration entscheidend, fanden sich hier doch jeweils eigentümliche Traditionen, politische Erfahrungen und Erwartungen, die in den Familien weitergetragen wurden. So ergaben sich insbesondere für die Arbeiterkinder der ersten Generation bislang ungeahnte Aufstiegsmöglichkeiten und entsprechend auch neue Loyalitätsbindungen an den neuen Staat. Die wurden schon in der zweiten Generation wieder durchbrochen, wenn nämlich die eigenen Kinder, weil man selbst in der Intelligenz war, nicht mehr ohne weiteres auf die Oberschule kamen. Es hat sich dabei zugleich gezeigt, daß alte „sozialdemokratische“ Organisationsformen zerstört wurden, daß aber auch alte dörfliche Milieus sich langfristig nicht halten konnten infolge der Maßnahmen der Staatsführung, daß hingegen bestimmte bildungsbürgerliche Zusammenhänge erstaunlich lange bestehen blieben und insbesondere eine Institution sich hielt, nämlich das evangelische Pfarrhaus.

Und schließlich soll auch nicht vergessen werden, daß die offizielle Geschichtsschreibung der DDR und auch die Medienberichterstattung Umwandlungsprozesse homogener erscheinen ließ, als sie in Wirklichkeit waren. Es hat immer auch eine angesichts der durchgezogenen politischen Maßnahmen fast verwunderliche Zahl von farbigen und bunten Lebensläufen in der DDR gege-

ben, die sich jeglicher Katalogisierung entziehen. Abschottungsprozesse verliefen nie vollkommen, viele politische Maßnahmen ließen sich, wenn nicht ganz, so doch teilweise umgehen und, abgesehen von den formellen Freiräumen, die Kirchen boten, gab es sozusagen Schlupflöcher.

Und damit wären wir beim letzten Teil der Fragestellung, nämlich dem nach den Möglichkeiten individuell bestimmten Lebens in einer anscheinend so stark politischen Zwängen unterliegenden Umgebung. Das System, wie gesagt, ließ Lücken für die, die beharrlich eigene Lebenswege verfolgen wollten, also beispielsweise irgendwann doch noch zu einem Studienplatz zu kommen. Am eindeutigsten gelang im übrigen das selbstbestimmte Leben jenen, die selbst entweder sich eindeutig als Christen verstanden oder die tiefgehende andere Überzeugungen, beispielsweise auch sozialistische, vertraten.

Im übrigen erfolgt primäre Sozialisation immer in der Familie. Die in der Familie vertretenen Werte, ausgebildet in früheren Zeiten, konnten sowohl zur überlieferten Anpassungshaltung beitragen als auch andererseits einen starken Rückhalt in der Auseinandersetzung mit der übrigen Gesellschaft bieten. Dabei ging es auch hier nicht so sehr um Inhalte. Kinder haben schließlich oft andere Meinungen als die ältere Generation, aber es geht um die Ich-Stärke, das Vertreten als richtig erkannter Werthaltungen, die ich als eigentlichen Gegenbegriff zur Subalternität ansehe. Und diese Ich-Stärke hat sich zumindest in Kleingruppen immer bewahren lassen. Historiker sprechen in diesem Zusammenhang von Resistenz in Diktaturen. Ich würde es bezeichnen als das erstaunliche moralische Kapital älterer Überlieferungen, ein Kapital, von dem nach meiner Meinung die alte DDR gezehrt, aber das sie teilweise auch aufgezehrt hat. Zu diesem Kapital älterer Überlieferungen zählten auch jene spezifisch unpolitischen nationalen Traditionen, die ausgebildet worden waren in Deutschland in langen Jahrhunderten obrigkeitsstaatlichen Regiments. Sie haben die deutsche Identität geprägt. Ich möchte das nur am Schluß noch in ganz kurzen Zitaten deutlich machen.

Da waren als erstes der Glaube an die Arbeit, an Pflichterfüllung und Arbeitsmoral und der Rückzug auf formale Tugenden; Arbeit wird zum Selbstzweck und zur Selbstlegitimation. Dann gab es eine Moral des persönlichen Anstands, die durchgehalten wurde, und die Art und Weise, wie das ausgedrückt wurde, beispielsweise das alte Lied „Üb immer Treu und Redlichkeit“, also diese bestimmte Form von Redlichkeit, bei der jeder Bürger eine Vorstellung hat, das tut man, das tut man nicht. Das zweite war die Haltung, sich aus der Politik, aus Machtbeziehungen weitgehend herauszuhalten. Das ist antrainiert worden auch schon vor dem Dritten Reich, also nicht mitmachen: „Gehe nicht zu deinem Fürst, wenn du nicht gerufen wirst.“ Und das dritte war das Siedeln im Luftschloß der Gedanken, die Utopie als Realitätsersatz oder, um auch wieder auf ein älteres Lied zu verweisen: „Die Gedanken sind frei, wer kann sie erraten.“

Gleichzeitig gab es ein relativ unhinterfragtes und fast affirmatives Verhältnis zur deutschen Nation, und das kam natürlich aus der sehr zwiespältigen Bindung an die Bundesrepublik, wo man sagte, die haben eigentlich das bessere Teil erwählt, und wir gehören doch dazu. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß diese Haltungen das Überwintern in langen Zeiten der DDR erlaubten, aber sie waren nach meiner Meinung nicht ganz ausreichend für den Weg in die heutige Bundesrepublik. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Frau Prof. Hanke. Wir kommen jetzt zum nächsten Programmpunkt unserer Anhörung. Dazu bitte ich das Mitglied der Kommission Sascha Kowalczuk nach vorne, um mit Herrn Dr. Bude, Herrn Dieckmann und Herrn Prof. Pollack ein Gespräch zu führen.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Meine Damen und Herren, ich hätte natürlich jetzt Lust, auf die Eingangsworte von Frau Hanke zu reagieren, insbesondere auf ihre Interpretationen und Schlußfolgerungen. Das muß ich mir aber leider hier als Moderator selbst untersagen. Ich möchte gerne für die Runde hier oben, bevor ich an die drei jetzt dazugestoßenen Herren das Wort gebe, Fragen formulieren, die uns nachher in der Diskussionsrunde beschäftigen könnten, Fragen, die mir beim Zuhören des Referats von Frau Hanke kamen. Diese Fragen sind jetzt relativ unsystematisch. Eine Frage wäre: Welche Spielräume für die individuelle eigenständige Gestaltung des Lebenslaufs waren in der DDR vorhanden, welche sind auch tatsächlich genutzt worden? Welches waren in der DDR die hauptsächlichen Sozialisationsinstanzen? Gab es Unterschiede prinzipieller Art zur Bundesrepublik, worin bestanden diese Unterschiede? Inwieweit war das Projekt Bildung eines sozialistischen Menschen in der DDR erfolgreich? Inwiefern sind heute eventuell Folgewirkungen spür- und erlebbar? Gab es überhaupt Möglichkeiten, den geplanten Sozialisationsmustern vollkommen zu entkommen? Welche Sozialisationsstypen erwiesen sich nach 1989 als besonders handlungsfähig, welche versagten angesichts der revolutionären Ereignisse und welche zeichneten sich durch restaurative Beharrungstendenzen aus? Und schließlich: Inwiefern existieren noch heute Unterschiede in der Sozialisation in Ost- und in Westdeutschland? Wenn es solche Unterschiede gibt, wie lange werden sie wahrscheinlich noch Bestand haben? Inwiefern sind diese Unterschiede vielleicht auch produktiv?

Ich darf Ihnen jetzt die Teilnehmer unserer Podiumsrunde hier oben vorstellen: Herr Dr. Heinz Bude hat in Tübingen und Berlin Soziologie studiert, war danach an der Freien Universität in Berlin Assistent, war zeitweilig selbständiger Sozialforscher und ist jetzt Mitglied des Instituts für Sozialforschung in Hamburg. Herr Christoph Dieckmann, ganz rechts von mir, ist Theologe, kommt aus der DDR, war Vikar, dann Assistent an der Theologischen Studienabteilung beim Kirchenbund der DDR, ab 1986 Referent für Öffentlichkeitsarbeit beim Missionshaus Berlin, nebenbei freiberuflicher Autor für Kirchenzeitungen und den „Sonntag.“ Er ist 1990 für ein halbes Jahr in die USA gegangen, hat, wenn ich recht informiert bin, darüber auch ein Buch geschrieben, war 1991 Feuilletonredakteur beim „Freitag“ und ist seit dem September

1991 politischer Redakteur bei der Wochenzeitung „Die Zeit“ in deren Berliner Büro. Schließlich noch Herr Prof. Dr. Detlef Pollack: Er hat 1984 an der Theologischen Fakultät der Universität Leipzig promoviert und sich zehn Jahre später im Fach Soziologie an der Universität in Bielefeld habilitiert, war anschließend Professor für Religions- und Kirchensoziologie an der Universität Leipzig und ist jetzt Professor für Vergleichende Kultursoziologie an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder. Ich möchte dann vorschlagen, daß wir alphabetisch verfahren, und bitte als ersten Herrn Dr. Heinz Bude, mit seinem Statement zu beginnen.

Dr. Heinz Bude: Frau Hanke, zwei Bemerkungen zum Begriff der Sozialisation: Ich glaube, es ist natürlich falsch, daß individuelle Auffassungen, Überzeugungen das Ergebnis gesellschaftlicher Umstände sind. Die Entwicklungspsychologie und Sozialisationstheorie gehen heute vom Prinzip der Eigenkonstruktivität und der Eigenaktivität aus, und man kann sagen, daß schon die Mutter-Kind-Beziehung nicht als ein Prägeverhältnis zu verstehen ist, sondern als eine Art von Koevolution zwischen Mutter und Kind, sonst versteht man gar nicht so genau, was da vor sich geht. Also ich warne vor dem soziologischen Fehlschluß, daß das Individuum Ausdruck der Gesellschaft ist, das ist zu einfach, glaube ich.

Andererseits ist das Individuum natürlich nicht ohne seine Welt zu denken, das heißt, insofern ist es in gewisser Weise ein Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse, wie man so gern gesagt hat, weil alles, was Sinn und Bedeutung für den einzelnen hat, natürlich auf soziale Beziehungen, intersubjektive Verständigung verweist. Man kann also sagen, daß das individuelle Selbstverständnis mit dem kollektiven Weltbild zusammenhängt. Allerdings ist da nichts festgelegt, denn so wie jeder einzelne sich seine Kombination aus den kollektiven Vorgaben zusammensucht, ist seine Bezugsgruppe ständig mit Umarbeitungen, Retuschen und Revisionen beschäftigt. Das ist normal, wenn Sie so wollen, so ist der Mensch. Dabei sind freilich in bestimmten herausgehobenen Momenten, das ist interessant, sich alle einig. Es gibt offenbar Momente, wo sich die Bezugsgruppe und der einzelne in einer bestimmten Auffassung, einem bestimmten Weltbild einig sind. Diese Momente vergehen aber schnell wieder, dann zerfällt alles wieder in viele kleine Mosaiksteine.

Was den Dialog im vereinten Deutschland betrifft, fallen besonders die Situationen ins Auge, wo sich die vielen verschiedenen Lebenswege und Lebenserfahrungen in Ost- und Westdeutschland auf die Differenz zweier Welten reduzieren. Es gibt deutlich ein relativ stabiles Reservoir kollektiver Vorstellungen, das sozusagen aus dem Stand eine wechselseitige Ethnologisierung von Ostlern und Westlern ermöglicht. Erlebte Wert-, Stil- und Gefühlsdifferenzen werden dann zu einem grundsätzlichen Unterschied von Kulturen hochstilisiert. Der Westler verteidigt typischerweise eine Kultur der Wahl und der Eigenverantwortung, der Ostler eine der Solidarität und der Sozialverantwortung. Dann steht plötzlich wieder das Verständnis des Betriebs als ein vom Privatleben getrennter Reproduktionsort gegen das Verständnis des Betriebs

als umfassender Vergesellschaftungskern. Beide Vorstellungen haben mit der heutigen Wirklichkeit wenig zu tun, halten sich aber als identifikatorische Selbstbilder und projektive Zuschreibungen. Das ist das Interessante.

Ich glaube, wenn man von Ost und West spricht, handelt es sich oft um anlaßbezogene Kommunikationsmuster, die über die Disparität der Lebensverhältnisse und die Pluralität der Lebensformen in West- wie in Ostdeutschland hinwegtäuschen. Daß in Ostdeutschland sich mittlerweile erhebliche Verwerfungen zwischen den Kernbelegschaften der neuen Produktionsstandorte und den verschiedenen Gruppen prekär Beschäftigter auf tun, ist nicht zu übersehen – und zwar genauso wenig wie in Westdeutschland, wo die geschlossene Welt der Bremer Werftarbeiter sich nur noch in tragischer Vergänglichkeits gegenüber dem individualisierten Leistungsbewußtsein Frankfurter Dienstleistungsgruppen behaupten kann. Was Ost- und Westdeutschland nämlich immer mehr einigt, sind Entwicklungen, die mit den neuen Definitionen der industriellen Beziehungen und der sozialstaatlichen Versorgung zusammenhängen. Das ist das, was Ost und West immer mehr einigen wird.

Unterhalb solch trotziger Gesten einer grundsätzlichen kulturellen Differenz zwischen Ost und West werden freilich andere unterschieden und entdeckt, und das ist interessant für die Jetztzeit. In Ostdeutschland ist die Wiederbesinnung auf kulturelle Wurzeln zu beobachten, die die sozialistische Systembedingung überdauert haben. Die föderale Gliederung sucht nach einer Legitimität langer Dauer. Daraus ergibt sich ein bemerkenswerter Effekt: In dem Maße, wie sich die Regionen als Orte des kollektiven Selbstverständnisses behaupten, verschwindet die Welt der DDR. Wenn Sachsen und Mecklenburger in einen Wettkampf um die Vor- und Nachteile ihrer jeweiligen Stammkultur treten – also die Sachsen immer schon als Händlervolk und die Mecklenburger immer als Landvolk –, wenn Region zu einem Identitätsanker wird, dann beginnt das schwierige Spiel von Einheit durch Differenz.

Neben den Regionen scheinen sich Unterscheidungen zwischen alten und neuen sozialmoralischen Milieus in Ostdeutschland zunehmend Geltung zu verschaffen. So macht sich ein gewisses Ressentiment gegen die von den Gesellschaftsplanern der DDR hofierte technisch-wissenschaftliche Intelligenz bemerkbar. Ein neues Milieu von Selbständigen scheint sich gerade im Unterschied zu dieser staatsbezogenen und einst staatsabhängigen Schicht der Intelligenz zu definieren. Also es gibt ein Selbständigenbewußtsein: „Wir sind gerade keine wissenschaftlich-technische Intelligenz, sondern wir sind irgend etwas anderes.“ Daneben ist das Entstehen eines spezifisch ostdeutschen Facharbeitermilieus zu verfolgen. Hier mischen sich meiner Wahrnehmung nach alsozialistisches Brigadebewußtsein mit neukapitalistischer Durchsetzungsbereitschaft, und ein ganz eigenes Milieu bildet die Gruppe der pionierhaften Gesamtdeutschen, die im Prinzip aus zwei Gruppen bestehen: einerseits aus nachrückenden mobilen westdeutschen Akademikern, die im Staats- und Institutionenaufbau Ostdeutschlands ihre Chance erblickten, und andererseits aus unbelasteten ostdeutschen Jungkadern, bei denen persönliches Aufstiegs-

streben und politische Verantwortungsbereitschaft auf eine interessante Weise zusammenkommen. Noch ist nicht zu erkennen, ob sich daraus eine stilbildende Schicht für die neue Bundesrepublik ergeben kann. Aber das ist für mich eine ganz interessante neue Gruppierung von merkwürdigen Gesamtdeutschen, die dabei ist, auch ein eigenes Bewußtsein auszubilden, die weder Ost- noch Westdeutsche sind.

Aufs ganze gesehen entpuppt sich die ostelbische Gemeinschaft Schritt für Schritt als ein vielgestaltiges Arrangement sozialisatorischer Milieus und regionaler Lebensweisen. Damit haben wir heute zu tun, Schritt für Schritt, und die dadurch freigesetzte Kraft der sozialen Unterscheidung, das ist jetzt das Schwierige, wird die Identität der DDR allmählich und unaufhaltsam zerstören. Wenn die Leute anfangen, sich auf andere Bezüge ihres kollektiven Selbstverständnisses zu beziehen, dann wird daraus ein Spiel von Differenzen, wo es auch um Verachtungscoalitionen, auch um vorkulturelle Bevorteilungen geht, und das wird das alte kulturelle Bild der DDR unaufhaltsam zerstören und durch eine neue und andere kulturelle Karte in Ostdeutschland ersetzen. Allerdings, und das ist ein Punkt, über den man sich stets klar sein muß, selbst dann, wenn die alte Identität der DDR mehr und mehr in den Hintergrund rücken wird, wird es immer wieder zu momentanen Ekstasen der Erinnerung kommen, da kann man nichts dran machen. (Beifall)

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Vielen Dank, Herr Bude. Dann Herr Christoph Dieckmann bitte.

Christoph Dieckmann: Ich möchte Ihnen zwei Erinnerungen erzählen, die ein in der DDR hochbedeutsames und hochsentimentalisch geprägtes Emanzipationsmedium betreffen: Rock-Musik. An einem Maimorgen des Jahres 1970 betrat der Direktor der Thomas-Müntzer-Oberschule Sangerhausen erregt die Klasse 8 a und unterbrach den Deutschunterricht. Etwas Unerhörtes sei geschehen, sprach Genosse Rüdiger und atmete tief. Zehn Schüler dieser Klasse hätten die Kontaktaufnahme mit dem Klassenfeind gesucht. Es sei ihnen mißlungen, dank der wachsamen Organe unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates. Die Einzelheiten waren schockierend. Die zehn hatten sich in einem kollektiven Brief an den Kölner Deutschlandfunk, Abteilung „Schlagerderby“, für den Titel „Lola“ von den Kinks ausgesprochen. Eindringlich beschrieb Genosse Rüdiger Tücke und Taktik des Gegners, der sich vorzüglich ins noch ungestählte Herz der Jugend einzuschleichen suche. Die „Lola“-Diversanten, welche der Genosse Rüdiger auch beim Fahnenappell ausstellte, senkten die Häupter, grünten und gelobten Besserung. Die Strafe war milde, drei Nachmittage Arbeit im Schulgarten. Der Lohn war süß: In den Augen der Mädchen waren die „Lola“-Fans fortan die Kinks.

Wenig später löste der Genosse Honecker den Genossen Ulbricht ab. Mit Honecker begann ein verstohlener Halbliberalismus, der musikalische Republikflüchter sozialistisch zu domestizieren gedachte – durchaus nicht ohne Erfolg. Mächtig rockte 1972 beim Schulabschlußball die Band des Klassen-Hippies

Horst. Genosse Rüdiger, der zunächst gedroht hatte, kein Langhaariger werde die Prüfung bestehen, überreichte die Abschluszeugnisse und empfahl mit belegter Stimme: „Erwerben Sie nun zu Marx' Frisur auch sein Wissen.“ (Heiterkeit)

Wir sind mehr Kinder unserer Zeit als Kinder unserer Eltern. Es gab verschiedene DDR-Generationen, und für jede begann die DDR von vorn. Die biographischen Zerstörungen von 1953, 1956, 1961, 1968 waren so wenig erblich wie die des Krieges, und das ist ein Glück. Die DDR von meinesgleichen (Jahrgang 1956) ist nicht mehr ganz martialisch gewesen und noch nicht völlig zynisch. Zynisch ist jeder Staat, der sich auf ein Ethos stützt, das er nicht mehr zeugen kann, nur noch zitieren und plakatieren. Derart heillos wurde uns die DDR erst nach dem Biermann-Rauswurf 1976 und dem folgenden Exitus so vieler guter, gutwilliger Geister. Die SED-Doktrin hat das entlarvenderweise nicht angefochten. „Wir weinen ihnen keine Träne nach“, das ist Honeckers historische Demission.

Der Anspruch des SED-Staats auf *unsere Jugend* blieb Zeit seiner Existenz total und derselbe. Das aber, was dieser Anspruch versprach, lockte keinen mehr ins Blauhemd, obwohl es alle trugen. Die Kulisse stand, der Glaube verschwand. Unaufhaltsam geriet die DDR zur Simulation ihrer selbst. Sämtliche wirksamen Jugend-Images kamen vom *Westen* und bezeugten Staatsferne, Individualität, und spiegelten versagte Welt.

Es ist sonderbar, wie alles Reden vom Untergang der DDR sich auf das Wendejahr '89 und auf den *Fall* der Mauer kapriziert. Und es läßt sich kaum entschuldigen, wie wenig *die Oppositionellen* dagegen unternommen haben, daß heute, in der retro-perspektivischen Verkürzung der westdeutschen Geschichtsschreibung, SED-Staat und DDR-Gesellschaft für dasselbe gelten. Diese Indifferenz fördert Ostalgie. Trotzig ruft es aus der Wagenburg, die DDR sei ganz anders gewesen. – Wie war sie denn? – Na, irgendwie – *normal*.

Natürlich war die DDR normal (wie fast jede Zeit, bis zur nächsten) –, besonders, da sich der DDRler im Alltag vor der Ideologie versteckte. *Heimat* blieb die DDR in jenem Maße, wie man sie als Staat vermied. Privat ging vor Katastrophe. Wie wenig privat das Private war, hat die Stasi bewiesen. Doch auch Täuschungen und Simulationen stiften Wirklichkeit, besonders in Erinnerung. Heute streiten die Erinnerungsideologen, ob die DDR Haut oder Knochen gewesen sei.

Von Generation zu Generation, von einer Jugend zur nächsten begnügte sich die SED-Macht mit immer hohleren Bezeugungen sozialistischen Patriotismus'. Als der FDJ zur emotionalen Indienstnahme der Jugend gar nichts mehr einfiel, setzte sie zum guten Schluß der DDR auf gigantische West-Rock-Konzerte. 160.000 junge Ostler pilgerten am 19. Juli 1988 nach Berlin-Weißensee, um Bruce Springsteen zu hören. Offiziell gehörte dieser Auftritt zum „Rocksommer der FDJ“, und die Bühne hatte man mit Solidaritätsparenen

für das sandinistische Nicaragua garniert. Das Springsteen-Management zeigte sich ob dieser Vergewaltigung entgeistert und erwirkte sofortige Umdekoration.

Das Konzert wurde gigantisch. Nach einer Stunde rollte eine schwere Parteilimousine hinterrücks ins Bühnenareal. Es entstieg der alte Freund der Jugend, Egon Krenz. Leider hatte Genosse Krenz von der Entnikaraguisierung des Konzertes nichts erfahren. Brüderlich verbunden winkte er zur Bühne empor, lächelte solidarisch, machte kehrt – ich drückte ab. Sofort packte mich eine eiserne Hand. Stasi, dachte ich, der Film ist weg. Aber nein: „Ich bin der Genosse von der 'Rude Pravo' aus Prag“, sprach der Greifer, „Ich schreibe Reportage über Springsteen-Konzert. Dafür brauche ich Foto von Genosse Krenz.“

Auch so ging die DDR zugrunde. Die Ideologen haben die DDR genug interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu erzählen. (Beifall)

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczyk: Bevor ich Herrn Pollack das Wort geben möchte, möchte ich meine Kollegen von der Enquete-Kommission ausdrücklich auffordern, sich schon zu Wortbeiträgen anzumelden.

Prof. Dr. Detlef Pollack: Nach dieser eindrücklichen Erzählung jetzt ein Stückchen Interpretation. Ich weiß nicht, ob Sie sich auf diesen Wechsel einstellen wollen. Um das Verhältnis von systemisch geplanter und individuell bestimmter Sozialisation ausloten zu können, ist es meines Erachtens erforderlich, zwischen System und Lebenswelt, oder man könnte auch sagen, zwischen Sozialstruktur und Kultur zu unterscheiden. Genau diese Unterscheidung wurde in der öffentlichen Diskussion in den Jahren unmittelbar nach der Wende nur ungenügend getroffen. In der Zeit nach der Wende überwog eine Argumentation, die vom DDR-System unmittelbar auf die handelnden und erlebenden Individuen schloß: Weil das System undemokratisch verfaßt war, mußte auch die Bevölkerung die Spielregeln der Demokratie nur ungenügend beherrschen. Weil die Wirtschaft ineffizient war und das politische Herrschaftsregime autoritär, unterstellte man auch der Bevölkerung mangelnde Leistungsbereitschaft und obrigkeitliche Orientierung. Diese kurzschlüssige Argumentation hat nicht unwesentlich zu den deutsch-deutschen Mißverständnissen und Verstimmungen beigetragen, deren Folgen wir heute erleben. Einer Befragung aus dem Jahr 1995 zufolge sagen 97 Prozent der Ostdeutschen, daß das Leben in der DDR nur verstehen kann, wer selbst dort gelebt hat. Die Ostdeutschen fühlen sich von ihren westdeutschen „Schwestern und Brüdern“ mißverstanden. Warum? Kein anderer Unterschied ist ihnen so wichtig wie derjenige zwischen dem kommunistischen Staat, von dem sie meistens wenig hielten, und ihrem eigenen Leben. Sie wollten und konnten dieses Leben stärker selbst gestalten, als es einst die mächtigen SED-Funktionäre glaubten und sogar viele Westdeutsche heute glauben. Das sagt die Mehrheit. Drei Viertel der Ostdeutschen bejahten in der bereits erwähnten Umfrage die Aussage: „Ich kann stolz sein auf mein Leben in der DDR, weil

ich das Beste daraus gemacht und mich mit dem Regime nur soweit eingelassen habe, wie es nicht zu vermeiden war.“

Die Behauptung einer Differenz zwischen Staat und persönlicher Lebensführung, oder wie ich vorhin gesagt habe, zwischen Sozialstruktur und Kultur, wie sie hier von den ehemaligen DDR-Bürgern im Jahr 1995 aufgestellt wird, ist im nachhinein gewiß überzogen. Sie dürfte unter anderem verstanden werden auf dem Hintergrund der nach 1989 einsetzenden umfassenden Entwertung des Lebens in der DDR. Daß ihr freilich dennoch ein Wahrheitswert zukommt, dürfte ebenfalls unbestritten sein. Die systematisch relevante Frage lautet, wie stark sich System und Lebenswelt unterschieden und wo es Überschneidungen zwischen ihnen gab. Oder anders gefragt: Wie groß waren die Autonomiespielräume des Individuums in einer repressiven Organisationsgesellschaft?

Zweifellos ist davon auszugehen, daß das politische System die Dominanz über die Lebenswelt besaß. Das politische System verfügte über alle wesentlichen gesellschaftlichen Ressourcen, legte die Ordnung des gesellschaftlichen Verkehrs fest und besaß die Macht, in jeden gesellschaftlichen Bereich unmittelbar einzugreifen. Auch wenn es immer wieder an Grenzen seiner Zugriffsmöglichkeiten stieß, konnte es seinen Anspruch auf umfassende Kontrolle und Steuerung der Gesellschaft doch in weiten Bereichen einlösen. Das Individuum erfuhr diese Dominanz des Systems als Ohnmacht. In biographischen Interviews, die Dieter Geulen durchgeführt hat, ist von diesen Ohnmachtserfahrungen immer wieder die Rede. Die politisch blockierte Differenzierung der Gesellschaft schlug sich in eingeschränkten individuellen Entfaltungsmöglichkeiten nieder.

Die Folge dieser im politischen, wirtschaftlichen, beruflichen und teilweise sogar im ganz persönlichen Bereich erlebten Einschränkungen lag in der auch nach 1989 noch feststellbaren Neigung der Ostdeutschen, nicht sich selbst, sondern fremde Mächte für das eigene biographische Schicksal verantwortlich zu machen. Während die Westdeutschen dazu tendieren, ihren Lebenslauf als Resultat eigener Anstrengungen zu verstehen, überwiegt im Osten Deutschlands die Fremdzurechnung. Wenn man Individualisierung zum einen als ein Korrelat gesellschaftlicher Differenzierung und der Ausweitung gesellschaftlicher Handlungsspielräume und zum anderen als einen kulturell verankerten Imperativ zur Selbstzurechnung versteht, wird man sagen müssen, daß Prozesse der Individualisierung in der DDR gebremst waren.

Auf der anderen Seite wurden in allen Bereichen der Gesellschaft die Erwartungen des politischen Systems unterlaufen. In Freundeskreisen, in der Nachbarschaft, in der Familie, in den Arbeitskollektiven in den Betrieben formierte sich der Eigensinn der Lebenswelt gegen die Ansprüche des Systems. Und die eigentlich spannende Frage lautet nun, welche Autonomie diese informellen Netzwerke gegenüber den Maßgaben des Systems besaßen.

Es ist klar, daß formelle und informelle Strukturen nicht friedlich-schiedlich nebeneinander bestanden und sich wechselseitig ergänzten, sondern daß es für beide Seiten unbequeme Überschneidungen gab. Das Individuum reagierte auf Übergriffe des Systems in der Regel, indem es sich nach außen hin anpaßte, aber innerlich verweigerte. Die oft beobachtete Schizophrenie des DDR-Bürgers war die Lösung eines Problems, vor dem jeder DDR-Bürger stand: Wie den repressiv vorgebrachten Ansprüchen des politischen Systems gerecht werden, ohne sich selbst zu verleugnen, aber auch ohne sich selbst zu schaden? Anpassung nach außen bei gleichzeitiger innerer Verweigerung war eine Möglichkeit, dem Druck des Systems nachzugeben und gleichzeitig die Würde der eigenen Person für sich selbst zu bewahren. Man tat, was man tat, ja nur gezwungenermaßen, das Innere, man selbst, hatte damit nichts zu tun. So konnte man sich selbst für einen ehrlichen Menschen halten und sich zugleich in der Lüge des Systems einrichten.

Die Seele des Menschen, über die wir hier insgeheim schon verhandelt haben, aber war ein Kampffeld. Auch wenn letztendlich die Anpassung überwog, gingen dem Schritt in die Anpassung doch oft schwere innere Auseinandersetzungen voraus. Es waren vor allem die Einsicht in die eigene Ohnmacht, das Gefühl, nichts wirklich ausrichten zu können, die den Weg in die Anpassung beförderten. Die äußere Anpassung war dabei angesichts der Machtverteilungsverhältnisse eine durchaus rationale Option. Man muß sich für ihre Erklärung nicht um die deutsche Tradition einer unpolitischen Gesellschaft bemühen, wie es teilweise geschieht, oder moralisches Versagen verantwortlich machen. Vielmehr spielte für die Wahl dieser Option vor allem eine Kosten-Nutzen-Kalkulation eine Rolle. In dem Maße, wie Zeit verging und die allgemeine politische Ruhe im System von einer Mehrheit mitgetragen wurde, gewöhnte man sich zwar an die Verhältnisse. Das getroffene Arrangement war aber immer wieder offen für neue Erfahrungen, anhand derer man die Grenze dessen, was man sich zumuten wollte, auch immer wieder überprüfen konnte.

Welches Verhältnis von Anpassung, Verweigerung, Protest, Resistenz, absichtlichem Mißverstehen und Zuwiderhandeln gewählt wurde, fiel individuell natürlich verschieden aus. Dabei war das jeweilige Mischungsverhältnis nicht nur von der jeweiligen politischen Situation abhängig, sondern auch von dem sozio-kulturellen Umfeld, in dem man sich bewegte. Resistenz war im bäuerlichen Milieu und unter Handwerkern sowie in der traditionellen Industriearbeiterschaft stärker ausgebildet als im Bereich der mittleren Angestellten, denen das ökonomische Rückgrat und das ökonomische Interesse an der Bewahrung von Autonomiespielräumen weithin fehlte. Sie war auch stärker ausgebildet in der Ärzteschaft z.B., in der bereits angesprochenen Pfarrerschaft und überhaupt im Bereich der Kirchen, in denen sich widerständige kulturelle Traditionen gehalten hatten. Dies weist darauf hin, daß eine wichtige Bedingung für die Durchsetzung des staatssozialistischen Herrschaftsanspruches in der bereits Ende der vierziger Jahre einsetzenden Umschichtung der Bevölkerungsstruktur und der damit verbundenen Enttraditionalisierung der Gesellschaft bestand.

Ganz gleich, welches Mischungsverhältnis von Arrangement, Verweigerung und Protest man wählte und durch welches Milieu der Sozialisationsprozeß abgestützt wurde, in jedem Falle war der Prozeß der Sozialisation weitgehend abgeschnitten vom öffentlichen Leben. Selbst dort, wo das Individuum eine gewisse Eigenständigkeit aufzubauen vermochte, fehlte ihm daher die Möglichkeit, sich in der Öffentlichkeit zu bewähren und hervorzutreten. Nur im öffentlichen Leben kann man es aber lernen, das Verhältnis zwischen Selbstdurchsetzung und Selbstzurücknahme auszubalancieren. Die Schwierigkeiten, die viele Ostdeutsche nach der Wende hatten, sich in der Öffentlichkeit zu präsentieren und darzustellen, sind Ausdruck dieser von der Öffentlichkeit abgeschirmten Sozialisationsbedingungen. (Beifall)

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Ich danke unseren drei Referenten für die anregenden Bemerkungen. Ich habe jetzt bereits einige Kollegen aus der Enquete-Kommission auf der Rednerliste. Es beginnt Herr Jacobsen, anschließend Herr Maser.

Sv. Prof. Dr. Hans-Adolf Jacobsen: Liebe Frau Hanke, ich fand Ihre Ausführungen sehr instruktiv, und ich glaube, sie waren ein guter Ausgangspunkt für eine Diskussion, soweit das im Rahmen der Enquete-Kommission möglich ist. Nun wissen wir ja aus unseren historischen Erkenntnissen, in welchem Umfange im Dritten Reich die Deutschen aus Gründen, die ich im einzelnen nicht darlegen möchte, zumindestens bis 1940 bereit und fähig waren, sich mit den Werten und dem System zu identifizieren. Es war nicht nur gespielte Übereinstimmung, die nach 1940 zu bröckeln anfing, als es im Kriege dann anders verlief, als man es sich vorgestellt hatte. In der DDR, das wissen wir, war diese Fähigkeit und Bereitschaft zur Identifizierung um ein vielfaches geringer. Und hier scheint mir, müßte man vielleicht doch noch stärker andeuten einen Aspekt – Herr Dieckmann hat das sehr nett an dem kleinen Beispiel verdeutlicht –, nämlich die weltweite Kommunikation, die Möglichkeiten heute, im Rahmen der Sozialisation sich zu informieren, sich andere Bilder anzusehen und diese Bilder zu vergleichen mit dem eigenen Anspruch. Das heißt, wenn wir den ersten Bereich nehmen – soziale Gerechtigkeit als ein entscheidender Wert –, dann kann man natürlich sagen, gut, die junge Generation hat mehr und mehr, aber auch die ältere, wenn auch langsamer vielleicht, die Kluft zwischen Theorie und Praxis erkennen können, was also nicht stimmte und wie weit der Anspruch nicht realisiert werden konnte. Aber das Schwierige war in jedem Falle, eine geplante sozialistische Persönlichkeit zu entwickeln in einer Phase, in der ja permanent das Gegenbild vorhanden war und immer stärker Einfluß nahm. Wir wissen, aus welchen Gründen die DDR-Führung genauso wie die der anderen kommunistischen Staaten alles versucht hat, Informationen zu blockieren, ich denke nur an die Auseinandersetzungen im Rahmen der KSZE, bei denen das besonders deutlich zum Tragen kam. Man sollte vielleicht den Bereich Medien und weltweite Kommunikation stärker bei der Frage, warum die Sozialisation im sozialistischen Sinne nicht gelungen ist, behandeln.

Ein weiterer Aspekt beschäftigt mich nach dem, was heute vormittag, ich glaube mit einer gewissen Berechtigung, angedeutet wurde – daß Fragen der „Identität“ mit der DDR nach der Vereinigung eigentlich sehr viel stärker hervorgetreten sind, als es früher der Fall gewesen ist. Könnte das mit dem Wert des sogenannten sozialistischen Humanismus, der ja auch in Westdeutschland eine große Rolle gespielt hat, zu tun haben? Ich denke an die leidenschaftlichen Auseinandersetzungen an den Universitäten Ende der sechziger Jahre, da sind diese Probleme auch immer wieder in den Mittelpunkt gestellt worden. Ich will den einen Begriff nehmen – größere soziale Gerechtigkeit in der Menschheit, etwa vor dem Hintergrund der Dritten Welt, dem Unterschied zwischen Arm und Reich, und da ist die Spanne immer größer. Das hat unsere junge studentische Generation sehr dramatisch im Westen diskutiert, und das stand in der DDR zwar im Mittelpunkt der sogenannten sozialistischen Persönlichkeit, aber man hat es doch mehr von der Theorie oder von der Seite der Indoktrination her sehen müssen. Und nun, 1990, kommen Menschen, die da an dieses Ideal geglaubt haben, auch jüngere, und erwarten größere soziale Gerechtigkeit in dem System, das ihnen von oben mehr oder weniger verordnet wurde, und dann stellen sie fest, größere soziale Gerechtigkeit in ihrem Sinne, idealistischer Art, gibt es eigentlich ebenfalls wenig, hier werden auch die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer, das heißt, der sogenannte Kapitalismus, die Führungen der demokratischen Gesellschaften sind nicht in der Lage, diese größere soziale Gerechtigkeit als ihren Wert zu verwirklichen, und von daher kommen auch das Mißtrauen und die Kritik. Kann man das so sehen? Müßte man diese Frage weiter verfolgen?

Ein weiterer Punkt: Mich würde interessieren, Frau Hanke, wie schätzen Sie denn nun im Rahmen der permanenten Kommunikation zwischen Ost und West Möglichkeiten und Grenzen des Einflusses aus dem Westen ein im Hinblick auf die Sozialisation? Wir werden im Rahmen der Enquete-Kommission uns noch mit dem Thema der sogenannten Entspannung von unten befassen müssen. Wie ist es denn gelungen, die sozialistischen Systeme – ich will es vorsichtig formulieren – auszuhebeln ohne Gewalt, indirekt, indem man immer zeigte, daß es hier eine gerechtere, eine bessere Ordnung gibt, obgleich die andere Seite behauptete, eine bessere zu haben? Das heißt, daß eigentlich diese Einflüsse vom Westen über die von mir genannten Medien dann doch dazu geführt haben, die Menschen – das betrifft natürlich nicht nur die DDR, ich habe das in Polen dramatisch erlebt, noch dramatischer in der Sowjetunion – unsicher werden zu lassen im Hinblick auf die Einschätzung ihres Systems und dessen Werte in dem Augenblick, in dem sie mit einem Vertreter des anderen Systems kooperieren und feststellen, das stimmt ja gar nicht, was uns vermittelt wird im Hinblick auf die gerechtere Ordnung. Ich will das nur mit einem kleinen Beispiel abschließend verdeutlichen. Wir haben in der Sowjetunion, aber auch in der DDR, immer diskutiert im Hinblick auf die sogenannte Überlegenheit des einen Systems, und es kam von polnischer Seite dann die wunderbare Frage in der Mitte der siebziger Jahre, als wir schon mehr und mehr kooperierten: Worin besteht eigentlich der Unterschied zwischen dem

sozialistischen System und dem demokratischen? Und ich wurde gefragt, das doch mal zu erläutern. Im sozialistischen System bestehe die Freiheit der Meinungsäußerung, die amerikanische Verfassung hingegen garantiere die Freiheit *nach* der Meinungsäußerung. Das heißt, hier würde man tatsächlich den fundamentalen Unterschied sehen. – Also könnten Sie noch etwa sagen über den Einfluß westlicher Kommunikation und Wertvorstellungen auf die veränderte Werthaltung gerade in der DDR. Natürlich konnte das auch über die Verwandtschaft geschehen – stärkere Kommunikation und Besuche –, als das vielleicht in anderen Ostblockstaaten der Fall gewesen ist.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczyk: Herr Maser als nächster, anschließend Herr Mocek.

Sv. Prof. Dr. Peter Maser: Ich möchte zunächst eine Frage an Frau Kollegin Hanke richten. Sie haben ja eine Reihe von Faktoren und Elementen benannt, die auf soziale Prägung bis hin zum evangelischen Pfarrhaus eingewirkt haben. Meine Frage wäre: Ist das in irgendeiner Weise quantifizierbar? In welchem Umfang hat es eine Rolle gespielt, wenn in Familien – ich sage es jetzt einmal so verkürzt – Westverwandtschaft präsent war, das heißt, wenn da also regelmäßig Menschen aus der Bundesrepublik, Verwandte, zu Besuch kamen und auf diese Weise noch einmal eine Art von Kommunikation und Information möglich wurde über das hinaus, was man möglicherweise per Fernsehen, Rundfunk usw. von diesem anderen deutschen Staat wahrnehmen konnte? Mir ist das eigentlich erst in diesem Moment deutlich geworden, daß man da möglicherweise auch einen gewissen Informationsvorsprung hatte, wenn man Lebenssituationen unmittelbar und eben auch auf der privaten Ebene miteinander vergleichen konnte, tatsächlich also genau wußte, wie lebt der andere und was kann er mit seinen Möglichkeiten machen. Läßt sich vielleicht auch feststellen, was es heute an Problemen gibt in solchen – ich will es auch hier mal so verkürzt ausdrücken – Familien mit Kommunikation, daß es da also ein Stückchen einfacher ist, einfach weil auch die Überraschungen auf der einen Seite und auf der anderen auch die Illusionen nicht so groß waren, wenn man den direkten Zugriff hatte? Es hat doch möglicherweise einen Sinn gehabt, daß zum Schluß immer mehr Geheimnisträger in der DDR installiert waren, um solche persönlichen Kontakte einzuschränken.

Das Zweite, was ich hier ansprechen möchte, wozu ich also Herrn Kollegen Pollack bitte, die Dinge noch etwas zu verdeutlichen, ist folgendes: Sie haben hier auf den Unterschied zwischen System und Lebenswelt verwiesen und die Dinge ziemlich weit auseinandergenommen, haben dann eine Bezeichnung für die DDR, so wie sie war, gewählt, die ich in der Eile nicht mitbekommen habe, die auf jeden Fall aber das Wort „Diktatur“ vermied. Sie werden wahrscheinlich sehr schnell noch mal dann in Erinnerung rufen können, wie Sie zusammenfassend die DDR hier bezeichnet hatten. Meine Frage ist nun, ob nicht das eigentliche Problem eben doch darin besteht, daß zumindest in vielen Milieus Systemwelt und Lebenswelt zunehmend enger ineinanderkamen. Möglicherweise müssen wir uns auch immer die Frage stellen: Aus welchen

persönlichen Erfahrungen und Einsichten heraus betrachten wir das? Und vor allen Dingen auch: Wie groß waren eigentlich die einzelnen Gruppen, die beschrieben werden als solche, in denen es Prozesse der Emanzipation usw. gab? Wie groß waren diese Gruppen, wie viele Menschen waren das im Vergleich mit anderen Gruppen und Schichten, in denen die Trennung zwischen der System- und der Lebenswelt eventuell immer geringer wurde oder gar zusammenfiel? Das ist bestimmt nicht ein Akt des bewußten sich auf diese Dinge Einstellens gewesen. Da hat es gewiß sehr viele Abschleifungsprozesse gegeben. Da hat es ja auch den Prozeß gegeben, daß die DDR in mancher Beziehung ein Stückchen kommoder wurde und insofern der große Konflikt nicht jeden Tag unbedingt und zwangsläufig für jeden Menschen angesagt war. Wenn Sie noch etwas dazu sagen würden, wäre ich Ihnen dankbar.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Herr Mocek bitte, anschließend Herr Burrichter.

Sv. Prof. Dr. Reinhard Mocek: Der Vortrag von Frau Hanke ist für mich auch der Einstiegspunkt, und zwar für dieses weite Feld „Überzeugungskraft des Sozialismus.“ Bei der von Frau Hanke doch beeindruckend aufgewiesenen Fülle an geplanten und normierten und schablonenhaften Sozialisierungen ist das natürlich auf den ersten Blick wirklich verwirrend und läßt sich wohl nur in dem Sinne aufreißen, wie das Herr Bude hier angedeutet hat. Ich möchte noch etwas hinzufügen, was das vielleicht noch ergänzen könnte. Vor allen Dingen Studenten, aber auch Intellektuelle, die mit der marxistischen Theorie einen mehr oder weniger lehrhaften Kontakt oder dazu im Lernprozeß ihrer Ausbildung Kontakt hatten, merkten natürlich den Gegensatz zwischen der Realität und vielen theoretischen zustimmungsfähigen Aspekten gerade zu Menschenbild und Persönlichkeit auf der einen Seite. Wenn ich nur mal an das Marx-Wort denke – es sei mir verziehen, wenn ich hier einmal ein solches Zitat bringe, aber hier paßt es natürlich von der Sache herein –, was ist gesellschaftlicher Reichtum anderes, hat Marx gesagt, als die Universalität der Bedürfnisse, Fähigkeiten, Genüsse und Produktivkräfte der Persönlichkeit, der Individuen. Das war also sein Persönlichkeitsbild: die Universalität der Bedürfnisse, Genüsse, Fähigkeiten und Produktivkräfte der Individuen. Auf der anderen Seite das Menschenbild der SED: muffig, spießig, der Mensch ist eigentlich der produktive bewußte Mittdreißiger männlichen Geschlechts, und die alte Führungsgarde, die die hingschwundene Jugendlichkeit durch ein zwar faltiges, dem Wesen nach aber jugendfrisches Antlitz ersetzte – also ein Gegensatz zwischen einem theoretischen Programm, das durchaus für sich zu werben vermochte und – ich kann es gar nicht besser sagen, als Frau Hanke das hier gesagt hat – einem praktisch-propagandistisch dargestellten, verzerrten, schablonenhaften Menschenbild, dem man sich wirklich kaum verschreiben mochte oder konnte. Ich glaube, diese Differenz – die Theorie ist doch viel hehrer und besser als diese miese propagandistische Praxis oder Realität – hat natürlich dann auch für viele, die in diesen theoretischen Diskussionsprozeß einbezogen waren, die Entscheidung für solche Theorien, für zustimmungsfähige theoretische Aspekte befördert. Zum anderen das Fortleben von

alten Idealen: Frau Hanke, Sie haben vorhin ein Zitat von Ulbricht gebracht und dann das Wort „Arbeiterklasse“ durch das Wort „Partei“ ersetzt, also daß die Erziehung an die Ideale der Arbeiterklasse, sprich der Partei, gebunden war. Also da würde ich jetzt ein Fragezeichen setzen, ob das in dem Sinne wirklich das Konzept war, denn das idealisierte Bild der Arbeiterklasse entsprach überhaupt nicht der Realität. Das idealisierte Bild der Arbeiterklasse hatte positive Effekte vor allem für diejenigen, die eben aus diesen Schichten stammten und plötzlich jetzt soziale Werte ihrer Schicht zu einer staatstragenden Formation erhoben sahen. Ich glaube, das waren natürlich gar nicht pure Ideologismen, das Sinnbild der Arbeitswelt als Quelle allen Reichtums; Ordnungssinn, Fleiß, Klasseninstinkt kamen dazu. Das Klassenbewußtsein wurde der Arbeiterklasse ja gar nicht zugesprochen, aber auch Fortleben von so etwas wie Tradition des Selbstbewußtseins und des Kampfes waren durchaus Momente, die identifikationsstiftend waren und wo man sich dann auch in der Parteiterminologie sehr bewußt eben nicht auf die Partei, sondern auf diese Arbeiterklasse als Vorbild für ein ganzes Erziehungsprogramm stützen konnte, was übrigens in diesem Falle in Übereinstimmung mit der marxistischen Theorie steht. Das sind für mich zwei Punkte, die vielleicht dieses Moment der Überzeugungskraft noch etwas befördern könnten.

Ein letzter Punkt zu der ganzen Informationsfrage – „Abschaffung der Information“, so haben Sie ja zugespitzt formuliert: Ich würde sagen, bei dem zunehmenden täglichen Stundenanteil an Informationen durch ARD und andere den größten Teil der DDR erreichende Medien kann man das wohl in dieser Absolutheit nicht sagen. Die Abschaffung war natürlich konzeptionell, das ist völlig klar, aber de facto war von dieser Abschaffung längst nicht mehr die Rede. Gerade daraus resultierten viele neue Spielräume, auf die Herr Bude und Herr Pollack hier eingegangen sind. Aber ich frage nun auch Herrn Bude: Woraus erklärt sich nun die doch letztlich nur mäßige Durchschlagskraft dieser Spielräume? Denn was ich vorhin zu Beginn gleich sagte, dieses Marx-Zitat, wo die hehre Theorie auf der einen Seite und dann dieses propagandistische Plumpe auf der anderen Seite standen, diese Marxsche Position kannten natürlich die allerwenigsten. Das hatte überhaupt keine Durchschlagskraft, kein Präsentationsvermögen in dieser Gesellschaft gehabt, sondern es blieb eigentlich mehr dieses Muffelige und Spießige und mit Ulbrichts Geschmack über Kunst und Kultur und Architektur noch zusätzlich garnierte Menschenbild übrig.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczyk: Schönen Dank. Die erste Runde schließt Clemens Burrichter ab.

Sv. Prof. Dr. Clemens Burrichter: Ich möchte mich auch in die Kontroverse zwischen Frau Hanke und Herrn Bude einschalten, die Herrn Mocek hier schon aufgegriffen hat, wissend darum, daß diese Frage, welche Faktoren den Sozialisationsprozeß letztendlich bestimmen, ob die individuellen Veranlagungen, Fähigkeiten und Eignungen oder das soziokulturelle Umfeld (was immer das sei), daß diese Frage so alt ist, wie Menschen über die Gesellschaft

und ihre Mitglieder nachgedacht haben. Wir werden in den nächsten Jahrhunderten das wahrscheinlich immer wieder mit unterschiedlichen Akzentsetzungen tun. Ich selber habe in meinem kurzen Leben schon mehrere verschiedene Paradigmen in dieser Hinsicht mitmachen oder beobachten können. Mir ist es aber deswegen wichtig, weil auch der Rückgriff auf Marx von Herrn Mocek mir noch nicht weit genug geht. Ich denke, wenn wir die Frage radikal stellen nach dem Menschenbild der sozialistischen Theorie und dabei nicht nur auf Marx zurückgreifen, sondern auf die Entwicklung, wie es seither in den Diskussionen und in der Realpolitik durchgesetzt wurde, dann werden wir feststellen, daß in der Tat die kollektivistische Überhöhung selbst da, wo in der marxistischen Diskussion dann gelegentlich eine stärkere individualistische Interpretation angemahnt wurde (was es ja gegeben hat, auch in den letzten Jahren noch), trotzdem immer wieder im Grunde genommen das Grundelement der individuellen Komponente zu gering veranschlagt wurde. Das ließe sich ja noch verstehen in einem philosophischen Diskurs, aber das hat dann seinen unmittelbaren Niederschlag gefunden in politischen Entscheidungen, und da genau liegt meiner Ansicht nach der Punkt, wenn man nun in Rechnung stellt, daß wir heute nicht mehr die Gesellschaft haben, auf die hin Marx sein Menschenbild gedacht hat, sondern eine radikal veränderte, die durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt, durch die Industrialisierung das Individuum auf eine ganz andere Art und Weise herausfordert. Ich würde also meinen, Frau Hanke, und damit provoziere ich Sie ein wenig, Sie haben von Ihrer Trias – inhaltlich, methodisch und Wirkungen – die erste Ebene, die inhaltliche, zu wenig problematisiert, weil Sie genau diesen Punkt nicht bis zu der Stelle vorangetrieben haben.

Noch ein zweiter Punkt: Ich beantworte gerne die Frage zwei unseres Moderators nach den verschiedenen Sozialisationsinstanzen, nämlich indem ich Ihnen sage, daß es Familie, Schule, Betrieb, FDJ, GST, Medien sind, die alle auf diesen Prozeß eingewirkt haben, und eine systematische Analyse dieser Prozesse müßte in der Tat – Herr Maser hat es bereits angesprochen – auf die unterschiedlichen Einwirkungsmöglichkeiten hinweisen. Dies gilt besonders, wenn man in Rechnung stellt, Frau Hanke, daß für unsere westliche Soziologie immer noch gilt, die Familie ist die primäre Sozialisationsinstanz, daß dies im Hinblick auf die DDR und die Veränderung der Familienstruktur durch den stärkeren Einbezug der Mutter und der Frau in den Arbeitsprozeß natürlich in der Tat eine andere Sozialisationsqualität bekommen hat, indem Kinder in wesentlich früherem Alter, im frühesten Alter bereits in Kita und in andere Institutionen aufgenommen und da bereits die Sozialisationsinstanzen in ihrem interaktiven Spiel völlig verändert wurden. Ich denke, daß wir auch dieser Frage in der Kommission noch weiter nachgehen müssen, und zwar systematisch.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Es sind jetzt eine ganze Menge Fragestellungen geäußert worden. Die meisten Anfragen richteten sich an Frau Hanke, bitte, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Irma Hanke: Ich möchte anfangen mit einer ganz kurzen Antwort auf Herrn Bude. Ich würde das gar nicht für falsch halten, denn ich habe versucht, diese Fragestellung „Sozialisation“ auf eine praktisch handhabbare Fragestellung zu reduzieren. Ich habe vorher versucht, genau für diesen Zweck noch mal in ein paar Handbüchern die Definitionen von Sozialisation nachzulesen, und die kürzeste war, glaube ich, anderthalb Seiten lang. Das zeigt eigentlich schon die Problematik, also man fischt da nur im Ungefähren, und nach meiner Meinung ist auch nicht umsonst die eine Zeitlang sehr ausführlich betriebene Sozialisationsforschung ein bißchen zurückgegangen, weil man da bei einer ganzen Reihe von theoretischen Problemen landete. – Jetzt kam die Frage von Herrn Jacobsen, nämlich der Hinweis, daß der Nationalsozialismus bis 1940 von der Bevölkerung getragen, und ich muß leider aus meinem Erleben sagen, auch 1945 noch von sehr vielen getragen wurde. Das ist sicherlich in der DDR so nicht der Fall gewesen. Aber was für die DDR zutrifft, wenn ich allen Untersuchungen jetzt trauen darf, ist, daß diese Werte des Sozialismus relativ unangefochten waren, und das erklärt meiner Meinung nach den Versuch, zu Anfang des Jahres 1990 den Sozialismus noch zu retten. Man muß sich einfach auseinandersetzen mit dieser Tatsache, was da gelaufen ist, und was da gelaufen ist im Vergleich zu anderen Ländern. Sie haben verwiesen auf dieses Problem der weltweiten Kommunikation – Medien, Rock und Pop, ein eindeutiger Einfluß insbesondere der Popmusik. Nach meiner Meinung war auch ganz erheblich der Einfluß der Computerkultur, den man nicht unterschätzen sollte und der auf die Dauer so etwas wie eine Eigenständigkeit der DDR absolut unmöglich gemacht hätte.

Ich habe in Ost-Berlin damals an Lesungen in einem FDJ-Kulturzentrum teilgenommen, wo bestimmte Leute dann ihre Texte vortrugen. Es war so eine Mischatmosphäre – einerseits wurden ein bißchen aufässige Texte vorgetragen, andererseits wurde nie diskutiert, weil man genau wußte, es sind so und so viel andere Leute im Raum. Dieses Nebeneinander von einerseits neuen Entwicklungen und andererseits auch noch vorhandener Kontrolle war mir sehr auffällig im Vergleich beispielsweise zu entsprechenden Erlebnissen in Polen, wo es das überhaupt nicht mehr gab, wo die Leute sich völlig offen äußerten, und zwar schon zu Beginn der achtziger Jahre. – Die soziale Gerechtigkeit als entscheidender Wert, die man eventuell auch anders oder innerhalb eines anderen Systems definieren könnte: Da meine ich in der Tat, daß dazu nicht nur eine sehr gründliche Bekanntschaft mit westlichen Theorien oder mit anderen Theorien, sondern auch gründliche Diskurse gehören. – Auch in einer Antwort auf die Frage nach den Medien würde ich sagen, daß es nach meiner Meinung nicht die Bekanntschaft mit den Westmedien ist, die den Horizont enorm erweiterte, sondern das geschah erst dann, wenn diese Westmedien, wenn deren Inhalt in irgendeiner Form diskutiert wurden, in der Familie oder in irgendwelchen Gruppen, also wenn das einen Echoeffekt hatte. Sonst hat es ja den Charakter einer vorbeilaufenden und interessanten Welt, etwa wie man über die Personage von amerikanischen Westernfilmen fabelhaft informiert sein kann und auch über die Kriegslage zu damaligen Zeiten, wie sie in sol-

chen Westernfilmen registriert wird. Ein Bezug kann immer erst hergestellt werden in persönlichen Debatten oder in persönlichen Erfahrungen, die irgendwie berühren, z.B. wenn der Onkel in den Westen gegangen ist und das und das erlebt hat und das jetzt in die Familie eingegangen ist. Das ist ein Bezugspunkt oder eben der Arbeitskreis, der sich bildet, die Freunde, die untereinander diskutieren. Aber mir scheint, daß sonst der Einfluß eigentlich nicht quantifizierbar ist, also daß der immer nur oberflächlich bleibt.

Jetzt zur Frage nach den Debatten im Westen 1968: Das ist ganz klar, es hat ja eine sozialistische Welle gegeben im Westen, und ich habe den Eindruck, daß auch die ganzen Steuerungsmechanismen mindestens genau so stark dagegen gerichtet waren, um dagegen abzuschotten, auch gegen die Entwicklung in Jugoslawien, überhaupt dagegen, eine eigene Welt aufzustellen. Das hatte nicht zuletzt eine innergesellschaftliche Funktion, die soll man nicht unterschätzen. – Zur Freiheit der Meinungsäußerung: Das Verblüffende ist mir immer wieder aufgefallen – in der damaligen CSSR auch eine ausgesprochen ängstliche Haltung, in Ungarn und Polen nicht. Dieser Unterschied ist mir trotz aller Argumente immer noch nicht voll erklärbar.

Dann zur Frage von Herrn Mocek nach der Überzeugungskraft des Sozialismus, er hat da dieses Marx-Zitat gebracht. Ich würde sagen, daß die Überzeugungskraft des Sozialismus in der Tat nicht zuletzt in der sprachlichen Kraft Marxscher oder auch Engelsscher Texte liegt. Aber genau die wurden ja eigentlich eher relativ verballhornt, die wurden im Grunde genommen gar nicht im Original gelesen. Es gab üblicherweise immer diese schrecklichen Handbücher, die das irgendwie zusammengemacht haben in einen Einheitsbrei, in dem die Strahlkraft dieser Argumente überhaupt nicht mehr zum Ausdruck kam. Daß alte Ideale da in irgendeiner Form fortgelebt haben, glaube ich schon, aber ich habe dieses Beispiel mit der Arbeiterklasse sprich Partei deswegen genommen, weil das eine Parteitagsdebatte war. Wenn da steht „unter Führung der Arbeiterklasse“, dann war damit klar, daß da Herrschaftsverhältnisse festgelegt wurden. Das ist einfach absolut eindeutig, da muß man sich den Ort ansehen, wo das ausgesprochen worden ist.

Zur Frage nach dem Menschenbild der sozialistischen Theorie – da müsse man noch tiefer gehen und die ganze Auseinandersetzung mit der marxistischen Theorie anmahnen: Das scheint mir in diesem Zusammenhang (wir sprechen von Sozialisation) zwar wichtig, und das ist zum Teil auch gemacht worden (also von einer ganzen Reihe von Philosophen, gerade im Westen), aber hier geht es eigentlich um die Wirkung auf eine bestimmte Bevölkerung und auch um die Frage, wie tief das gegangen ist. Ich kann aus eigener Erfahrung zum Nationalsozialismus sagen: Das hat auf eine bestimmte Art – ich war bei Kriegsende zwischen 12 und 13 – ungefähr gedauert, bis ich 17 oder 18 Jahre alt war, bis ich mich in der neuen Gesellschaft umorientiert hatte. Was man aber zuhause hatte, das waren immer noch die Argumente der alten Gesellschaft. Mir hat jemand erzählt, der in Kriegsgefangenschaft war in Rußland bis 1955, daß die dort versammelten Offiziere, die eigentlich keine

Nationalsozialisten waren, trotzdem den 20. April mit Kerzenlicht gefeiert hatten, weil sie kein anderes verbindendes Element wußten, was sie gewissermaßen in ihrer Opposition gegen die Russen damals zusammenschweißte, man wußte nicht, was man ihnen entgegensetzen konnte. Gemeinsame Demokratieideale hatte man nicht, der Staat zu Hause war zerbrochen, und da kam dann so was raus wie die Feier des 20. April.

Zuruf Sv. Prof. Dr. Hans-Adolf Jacobsen: Wann soll denn das gewesen sein?

Prof. Dr. Irma Hanke: 1955, das waren die letzten. Es ist mir das immer wie eine gespenstische Vorstellung erschienen, aber ich würde sagen, daß man sich klammert an Dinge, die eigentlich schon längst vorbei sind, weil man keine positiven Auswegmöglichkeiten hat.

Schließlich die Frage nach der primären Sozialisationsinstanz Familie: Alle Untersuchungen, die ich bislang dazu gelesen habe, besagen, daß trotz Kindergartenerziehung, trotz Kinderhort die Situation der Familie, und zwar einfach als Rückhalt, entscheidend war und daß sie teilweise höher angesiedelt wird als im Westen, weil offensichtlich dieser Gegensatz privat und öffentlich eine Rolle gespielt hat, also der Rückhalt in der Familie und die Werte der Familie trotz aller Einflüsse im Kindergarten – da kann man beibringen, daß Sozialismus eine schöne Sache ist usw. –, aber wie man im einzelnen mit diesen Werten umgeht, das lernt man in der Familie.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczyk: Schönen Dank, Frau Hanke. Wir werden jetzt jeden der hier oben sitzenden Herren, Herrn Bude, Herrn Dieckmann und Herrn Pollack, die Möglichkeit geben, auch zu antworten. Herr Bude bitte.

Dr. Heinz Bude: Ich will Ihnen mein analytisches Problem bei der Antwort auf die Fragen sagen. Die Idee des Staatsvolkes der kleinen Leute ist, glaube ich, die deutungsmächtigste Interpretation für die DDR gewesen, sie ist bis heute immer noch sehr wirkungsmächtig. Wenn man sich den Text von Gaus genau ansieht, merkt man, das ist eine tiefe Flakhelfermelancholie, die in diesem Buch drin steckt, nämlich von einer merkwürdigen Ablehnung der Bundesrepublik, aus der er kam, die er als eine verfettete Wohlstandsgesellschaft angesehen hat, hin zum melancholischen Blick auf eine Gesellschaft, die noch Werte, die noch etwas Unverstelltes hatte, wo es sozusagen den kleinen Bürger noch ohne Stilprobleme gegeben hat. Das ist sehr schön bei Gaus zu sehen, also eine ganz merkwürdige Mischung; im Grunde ist die DDR für Gaus eine Traumlandschaft, eine Traumlandschaft kleiner Leute, die auf eine merkwürdige Weise deutsch geblieben und nicht amerikanisch geworden sind. Das ist aber eine Deutung, die ist sehr wirkungsvoll geworden. Mein Problem ist, daß ich glaube, der Untergang der DDR, und wenn ich mir das ideologische Problem des Politbüros vor Augen führe, der Ruin des Politbüros war, daß diejenigen, die dann über Ungarn rausgegangen sind, junge Familien mit Autos waren, Menschen, die nicht von der Stasi verfolgt waren, die einen Ar-

beitsplatz hatten, die eine Wohnung hatten, denen es in der DDR gut ging, die einfach keine Lust mehr hatten, die einfach weggegangen sind, sich einfach umgedreht haben, die nicht gesagt haben, ich hab' Probleme mit der Inkonsistenz der sozialistischen Botschaft oder mit dem Antifaschismus. Sie hatten mit alledem gar keine Probleme, sind einfach weggegangen, hatten keine Lust mehr. Das ist für mich auch bis heute das schwer Verständliche, das waren die, die die DDR kaputt gemacht haben, indem sie gesagt haben, uns reicht es jetzt einfach, wir sind nicht verfolgt, uns geht's ganz gut, wir haben einen stabilen Arbeitsplatz, aber wir wollen nicht mehr. Und das ist das eigentliche Problem, das muß man versuchen zu verstehen, wie quasi diese Gesellschaft ausgebrannt ist in über 40 Jahren. Eine junge Generation sah, und das hängt viel mit Pop und dergleichen zusammen, daß irgend etwas an dieser Gesellschaft sich sozusagen verholzt hatte, womit man nicht mehr zurechtkam. Und meine Antwort bisher ist das Generationenkonzept, daß in den Generationen im Grunde die ideologische Legitimität der DDR-Gesellschaft sich nach und nach abgebaut hat. Das eigentliche Problem – ich überziehe das jetzt – ist die letztlich ideologische Dominanz der Weimarer Generation bis zum Schluß, deren Hauptproblem der Antifaschismus war. Das Hauptproblem war bei Honecker und anderen, wie konnte die deutsche Arbeiterklasse den Faschismus zulassen. Das ist bis zum Schluß das Hauptproblem der DDR gewesen. Dann hat es Generationen gegeben, für die das überhaupt kein Problem mehr war, und die haben ihre Definitionen innerhalb des herrschenden Designs der DDR nicht durchsetzen können. Was in der Bundesrepublik passiert ist, nämlich daß es einen Generationensprung gegeben hat von Weimaremern mit bestimmten Problemen hin zu Flakhelfern, die diese Probleme nicht mehr hatten, ist in der DDR nicht passiert. Günter Schabowski ist nicht wirkungsmächtig geworden mit seiner Generation in der DDR, und das ist das Problem. In der Bundesrepublik hat es den Übergang von Otto Brenner zu Heinz Kluncker gegeben, ich bleibe mal bei der Gewerkschaftsbewegung. Das war der entscheidende Punkt, das hat in der DDR nicht stattgefunden, wie man sehen kann – Manfred Krug „Spur der Steine“ –, da kann man analysieren, wieso das so gekommen ist

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczyk: Schönen Dank, Herr Bude. Herr Dieckmann bitte.

Christoph Dieckmann: Können Sie sich an Günter Gaus' Büchlein „Wendewut“ erinnern? Er wollte es „Die Überläuferin“ nennen; sein Verlag hat ihm abgeraten. Da gibt es eine wunderbare Szene. Der Erzähler des Buches, der pure Gaus, bringt die „Überläuferin“ heim bis in ihr Ost-Berliner Treppenhaus, und sie schaltet die Treppenhausbeleuchtung ein, wendet sich zum Gehen, und er haucht ihr noch einen Kuß auf die Wange, und sie entfernt sich und steigt hinauf in den dritten Stock, und er hört, wie die Tür hinter ihr ins Schloß fällt, und dann verlischt die Treppenbeleuchtung. Traurig geht der pure Gaus hinaus in die Nacht, und da steht, aus dem Gedächtnis zitiert, der Satz: „Und es schien ihm, als sei ihm eine Besonderheit abhanden gekommen.“ Das ist Günther Gaus' Abschied von der DDR. – Ich werde öfter mal von ratlosen Vertretern öffentlich-rechtlicher Medien – visueller oder auch gedruckter –

gefragt: Wie kommt es, daß die Ostdeutschen nicht mehr ARD und ZDF sehen, warum lesen sie nicht unsere Qualitätszeitungen, warum bleiben sie bei ihren gewendeten SED-Bezirksblättern, warum sehen sie das „Glücksrad“ usw.? Sind die immer noch apolitisch, satt von Propaganda, sind die so dumm, was ist das? Man muß verstehen, daß diese Frage selbstverständlich auch von einer väterlichen, von einer paternalistischen Kränkung handelt – nun hat man die Leute über Jahrzehnte so seriös aufgeklärt, dann reißen sie die Mauer ein, aber den nächsten Schritt tun sie nicht mehr, sich nämlich freudig der parlamentarischen Demokratie in die Arme zu stürzen. Ich versuche dann immer darauf hinzuweisen, daß wir selbstverständlich als ARD- und ZDF-Zuschauer auch während DDR-Zeit nichts als Unterhaltungsgucker waren. Wir kannten zwar sämtliche westdeutschen Minister und keinen der DDR, aber das betraf uns ja nicht, die wir nicht einmal die Möglichkeit hatten, uns an südafrikanischen Rassistenweintrauben zu versündigen. Wir waren Unterhaltungszuschauer. Umgekehrte Irritation: Als ich 1991 beim „Freitag“ anfang, der sich gerade als Mittelding aus der westdeutschen „Volkszeitung“ und dem „Sonntag“ begründet hatte, trafen ständig Manuskripte von westdeutschen Altlinken ein, deren Umfang sich nur nach Quadratkilometern bemessen ließ. Die Autoren waren dann immer sehr böse, daß man diese Texte nicht abdrucken mochte; nebenher gesagt, waren sie ästhetisch völlig unbedarft. Da staunten sie nun, daß sich die Ostler nicht auf ihre linke Herkunft ansprechen lassen wollten, ja im Gegenteil noch böse wurden und überdies völlig desinteressiert waren an jeder Art von Diskurs. Ich bin mit allem, was Frau Professor Hanke hier gesagt hat, sehr einverstanden, natürlich mit der Einschränkung von Herrn Pollack, daß der einzelne Mensch immer noch was anderes ist als die generelle Analyse. Aber das würden Sie ja nicht bestreiten, nicht wahr? Mir geht es mit dem, was Sie gesagt haben, so wie einem alteingesessenen Dörfner, der natürlich niemals den Ortschronisten abgeben wird, weil er eh schon alles weiß, was bei ihm in seinem Nest vorgefallen ist. Der Ortschronist muß immer der Zugereiste sein. Und zur Unterscheidung zwischen Mensch und Mensch möchte ich ihnen noch eine kleine letzte Geschichte erzählen, die spielt im Jahre 1972 im Lehrlingswohnheim in Sachsen und handelt von zwei Jungs aus ähnlichem Milieu, zwei Arbeiterkindern, der eine aus Sachsen-Anhalt, der andere aus Berlin. Sie waren beide am selben Tag im Musterungsgespräch gewesen. Der eine hatte sich zu 25 Jahren verpflichtet, er wollte Offizier werden, und der andere – mit 25 Jahren war da gar nichts –, den hat man wenigstens auf 3 Jahre, also verdoppelten Grundwehrdienst, trimmen wollen. Da hat der gefragt: Halbtags? Der mit 25 Jahren und der mit 3 Jahren halbtags gerieten aneinander, und der letztere fragte den Offiziersbewerber: „Und was machst du, wenn du an der Grenze stehst, und deine Mutter will rübermachen?“ Da sagte der künftige Offizier: „Da werde ich gut zielen, an der Grenze gibt es keine Mütter.“ Diese Geschichte ist mir jedesmal eingefallen, wenn ich von den armen kleinen Mauerschützen hörte und von den hohen Tieren, die ihnen das Töten *befohlen* hätten. Es unterscheidet sich immer der Mensch vom Menschen – unerklärlicherweise, glücklicherweise.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Dankeschön, Herr Dieckmann. Zum Schluß Herr Pollack bitte.

Prof. Dr. Detlef Pollack: Es sind eine ganze Reihe von interessanten Fragen gestellt worden, von Herrn Jacobsen, von Herrn Mocek, von Herrn Maser. Zunächst die Frage von Herrn Jacobsen, warum die Identifikation mit der DDR-Gesellschaft nach ihrem Zusammenbruch stärker war als möglicherweise während des Bestehens der DDR. Ich denke, daß man hier zeitlich sehr differenzieren muß zwischen der Zustimmung zu Werten des Sozialismus unmittelbar nach dem Zusammenbruch der DDR und der heutigen Zustimmungsbereitschaft zu solchen Werten. Sie ist nämlich im Laufe der Zeit nicht gesunken, sondern gestiegen. Wenn man die Werte unmittelbar nach dem Zusammenbruch der DDR sich einmal genauer betrachtet, kann man feststellen, daß in dieser Zeit die Werte der Demokratie wesentlich stärker akzeptiert gewesen sind als die Werte des Sozialismus. Auch z.B. Werte wie Ungleichheit, sofern sie auf Leistung beruht, also sich durch Leistung legitimieren läßt, waren damals genauso hoch akzeptiert wie im Westen Deutschlands. Das heißt, daß die jetzige Nostalgie, die jetzige Zurückwendung zu Werten des Sozialismus, die jetzige Skepsis gegenüber den Institutionen der Bundesrepublik sehr viel zu tun hat mit den Nachwendererfahrungen, mit dem Prozeß der Vereinigung, und wahrscheinlich weniger zurückzuführen ist auf Erfahrungen in der DDR. Daß man jetzt von einem gestärkten DDR-Bewußtsein sprechen kann, hängt dann möglicherweise auch damit zusammen, daß man sich selbst definiert in Abgrenzung von einer anderen Gruppe; man kann ja nur dann Identifikation herstellen, wenn man sich von anderen Gruppen abgrenzt. Die Bejahung einer DDR-Identität oder eines ostdeutschen Wir-Gefühls hat sehr viel damit zu tun, daß die DDR-Vergangenheit möglicherweise auch durch die öffentliche Diskussion entwertet worden ist, und wenn man jetzt sich zu ihr stellt, ist das gewissermaßen der Versuch einer trotzigen Selbstbehauptung gegenüber dieser Entwertungserfahrung.

Dann kam die Frage von Herrn Maser, ob man nicht doch von einer zunehmenden Auseinanderentwicklung von System und Lebenswelt sprechen mußte. Ich habe den Begriff der repressiven Organisationsgesellschaft verwendet, nicht den der Diktatur, und die Frage, die sich hier als erstes stellt, ist die, wie weit reichte eigentlich die Zugriffsmöglichkeit des Systems auf die Handlungsmöglichkeiten des einzelnen. Der Begriff der Diktatur oder des totalitären Systems unterstellt, daß dieser Zugriff auf die Lebenswelt, auf die Handlungsmöglichkeiten des einzelnen nahezu unbegrenzt gewesen sei, und das widerspricht der Erfahrung der DDR-Bürger. Ich würde den Satz umkehren: Die Differenz zwischen System und Lebenswelt hat sich im Laufe der DDR nicht verkleinert, sondern erhöht. Seit den siebziger Jahren kann man feststellen, daß es eine gewisse politische Liberalisierung gegeben hat, und diese politische Liberalisierung ging einher mit einer Ausweitung kultureller Spielräume. Das heißt nicht, daß sich die Repressivität dieses Systems völlig verändert hat, aber man kann sagen, daß die Möglichkeiten des Unterlaufens dieses Systems sich erweitert haben. Diese politische Liberalisierung ging merk-

würdigerweise damit einher, daß die ökonomischen Möglichkeiten des Systems schwanden, daß die wirtschaftliche Kraft zurückgegangen ist. Es kam also auf der einen Seite zu einem Prozeß der politischen Liberalisierung und zum anderen zu der von vielen gemachten Erfahrung einer ökonomischen Ineffizienz, die vor allem die junge Generation betraf. Diese hatte in den achtziger Jahren weniger Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs als ihre Väter- und Großvätergeneration. Es waren vor allem diese beiden Vorgänge, die den Prozeß des Abstandnehmens von der offiziellen Ideologie des Systems beförderten.

Ich möchte noch eine kleine Nebenbemerkung machen: Im offiziellen System waren Individualisierung und Selbstverwirklichung akzeptiert, so daß man sich im System darauf berufen konnte, ganz gleich, ob man sie selber in Anspruch genommen hat oder nicht. Man konnte gewissermaßen Möglichkeiten der Selbstentfaltung auch gegenüber dem System einklagen; und es war immer sehr wichtig, daß man abweichendes Verhalten durch eine Bezugnahme auf die offizielle Systemideologie legitimierte.

Zu der Frage von Herrn Mocek: Wieso hat eigentlich das System eine so geringe Durchschlagskraft gehabt? Ich will die Frage umkehren: Worauf beruhte eigentlich die Durchschlagskraft dieses Systems? Es gibt eine ganze Reihe von Antworten, die man darauf geben muß. Eine wichtige Antwort, denke ich, liegt darin, daß das System in dem Maße akzeptiert war, wie es ökonomisch leistungsfähig gewesen ist, und in dem Maße, wie diese ökonomische Leistungsfähigkeit zurückging, ging auch die Akzeptanz der DDR zurück. Das ist übrigens kein typisch ostdeutsches Phänomen, sondern auch im Westen Deutschlands kann man sagen, daß die Demokratie in dem Maße akzeptiert worden ist, wie sie Leistungen, und zwar im alltäglichen Leben wahrnehmbare Leistungen, produziert hat. Das verweist noch einmal darauf, daß in dem Augenblick, als die ökonomischen Schwierigkeiten der DDR im Alltag erfahrbar wurden, die Bereitschaft, sich diesem System weiterhin anzuschließen, zurückgegangen ist. Die von Herrn Bude benannte junge Generation – das waren genau diejenigen, die über lange Zeit hinweg von diesem System profitiert haben und in dem Augenblick dem System den Rücken kehrten, als klar wurde, daß man nichts weiter von ihm erwarten kann, daß es am Ende ist. Dahinter stehen also durch das System selber geweckte ökonomische, materielle Ansprüche, die es dann nicht mehr erfüllen konnte.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Vielen Dank. Wir treten jetzt in eine 15 minütige Pause ein.

Pause von 16.40 – 16.55 Uhr

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Wir können fortfahren. Als nächsten bitte ich Herrn Faulenbach, anschließend Herrn Meckel.

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Zunächst zur Frage der Gegengewichte zu der Erziehung zur Anpassung. Frau Hanke hat den Schwerpunkt darauf gelegt,

daß es im Grunde genommen eine Sozialisation mit der dominanten Linie der Anpassung gegeben habe. Da möchte ich gerne fragen, welche Gegengewichte es gegeben hat. Die Familie ist genannt worden, offenbar mit einer beträchtlichen Eigengewichtigkeit. Das entspricht dem, was ich von eigenen Untersuchungen her sagen kann. Es wird, jedenfalls wenn man heute Intensivinterviews durchführt, viel an eigenen Familientraditionen memoriert. Das müßte auch in den DDR-Zeiten so gewesen sein. Ich frage weiter: Ist die Schule in sich nicht differenzierter zu sehen? War die Schule wirklich eine derart homogene Sozialisationsinstanz gewesen? Wir besitzen bisher kaum Untersuchungen, die auf einer empirischen Grundlage basieren (es ist ja auch schwer, sie retrospektiv zu schaffen); es hat aber doch offenbar innerhalb dieser Kollegien gewisse Unterschiede gegeben, und Schule muß wohl nicht gleich Schule gewesen sein. Also: Könnte man nicht einige Differenzierungen vornehmen? Das Gegengewicht Kirche ist genannt worden, relativ gering gewichtet worden sind die Medien des Westens usw. Eine größere Bedeutung, aber nur für eine bestimmte Generation, hat dann offenbar eine gewisse Jugendsubkultur gehabt: Generell stellt sich natürlich die Frage, welchen Rang Kunst und Kultur in diesem Gesamtzusammenhang gehabt haben.

Die zweite Frage: Wir haben heute morgen schon über das Verhältnis von Systemebene und Lebenswelt gesprochen, Herr Pollack hat das noch einmal aufgegriffen, angeregt durch einen Frage von Herrn Maser. Ich finde, daß es über diese Frage in Diskussionen zwischen Westdeutschen und Ostdeutschen besonders häufig zu Mißverständnissen kommt, so daß ich mich gefragt habe, ob die für „Wessis“ selbstverständliche Differenzierung zwischen dem politischen System einerseits und der Lebenswelt andererseits, ob diese selbstverständliche Differenzierung, die Westgesprächspartner immer unterstellen, bei den in Ostdeutschland Sozialisierten so vorhanden sein kann. Ich habe es jedenfalls wiederholt erlebt, daß, wenn man sehr kritisch über die DDR sprach, mit einem Mal die Betroffenen selbst sich unmittelbar attackiert fühlten, weil sie sich dann eben doch als Teil des Systems gesehen haben, es ihnen also nicht möglich war, sich als unabhängige Wesen gegenüber diesem System zu begreifen. Zu fragen ist: Handelt es sich nur um Grenzen des Kategoriensystems, das diese Differenzierung nicht vornehmen kann, oder hängt dies nicht doch auch mit der Struktur dieser Gesellschaft und dieses Systems zusammen, die dadurch charakterisiert waren, daß diese Gesellschaft „durchherrscht“ war, Biographien und Alltag auch vom System durchdrungen waren, oder anders formuliert, daß es sehr schwer ist, gleichsam den „Eigensinn“ des Handelns unabhängig von dem übrigen System und der übrigen Gesellschaft retrospektiv zu benennen?

Dritter Punkt – zu dieser von Herrn Bude angesprochen Ost-West-Differenz: Herr Bude, die Wertorientierungen, die Sie genannt haben, entsprechen natürlich nicht mehr der Realität, aber das heißt nicht, daß die Wertorientierungen deshalb bedeutungslos sein müssen. Sie können ja weiter wirken, sie können auch politische Erwartungen noch in beachtlichem Maße prägen, und sie verlangen auch eine Symbolik in der Politik. Insofern wird es zumindest ein län-

gerer Prozeß sein, in dem diese Orientierungen sich angleichen, wobei ich gerne einräume, daß im Westen Unterschiede im Hinblick auf das Selbstbild ebenfalls zu konstatieren sind. Was die von Ihnen eingeführte Frage der neuen, der regionalen Identitäten angeht, da wäre zu fragen, ob nicht das Bewußtsein, eine Zeitlang zur DDR gehört zu haben, sich verknüpfen kann mit dem Bewußtsein älterer regionaler Identitäten. Anders formuliert – könnte nicht die traditionelle alte West-Ost-Differenz, die wir lange in der deutschen Geschichte auch mit spezifischen Ausformungen gehabt haben, gleichsam durch Traditionen der DDR oder die Prägungen in der DDR eine zusätzliche Färbung erhalten und damit auch längerfristig nachwirken, so daß wir ein Amalgam hätten von regionalem Sonderbewußtsein und spezifischen DDR-Prägungen?

Schließlich die Frage an Herrn Dieckmann: Sie haben die Identifikationen mit der DDR im wesentlichen auf eine Generation bezogen, wenn ich Sie richtig verstanden habe, wobei Sie sicher einräumen würden, daß es in jeder Generation auch wieder unterschiedliche Haltungen gegeben hat. Dann haben Sie in der zweiten Intervention gesagt – sieht man von der Aufbaugeneration ab, die sich besonders identifiziert hat, daß ansonsten bei den anderen Generationen eine bestimmte unpolitische Haltung letztlich dominant sei, die darauf hinauslaufe, sich nicht ganz auf das DDR-System einzulassen. Wirkt diese Haltung insoweit nach, als man sich auch nicht einlassen will auf das politische System der Bundesrepublik insgesamt? Würden Sie diese Haltung als eine unpolitische Tradition begreifen und sehen Sie diese als unproblematisch an?

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Schönen Dank. Bitte dann Markus Meckel, anschließend Gerd Poppe.

Abg. Markus Meckel (SPD): Ich möchte anschließen an eine Nebenbemerkung von Frau Hanke und an Äußerungen von Herrn Pollack in seinem zweiten Beitrag zur politischen Liberalisierung. Sie sagten, Frau Hanke, das DDR-System ließ Lücken, und beschrieben Beispiele, auf andere Weise zum Abitur zu kommen, und andere Möglichkeiten, sich dann seinen Lebensweg zu suchen. Ich bin nicht sicher, ob die Formulierung, wenn man sie genau überlegt, immer präzise ist, weil das, wie ich glaube, von verschiedenen Perspektiven her gesehen werden kann. Einerseits ist klar, jedes System hat Lücken, eine Gesellschaft ist nicht hundertprozentig lenkbar, das heißt, es gibt in jeder Gesellschaft Möglichkeiten, sich Lücken und andere Wege zu suchen, selbst in einer so stark staatlich und ideologisch durchtränkten, wie es die DDR war. Andererseits würde ich Ihnen aber auch zustimmen, daß es ganz bewußt Lücken gab. Ein Beispiel sind ja die Blockparteien, das heißt, daß es Parteien gab, deren Aufgabe die Einbindung in diese Strukturen und in dieses Herrschaftssystems war, wo aber Teile der Ideologie, z.B. der Atheismus, nicht erwartet wurden. Das heißt, von einem CDU-Mitglied wurde nicht erwartet, daß er Atheist ist, aber natürlich wurde erwartet, daß er der Herrschaftsform und dem Machtanspruch der SED in jeder Beziehung entsprach. Wo die SED merkte, daß die Gesellschaft nicht zu stabilisieren ist, hielt sie solche Mög-

lichkeiten offen, und gerade solche Lücken trugen dann wiederum zur Stabilisierung bei. Ich glaube, diese Doppelmomente muß man beachten.

Bei der Formulierung von Ihnen, Herr Pollack, weiß ich nicht, ob man von politischer Liberalisierung reden kann. Ich glaube, eine politische Liberalisierung gab es nicht, denn es wurde an keiner Stelle in irgendeiner Weise ermöglicht, diesen Machtanspruch wirklich in Frage zu stellen. Aber es gab Phasen, in denen sich die SED so sicher fühlte, daß manches in dieser Gesellschaft möglich wurde, ohne daß offensichtlich Macht und Wahrheitsanspruch damit in Frage gestellt wurden. Je stärker sie sich fühlten, um so mehr konnten sie manche Dinge freilassen. Da gab es dann unterschiedliche Phasen, z.B. eben in der Kulturpolitik.

Zum zweiten – dann im Zusammenhang mit den Stichworten System und Lebenswelt: Hier würde ich Ihnen, Herr Pollack, auch widersprechen in bezug auf die Argumentation, weshalb Sie nicht den Begriff „Diktatur“ benutzen. Nach meinem Verständnis können Diktaturen sehr unterschiedlich sein. Mir ist das in den achtziger Jahren einmal sehr deutlich geworden, als ich einen chilenischen Emigranten intensiver kennenlernte, der mir erzählte, wie die chilenische Diktatur funktionierte. Ich behauptete, auch das war natürlich eine Diktatur, aber völlig anders. Da gab es Zeitungen, für uns völlig unverständlich – aber natürlich, wer etwas schrieb, konnte am nächsten Tag tot aufgefunden werden. Das war bei uns kaum der Fall, jedenfalls in den siebziger und achtziger Jahren. Das heißt, die Mechanismen und Strukturen von Diktaturen sind oft grundlegend unterschiedlich. Gleichwohl muß man auch festhalten, daß das Leben in der Diktatur nicht immer und in allen Dimensionen von dieser Diktatur geprägt ist. Hier denke ich an die Generation meiner Eltern. Wenn Kriegsteilnehmer – einer ist unter uns – später von ihren Kameradschaftserlebnissen im Krieg erzählten, waren das ganz wesentliche Erfahrungen ihres Lebens, die oft Freundschaften brachten, die sie das ganze Leben lang begleitet haben. Damit ist aber doch nicht gesagt, daß der Krieg gut ist. Genauso muß ich sagen, wir haben in der DDR doch prächtig gelebt, also ich kann es von mir jedenfalls sagen; gut, ich hatte die Nische Kirche. Aber wir haben doch in der DDR prächtig gelebt, bei allem, was es an Defiziten und Problemen gab, ich bedauere da kein Jahr, das ich in diesem Staat verbracht habe. Wir haben gefeiert, gelernt, geliebt und manches Sinnvolle getan. Aber deshalb ist diese Unterscheidung, die hier mehrfach angesprochen worden ist, zwischen dem System und dem eigenen gelebten Leben nun wahrhaftig sehr grundlegend! Natürlich enthebt uns das nicht der Verpflichtung, auch danach zu fragen, inwiefern mein eigenes Leben dann doch von mancher Anpassung, von manchem Kompromiß geprägt ist und von Dingen, die man heute lieber nicht so gern erzählt. Ich glaube schon, daß darüber das Gespräch noch zu wenig angefangen hat. Gleichwohl gibt es das Recht der Akzeptanz dieses gelebten Lebens, und es wäre schlimm, wenn östliche Biographien weiterhin weniger geachtet sind in Deutschland als westliche.

Zum dritten Punkt: Mir scheint es interessant und auch wichtig – vielleicht können Sie dazu etwas sagen –, daß viele ehemalige DDR-Bürger mit schlimmen Erfahrungen aus der Zeit des Kriegsendes, z.B. mit der Vertreibung aus den früheren Ostgebieten oder dem Sudetenland, dies ihren Kindern und Enkeln vielfach nicht mitgeteilt haben, offensichtlich um sie zu schonen. Ich kenne Leute, die auch in den fünfziger Jahren im Gefängnis oder in den vierziger Jahren in Speziallagern gesessen haben, wo erst nach 1990 über solche Erfahrungen gesprochen wurde. Welche Bedeutung hatten solche Erfahrungen für das Selbstverständnis in der DDR? Falls es da Erkenntnisse und Untersuchungen gibt, würde mich das sehr interessieren.

Nächster Punkt: Herr Pollack und auch Frau Hanke, Sie sprachen davon, wie Menschen ihre Identifikation fanden und dann ihren Weg gingen. Hier will ich auch nicht nur auf die Familien hinweisen. Das war sehr unterschiedlich. Bei manchen war es die Familie, aber es gab auch viele, für die es Freundeskreise oder die Kirche waren, wo sie den notwendigen sozialen Rückhalt fanden, um einen Weg des aufrechten Ganges zu gehen und auch durchzuhalten. Das war eine ganz wichtige Funktion dieser Kreise, der Friedensgruppen, oder wie immer sie sich selbst nannten. Das war für viele ein Stück weit gemeinsames Leben, in dem man sich gegenseitig stützte und half. Wichtig scheint mir auch die Widerstandstradition des Dritten Reiches. Ich habe viele Menschen nicht nur im kirchlichen Raum kennengelernt, für die z.B. die Geschwister Scholl oder andere Widerstandskämpfer oder Leute, die einfach versucht haben, etwas zu tun gegen die NS-Diktatur, eine große Vorbildwirkung hatten. Das galt selbst dann, wenn man glaubte, das System nicht ändern zu können. Man wollte etwas tun, um sich selber noch morgens im Spiegel ansehen zu können, oder mit dem großen Wort Václav Havels, um in der Wahrheit zu leben. Das spielte doch eine wichtige Rolle.

Letzter Punkt: Christoph, Du hast angesprochen die Frage der parlamentarischen Demokratie und den Mauerfall. Ich glaube, daß es richtig ist, daß wir einen großen Teil der Bevölkerung im Osten Deutschlands haben, für den die parlamentarische Demokratie noch sehr fragwürdig ist, und ich glaube, das ist eine Frage, mit der wir uns hier in dieser Runde künftig noch weiter beschäftigen sollten. Als wir uns 1989 entschlossen, eine Partei zu gründen, war dies ja nicht nur widersinnig vom System her, in dem wir damals lebten, oder stand jedenfalls völlig quer dazu, sondern es wurde auch für völlig widersinnig gehalten von vielen politischen Freunden aus der Opposition oder was man heute so nennt. Das heißt, die Tatsache, daß wir den Stein ins Wasser warfen, um eine parlamentarische Demokratie damit befördern zu helfen, und daß wir sicher waren, daß die irgendwann auch kommt – wir dachten, nur nicht so schnell –, das ist etwas, was nun wahrhaftig eine Minderheitensituation im Osten Deutschlands ist. Die Akzeptanz parlamentarischer Demokratie als gesellschaftlich gelebte Freiheit in einem System der Freiheit, das ist nicht die allgemeine Grunderfahrung der Bevölkerung des Ostens, und die Frage, vor der wir alle stehen, ist, wie kann man dieses stärker fördern.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Gerd Poppe, bitte anschließend Herr Elm.

Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90 / Die Grünen): Frau Hanke, Sie haben ziemlich zum Anfang Ihres Vortrages gesagt, daß eine Mehrheit an den Sozialismus bzw. an sozialistische Idealvorstellungen geglaubt hätte. Ich bezweifle das. Ich bezweifle, daß das zu irgendeinem Zeitpunkt der DDR so gewesen ist, und es gibt weder Untersuchungen noch Umfrageergebnisse von einiger Zuverlässigkeit aus damaliger Zeit, die dazu herangezogen werden können, und auch die heutigen sind durch andere Begleitumstände verfälscht und legen nicht eine solche Aussage nahe. Ist es nicht vielleicht doch mehr so, daß die vorgetäuschte heile Welt auf der einen Seite, also von seiten der Herrschaft, auf der anderen das vorgetäuschte Einverständnis auf der Seite der Beherrschten zwangsläufig hervorgerufen hat und daß es diese Beziehung zueinander ist, die das Typische dieser Gesellschaft ausmacht? Ich sehe nicht die Anpassung als die Hauptsache, sondern das, was Herr Pollack vorhin nannte, also Anpassung nebst Verweigerung – beides gleichzeitig, und dies eben nicht nur bei wenigen, sondern durchaus bei einer relevanten Größenordnung von Leuten.

Zweiter Punkt: Christoph Dieckmann hat sehr deutlich auf die Generationsunterschiede hingewiesen, und es liegt auch dann schon deswegen nahe, daß man von einer DDR-Identität nicht sprechen kann, weil die Unterschiede sowohl zwischen verschiedenen Zeiten als auch zwischen verschiedenen Generationen erheblich sind. Es ist wohl so, daß am ehesten noch die Generation, die Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre nahezu alle vakanten Stellen eingenommen hat, die einzige ist, die sich über einen längeren Zeitraum mit dem, was sie dort selber schuf, tatsächlich identifiziert hat. Immerhin hat diese Generation ja so fest im Sattel gesessen, daß zwei Nachfolgegenerationen so gut wie keine Chance hatten. Brasch hat mal ein Buch geschrieben, das hieß: „Vor den Vätern sterben die Söhne“, der Titel benennt dieses Problem. Ich meine also, daß das Generationsproblem ein sehr wichtiges ist, zumal im Laufe der DDR-Geschichte klar wird, daß die geplante Sozialisation folgenlos, sprich erfolglos bleibt, daß der Widerspruch zwischen dem propagandistischen Anspruch der Führung einerseits und der Realität andererseits immer offensichtlicher wird, verschärft durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Nicht zuletzt wird das sogar sichtbar in der eigenen Formel der SED vom „realen Sozialismus.“ Die Relativierung der ursprünglichen Zielvorstellung war auch insofern ein Eigentor, als sie zugleich zu einem stärkeren Realitätszuwachs bei den Betroffenen führte. Für mich ist immer sehr entscheidend gewesen, und ich halte das überhaupt nicht für unpolitisch, daß die großen Utopien sich sukzessiv abbauten, schließlich bei der Mehrheit keine Bedeutung mehr hatten, daß sie zunehmend pragmatischen Vorstellungen wichen von einzelnen, aber auch von ganzen Gruppen, und dieser Pragmatismus hat sich auch letztendlich als erfolgreicher erwiesen.

Sie hatten vorhin die Unterschiede angesprochen von Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei im Vergleich zur DDR. Es ist schon sehr mutig gewesen, was 1968 dort viele getan haben, daß sie später die „Charta 77“ aufgebaut haben und ähnliches. In diesen Ländern trat die Skepsis gegenüber den großen Utopien sehr viel eher ein als in Ostdeutschland, wo sie vielleicht erst in den zweiten Hälfte der achtziger Jahre eine gewisse Rolle zu spielen begann, aber eben auch dort. Ich habe mir ebenfalls immer die Frage gestellt, wieso es diese Unterschiede gibt. Das eine ist sicherlich klar: Es gibt eine polnische nationale Identität, und die richtet sich nach Westen, das war damals so und das ist heute auch so. Die Polen sehen sich als einen Teil des Westens, auch die anderen genannten Völker. Die DDR hingegen war der westlichste Teil des Ostens, und vielleicht könnten diese Lage sowie die deutsche Vergangenheit, vielleicht auch besondere deutsche Eigenschaften eine Rolle gespielt haben. Aber ist es nicht möglich, daß von vielen Menschen in der DDR die Blockpolarität gesehen, nachvollzogen wurde im privaten Leben, letztendlich zur Erhaltung des Selbstwertgefühls gegenüber dem Westen? Wurde der Westen, auf den man immer gesehen hat, der immer mindestens wirtschaftlich eine Idealvorstellung verkörperte, gleichzeitig damit relativiert, daß man bestimmte Vorstellungen im Osten für sich selbst erhalten hat, schon aus dem einfachen Grund, weil ja das eigene Leben nicht einfach umsonst gewesen sein durfte? Dieses hält bis heute an und hat heute eine besondere Ausprägung.

Mir ist der Vergleich von geplanter und individuell bestimmbarer Sozialisation etwas zu kurz gekommen – vielleicht können Sie dazu noch etwas mehr sagen. Das individuell Bestimmbare ist mir zu kurz gekommen gegenüber dem riesigen Katalog von staatlich verordneter oder geplanter Sozialisation. Ich denke aber, daß für viele von uns die Möglichkeiten, die das Individuum hatte, sehr wichtig waren. Trotz aller Repression hat es zu allen Zeiten individuelle Spielräume gegeben, und der einzelne konnte Erstaunliches erreichen, und sei es auch nur, daß sich ein ganzer Apparat mit ihm allein beschäftigte, vgl. z.B. Havemann, Biermann u.a. Individuelle Beziehungen – Meckel hat sie eben schon mal angesprochen –, z.B. in Freundeskreisen oder innerhalb der Subkulturszene der siebziger Jahre, waren keineswegs unpolitisch. Später gab es den Bruch innerhalb dieser Kulturszene politischer Opposition. Der einzelne hatte im allgemeinen nur den Verlust von Privilegien zu befürchten. Ich rede mal jetzt nicht über die ganz schlimmen Repressalien, die wird auch keiner herunterspielen wollen. Wer auf Privilegien ganz bewußt verzichtete, konnte sich eher zur Wehr setzen, konnte eine eigenständige politische Sozialisation, um bei dem Begriff zu bleiben, erreichen, auch mit anderen zusammen in verschiedenen Gruppierungen bis hin zu den bekannten der achtziger Jahre.

Ich würde mir schließlich wünschen, wenn wir noch einmal auf Fragen, die Kowalczuk vorhin schon gestellt hat, zurückkämen: Eine davon betraf den Spielraum, eine andere war, ob denn diese „DDR-Prägung“ letztendlich erfolgreich gewesen ist und in welchen Punkten. Mir fällt immer noch dieser Blick nach oben auf, den viele Menschen beibehalten haben. Statt der Eingaben an Honecker gibt es jetzt immer noch eine starke Erwartungshaltung an

die jeweils Regierenden. Man erwartet, die müssen es dort machen, und man erhofft weniger von sich selbst. Im gleichen Zusammenhang steht auch die Haltung zur Demokratie. Zur alarmierenden Umfrage in der FAZ, wonach signifikante Unterschiede in der Haltung zur parlamentarischen Demokratie in Ost und West bestehen, würde ich Sie gerne fragen, wie Sie die Ergebnisse bewerten.

Letzte Bemerkung, noch mal auf die Schlußbemerkung von Frau Hanke zurückkommend: Sie haben gesagt, für das Überwintern in langen und kalten DDR-Zeiten war dieses Volk geeignet, nicht aber, um schnell in die neue Bundesrepublik einzusteigen. Da muß ich jetzt die Frage stellen: Warum war das so ein kurzer Frühling – oder in diesem Falle Herbst –, wo die Menschen nun einmal aus sich herausgingen, so daß wir sie vielleicht einen Moment überschätzt haben, um sie sogleich anschließend wieder zu unterschätzen? Sicherlich ist Subalternität keine Charaktereigenschaft, sie kann einmal durch Druck erzwungen, erzeugt werden, zum anderen aber auch durch Unterforderung. Ich glaube, das ist ein Punkt, den wir auch jetzt behandeln müssen – die permanente Unterforderung weiter Teile der Bevölkerung. Immer war schon jemand da, der wußte, wie es gemacht wird. Damals war das ein theoretisches Modell, heute geht es ganz handfest zur Sache. Aber auch jetzt ist schon immer jemand da, der weiß, was und wie es gemacht wird. Man wird selbst nicht so recht gebraucht, daraus entwickelt sich dann doch ein erhebliches Trotzgefühl, und das nennt man dann schließlich Identität.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Herr Elm bitte, anschließend Herr Hilsberg, dann Herr Fricke und dann Herr Wilke.

Abg. Dr. Ludwig Elm (PDS): Ich beschränke mich auf eine Frage, die ich an den Vortrag von Frau Professor Hanke anschließen möchte, eingeleitet mit der meiner Auffassung nach problemreichen und methodologisch anregenden Feststellung, daß nicht so sehr die Inhalte, sondern vor allem die Formen der Sozialisation das eigentlich Verwerfliche gewesen sind, und, wenn ich es richtig verstanden habe, auch mit ihrer Folgerung, daß die kontraproduktiven Wirkungen zum Umsturz sehr stark daraus ihren Ursprung abzuleiten haben. Erheblich finde ich das für die Analyse, aber gleichzeitig auch diese Gewichtung des Inhaltlichen zum Verständnis der zeitweiligen Wirksamkeit und der möglichen Nachwirkungen und auch, um den Ostdeutschen historische Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Das ist meine Frage an die Kollegen des Podiums und die Referentin, ob Sie einräumen, daß dabei die geschichtliche Bedingtheit insgesamt auch vom Soziologen und Psychologen stärker in die Analyse und Wertung einbezogen werden sollte. Ich beschränke mich hier auf einen dieser Werte, die Sie in der Aufzählung genannt hatten, internationale Solidarität, und ich akzentuiere es als Historiker. Das heißt z.B., daß die Generation nach dem Krieg unter dem Eindruck der Leistung der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg herangewachsen ist, unter dem Eindruck der Opfer, die den osteuropäischen Völkern abverlangt wurden, und auch, so wie die politische Konstellation war, an der Seite beträchtlicher Teile der nationalen Befreiungs-

bewegung. Das hat die Jugendbewegung, hat andere Initiativen mitgetragen. Also es gab die geschichtliche Bedingtheit dieser Werte vor dem Hintergrund, daß ich zustimme, daß davon ausgehend die differenzierte Wertung der Generationen vor dem ganz unterschiedlichen Erfahrungshorizont der jeweiligen Jahrgänge auch wichtig ist. Es ist für mich keine Frage, daß in den achtziger Jahren große Teile der jungen Generation angesichts der Stagnation der DDR und des ganzen Realsozialismus, der offensichtlichen Kluft zwischen den Verheißungen und der Realität sowie der fehlenden Bereitschaft, die Beschränkung persönlicher Freiheiten länger hinzunehmen, gar nicht mehr erreicht wurden von diesen Leitbildern und Werten.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Jetzt Stephan Hilsberg.

Abg. Stephan Hilsberg (SPD): Frau Prof. Hanke, ich muß gestehen, daß Ihr Vortrag bei mir auf einige Vorbehalte gestoßen ist. Ich will das mal an einem Beispiel benennen. Worauf Herr Elm eben abgehoben hat: Kann man denn wirklich einen Unterschied machen zwischen Inhalten und Methoden der in der DDR praktizierten Sozialisation? Ist so was statthaft? Oder ein anderer Punkt: Sie sagen, die Utopie des Marxismus sei auf die Realität des real existierenden Sozialismus verkürzt worden, und im Zusammenhang mit den zehn Geboten der sozialistischen Moral von Walter Ulbricht sprechen Sie davon, daß das Individuum hier unter Kuratel gestellt worden sei. Nun ist das 1958 passiert und war gewissermaßen die Antwort auf die zu Ende gegangene Phase des offenen repressiven Stalinismus. In dieser Zeit bemühte sich das System, seine Bindungsfunktion auf eine andere Grundlage zu stellen. Die Repression war aber vorher allgegenwärtig, und sie funktionierte auch ohne die zehn Gebote der sozialistischen Moral, einfach weil die Menschen unter den Bedingungen der Diktatur gar keine andere Wahl hatten, als sich so zu verhalten, wie sie sich verhalten haben, und auf 1953 sind Sie gar nicht eingegangen. Da haben sich die Menschen enorm dagegen aufgelehnt, und dies ist ja, wie jeder weiß, schiefgegangen. Die Repression war auch danach gegenwärtig. Ich habe schon den Eindruck, daß vieles von dem, was Sie hier erzählt haben, im Grunde genommen eine akademische Fragestellung ist, die mit der Lebenswirklichkeit als solcher nicht so schrecklich viel zu tun hat.

An Herrn Dieckmann möchte ich die Frage stellen: Ich kann das nicht so richtig nachvollziehen, daß eine gewisse Öffnung der DDR, die man in der Tat beobachtet hat, ihren repressiven Charakter überlagert habe. Auch die Jugendlichen, die sich der Rockmusik zugewandt haben, die also hier für sich Lebensräume entdeckt haben und ausnutzen konnten, die andere so nicht hatten, haben ja doch die gesamte Lebenswirklichkeit in der DDR gespürt. Und wenn in den siebziger Jahren eine Öffnung in Richtung Popmusik möglich war – 1988 an der Carl-von-Ossietzky-Schule haben die Schüler nach wie vor erlebt, daß im Instrumentenkasten dieses DDR-Systems die gesamten repressiven Instrumentarien alle noch vorhanden, alle Werkzeuge da waren. Und das war die Lebenswirklichkeit, unter der man gelebt hat.

Eine Frage an alle drei Podiumsteilnehmer zum Schluß: Können Sie etwas sagen zu dem Durchlaufen gesamtdeutscher Identität? Sie haben konstatiert – ich glaube, Herr Pollack war das –, daß die Bindungskraft der sozialistischen Ideologie von Generation zu Generation abgenommen habe. Es gab doch so etwas wie eine gesamtdeutsche Identität, die mit Sicherheit sehr stark war seit 1945. Ich habe sie – Jahrgang 1956 – kaum gespürt und zu meinem großen Erstaunen 1989 mit großer Wucht hereinbrechen sehen. Was war das? War das wirklich alte gesamtdeutsche Identität? War das Identität mit der alten Bundesrepublik? Wie kann man da eine gewisse Entwicklung konstatieren?

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczyk: Herr Fricke bitte.

Sv. Karl Wilhelm Fricke: Ich habe zunächst ein paar Fragen an Frau Hanke bzw. auch an Herrn Dieckmann. Ich bin ein bißchen überrascht, daß die Rolle der FDJ bei der Sozialisation überhaupt nicht erwähnt, geschweige denn diskursiv behandelt worden ist. Frage: Hat es überhaupt keine Rolle gespielt, was in der FDJ geschehen ist, hat sie keinen Einfluß gehabt auf die Sozialisation der jungen Generation? Gab es nicht doch zumindest bis zu den frühen fünfziger Jahren ein sehr starkes Engagement der Jugend in der FDJ und hat sich das dann erst allmählich abgebaut, nachdem die FDJ zur Kaderreserve der Partei verkommen war? In diesem Zusammenhang auch die Frage, welche Rolle die Organisationen der Jungen Pioniere und der Thälmann-Pioniere an den Schulen gespielt haben. Welchen Einfluß hatten sie auf die Kinder, und ist es nicht so gewesen, daß der Versuch, der jungen Generation sowohl in der Schule als auch im Studium insbesondere marxistisch-leninistische Ideale zu vermitteln, auch kontraproduktiv gewirkt hat? Ich erinnere mich eines Aufsatzes von Hanna Wolf aus den fünfziger Jahren, als sie ganz naiv feststellte, das Problem der jungen Generation besteht darin, daß sie die sozialistische Realität an den Idealen messe. Aber das waren ja die Ideale, die man ihr vorgegeben hatte und die nun in der jungen Generation zu kritischem Denken geführt hatten, ich denke z.B. an die studentische Opposition der fünfziger Jahre.

Eine letzte Bemerkung zu Herrn Pollack: Ich teile die Auffassung von Markus Meckel, und Gerd Poppe hat das ja eben auch schon angedeutet, und sehe keinerlei empirische Befunde, die es rechtfertigen, von einem Prozeß der politischen Liberalisierung in den siebziger und achtziger Jahren zu sprechen. Im Gegenteil, ich sehe lediglich, daß Repressionsmechanismen, die unverändert existierten, teils verschärft, teils flexibler gehandhabt wurden, aber jederzeit einsetzbar waren. Ich erinnere an die drei Strafrechtsergänzungsgesetze aus den Jahren 1973, 1977 und 1979, die alle eine Verschärfung des politischen Strafrechts gebracht haben, sicherlich ein Reflex auf die Auswirkungen des KSZE-Prozesses; das kann man doch nicht mit Liberalisierung gleichsetzen. Ich erinnere daran, daß es in den siebziger und achtziger Jahren eine absurde personelle Expansion der Staatssicherheit gegeben hat. Das spricht eigentlich auch gegen die Liberalisierung. Ich habe eher den Eindruck, daß die Herrschaftsmethoden flexibler geworden sind, daß dies gleichzeitig aber durch schärfere Repression oder wirksamere Repressionsmechanismen abgestützt

und flankiert wurde. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dazu noch etwas sagen könnten, wobei ich dann abschließend daran erinnern darf, daß es ja auch, insbesondere eingeführt mit der berühmten MfS-Richtlinie 1/76, zunehmend Maßnahmen der Zersetzung gab, um widerständiges Verhalten in der DDR zu eliminieren. Aber das hat nichts mit Liberalisierung zu tun.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Manfred Wilke.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Mich hat das Beispiel von der Jugendkultur sehr stark beeindruckt, das Herr Dieckmann herangezogen hat. Ich kann mich noch sehr gut erinnern, daß die ersten, die in den achtziger Jahren gefordert haben, die Mauer muß weg, 1987 Ost-Berliner Jugendliche waren, die zusammengedroschen wurden, als sie einem Rockkonzert, das am Reichstag auf der anderen Seite des Brandenburger Tors stattfand, zuhören wollten. Damit bin ich schon bei einem Aspekt in Bezug auf Sozialismus, Sozialisation und Sozialismuswirksamkeit, der mir in diesen Erklärungsmustern zu wenig vorkommt, nämlich das sehr starke Bewußtsein von der Unaufhebbarkeit der nationalen Spaltung. Ich erinnere an die bitteren Worte von Egon Bahr, mit denen er nach dem Mauerbau 1961 – er hat sie 1987 oder 1986 publiziert – sich gefragt hat: Sind wir denn als Deutsche weniger mutig als die Algerier? Warum nehmen wir keine Bomben und sprengen die Mauer in die Luft? Warum? Es war das eherne Gesetz dieser Weltmachtkonfrontation, das in der DDR sozialistisch auftrat. Es war der Nachvollzug des sowjetischen Modells in Deutschland. Aus dieser Verfestigung heraus lag es nahe, den verbesserlichen Sozialismus, also die Reform des Bestehenden, aber nicht seine Beseitigung anzustreben. Solche Vokabeln wie „Liberalisierung“ der DDR betrachte ich als ein Rudiment der westdeutschen Diskussion. Es ist ja doch interessant, daß die Furore, die Gaus mit seiner Nischengesellschaft im Westen machte, zu den DDR-Deutungsmustern der Deutschland- und Entspannungspolitik gehörte, die – rückblickend ist das sehr deutlich – uns den Blick auf die Wirklichkeit der Diktatur, wonach Karl Wilhelm Fricke eben noch einmal gefragt hat, in den siebziger und achtzigern Jahren verstellte. Wir müssen auf die begriffliche Genauigkeit achten.

Ich will aber auf einen weiteren Punkt eingehen, nämlich auf die Frage: Sozialisation wofür? Die Widersprüche zwischen Theorie und Praxis des Sozialismus oder zwischen dem Wein, den die Parteiideologen predigten, und dem Wasser für die Massen sind schon thematisiert worden. Ich will an Robert Havemann erinnern, der 1975 die kulturelle Impotenz des Sozialismus an einem Gebrauchsgut deutlich machte, das gleichermaßen für unten wie oben in der DDR-Gesellschaft ein Wert war – am Auto. Havemann schrieb, die sozialistische Gesellschaft des sowjetischen Typs ist nicht fähig zu grundlegender technischer Innovation. Das ist aber ein Kriterium für eine neue und überlegene Gesellschaft. Die bürgerliche Gesellschaft war dazu fähig, und das wäre vom Sozialismus auch zu fordern. Aber was tun sie? Statt ein überlegenes gesellschaftlich konzipiertes Verkehrssystem anzubieten gegen die westliche Autogesellschaft, kopieren sie die westliche Autogesellschaft, nur natürlich viel

viel schlechter. Er hat eigentlich mit diesem Beispiel das getan, was Sie, Herr Dieckmann, an der Jugendkultur gezeigt haben. Es ist nichts Eigenständiges gekommen, sondern was jenseits von politischer Macht und der Effizienz von Geheimpolizei da war, war im Grunde genommen die schlechte Kopie des westlichen Originals – einer der Widersprüche, die 1989 dann aufgebrochen sind.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Danke schön. Wir sind damit am Ende der Fragerunde. Jeder Teilnehmer hier oben und Frau Hanke, die Teilnehmerin, hat eine Fülle von Fragen gestellt bekommen. Ich möchte Sie jetzt bitten, in einem kurzen Statement darauf zu antworten und möglichst nur eine oder zwei Fragestellungen tatsächlich auszuwählen. Als erster Herr Pollack.

Prof. Dr. Detlef Pollack: Ich kann ganz unmittelbar auf Herrn Wilke erst einmal reagieren. Ich glaube, daß diese Sicht auf die DDR, wie sie Sie jetzt eben gerade skizziert haben, zu einem ganz großen Teil zu den deutsch-deutschen Mißverständnissen, die wir erleben, beigetragen hat. Viele der Ost-deutschen machen aufgrund ihrer DDR-Erfahrungen eben einen Unterschied zwischen dem System und dem Leben in der DDR, und diese Erfahrung muß man einmal versuchen, ernst zu nehmen. Herr Dieckmann hat es vorhin versucht, indem er sagte, wir müssen uns die Geschichten erzählen. Aber wenn immer wieder gesagt wird, daß wir die Lebenswirklichkeit in der DDR nur vom System her verstehen können, dann kommt es genau zu dieser Trotzbehauptung, daß eben die DDR noch etwas ganz anderes war, was von außen her nicht wahrnehmbar ist.

Zunächst zum Begriff der Diktatur: Ich habe nichts gegen diesen Begriff, man kann diesen Begriff ohne weiteres nehmen. Ich frage mich nur, ob er unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten so aussagekräftig ist. Ich habe den Begriff der repressiven Organisationsgesellschaft deswegen gewählt, weil der Begriff der Diktatur gewöhnlich assoziiert, daß da irgendwo an der Spitze eines Systems ein Mann steht, der gewissermaßen alle Fäden in der Hand hat. Und das scheint mir nicht zutreffend zu sein für die DDR; auch dieser Mann, der an der Spitze gestanden hat, war ein Gefangener des Systems, er hätte machen können, was er wollte, aber er hätte niemals ausbrechen können. Zutreffender scheint mir der Versuch zu sein, die Herrschaftsmechanismen auf den Punkt zu bringen, und dann kann man sehen, daß die DDR-Gesellschaft eine überorganisierte Gesellschaft gewesen ist, in der man versucht hat, die einzelnen Lebensbereiche so zu organisieren, daß eben keiner ausbrechen kann. Die Frage ist aber nun, und das ist eine Frage, die sich automatisch aus diesem Ansatz ergibt, inwieweit das gelungen ist, und meine Behauptung ist, es ist eben nicht gelungen. Es ist an vielen Stellen nicht gelungen. Beginnen wir beim Betrieb, wo man meinen könnte, daß die wirtschaftliche zentrale Planung in der Lage gewesen ist, die gesamte betriebliche Struktur und den betrieblichen Ablauf zu organisieren. Genau das konnte aber diese Planung nicht leisten, sie hat sich selbst überfordert, und man könnte sogar umgedreht formulieren, gerade wenn man versucht hat, alles in den Griff zu nehmen, war man um so mehr darauf

angewiesen, daß die Arbeiter mitzogen, um die automatisch erzeugten Planungsdefizite wieder zu kompensieren. Da sieht man schon das enge Zusammenspiel zwischen System und Lebenswelt, das sich auch in anderen Bereichen zeigt.

Zu der Frage von Herrn Faulenbach: In ihr ging es darum, inwieweit die Ostdeutschen diese Differenz zwischen System und Lebenswelt überhaupt nachvollziehen. Sie haben dann unter anderem ein Beispiel gebracht, wenn man sie darauf hin anspricht, daß die Ostdeutschen auf einmal zu Verteidigern des DDR-Systems werden. Man kann daran sehen, daß die jeweils vollzogene Identifikation abhängig ist von der Situation, in der man steht, und von demjenigen, mit dem man gerade spricht. Gegenüber den Westdeutschen wurde man zum Verteidiger des Systems möglicherweise deswegen, weil man selbst mit diesem System angegriffen wurde. In einer anderen Situation, z.B. gegenüber anderen Ostdeutschen, hat man auf dieses System geschimpft. Nun mal ein Hinweis auf eine weit verbreitete Sprachregelung: man hat immer von „sie“, „die da oben“ und „wir“ gesprochen. An dieser Sprachregelung wird deutlich, daß man sich selbst in Differenz zu dem offiziellen System definiert hat. Die Identifikation kommt gerade dann zustande, wenn sie von außen her provoziert wird.

Dann noch einige weitere Punkte: Inwieweit kann man von einer politischen Liberalisierung sprechen? Ich denke, daß dieser Begriff natürlich relativiert werden muß. Man kann nicht davon sprechen, daß die SED jemals ihren Anspruch auf die Führung der Gesellschaft aufgegeben hat. An dieser Stelle gab es nie ein Zurückweichen, und zwar bis zuletzt nicht. Der Machtanspruch ist aufrechterhalten worden, das ist klar; Herr Fricke hat es bereits gesagt. Die Instrumente wurden aber sehr wohl flexibilisiert, und das hatte auch einige Folgen gehabt. Der wichtigste Punkt – Sie, Herr Fricke, hatten auch bereits darauf hingewiesen – ist die Öffnung der DDR in den siebziger Jahren nach außen hin, also der KSZE-Prozeß. In dem Maße, wie die DDR darauf angewiesen war, international eine gute Figur abzugeben, weil sie wirtschaftlich auf den Westen angewiesen war, in dem Maße konnte man sich eine Provokation innerer Konflikte, ein Öffentlichwerden von inneren Konflikten nicht mehr leisten. Das war auch die Devise des Staatssicherheitsdienstes. In den siebziger und achtziger Jahren ging es vor allem darum, feindliche Aktivitäten „vorbeugend“ zu verhindern. Wenn es zu einer personellen Aufstockung des Staatssicherheitsdienstes kam, dann ist das gerade ein Hinweis darauf, daß – so könnte man sagen – dem Falken Fesseln angelegt worden waren. Er mußte sich selber disziplinieren, er konnte nicht mehr so zugreifen, er konnte nicht mehr durch Terror die eigenen Machtansprüche durchsetzen, sondern wenn er auf der internationalen Bühne bestehen wollte, dann mußte er sich selber liberalisieren. Das bedeutet nicht unbedingt einen Gesinnungswandel, sondern eine Flexibilisierung der Herrschaftsinstrumente, die aber auf Grund der veränderten internationalen Lage notwendig gewesen ist. Es gibt eine ganze Reihe von weiteren empirischen Belegen – ich möchte einen nur ganz kurz anführen –, die den Begriff der Liberalisierung stützen könnten. So ist die Kampagne-

politik in den achtziger Jahren zurückgegangen, in den siebziger Jahren auch schon – darauf hat Herr Poppe hingewiesen –, das sozialistische Pathos hatte nicht mehr die Überzeugungskraft gehabt wie vorher, die sozialistischen Utopien bauten sich ab, die DDR gewann eine gewisse Normalität, ein gewisser Pragmatismus zog in die Amtsstuben ein, und das hieß, daß dem Bürger auch mehr Freiräume gegeben waren. Kritisch wurde es immer dann, wenn der einzelne versuchte, in die Öffentlichkeit hineinzuwirken. Also die Grenze war ganz klar markiert, und man wußte es auch ganz genau. Im privaten Bereich gab es eine ganze Reihe von Freiräumen, von Autonomiespielräumen. Aber wenn man die Grenze zwischen dem Privaten und dem Öffentlichen überschritt, dann wurde es gefährlich, und das wußte man, darauf konnte man sich einstellen. Diejenigen, die sich nicht darauf eingestellt haben, hatten dafür auch spezielle Gründe, denn sie kamen an bestimmten Stellen in ihrer individuellen Selbstverwirklichung nicht mehr weiter. Sie gerieten an die Grenzen der Spielräume, die das System dem einzelnen ließ, und dann wurde die private Unzufriedenheit öffentlich und politisch.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Vielen Dank. Jetzt Herr Dieckmann bitte.

Christoph Dieckmann: Warum sind die Ostdeutschen der parlamentarischen Demokratie nicht jubelnd in die Arme gelaufen? Ich habe diese Analyse in der FAZ auch gelesen, die Frau Noelle-Neumann siegreich ans Ziel gebracht hat und an deren Ende zu lesen stand, daß die Ostler keine Demokraten seien mit Ausnahme der CDU-Mitglieder. Ich sage ja auch nicht, die Ostler sind keine Opportunisten mit Ausnahme der CDU-Mitglieder. Wenn man suggestiv fragt, kriegt man suggestive Antworten. Wenn die Ostler z.B. gefragt werden, finden Sie denn Demokratie gut, dann überlegt der Ostler und denkt an Rüstungsexporte, er denkt an die Umarmung zwischen Kohl und Li Peng, er denkt an die Anbetung des Kapitals, die Arbeitslosenzahlen, an das Abmontieren von Clara-Zetkin-Straßenschildern, und dann sagt er, nö, für die Demokratie bin ich nicht, und Frau Noelle-Neumann schreibt es auf.

Frage von Stephan Hilsberg: Hat das Erlauben der Rockmusik, dieser Satz von Honecker, man darf die Westmedien ein- und wieder ausschalten, hat das den repressiven Charakter der DDR überlagert? Überlagert vielleicht, nicht beendet, nicht einmal abgeschwächt. Man hat sich mit dem Staat in einem Agreement befunden. Dieses Agreement läßt sich nennen ein Blues-Agreement. Herr Eppelmann hat ja in Ost-Berlin immer diese Blues-Messen veranstaltet. Die hatten mit Blues überhaupt nichts zu tun, die hatten ein aufklärerisches, kämpferisches, emanzipatorisches Pathos, was der Blues nicht hat, das ist nämlich eine Abfindungsmusik. Diese Musik besagt, ich finde mich ab, ich bin dem, was mich so bedrückt, eigentlich noch dankbar dafür, daß es mir Gelegenheit gibt zu so schöner Klage. Das ist so ähnlich, wie wenn sie Josef Roth lesen, es ist wunderschön, weil es so traurig ist. Das ist wahrscheinlich das Erbe meiner Generation, die Musik, die Literatur, die Kunst nicht als ein Medium zur Verbesserung der Realität zu nehmen, sondern als einen Ersatz.

Irgendwann in einem frühen Buch von Arnold Zweig steht die manieristische Frage: Blieb Lesen nicht berauschender als Leben? Ja, so war es in der DDR. Diese *reservatio mentalis* hat uns geprägt, dieses „I keep my fingers crossed“ der amerikanischen Wehrdienstverweigerer, die den Eid leisten, aber nicht im Herzen. Das ist unser Erbe. Manfred Wilke sagt, was in der DDR an Musik passiert sei – man muß das nicht auf die Musik einengen –, sei nur eine miese Kopie des amerikanischen Originals gewesen. Das war es keineswegs. Es gab furchtbare Obskuritäten und Anbidereien in der DDR-Kunst, aber es gab auch Dinge, die unvergänglich die siebziger und achtziger Jahre für meine Generation beschrieben haben. 1990, in den Wendewirren, erschien von der Berliner Rockband „Zitty“ eine Platte, die völlig unterging und deren Titel schon klang wie das Pfeifen im Walde, die hieß nämlich „Keine Angst!“ Auf dieser Platte findet sich der Grabspruch meiner DDR-Generation: „Irgendwo stehst Du am Fenster, wir sind wieder irgendwer, Vögel fielen aus den Nestern, heute ist ein Tag wie gestern. Warum schaust Du hinterher?“

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczyk: Schönen Dank, Christoph Dieckmann. Als nächster Herr Bude bitte.

Dr. Heinz Bude: Ich möchte auf einen Punkt hinweisen, das ist nämlich die nachträgliche Abstandnahme zwischen der DDR (oder zwischen Ost-) und Westdeutschland, mit der wir es im Augenblick zu tun haben, das, was Herr Pollack ganz zu Anfang auch gesagt hat, daß viele der Neuidentifikationen mit der Erzählgemeinschaft DDR, etwas mit den Wendeerfahrungen und dem, was danach passiert ist, zu tun haben. Ich glaube, es gibt ein relativ starkes Legitimitätsproblem in Ostdeutschland, über das man sich wirklich Klarheit verschaffen muß. Es macht für uns kein Problem, wenn es aktive Gewinner und passive Verlierer gibt, das ist für uns kein Legitimitätsproblem. Ein Legitimitätsproblem tritt dann auf, wenn es passive Gewinner und aktive Verlierer gibt. Und das scheint mir für die DDR ein großes Problem zu sein, daß es relativ viele passive Gewinner und aktive Verlierer gibt. Dieses Legitimitätsproblem, glaube ich, ist einer der Gründe für die nachträgliche Abstandnahme, mit der wir es zu tun haben, und die Regionalisierung des Bewußtseins ist eine Antwort des Identitätsbewußtseins auf dieses Problem. Wir können soziologisch relativ klar sagen, daß die diffuse Legitimität einer Gesellschaft sich nicht zuerst und nicht unbedingt aufs politische System bezieht, sondern etwas mit der alltäglichen erfahrbaren Legitimität, davon, wie sich Leistung auszahlt, wie man sein Leben einrichten kann, zu tun hat. Da kommen jetzt die Strukturen langer Dauer, die etwas mit alten regionalen Traditionen zu tun haben, an, die so etwas wie Konstellationen sozial-moralischer Milieus zeigen, die eine lange Legitimitätstradition versichern. Wir können das relativ gut für die ländlichen Gebiete der DDR sagen. Es passen in manchen Gebieten die Max-Weberschen Analysen der ländlichen Sozialverfassung (für Mecklenburg passen sie noch ganz gut). Es kommen aber interessante Anschlüsse dazu. Das muß man jetzt genau analysieren, inwieweit neue Figuren, die DDR-Kollektivierung in der Landwirtschaft, neue Sozialfiguren hervorgebracht haben und wie die sich jetzt einpassen oder nicht einpassen in einer lang herge-

kommenen ländlichen Sozialverfassung etwa in Mecklenburg. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Ein zweiter Punkt – noch etwas zur Legitimität der DDR: Herr Poppe hat, und darüber gibt es eine weite Diskussion, gefragt: War die DDR überhaupt eine Gesellschaft? War es nicht eine Phantomgesellschaft? Da gibt es eine große Diskussion im Augenblick. Mir scheint ein Zwischending wichtig zu sein: Es war offenbar auch eine Aushandlungsgesellschaft, was Herr Pollack betont hat, und in dieser Aushandlungsgesellschaft gibt es Spielraum und Verriegelung, und merkwürdige Kompetenzen kommen aus dieser Doppelheit hervor. Aber ich glaube, es gibt etwas Gemeinsames für alle gelernten DDR-Bürger, das ist die Konditionierung auf politische Lösungen für soziale Probleme, daß quasi das Primat der Politik doch einen tiefen sozialisatorischen Effekt hat, nämlich daß es für die Probleme von Gesellschaften im Prinzip politische Lösungen gibt. Ich glaube, das läßt sich auch relativ gut zeigen; in der alten Bundesrepublik glaubt das nur noch eine Minderheit.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Vielen Dank Herr Bude. Das Schlußwort gewissermaßen hat nun Frau Hanke.

Prof. Dr. Irma Hanke: Ich werde Herrn Jacobsen nicht mehr ausdrücklich antworten, weil nämlich Herr Dieckmann im Grunde genommen die Antwort gegeben hat. Es ging um die Frage, warum keine Demokratiezustimmung jetzt und warum junge Leute bestimmte marxistische Vorstellungen, die ihnen anezogen wurden, hier jetzt in der derzeitigen Situation durchaus bestätigt sehen. Das zweite ist die Frage, daß immer gesagt wird, der ökonomische Zusammenbruch oder das ökonomische Nichtfortkommen der DDR hat dazu beigetragen, daß die Legitimität sank. Das stimmt sicherlich, aber es stimmt doch nur in einem vermittelten Rahmen. Also das, was man beispielsweise, und ich halte das nicht für einen Nebeneffekt, bei der Lektüre von Literatur aus der DDR, bei Gesprächen oder auch eben in den von Ihnen zitierten Songs von „Zitty“ wiederfand, das ist die Wiederkehr des immer Gleichen. Daß Leute mit 22 in ihren Beruf eintraten und wußten, es ändert sich eigentlich nichts mehr, das war doch tödlich. Und daß irgendwann mal Bewegung unter die Decke kommen mußte, das muß man eigentlich reflektieren. Dann gab es den Ausreisantrag, weil es keine öffentlich auszutragenden Gegensätze gab. Ich glaube, es wäre dem Staat besser bekommen, es hätte ein paar wirklich öffentlich durchgezogene Prügeleien gegeben – ich sage das jetzt also nicht, weil ich es gewünscht hätte –, daß irgendetwas einmal öffentlich geworden wäre. Das war das Trostlose, daß das alles unter der Decke blieb und eigentlich sich nichts mehr ändern konnte, auch an den Lebensentwürfen für junge Leute.

Herr Faulenbach hat dann zu Recht gefragt nach den Gegengewichten zu der geplanten Sozialisation. Natürlich sind die Gegengewichte, die sich bilden, immer individuell, einzelne und unterschiedlich. Ich bin auch davon überzeugt, was angeführt worden ist, daß es sowohl in der Schule einzelne anders handelnde Lehrer (das ist in dem Gutachten von Dr. Bernd-Reiner Fischer für

die erste Enquete-Kommission sehr gut dargestellt) als auch innerhalb der einzelnen Organisationen bis hin zur FDJ Möglichkeiten von Anderssein, selbständigem Agieren, eigenständiger Diskussion und dergleichen gegeben hat. Aber das waren persönliche Konstellationen, die einzelne Leute ermöglichten, sie waren aber nicht die vom Staat begünstigte Form. Vom Staat begünstigt war in der Tat eine gewisse Form von Subalternität. Man konnte dagegen halten, und das haben auch viele Leute getan, aber das war eine persönliche Entscheidung, und das scheint mir ganz wichtig.

Die Frage von Herrn Poppe mit den sozialistischen Vorstellungen: Es gibt jetzt doch eine Reihe von Untersuchungen des Leipziger Jugendinstituts (die kann man sehr kritisch betrachten, die sind aber in westlicher Literatur noch einmal nachuntersucht worden), aus denen man weiß, daß es damals nun üblich war, man konnte sich zu nichts anderem bekennen als zum Sozialismus. Es scheint doch so, daß also ein bestimmtes Grundvokabular vorhanden war, und zwar möglicherweise auch, da das hier mehrfach angesprochen wurde, weil man sich in irgendeiner Form gegenüber den anderen absetzen wollte. Und ist es nicht gut, an die Solidarität der unterdrückten Völker zu glauben? Das ist doch etwas Positives. Ist es nicht gut, an die Verbesserung der Welt durch Arbeit, an die gleichberechtigte Teilhabe der Geschlechter und ich weiß nicht was alles zu glauben? Das hatte auch gewissermaßen eine Trostfunktion für den einzelnen, der in dieser Gesellschaft lebte, und man sagte, man kann doch damit durchaus auskommen, wenn man sich sozusagen die Rosinen aus dem Kuchen pickt, die da angeboten werden. Das hat auch für viele eine ganz entscheidende Rolle gespielt und nach meiner Meinung eben dann dazu geführt, daß sich das gemischt hat mit den spezifisch deutschen, den eben benannten unpolitischen Traditionen. – Herr Poppe, ich habe nicht gesagt, dieses Volk hat sich hinterher nach harten Wintern nicht der Bundesrepublik anpassen können, sondern ich habe gesagt, die Lebensformen damals, nämlich die unpolitischen Lebensformen – also das Sichraushalten –, das war gut in der DDR, aber jetzt ist es eigentlich falsch. Und das habe ich gemeint, also ich habe nicht die Bevölkerung dieses Staates irgendwie herabsetzen wollen, sondern nur gesagt, daß diese Formen, mit denen man sich arrangiert hat, eine ganz bestimmte Gesellschaft ihrerseits wieder voraussetzten und daß unsere Gesellschaft andere Formen der Aktivität voraussetzt und einfordert. Diese Übergangszeit hat viele überrollt, sie hat viele plötzlich mit Dingen konfrontiert wie Arbeitslosigkeit und Ungerechtigkeiten auch im persönlichen Umfeld, gar nicht einmal immer hervorgerufen durch Westbewohner, sondern auch durch aufgearbeitete Konflikte von vergangenen DDR-Jahren, die dann häufig in irgendwelche Berufsentscheidungen mit eingeflossen sind. An Hochschulen ist das ganz deutlich, daß da einige Heimzahlungsmechanismen eine Rolle spielen. Ich meine aber, daß die Möglichkeiten des Individuums, daß in einer solchen Gesellschaft, die an und für sich sehr beschränkt war, auch die kleineren Auswege – also die Tatsache, daß man nur ein Buch lesen konnte, was dann aber bedeutend wurde für viele Leute – viel mehr Effekt gehabt haben als eine sehr breite und offene Gesellschaft. Die Schwierigkeiten

bestehen zudem darin, daß man mit moralischen Meinungen und Haltungen, die in der früheren DDR völlig eindeutig waren und ausreichten, jetzt nicht mehr über die Runden kommt, daß man jetzt andere Haltungen entwickeln muß. Das ist schwer zu lernen, denn man kommt in eine Gesellschaft, die einfach vorgeformt ist, festgefahren, durchreguliert, und in der sich nun die Bürger von ehemals aus einer sehr durchregulierten Gesellschaft plötzlich als die Neuerer fühlen müssen.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Wir sind damit am Ende unserer Veranstaltung. Mir bleibt am Ende vor allen Dingen, unseren Referenten, Frau Professorin Hanke, Herrn Dieckmann, Herrn Dr. Bude und Herrn Prof. Polack, für diesen produktiven Nachmittag – ich glaube auch im Namen der Enquete-Kommission – zu danken und übergebe dann das Wort an Herrn Eppelmann. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich möchte jetzt noch darauf hinweisen, daß wir knapp zwei Stunden Pause haben und dann noch einmal mit Schriftstellern und zugleich Psychologen ins Gespräch kommen können.

Pause von 18.05 bis 20.25 Uhr

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Liebe Kollegen, liebe Kollegin, ich möchte Sie nochmals herzlich um Verständnis dafür bitten, daß wir einige Minuten später angefangen haben. Wir taten dies in der Hoffnung, daß der angekündigte und verbindlich zugesagte Jürgen Fuchs auch unter uns sein wird. Aber wir haben inzwischen erfahren, daß er einen Motorschaden hat, und dann dürfte es also sehr unwahrscheinlich sein, daß er zu einer Zeit, zu der wir dann auch noch etwas von ihm haben, hier sein kann. Der stellvertretende Vorsitzende sagt, wir haben ja mindestens einen weiteren der schreibenden Zunft unter uns, auch einen, der etwas zu sagen hat. (Beifall, Gelächter)

(Jürgen Fuchs trifft ein.)

Ja, unsere Freude ist nun doppelt groß. Ich versuchte gerade zu erklären, Jürgen, warum Du nicht kommen kannst, und nun bist Du hier. Sie werden aber hoffentlich nicht verärgert sein, nachdem ich Ihnen nun schon den anderen Schreibenden angekündigt habe, das ist nämlich der neben mir sitzende Karl Wilhelm Fricke. Ursprünglich waren für dieses Podium sowieso drei Personen vorgesehen, so daß wir dachten, daß es auch nicht schaden kann, wenn jetzt nicht zwei hier vorne sitzen, sondern drei. Wir haben mit Absicht diese drei Menschen eingeladen, weil wir ein Stück von der Erkenntnis ausgegangen sind, wer sich einem Land, wer sich seinen Menschen und ihrem Leben nähern, ein Stück davon verstehen und begreifen will, muß es entweder selbst erlebt haben oder sich von diesem Leben erzählen, berichten lassen, damit es ihm nahe kommt. Darum ist es eben auch so ungeheuer wichtig, was Herr Dieckmann heute nachmittag gesagt hat, daß wir von dem erzählen, was unsere Biographien und unser Leben ausgemacht hat. Die, die hier sitzen, zumindest Frau Schubert und Herr Fuchs, sind Menschen, die nicht nur schreiben,

sondern auch von ihrem Beruf her mit der Seele von Menschen zu tun gehabt haben. Wer von ihnen etwas gelesen hat, weiß, daß ihre Bücher davon ein ganzes Stück geprägt und beeinflusst sind. Herr Rudolph ist so freundlich und liebenswürdig, das nun folgende Gespräch mit den beiden zu führen und zu moderieren.

Gesprächsleiter Dr. Hermann Rudolph: Der Herr Vorsitzende hat das schöne Zitat, mit dem ich Sie jetzt begrüßen und auf die Veranstaltung einstimmen wollte, schon in etwa vorweggenommen. Ich wiederhole es aber, weil es so schön ein klassisches Zitat aufnimmt. Herr Dieckmann hat nämlich gesagt, die DDR ist genug interpretiert worden, sie muß aber erzählt werden. Sie hören das Klopfen des klassischen Zitats dahinter, und ich glaube, daß sich dessen Essenz auch ein wenig auf diese Veranstaltung, die den ganzen Nachmittag und den ganzen Tag gedauert hat, umlegen läßt, denn am Nachmittag ist hier kräftig interpretiert und theoretisiert worden. Deswegen ist es um so notwendiger, daß nun am Abend die andere Art des Herangehens zu ihrem Recht kommt, eine Art des Herangehens, die vermutlich für das Thema, das bei dieser zweitägigen Anhörung den Mittelpunkt ausmacht, nämlich die Frage von Identität – vorhandener, gesuchter, vielleicht verlorener Identität –, für dieses sehr schwierige, sehr diffuse Thema mindestens ebenso geeignet ist wie das Interpretieren, das den Nachmittag beherrscht hat. Ich darf Ihnen ganz kurz vorstellen, wer hier sitzt, denn die meisten von Ihnen kennen die Teilnehmer des Podiums schon. Links zu meiner Seite Frau Helga Schubert, auf der anderen Seite links daneben – und doch noch eingetroffen, noch etwas atemlos – Jürgen Fuchs, und Karl Wilhelm Fricke rechts neben mir. Alle drei sind Doppelbegabungen, Schriftsteller oder Publizisten, aber die linke Seite ist unterfüttert mit professionell wahrgenommener Psychologie. Sie sind Therapeutin, Frau Schubert, und Psychologin, und Herr Fuchs ist auch ein gelernter Psychologe, Herr Fricke ist, das darf ich sagen, einer der Analytiker der Stasi und anderer schwieriger Themen der weiland DDR. Wir hatten uns, soweit wir uns etwas vorgenommen haben – die Umstände waren etwas dagegen –, abgesprochen, daß jeder, der hier auf dem Podium sitzt, zunächst ein kleines Stück vorliest, um einfach seine Sichtweise, seinen Duktus Ihnen deutlich zu machen, und daß wir dann darüber in ein Gespräch eintreten. Die Mitglieder der Enquete-Kommission sehen mir auch nicht so aus, als ob sie den Abend ganz ohne Intervention vorbeigehen lassen wollten. Dann öffnen wir das Gespräch von hier oben auf das gesamte Publikum. Frau Schubert, wollen Sie anfangen?

Helga Schubert: Ja, ein Text aus dem vergangen Jahr:

„So fallen die Schatten hinter Dich. Manchmal, wenn ich ratlos war oder auch traurig in mich gekehrt oder mutlos, las oder hörte ich plötzlich einen Satz, eine Gedichtzeile, einen Liedanfang, und ich spürte, hier ist er ja wieder, der Strom von Einverständnis, der doch immer da war und immer da ist und immer da sein wird, der mich mit Menschen verbindet, die schon seit Tausenden Jahren tot sind oder weit weg wohnen und andere Sprachen sprechen. Vielleicht hatte ich gerade auf einen solchen Satz gewartet. Dann schrieb ich

ihn auf, als Beweis, als Unterstützung, als Hoffnung. Ein anderer ist auch meiner Meinung. Mitunter notierte ich den Satz an einen Zeitungsrand, riß ihn ab, bewahrte ihn in der Manteltasche oder übertrug ihn zu Hause in die Innenseite meines Taschenkalenders. Das wenige, was du tust, ist viel. 'Das wenige, was du tun kannst, ist viel' war zum Beispiel solch ein Satz zwischen meinem 28. und 35. Lebensjahr in den Jahren 1968 bis 1975. Ich hatte ihn in der Marienkirche am Berliner Alexanderplatz gelesen, neben der Kollekte 'Brot für die Welt'. Er stammte von Albert Schweitzer, war sicher ganz anderes gemeint, aber er tröstete mich, wenn ich trotz weniger Stunden Schlaf mein Leben einfach nicht mustergültig schaffte. Tägliche volle Berufsarbeit, anfangs ja noch am Sonnabend, Hausarbeit mit Ofenheizung und ohne Waschmaschine, Verantwortung für einen heranwachsenden Sohn, das eigene Erwachsenwerden, Bücher lesen, Geschichten schreiben, der Versuch, sie zu veröffentlichen im kontrollierten Land, und die Liebe manchmal mit großem Kummer. Das wenige, was ich heute getan habe, ist vielleicht doch mehr als gar nichts, dachte ich dann. Es war ein Satz über die Zukunft, und ganz gewiß an jedem neuen Tag. *(Es sind genug Pastoren da, die alle wissen, daß das von Bonnhoeffler ist.)* Als ich in den folgenden Lebensjahren die DDR-Verrücktheit immer stärker empfand, halfen mir Sätze, die alles relativierten. Wolf Wondratschek schrieb zum Beispiel in seinem Buch: 'Früher begann der Tag mit einer Schußwunde.' In München oder wo hat ein Mann oder wer seine Frau oder wen umgebracht? Oder was? Oder Buddha sollte gesagt haben, was hier ist, ist überall, was nicht hier ist, ist nirgends. Oder Marie von Ebner-Eschenbach: 'Nicht was wir erleben, sondern wie wir erleben, was wir erleben, macht unser Leben aus.' Das hatte mir sogar jemand in mein Poesiealbum geschrieben, als ich zehn Jahre alt war, 1950, da gab es die DDR schon ein Jahr. Aber erst mit 35 Jahren, 1975, also 25 Jahre später, versuchte ich mich mit aller Macht an den Gedanken zu gewöhnen, daß dieses Leben in einem eingemauerten Land wirklich mein Leben ist, also kein Probeleben für ein normales, späteres. Ich hatte nur diesen einen Versuch, nicht was, sondern wie. Folgerichtig verhielt ich mich, als ob dies Leben mein wirkliches Leben war, verausgabte mich, brannte als Kerze an beiden Enden.

Als ich mit 47 Jahren 1987 zum ersten Mal nach Amerika fliegen durfte, ja durfte, an eine Universität, weil die DDR aus taktischen Gründen mit ihren Schriftstellerinnen im westlichsten Land des westlichen Auslands Punkte machen wollte und auch konnte, ich von Chicago in südlicher Richtung bis in die rauchenden Berge von Tennessee fuhr, zehn Stunden lang ohne Unterbrechung, in gemächlichem Tempo, nebenan auf der Autobahn gepflegte Greisinnen am Steuer ihrer Wohnwagen Richtung Florida, als ich den Trichter des fernen Tornados in der Luft sah, später in New Mexiko das Kloster der Karmeliter in den Bergen besuchte, dann aber den leichtfüßigen Studenten nicht mehr weiter in die Höhe folgen konnte, dachte ich verzweifelt, meine Kraft läßt jetzt schon nach, ich will und ich werde nicht mehr lange leben, die ganze wunderbare Welt ist ja da, aber sie ist unerreichbar, was hier ist, ist nicht überall. Das alles hatte ich nie gesehen, nie gerochen. Wie fast alle meine Mit-

Millionen, mein Mann und mein Sohn und alle, die ich lieb habe, kannte ich die übrige Welt nur aus Reisebüchern.

Wieder zurück im Zwergerland wollte ich von den klugen Relativierungssätzen nichts mehr wissen. Ich übertrug sie nicht mehr in den nächsten Kalender. Ich habe weder die Reife noch die Bescheidenheit, dachte ich, um die Schöpfung nur in diesem engen Umkreis zu bewundern. Ich will mir mein Maß nicht vorschreiben und meine Sehnsucht nicht nehmen lassen. Der neue Satz fiel mir im Jahre 1988 in einem Papierwarengeschäft auf, außen, nicht innen gedruckt auf einer Klappkarte, viermal acht Zentimeter groß, ich habe es eben nachgemessen. Sie lag neben der Kasse auf einem Stapel mit denselben Karten. Auf der Rückseite stand die Druckgenehmigungsnummer und der Preis: 2807 d J 21/86 III/19/11 DDR 0,15 M. Ich bezahlte eine DDR-Mark und fünfzig DDR-Pfennige für die zehn Klappkarten, von denen ich acht verschenkte, eine in die Brieftasche statt Fotos steckte und eine auf meinem Schreibtisch aufstellte. Dort stand sie bis vor einem Jahr. Sechs Jahre lang, 1988 bis 1994, von meinem 48. bis zu meinem 54. Lebensjahr hat sie mich begleitet.

'Wende dein Gesicht der Sonne zu, dann fallen die Schatten hinter dich' – afrikanisches Sprichwort. 1988 konnte mich dieser Satz auf eine fast unheimliche Weise beruhigen. Ich hatte gerade ein Buch über Denunziantinnen der Nazi-Zeit beendet, die erst zufrieden waren, als ihre Opfer zum Tode verurteilt waren. Ich hatte mich so ausschließlich von der DDR-Gegenwart abgewandt, daß ich nicht einmal mehr den Vögeln im Garten zuhörte. Ich bemerkte nicht, wie die Bäume und wie meine Enkel wuchsen. Ich vergaß Menschen nach kurzer Zeit, erstaunte mich über ihre Herzlichkeit bei einer Begegnung, und dann endlich, endlich in der Betäubung geschah das Wunderbare, ich wurde Zeugin der Zerstörung von Sodom und Gomorrha und war doch gerettet mit allen anderen. Eine Weile brauchte ich mein Kärtchen noch, weil ich mich vor dem Haß der enttarnten Rumpelstilzchen schützen wollte. Bring dich in Sicherheit, es geht um dein Leben, sieh dich nicht um und bleib in der ganzen Gegend nicht stehen, sagt der Herr zu Lot, Lots Frau und Lots beiden Töchtern. Warum eigentlich sollten sie nicht zurücksehen in das brennende Sodom und das brennende Gomorrha? Sie waren doch gerettet. Warum haben sich Lot und seine Töchter an das Verbot gehalten und seine Frau nicht? Als Lots Frau zurückblickte, wurde sie zur Salzsäule. Hatte sie so Furchtbares gesehen und konnte das nicht aushalten, oder war es die Strafe des Herrn für ihren Ungehorsam? Ganz unmerklich, schon eine ganze Weile, gehorche ich dem Spruch nicht mehr. Langsam komme ich in die Gegenwart zurück. bin anwesend. In allen Zügen sitze ich mit dem Rücken zur Fahrtrichtung und sehe in die entschwindende, undeutlicher werdende Landschaft, sie trennt sich von mir und bleibt doch da. Bei jeder Fahrt erkenne ich sie erst, wenn sie schon vorüber ist. In der Fahrtrichtung sitzend bin ich der Zukunft ohnmächtig ausgeliefert, kann ihr nicht entweichen, müßte die Augen schließen oder wegsehen, mich unterhalten, lesen, die Sonne mit all ihren Schatten stürzt durch die Scheibe in mich hinein, ist in mir gefangen. Ich sehe in die Vergangenheit, wende mein Ge-

sicht in die Schatten und spüre die Wärme der Sonne in meinem Rücken. Das macht, es hat die Nachtigall die ganze Nacht gesungen.“ (Beifall)

Gesprächsleiter Dr. Hermann Rudolph: Dankeschön, Frau Schubert. Herr Fricke, was Sie vortragen werden, ist auch ein biographischer Text, aber es ist eigentlich ein Teil Ihrer Biographie, der selbst als Biographie daherkommt. Richtig?

Sv. Karl Wilhelm Fricke: Richtig, es paßt insofern auch zur Thematik dieser Sitzung der Enquete-Kommission. Ich muß dazu ein paar biographische Vorbemerkungen machen. Ich lebte 1955 als junger Journalist in West-Berlin und wurde am 1. April nämlichen Jahres in einer West-Berliner Wohnung durch zwei Agenten der Staatssicherheit betäubt und von einer Einsatzgruppe des MfS nach Ost-Berlin entführt. Ich habe für diese mich völlig unvorbereitet treffende Lesung hier heute abend einen Ausschnitt aus dem Kapitel ausgesucht, weil ich glaube, daß das auch ein bißchen mit Identität zu tun hat, in dem ich darstelle, was für ein Mann es gewesen ist, der mein Vertrauen erschlichen und mich betäubt hat, damit ich entführt werden konnte, wobei ich hinzufügen darf – das steht also nicht in diesem Kapitel –, daß das nach einem Maßnahmeplan geschehen ist, auf Grund einer monatelangen Planung. Das war also nicht etwa ein Produkt des Zufalls, daß es dazu kam. Der Mann, der mich betäubte, hieß Kurt Rittwagen. Mehr, glaube ich, brauche ich gar nicht zu sagen. Ich darf also ein wenig lesen:

„Tschekist sein kann nur ein Mensch mit kühlem Kopf, heißem Herzen und sauberen Händen.' Feliks Edmundowitsch Dzierzynski hat das einst gepredigt. 'Er muß klar wie ein Kristall sein.' Erich Mielke hat das Wort des Begründers und Vorsitzenden der Tscheka gern und häufig zitiert und für die DDR-Staatssicherheit auch reklamiert. Sehen wir uns einmal Kurt Rittwagens Kaderakte im Lichte dieser Maxime an. Klar wie ein Kristall war dessen Karriere mitnichten, auch wenn sie in der Staatssicherheit vom 'sozialistischen Kundschafter' im West-Einsatz über eine Laufbahn im MfS vom Unterleutnant zum Major bis zum OibE führen sollte, bis zum Offizier im besonderen Einsatz, dieser besonderen Spezies verdeckt arbeitender Offiziere der Staatssicherheit. Kurt Rittwagen ging nach 23 Dienstjahren in der Staatssicherheit hochdekoriert in Rente, dreimal ausgezeichnet mit dem Vaterländischen Verdienstorden der DDR, nämlich in Bronze, Silber und Gold. In ihm personifizierte sich die 'tschekistische Elite' der DDR in einer Weise, wie sie die Propaganda des Klassenfeinds nicht entlarvender hätte ersinnen können. (*Ich darf jetzt dazu sagen, ich zitiere aus einem Buch „Akteneinsicht“, das die Rekonstruktion meines Falles anhand der Stasiakten versucht.*) In der Personalakte der Hauptabteilung Kader und Schulung des MfS geriet Rittwagens Biographie freilich zur verklärten Legende – ich zitiere:

'Genosse Rittwagen stammt aus einer Hamburger Arbeiterfamilie. Beide Eltern verstarben schon frühzeitig, so daß er nach Abschluß der achtklassigen Volksschule, um seinen Unterhalt zu sichern, als Schiffsjunge zur See fuhr.

Die harten Arbeits- und Lebensbedingungen und wiederkehrende Arbeitslosigkeit brachten ihn mit dem Kampf der Arbeiterklasse und Genossen der KPD in Verbindung und weckten in ihm den Wunsch, in die Sowjetunion zu gehen, wo er von 1935-39 lebte.

Nach seiner Rückkehr nach Deutschland wurde er durch die Gestapo verhaftet und von 1939-40 in Hamburg und danach bis zur Befreiung durch die Rote Armee im KZ Sachsenhausen inhaftiert. Genosse Rittwagen beteiligte sich aktiv am illegalen Kampf gegen den Faschismus im Lager Sachsenhausen.

Nach dem Sieg über den Hitlerfaschismus wurde er 1945 Mitglied der KPD und hat als Aktivist der ersten Stunde seine ganze Kraft als politischer Mitarbeiter in verschiedenen Funktionen im Partei- und Staatsapparat in den Dienst des Aufbaus einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung gestellt. 1952 wurde er Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit und leistete vier Jahre im Operationsgebiet eine hervorragende Arbeit bei der Zerschlagung feindlicher Stützpunkte. In den 23 Jahren seiner Zugehörigkeit zu den bewaffneten Organen erfüllte er jede ihm übertragene Aufgabe mit hohem Pflichtbewußtsein, gewissenhaft und zuverlässig.'

Soweit die Legende, Wer aber war Kurt Rittwagen wirklich? Und worin lag das Motiv seines kriminellen Handelns begründet? Geboren wurde er am 6. Oktober 1914 in Hamburg als Sohn des Heizers Johannes Rittwagen und seiner Frau Franziska geborene Eger. Sein Vater verstarb noch im Geburtsjahr des Sohnes, die Mutter lebte bis 1933, bei ihrem Tode war Rittwagen also neunzehn. Von 1920 bis 1928 besuchte er die Volksschule in Hamburg. Danach fuhr er bis 1935 zur See - als Schiffsjunge zunächst und dann als Messersteward, hauptsächlich auf der Route Hamburg-Leningrad. Ungeachtet seiner Zugehörigkeit zum Jungspartakusbund und zum Kommunistischen Jugendverband Deutschlands sind ihm besondere politische Aktivitäten aus dieser Zeit nicht nachzurühmen. Hingegen wurde er mit achtzehn Jahren erstmals kriminell auffällig. Das Hamburger Jugendgericht verurteilte ihm am 6. April 1932 wegen Betruges und schweren Diebstahls zu sechs Monaten Gefängnis, eine Strafe, die er allerdings nicht zu verbüßen brauchte. Rittwagen konnte sich dem Strafvollzug entziehen, indem er auf Schiffen unter ausländischer Flagge anheuerte, bis die Strafe verjährt war. Nachdem er 1928 schon einmal in Havanna, 1935 in Leningrad versucht hatte, von Bord zu desertieren - jedesmal wurde er zwangsweise zurückgebracht und dafür mit jeweils einer Geldstrafe und sechs Wochen Gefängnis wegen Dienstentweichung und Überschreitung der Reichsgrenze verurteilt -, entzogen ihm die Hamburger Behörden das Seefahrtsbuch. Daraufhin entschloß sich Rittwagen, sich auf einem sowjetischen Schiff von Hamburg nach Leningrad als blinder Passagier durchzuschlagen - was ihm auch gelang. In einem Auskunftsbericht der Hauptabteilung Kader und Schulung/Arbeitsgruppe Kader im MfS vom 22. Oktober 1987 wurde zu diesem Schritt Rittwagens folgende Feststellung getroffen:

'Durch die mehrmaligen Aufenthalte bei den Fahrten nach Leningrad verkehrte er vorwiegend im dortigen Interclub, der für deutsche Matrosen untersagt war. Hauptmotiv dafür war, daß Gen. Rittwagen dort eine Freundin aus Leningrad hatte, weniger politische Motive, die, obwohl er Mitglied des KJVD war, in der Zeit für ihn noch keine entscheidende Rolle spielten. Er hatte durch seine Schiffsreisen auch an keinen Zusammenkünften und Schulungen teilgenommen. Wegen dieser Verbindung zum Interclub wurde er 1934 von der Gestapo verhört, aber nach wenigen Tagen wieder freigelassen.

Durch Arbeitslosigkeit und Verweigerung weiterer Vermittlung durch das Heuerbüro in Hamburg beschloß er, sich 1935 als blinder Passagier auf einem sowjetischen Schiff nach Leningrad in die Sowjetunion zu begeben. Politische Motive waren hierbei ebenfalls nicht vordergründig. Nach Verhören bei der Tscheka wurde er nach kurzzeitigem Aufenthalt in Leningrad nach Karaganda verwiesen, wo er als Küchenleiter in Werkskantinen bis 1939 arbeitete. Eine aktive politische Arbeit leistete Gen. Rittwagen zu diesem Zeitpunkt nicht.

Seine Ausweisung 1939 nach Deutschland erfolgte nach seinen Auslassungen durch die staatlichen Organe der SU, da er nicht als politisch verfolgter Emigrant galt. Zu diesem Zeitpunkt war jedoch nicht bekannt, daß Gen. Rittwagen seit März 1938 der deutschen Staatsangehörigkeit wegen der illegalen Auswanderung für verlustig erklärt war. Deshalb wurde er auch bei der Grenzpassage mit anderen Ausgewiesenen verhaftet. In seiner Gruppe befanden sich noch Spezialisten, die zurückkehrten, sowie Personen, die in der SU straffällig geworden sind, und Trotzlisten. ...

Gen. Rittwagen wurde nach seiner Verhaftung nach Hamburg überführt und war dort isoliert ohne Kontakt mit anderen Gefangenen in einer Einzelzelle. Im Mai 1940 kam er ins KZ Sachsenhausen.'

Auch diese Version ist weithin Legende. Rittwagen wurde nicht erst bei der Grenzpassage festgenommen, sondern bereits als Häftling aus Karaganda nach Moskau verbracht, in die Butyrka, ein Gefängnis des NKWD, wo er zusammen mit anderen Gefangenen, Männern und Frauen, auf seine Auslieferung an die SS warten mußte. Gemeinsam mit 29 Leidensgefährten wurde er am 5. Februar 1940 in Brest-Litowsk der SS übergeben. Er war einer jener Hunderte deutscher und österreichischer Kommunisten, darunter auch viele Juden, die während der Zeit des Stalin-Hitler-Paktes aus dem Exil in der Sowjetunion vertrieben und der Verfolgung in Deutschland preisgegeben wurden.

Nach seiner Überstellung an die SS kam Rittwagen auf Umwegen über Lublin, Berlin und Hamburg in das Konzentrationslager Sachsenhausen, in das er am 21. Mai 1940 eingeliefert wurde. Hier verblieb er bis zum Zusammenbruch der nationalsozialistischen Diktatur, hier kam er mit führenden deutschen Kommunisten zusammen, die später in der DDR eine Rolle spielen sollten – zum Beispiel mit Karl Schirdewan, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der SED von 1953 bis 1957, mit Max Reimann, dem langjährigen Vorsitzenden der KPD in Westdeutschland, sowie mit Max Opitz, sei-

nerzeit Staatssekretär in der Präsidialkanzlei von Wilhelm Pieck. Allem Anschein nach hat sich Rittwagen im KZ anständig verhalten. Opitz jedenfalls stellt ihm aus Gründen, auf die noch einzugehen sein wird, am 10. Dezember 1955 ein honoriges Leumundszeugnis aus:

'Mit Rittwagen habe ich im Bekleidungswerk der Waffen-SS (Schuhfabrik) bis zum Ende zusammengearbeitet. Er war Verbindungsmann zu den sowjetischen Kriegsgefangenen und ihrer Parteigruppe und verkehrte im wesentlichen mit den Genossen Offizieren der sowjetischen Kriegsgefangenen. Rittwagen verfügte durch seine besondere Stellung zu dem Kommandoführer über Schlüssel zu besonderen Tresoren, u. a. auch zu solchen, in denen Waffen aufbewahrt wurden. Darüber hinaus hat er jahrelang den illegalen Radioempfänger, den er selbst mit Hilfe eines Genossen Elektriker eingebaut hatte, bedient. Rittwagen beherrschte die englische und russische Sprache und hatte so die Möglichkeit, täglich die Meldungen entweder in russischer oder englischer Sprache entgegenzunehmen und dann die Genossen im Lager zu informieren. Im wesentlichen ging diese Information über verantwortliche Genossen, und von dort aus erhielt dann das ganze Lager über den Apparat der Partei die Information. Rittwagen hat auch eine Reihe anderer wichtiger Aufgaben hinsichtlich der Nachrichtenübermittlung erfüllt. Seine Zuverlässigkeit hat sich u. a. auch dadurch bewiesen, daß trotz der großen Verhaftungswelle von 1944 bis 1945 dieser Apparat der SS verborgen blieb. ...'

Auskunft darüber, was Rittwagen nach 1945 getan hat, gibt der Berliner Historiker Peter Erler. Seiner biographischen Recherche ist folgender Passus entnommen:

'Am 21. April 1945 wird das KZ Sachsenhausen in Kolonnen von jeweils 500 Häftlingen in Richtung Ostsee evakuiert. Auf diesem Todesmarsch werden Tausende von Häftlingen von den KZ-Bewachern erschossen. Rittwagen entgeht diesem Schicksal. Kurz vor Schwerin werden er und einige seiner Leidensgefährten freigelassen. Sie beschließen, sich nach Hamburg durchzuschlagen. Zuvor entwendet Rittwagen aus der Beute der SS eine Handvoll Edelsteine und andere Wertsachen. In seine Heimatstadt zurückgekehrt, tritt er im November 1945 in die KPD ein, wird gleich Sekretär einer Parteigruppe und engagiert sich außerdem in einem Komitee ehemaliger politischer Gefangener. In Hamburg schlägt Rittwagens, wie in einem späteren Auskunftsbericht des MfS formuliert wurde, 'leichte Ader' erneut durch. Er besorgt sich eine Pistole und nimmt unter Vorgabe, im Auftrag der Alliierten zu handeln, eigenständige Requirierungen und Beschlagnahmungen bei ehemaligen NSDAP-Mitgliedern vor. Daraufhin wird er festgenommen und wegen Amtsanmaßung und illegalen Waffenbesitzes zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Während der Überführung in die Strafvollzugsanstalt Hütten kann Rittwagen seinen Bewachern entweichen. Mit Hilfe der Hamburger Parteileitung der KPD flüchtet er in die Sowjetische Besatzungszone, nach Schwerin.'

Kühler Kopf, heißes Herz, saubere Hände? Jedenfalls konnte Rittwagens Karriere unter der Ägide der SED beginnen. Auf seiner in der Kaderkartei im Büro der Leitung des MfS befindlichen Kaderkarte mit der Personenkennzahl 061014430013 und der Personalnummer 300 581 finden sich über diese Zeit nur auffallend lakonische Eintragungen. Danach war er bis 1949 Angestellter beim Rat des Kreises Ludwigslust, 1950 Stadtteilsekretär der SED-Kreisleitung Wismar und von 1950 bis 1951 Personalleiter beim Rat der Stadt Potsdam. Für die Zeit von 1951 bis 1952 wird er erstaunlicherweise als Rentner geführt. Was war geschehen?

Auf Weisung des III. Parteitages der SED hatte das Zentralkomitee der Partei am 27. Oktober 1950 den in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung einmaligen Beschluß gefaßt, sämtliche Mitglieder und Kandidaten der SED auf ihre politisch-ideologische Zuverlässigkeit überprüfen zu lassen. Ein Umtausch der 'Parteidokumente', der Mitgliedsbücher und Kandidatenkarten, der mit der Generalüberprüfung verbunden war, sollte die für stalinistische Parteien charakteristische Aktion organisatorisch-administrativ abwickeln helfen. Der Gesinnungstest, der einer Parteisäuberung gleichkam, sollte zwischen dem 15. Januar und dem 30. Juni 1951 exekutiert werden. Jeder Genosse, jede Genossin hatte sich einer hochnotpeinlichen individuellen Befragung durch ad hoc gebildete Kommissionen zu unterziehen – auch Kurt Rittwagen. Und er blieb in den Maschen des Fangnetzes hängen. Durch Beschluß der Landespartei kontrollkommission Brandenburg der SED vom 5. April 1951 wurde er aus der Partei ausgeschlossen. Die Entscheidung wurde durch die Zentrale Parteikontrollkommission der SED, bei der Rittwagens Einspruch erhoben hatte, ausdrücklich bestätigt, wie aus einem Schreiben von Hermann Matern, Chef der ZPKK und Mitglied des Politbüros, vom 2. Mai 1951 hervorgeht.

'Begründung

Rittwagen ist undurchsichtig und unehrlich. Er verschweigt manches aus seiner Vergangenheit, was heute kaum noch kontrollierbar ist. Seine amtlich erwiesene Vorstrafe aus dem Jahre 1932 wegen eines kriminellen Deliktes leugnet er hartnäckig.

Ungeklärt bleibt seine Rolle in der Sowjetunion von 1935-1939. Es besteht der Verdacht, daß er im Auftrage der Gestapo dort war. Erhärtet wurde der Verdacht durch seine negativen Äußerungen über die Sowjetunion, als er 1939 nach Deutschland zurückkehrte. Rittwagens Aussagen tragen den Charakter der Doppeltzügelei.'

Klar wie ein Kristall? Die Genossen müssen das damals anderes gesehen haben. Jedenfalls folgte dem Parteiausschluß der Verlust seiner Position in der Potsdamer Stadtverwaltung – und auch Rittwagens Frau Anne-Maria geborene Haase, er hatte sie 1950 geheiratet, ging ihrer Stellung als Sekretärin in der Kreisleitung Potsdam der SED verlustig. Als Frau eines Parteifeindes war sie selbst als Schreibkraft für die SED nicht mehr tragbar. So kam die Stunde der Staatssicherheit. Am 18. Juni 1952 wurde Rittwagen für die Landesverwaltung

Potsdam des MfS als Geheimer Mitarbeiter der 'Linie V' mit Einsatz in West-Berlin verpflichtet. Seine Frau folgte ihm als Gehilfin ins 'Operationsgebiet' – 'Fritz' und 'Peter' wurden aktiv. Seinen 'Kampfauftrag', der ein Bewährungsauftrag war, formulierte Rittwagen später folgendermaßen: („Fritz“ und „Peter“ waren also ihre Decknamen als GM)

'Wenn ich über meine Vergangenheit als operativer Kundschafter, Mitarbeiter in Westberlin, spreche, so muß ich betonen, daß meine Aufgabe darin bestand, mitzuhelfen, die trotzkistische Organisation in der Deutschen Demokratischen Republik zu zerschlagen und zu liquidieren.

Mein erster Weg nach Berlin war sehr kompliziert, da ich die wirklichen Verhältnisse in Westberlin überhaupt nicht kannte. Wenn ich auch damals 1952 in Potsdam lebte, kannte ich von Berlin nichts, ich mußte mich deshalb mit den örtlichen Verhältnissen erst vertraut machen. Zu Beginn meines Auftrages suchte ich die sogenannten Lesestuben der feindlichen Zentrale auf. Ich hatte einen Hinweis bekommen von unseren Genossen aus dem Ministerium für Staatssicherheit, daß sich in Berlin-Wilmersdorf ein trotzkistisches Zentrum befand.'

Es war das Berliner Büro des Buber-Neumannschen Befreiungskomitees für die Opfer totalitärer Willkür, das hier zur 'trotzkistischen Zentrale' hochstilisiert wurde. Rittwagen gelang es, vor dem Hintergrund seiner eigenen Verfolgung unter Stalin und Hitler, Vertrauen zu erwecken – der 'GM' konnte in die 'feindliche Agentur' eindringen. Nach einem MfS-internen Papier wurden mit seiner Hilfe 'insgesamt 30 gefährliche Agenten liquidiert', wenn dem folgenden – merkwürdigerweise undatierten – Dokument geglaubt werden darf:

'Vorschlag

für die Verleihung des

Vaterländischen Verdienstorden in Bronze

Rittwagen, Kurt

geboren 6.10.1914

ist als inoffizieller Mitarbeiter des Staatssekretariates für Staatssicherheit tätig.

Begründung:

Der Kurt Rittwagen arbeitet seit Juni 1952 für unser Organ. Er setzte sich im Juli 1952 in unserem Auftrage nach Westberlin ab. Mit seiner Hilfe war es möglich, eine Agentur in der Westberliner feindlichen Zentrale zu schaffen.

Seit 1952 hat Rittwagen durch seine Tätigkeit den Organen der Staatssicherheit wertvolle Dienste geleistet, so daß mit seiner Hilfe insgesamt 30 gefährliche Agenten liquidiert werden konnten. Unter anderem gelang es, durch seine Wachsamkeit eine geplante Befreiung von Verbrechern aus dem Strafvollzug der Deutschen Demokratischen Republik zu verhindern. Der Hauptagent, der Staatsanwalt sowie seine Ehefrau, konnten festgenommen und ihrer gerechten Bestrafung zugeführt werden.

(Der Hintergrund dieser Sache ist – mit Hilfe eines Staatsanwaltes sollten politische Häftlinge aus der Strafvollzugsanstalt Torgau freigelassen werden, und das hat er frühzeitig entdeckt und verhindert.) Weiter heißt es:

Rittwagen hat trotz Krankheit (Tbc) seine Arbeit in selbstlosem Einsatz durchgeführt. Rittwagen hat durch seine jahrelange gefährliche Tätigkeit bewiesen, daß er treu zur Sache der Arbeiterklasse und zur Partei steht und ist ein vorbildlicher Patriot.

(gez.) Unterschrift (gez.) Unterschrift

(Beater) (Jamin)

Oberst Oberst'

Einer der 'gefährlichen Agenten', die mit Rittwagens Hilfe 'liquidiert' wurden, war ich gewesen, aber meine Entführung bewirkte zugleich seine Enttarnung und damit das Ende seiner Karriere als 'Kundschafter' in West-Berlin. Auf seine befohlene Rückkehr in die DDR folgte jedoch keineswegs seine unverzügliche Einstellung als hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS, vielmehr dauerte sein Status als Inoffizieller Mitarbeiter bis zum 30. November 1956 an. Vermutlich aus Sicherheitsgründen lebte Rittwagen nach seiner Rückbeordnung nach Ost-Berlin unter dem Decknamen Paul-Hermann Schmid, also mit falscher Identität, im damaligen Berlin NO 55, Grellstraße 52 – eine Straße im Bezirk Prenzlauer Berg. Vorerst sollte Rittwagen der Staatssicherheit bei der Abwicklung der mit seinem Einsatz in West-Berlin in Beziehung stehenden Fälle zur Verfügung stehen. Diese Folgerung ergibt sich aus einem unter seinem Decknamen Schmid angefertigten Vernehmungsprotokoll vom 18. Juli 1955, in dem Aussagen zu meiner Person niedergelegt worden sind, die nur Rittwagen gewußt haben konnte. Zu diesem Zeitpunkt war er als Belastungszeuge in einem gegen mich vorbereiteten Strafprozeß vorgesehen. Selbst gegenüber der eigenen Justiz operierte die Staatssicherheit mit Decknamen, die die Identität ihrer Inoffiziellen Mitarbeiter hüten sollten.“

Ich möchte meine Lesung nun nicht allzusehr ausdehnen, sondern hier abbrechen, darf aber ganz kurz die Biographie zu Ende führen. Nachdem er nach Ost-Berlin zurückgerufen worden war, ist Rittwagen, ehe er hauptamtlicher Mitarbeiter der Staatssicherheit wurde – er begann als Unterleutnant – rehabilitiert worden, das heißt, die Zentrale Parteikontrollkommission hat auf Drängen der Staatssicherheit seinen Parteiausschluß rückgängig gemacht; die Gründe, die zu seinem Ausschluß geführt hatten, wurden widerrufen. Er ist dann nach verschiedenen Funktionen in der Staatssicherheit als Major in Rente gegangen. Am 15. Juli 1993 verstarb Kurt Rittwagen nach einem Herzinfarkt. Seine Verbrechen blieben ungesühnt. (Beifall)

Gesprächsleiter Dr. Hermann Rudolph: Dankeschön, Herr Fricke, nun Herr Fuchs.

Jürgen Fuchs: Ich lese drei kurze Gedichte und mache eine kleine Bemerkung, die auch sehr kurz ist.

„1978: Jetzt bin ich raus.

Jetzt bin ich raus.

Jetzt kann ich erzählen, wie es war.

Aber das läßt sich nicht erzählen,

und wenn, müßte ich sagen, was ich verschweige,

zum Beispiel, daß ich am 17.12.1976 in meiner Zelle saß,

mit dem Rücken zur Tür, und weinte,

weil ich am Vormittag das Angebot abgelehnt hatte,

mit ihnen zusammenzuarbeiten,

und du weißt, was es heißt, mit ihnen zusammenzuarbeiten.“

„1981: Treue

Ich bin jung, ich habe keine Stalin-Oden geschrieben.

Ich muß nicht vornehm schweigen oder in Andeutungen sprechen.

Ich kann lachen und weggehen,

wenn die Versammlung beginnt.“

„1994: Alles ist bekannt

Alles ist bekannt.

Die Akten wurden geöffnet, die Zeugen wurden gehört.

Das Feuilleton brachte Stellungnahmen von Schriftstellern,
Philosophen und dem Rechtsprofessor Wesel.

Im Innenhof der MfS-Hauptverwaltung in der Normannenstraße,
Berlin-Lichtenberg, zwischen geparkten Autos, Touristen-
bussen, Möbelwagen und Angestellten der Deutschen Bank, des

Finanzamtes, eines Supermarkts, sucht ein alter Mann mit
Umhängetasche und einer abgegriffenen Plastikhülle Haus 7.

'Wo ist Haus 7?' – fragt er. 'Ich muß zur Akteneinsicht um

9 Uhr. Ich war in Bautzen II. Haus 7. Hier ist die offi-

zielle Einladung mit Stempel und Unterschrift und Regi-

striernummer', sagt er.

'War hier die Staatssicherheit?' – fragt er.“

Und jetzt die kurze Bemerkung: Ich habe sie mir gerade notiert und eine Überschrift. Die Überschrift heißt: „Warum hämmert mein Herz?“ Ich fühle mich zurückversetzt in die Jahre 1971 bis 1975 in Jena als Student der Friedrich-Schiller-Universität, Studium der Psychologie. Obligatorisch, wo auch Prüfungen abgenommen wurden, das Fach ML – Marxismus-Leninismus –, am Katheder des Großen Hörsaals, den ich jetzt vor mir sehe, mitunter Professor Elm. Ich sehe noch Ihr Gesicht, Ihre herrischen Analysen, und jetzt sehe ich Sie wieder, unvorbereitet, obwohl ich es hätte wissen müssen, sitzen Sie vor mir als freigewählter Abgeordneter des Deutschen Bundestages und Mitglied der Enquete-Kommission, und es ist eine Situation, die ich nochmals überschreiben möchte mit dem Titel: „Warum hämmert mein Herz?“

Gesprächsleiter Dr. Hermann Rudolph: Dankeschön, Herr Fuchs. (starker Beifall) Der Titel der Veranstaltung heißt: „Identitäten in der DDR.“ Es ist also nicht die Rede von *der* Identität der DDR-Bürger, es ist nicht von Identität in Deutschland die Rede, und ich denke, wir haben in der letzten Dreiviertelstunde drei sehr unterschiedliche Formen, Versuche gehört, wie man einem solchen Thema nahekommen kann, sehr unterschiedlich in der Gattung, aber noch unterschiedlicher in der Zielrichtung der jeweiligen Versuche. Vielleicht sollten wir versuchen, um in ein Gespräch zu kommen, uns darüber zu unterhalten, was dieses Thema, das diese Tagung behandelt, für Sie bedeutet, und zwar als Gegenstand des eigenen Nachdenkens und des eigenen Lebens, auch des eigenen Schreibens. Frau Schubert, wollen Sie etwas dazu sagen?

Helga Schubert: Da ich Schriftstellerin bin, möchte ich es immer, wenn ich es formuliere, anders sagen, als ich es schon einmal gesagt habe, zumal ich denke, daß durch jede Formulierung und durch jedes Gedicht, durch jede Geschichte doch wieder eine Änderung in der Einstellung eintritt. – Und so möchte ich sagen, das, was mich im Moment am meisten berührt, ist das, was eben mit Jürgen Fuchs passiert ist. Es ist ja ganz anders – ich war nicht im Gefängnis, ich habe eher mehr an der Seite gestanden und sehe aber trotzdem das Problem des Saulus-Paulus ganz stark. Ich weiß nicht, ob es für dich ein Saulus-Paulus-Problem ist. Ich denke immer: Ist einem Menschen, der sich in der Diktatur so und so verhalten hat, jetzt zu glauben, kann ich ihm jetzt vertrauen, wo die Welt für mich politisch nicht mehr gefährlich ist? Das ist die Frage, die ich mir selbst stelle, und so muß ich mir immer die Frage stellen, wie komme ich mit der Verachtung zurecht, die ich doch empfinde, und ich weiß aber gleichzeitig, daß es unerwachsen ist, zu verachten, und ich weiß gleichzeitig, daß ich auch nicht wertvoller bin als andere Menschen. Trotzdem habe ich immer die große Versuchung, mich dann moralisch überlegen zu fühlen, und ich weiß aber, daß das nicht sein darf für eine erwachsene Bewältigung der Diktatur. Das würde nämlich bedeuten, daß man besser gewesen ist. Man kann nur sagen, man ist privilegiert gewesen, man hat versucht, anständig zu blei-

ben, aber auch das ist kein eigenes Verdienst. Ich gehöre also jetzt in dieser Zeit nach der Diktatur zu denen, die dauernd versuchen, Brücken zu bauen, bin aber nicht in solchen Täter-Opfer-Gesprächen, sondern es ist alles in meinem Kopf. Ich stelle mir jetzt z.B. von dem angesprochenen Professor die Vorlesung vor, erinnere mich an das, was er vorhin gesagt hat, und es passiert mir, daß ich mit ihm Mitleid habe, und ich müßte doch aber eigentlich mit dir Mitleid haben.

Jürgen Fuchs: Das brauchst du nicht. Ich möchte hier weder als Opfer noch als mitleiderregender Mann sprechen. Du hast vielleicht auch gar kein Recht zu solchem Mitleid.

Helga Schubert: Ich habe auch kein Mitleid mit dir. Du bist für mich ein erwachsener Mensch, der jetzt immer offen ist und damit auch ganz offen umgeht, diesen Eindruck habe ich. Trotzdem hast du das jetzt eben gesagt, und das ist ein Zeichen von Offenheit, und gleichzeitig ist es aber genau die wirkliche Verletzung, die ich selbst nicht so spüre. Wenn ich jetzt von Identität spreche, dann bin ich in einer anderen Welt gewesen in dieser DDR, und zwar viel weiter zurück, viel weiter weg.

Gesprächsleiter Dr. Hermann Rudolph: Herr Fuchs, sind diese Gedanken, die Frau Schubert eben geäußert hat, für Sie überhaupt nachvollziehbar? Denn Ihre Situation ist eine ganz andere gewesen – sie hat es ja eben beschrieben. Es ist dann durchaus denkbar, daß aus diesem völlig anderen Erlebnis, das Sie geformt hat, auch ein völlig anderer Blick entsteht, für den vielleicht sogar das, was Frau Schubert gesagt hat – in Richtung auf einen Versuch des Verstehens oder jedenfalls des Überbrückens gegenüber Entwicklungen, die ihr fremd sind –, vielleicht sogar als Hohn oder jedenfalls als nicht akzeptabel erscheint.

Jürgen Fuchs: Ich denke, daß das auf jeden Fall zu verstehen ist, man ist bewegt davon, und ich habe ja auch gleich darauf reagiert. Da ich nicht hierher gekommen bin, um verletzt zu sein, sondern um zu diskutieren, und wir nicht in einer Diktatur, sondern in einer Demokratie leben – man kann sagen, was man denkt –, und wir auch nicht in einer Therapie sind, das heißt, man kann lachen und weggehen oder bleiben, insofern ist die ganze Situation für mich eine authentische Situation, das heißt dort, wo es etwas kompliziert wird, denke ich, ist es richtig. – Professor Elm, der ja nun sowohl intellektuell als auch durch seine Anwesenheit, durch sein Amt, seinen Status absolut in der Lage ist, darauf zu reagieren, ist ja in keiner unfairen Situation, wo er beleidigt wird, im Gegenteil. Einer wagt nur in einer solchen Situation, versuchsweise authentisch zu sein. Er kann sich ja auch daran erinnern, daß der Student F. hingegangen ist zu den ML-Prüfungen bis zu einem gewissen Punkt. Er kann sich vielleicht erinnern, wieviele Studenten brav gegessen haben in den Reihen – Sie sehen vielleicht das große Rondell noch –, und er kann für sich in Anspruch nehmen, ab und zu sogar keß gewesen zu sein. Ich erinnere mich an Formulierungen, die ich jetzt noch etwas herausuchen müßte, wo ich dachte:

„Oh, der Elm sagt das ein bißchen anderes, ich ahne, daß er noch diese oder jene Nuancen hat.“ Jetzt würde ich sagen, vielleicht waren Sie eher so ein schlauer Markus-Wolf-Mensch, der es wußte, aber dennoch mitgemacht hat. Sie können gleich darauf antworten, wenn Sie möchten. Das ist für mich eigentlich die Situation des authentisch Sprechens und des Öffnens, aber nicht des Beschwichtigens, nicht diese Watte. Diese Watte ist ja das Schreckliche, wenn ich vorhin hörte, die DDR sei genug analysiert. Sie ist nicht genug analysiert, diese totalitäre Herausforderung von links oder pseudo-links ist überhaupt nicht ausreichend analysiert. Sie ist auch überhaupt noch nicht ausreichend erzählt, und sie ist schon gar nicht verabschiedet. Sie ist überhaupt nicht verabschiedet, wenn wir uns in einer solchen Situation befinden wie jetzt.

Und wenn die Welt nicht mehr politisch gefährlich ist, sagst du – na, das ist eine schöne Welt! Wenn diese Welt nicht mehr politisch gefährlich ist, wo wenige Kilometer weiter in Bosnien ein heißer Krieg war oder ist – die Welt ist absolut gefährlich an dieser Stelle. Wir befinden uns in einer Zwischensituation, und wenn ich es mal ganz zurückführe auf das, was ich eine totalitäre Herausforderung nenne, dann würde ich sagen, ich habe Leute getroffen, sogar jüngere Leute jetzt in Berlin, die z.B. bestreiten, daß in den KZ der Nazis Menschen umgekommen sind, und ich habe sehr gebildete, sich als links bezeichnende Menschen getroffen, die überhaupt nicht über die Millionen Toten des GULAG sprechen wollen. Ich habe sehr aufmerksam die Unterlagen der SED/PDS studiert, und ich sehe viele Eingeständnisse, aber ich sehe z.B. in ihren Dokumenten in der Enquete-Kommission keinerlei Verantwortungsübernahme für die Systemverbrechen des GULAG-Systems. Das ist für mich außerordentlich bedenklich, weil diese beiden Faktengebäude, dieses Schreckliche – NS, KZ und GULAG einschließlich der DDR-Beteiligung – unbedingt als Fakten und Realität anerkannt werden müssen. Wenn das nicht geschieht, ist es möglich, daß wir erneut eine diktatorische Situation erleben.

Gesprächsleiter Dr. Hermann Rudolph: Herr Elm, Herr Fuchs hat Sie angesprochen, und Sie wollen sich äußern.

Abg. Dr. Ludwig Elm (PDS): Ich bitte um Verständnis, das ist für mich persönlich eine dramatische Situation. Ich verstehe Jürgen Fuchs völlig, weil wir uns zum ersten Mal jetzt wieder so begegnen. Das hätte auch bei einer anderen Gelegenheit in Jena oder woanders der Fall sein können. Ich bitte um Verständnis, wenn jetzt meine erste Bemerkung nur wirklich fragmentarisch ist. Ich kann nur anbieten, zur Verfügung zu stehen, daß man das irgendwo einmal mit Blick auf vergangene Jahre fortsetzen könnte, um das, was dazwischen liegt, auch einmal auszubreiten, zu bilanzieren mit den unterschiedlichen Wegen, die wir hatten. Um das letzte anzusprechen – das verstehe ich völlig, diesen Anspruch –, ich glaube, ich habe nicht nur in mündlichen Stellungnahmen, sondern auch in Veröffentlichungen Nachweise, daß das für mich Ende der achtziger Jahre und im Übergang zu den neunziger Jahren mit dem Umbruch, mit der Wende ein Schlüsselproblem gewesen ist, mit dem Bruch mit der Vergangenheit, mit dem Ansatz zum Neubeginn, um mit allen diesen jahrzehnte-

langen Halbheiten und Inkonsistenzen im Umgang mit diesen Verbrechen, mit diesen Belastungen, mit allen diesen Verdrängungen Schluß zu machen. Ich will nur andeuten, daß das ein solches Thema wäre für die Aussprache darüber, wie man sich sieht, daß man dann doch seiner Überzeugung folgend in Mitverantwortung für Apologie geraten ist, sich nicht frühzeitiger freimachen konnte von der Disziplin, in die man jahrzehntelang hineingewachsen war, die man verinnerlicht hatte, daß man immer wieder auf Kompromisse einging und sehr spät dann, im Sommer und Spätsommer und Herbst 1989, fähig war, sich davon zu lösen. Dafür gibt es auch Zeugnisse, und wenn ich hier bin, hat es etwas damit zu tun, daß man nicht bei den Letzten war und auch nicht bei denen, die sich gedrückt haben, bevor allerletzte Entscheidungen 1990 gefallen sind, diesen Bruch zu vollziehen, dazu zu stehen und sich an einem Versuch des Neubeginns zu beteiligen. Das ist jetzt fragmentarisch.

Vielleicht darf ich, Herr Thomas Ammer, das sagen, daß unsere Wege sich auch gekreuzt haben um 1957/58 in Jena an der Universität, zeitweilig in der FDJ-Hochschulgruppenleitung, als wir verschiedene Wege genommen haben, von der gleichen Herkunft in Ostdeutschland, jedoch mit verschiedenen Wegen und gegensätzlichen Positionen, in gegensätzliche Lager eingeordnet. Wir haben uns daran erinnert, als wir uns in Bonn trafen während der Tätigkeit in der Enquete-Kommission, und ich habe mich gefreut, bei meiner Mitverantwortung und Mitschuld, die ich sehe und zu der ich mich bekenne, daß Thomas Ammer darauf einging, als ich ihm am Jahresende sagte, ich würde mich freuen, wenn wir uns einmal zusammensetzen und uns aussprechen könnten über die heutige Sicht dazu. Er war dazu bereit, das hat stattgefunden, und wir arbeiten hier zusammen. Ich breche das jetzt hier ab und mache das Angebot zu weiterem Gespräch, ich würde mich persönlich freuen. Es hätte auch eher sein können, ich hätte auch die Initiative ergreifen können. Jetzt hat es sich hier in diesem Rahmen ergeben, eine spontane Situation, die die Geschichte aber bereit hält, wenn sich Wege früher oder später so überschneiden. Das zunächst, wenn es nicht noch andere Fragen gibt.

Gesprächsleiter Dr. Hermann Rudolph: Danke, Herr Elm. Herr Fricke, ich will jetzt die Parallelen nicht überziehen, aber das, was Sie vorgetragen haben, ist ja auch eine Begegnung mit einem früheren Leben, und zwar einem Leben, das für Sie dann – was Sie jetzt nicht berührt haben – zunächst einmal unterbrochen ist durch eine Reihe von Zuchthausjahren in Bautzen, also mit einer wirklich verlorenen Lebenszeit, auch wenn Sie daraus Ertrag gehabt haben werden, und dann mit einem ganz anderen Leben in der Alt-Bundesrepublik. Wie sieht für Sie jetzt die Begegnung mit diesem Rittwagen aus? Sehen Sie in ihm einen Feind, der Ihnen ein Stück Leben geraubt hat? Sehen Sie in ihm, wie man ja aus der Biographie herauslesen könnte, eine Kreatur, die nicht wußte wohin und woher, der vielleicht am Ende sogar eine Art von Mitleid zukommen könnte? Wie ist die Begegnung mit diesem früheren Teil Ihrer Existenz?

Sv. Karl Wilhelm Fricke: Wir haben ja heute morgen schon verabredet, daß wir uns auch Geschichten erzählen wollen aus dieser DDR. Ich hatte als damaliger Leiter der Ost-West-Abteilung beim Deutschlandfunk im Dezember 1991 eine Diskussion zu leiten, an der unter anderen auch die Ost-Berliner Historikerin Wilfriede Otto teilnahm. Sie überreichte mir voller Stolz ein druckfrisches Exemplar ihres Buches über deutsche Kommunisten als Opfer des NKWD. Wie das so ist, wenn man ein neues Buch in die Hand nimmt, man sieht es zunächst diagonal durch, und da bleibt mein Auge hängen an einer Namensliste von Genossen, deren Schicksal noch nicht geklärt wurde, die aber auch zu den vom NKWD verfolgten deutschen Kommunisten gehört hatten. Unter diesen Namen war der Name Kurt Rittwagen. Ich sagte ihr, Frau Otto, das kann ich Ihnen erklären, warum dessen Schicksal nicht geklärt ist. Der Mann war inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit und ist mein Entführer gewesen.

Ich habe dann insgesamt vier Jahre in Einzelhaft zugebracht – Hermann Rudolph hat es schon erzählt –, das nur zur Vervollständigung. – Er hatte sich dort als Opfer des Stalinismus gemeldet und war bereit, seinen Lebenslauf zu Protokoll zu geben. Als ich das erfahren habe, habe ich mir natürlich seine Adresse besorgt. Erst einmal hat Frau Otto mit ihm ein Gespräch geführt, und er hat erklärt, er könne sich nicht an mich erinnern. Das ist ja keine sehr originelle, aber häufig anzutreffende Erklärung solcher Leute; ich spreche da immer von „Stasi-Alzheimer“, das ist vielleicht ein bißchen zynisch, aber es trifft die Sache. Dann habe ich ihm allerdings ein Fernsehteam des Senders Freies Berlin, der Redaktion „Kontraste“, in die Wohnung geschickt, das sollte ein Statement von ihm aufnehmen. Da hat er auch nochmal vor der Kamera gesagt, daß er sich nicht erinnern könne.

Ich neige eigentlich der letzten Variante zu, die Sie hier ausgebreitet haben, das heißt, ich habe sogar ein gewisses Mitleid mit ihm. Er ist natürlich schon auch ein Opfer dieser irrsinnigen deutschen Verhältnisse in den dreißiger, vierziger und fünfziger Jahren gewesen. Aber ich gestehe gleichzeitig, daß ich auch eine gewisse Verachtung für ihn spüre oder gespürt habe – er lebt ja nicht mehr – insofern, als er sich nicht zu seinem Tun, dessen er sich ja als Tschekest noch gerühmt hat in einem Erinnerungsbericht, nach 1990 bekannt hätte etwa in dem Sinne – „ich habe damals an die gute Sache geglaubt, ich sehe, ich habe mich geirrt“ – oder so etwas. Eine Entschuldigung gab es natürlich nie. Aber er ist für mich kein Feind – natürlich nicht, dafür ist er für mich auch zu unbedeutend, wenn ich das vielleicht einmal etwas überheblich sagen darf. Er war ein Mann, der sehr stark in das Schicksal meiner Familie eingegriffen hat. Nicht nur ich bin durch ihn ins Gefängnis gekommen, sondern auch meine Mutter, die damals noch in der DDR lebte, in Harzgerode, also in Sachsen-Anhalt. Es ist also eine sehr ambivalente Haltung, die ich ihm gegenüber einnehme.

Gesprächsleiter Dr. Hermann Rudolph: Nach dem, was Sie zitiert haben, ist ja mindestens eines auszuschließen – daß er über so wenig Erinnerungs-

vermögen verfügt hätte oder über ein solches Verdrängungsvermögen, daß er das nicht mehr gewußt hat. Dies muß gelogen sein, sonst können die übrigen Stellen eigentlich nicht stimmen.

Sv. Karl Wilhelm Fricke: Daran kann kein Zweifel sein.

Sv. Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Adolf Jacobsen: Die hochinteressante Diskussion, insbesondere wenn ich an das denke, was Herr Fricke zuletzt ausgeführt hat, muß möglicherweise auch die Frage erneut in den Mittelpunkt stellen, ob wir heute wirklich richten können bezüglich der Überzeugung der einzelnen Menschen, die damals aktiv geworden sind. Herr Fricke – in Ihrem Falle, wenn ich Ihren Entführer nehme, kann man wahrscheinlich weniger davon sprechen, daß das ein entschiedener, überzeugter Klassenkämpfer, mehr wohl auf dem Hintergrund seiner Biographie, daß er ein Opportunist gewesen sein mag. Aber ich bin überzeugt auf der anderen Seite, daß es natürlich auch viele überzeugte Klassenkämpfer gegeben hat, die vom theoretischen Anspruch her geglaubt haben, das sei rechtens oder eine „gerechte Sache.“ Das ist eine sehr schwierige Frage, und, lieber Herr Kollege Elm, erlauben Sie mir, zurückzukommen auf das, was Sie ausgeführt haben. Ich erinnere mich, als Sie vor meinen Studenten unmittelbar nach der Wende sprachen, habe ich Ihnen eine Frage gestellt. Ich war natürlich hochinteressiert daran zu erfahren, wie verhält sich ein Wissenschaftler, der jahrzehntelang – ich will einmal vorsichtig formulieren – bona fide seine ganze Wissenschaft auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus seinen Studenten vermittelt hat. Was uns und meine Studenten interessierte, war das Problem: Über Nacht müssen Sie also eingestehen, daß Ihre Lehre – ich will nicht sagen eine Irrlehre war, aber doch auf falschen Prämissen aufgebaut und vielfach an den Tatsachen vorbei, auch in der Interpretation nicht akzeptabel gewesen ist. Sie haben eine sehr interessante Formulierung gefunden, die Sie eben angedeutet haben. Wären Sie willens, dazu noch ein paar Bemerkungen zu machen? Meine Studenten und ich haben damals den Eindruck gewonnen, daß Sie tatsächlich innerlich damit gerungen haben, jetzt im Hinblick auf die Verantwortung Ihren Studenten gegenüber in der Vergangenheit, das ganze Weltbild nur im Prokrustes-Bett des Marxismus-Leninismus zu sehen.

Letzte Frage, Frau Schubert: Ich habe mich stets gefragt – erlauben Sie bitte, daß ich immer wieder die Beispiele aus dem Dritten Reich anführe, das ist nun meine Erinnerung, meine Erfahrung –, wenn im Jahre 1938 in einem heute uns erkennbaren schon totalitären System ein Engländer oder ein anderer mich gefragt hätte: „Bist Du eigentlich unfrei?“ – ich hätte ihn ausgelacht, ich hätte das gar nicht verstanden, den Begriff der Freiheit. Sie haben einmal mit Recht die interessante Formulierung gebraucht – ein Leben in einem eingemauerten Land. Haben Sie eigentlich – das wäre meine Frage – empfunden, daß Sie unfrei gewesen sind, daß Sie sich nicht selbst verwirklichen konnten? Sie haben sich ja arrangiert. Alles also immer im Vergleich zu dem, was wir damals als junge Menschen im Dritten Reich empfunden haben. Ich kann das jetzt nur als damals Jugendlicher zitieren, ich war nicht alt genug, um das zu verstehen,

aber von Unfreiheit haben wir eigentlich wenig gespürt, weil wir einen anderen Freiheitsbegriff, einen anderen Begriff der Lebens-, der Selbstverwirklichung hatten als später. Ich wäre dankbar, wenn Sie dazu noch etwas sagen könnten.

Abg. Dr. Ludwig Elm (PDS): Ich möchte diesen Kreis jetzt nicht zu sehr aufhalten. Nur eine kurze Bemerkung: Ich glaube, der Eindruck ist zutreffend, daß man sagen muß, es ist legitim, daß ein Wissenschaftler eine politische Entscheidung trifft, eine politische Bindung eingeht, auch bis zu einer Parteimitgliedschaft. Aber er wird seiner Aufgabe als Wissenschaftler untreu, wenn er diese spezielle Verantwortung als Wissenschaftler, als Historiker, als Politikwissenschaftler der politischen Disziplin, der Parteidisziplin, solchen Beschlüssen unterordnet. Ich will das in der Richtung andeuten, dieses Wechselverhältnis, daß wir glaubten, es wäre unter den sozialistischen Bedingungen neu und anders gelöst. Das ist eine der Fehleinschätzungen gewesen, und das hat in der Folgezeit immer eine Rolle gespielt und wird weiterhin Gegenstand der Diskussion sein.

Eines möchte ich noch im Nachtrag zu der ersten Erwiderung von Jürgen Fuchs ergänzen. Es ist nachweisbar, daß ich meine Biographie, z.B. auch als Abgeordneter, mit meiner Verantwortung, die ich trage, mit meinen Funktionen und Bindungen offengelegt habe. Das ist zugänglich, und dazu stehe ich im Sinne des hier Gesagten. Das ist jetzt eine erste Bemerkung, und das wäre ein Thema, was an anderer Stelle fortzusetzen ist, auch in unserem Kreis; wir hatten es ja schon auf der Tagesordnung.

Gesprächsleiter Dr. Hermann Rudolph: Frau Schubert, dann zu zwei Sätzen Herr Fricke und danach Herr Hilsberg.

Helga Schubert: Ich habe mich unfrei gefühlt. Dieses System habe ich gehabt, ich habe es frühzeitig verlassen wollen, schon bevor die Mauer gebaut wurde, und ich habe aus familiären Rücksichten, eigentlich aus Liebe zu dem Mann, der sich meiner wegen scheiden ließ, mit dem ich jetzt seit 20 Jahren verheiratet bin und der die DDR nicht verlassen wollte, das Land nicht verlassen. Ich war zeitweilig suizidal, weil ich weg wollte und ihn nicht verlassen wollte. Ich habe aus diesem Grunde auch das Ende der DDR tatsächlich als die Möglichkeit für ein zweites Leben angesehen. Wenn jemand gefragt hätte: „Wie findest Du das Land?“, dann konnte ich das nur in bezug auf die Leute sagen, denen ich vertraut habe. Das Arrangement mit diesem Staat hat sich bei mir in Grenzen gehalten. Ich bin weder jemals in die SED eingetreten noch habe ich für den Staatssicherheitsdienst gearbeitet. Ich war Christin und habe aber immer ganz genau gewußt, was verboten wäre; das habe ich dann unterlassen. Ich habe merkwürdigerweise oft davon geträumt, im Gefängnis zu sitzen, aber ich habe mich ausgesprochen vorsichtig verhalten. Ich würde nicht sagen, daß ich eine Mitläuferin war, aber ich habe keine Gruppe gebildet, ich bin nicht in den Widerstand gegangen und habe einfach gedacht, du bist hier ausgeliefert; ich habe mich eigentlich ohnmächtig gefühlt.

Sv. Karl Wilhelm Fricke: Ich möchte mir nur zwei Bemerkungen zu Herrn Jacobsen erlauben. Sie haben völlig recht – es gab auch und gerade in der Staatssicherheit durchaus überzeugte Klassenkämpfer, wie Sie es ausgedrückt haben, fanatische Kommunisten. Aber ich kann Ihnen nicht folgen in der Forderung, daß sie deshalb, weil sie das waren, nicht für Unrecht gehalten haben, was sie taten, im Gegenteil. Ich kann Ihnen nur wieder als konkreten Beleg dafür folgendes anbieten: Mein Vernehmungsoffizier sagte einmal im Laufe einer Vernehmung, als wir in eine kleine Diskussion kamen, was ich mir eigentlich vorstellte, ich sei nicht bei der Gestapo, ich würde selbstverständlich vor Gericht kommen. Ich meine, nach der Entführung war es ja zumindest eine naheliegende Erwägung, daß ich auch nicht vor Gericht komme. „Wir stellen Sie vor Gericht, Sie kommen vor ein Gericht des Volkes.“ Worauf ich ihm sagte: „Na ja, gut, das ist um so besser, das kann mir nur recht sein, ich brauche das Volk nicht zu fürchten. Wenn Sie das Volk auch nicht fürchten müssen, ist es ja gut.“ Darauf meinte er, na ja, er wäre sich natürlich klar darüber, daß die Arbeiterklasse nicht schon so politisch reif wäre, daß sie alle politischen Handlungen und Aktivitäten der Staatssicherheit verstünde oder gar gutheiße. Und derselbe Vernehmungsoffizier war derjenige, der dann in seinem Schlußbericht die Empfehlung ausgesprochen hat, daß das gegen mich durchzuführende Verfahren, daß die Hauptverhandlung vor Gericht unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattzufinden habe. Wenn er kein Unrechtsbewußtsein gehabt hätte, dann wäre dazu ja kein Grund vorhanden gewesen. Er hat etwas verbergen wollen, genauso wie – das ist ja eine Erfahrung, die jeder ehemalige Häftling bestätigen kann – weder die Anklageschriften noch die Urteilsausfertigungen jemals ausgehändigt wurden, weil man genau wußte, daß das, was dort zu lesen war, unrechtmäßig war, und man wollte verhindern, daß das schwarz auf weiß dokumentiert werden konnte. Insofern kann ich Ihnen im zweiten Teil Ihrer These nicht folgen.

Gesprächsleiter Dr. Hermann Rudolph: Jetzt Herr Hilsberg.

Abg. Stephan Hilsberg (SPD): Die Äußerungen von Ihnen, Herr Jacobsen, erinnern mich – das hängt wieder mit Jürgen Fuchs zusammen – an Situationen in der DDR. Wenn man bei unterschiedlichsten Gelegenheiten sich des Unrechts, in dem man lebte, bewußt war und in der Diskussion mit den dafür Verantwortlichen die Leute nicht zu packen bekam, wenn plötzlich die Mauer legitimiert wurde als „antifaschistischer Schutzwall“, wenn politische Strafjustiz, wenn Zensur legitimiert wurde als etwas, was in dem Augenblick notwendig war – und diese Diskussion hat es durchaus gegeben in der Schule im Staatsbürgerkundeunterricht usw. –, war immer das eine unsichtbare Grenze, solange man die Diskussion innerhalb der Theorie des Marxismus-Leninismus, oder wie das auch immer genannt wurde, führte und versuchte, den Lehrer in innere Widersprüche zu verwickeln, so daß er sich entlarvte. Das klappte so gut wie nie, es sei denn, man hätte ihm – ich sage das mal drastisch – das Messer vor die Brust gehalten. Aber das hat man sich nicht getraut. Heute beschleicht mich ein ganz ähnliches Gefühl, wenn es darum geht, sich Entschuldigungen anzuhören, Entschuldigungen derjenigen, die dafür mit ver-

antwortlich waren und die plötzlich sagen, einerseits waren sie verantwortlich, andererseits waren sie wieder nicht verantwortlich. Es wird da relativiert. Ich meine – Überzeugung hin, Überzeugung er –, das ist nicht das Wesentliche. Das Wesentliche ist, daß da jemand dazu beigetragen hat, daß die Freiheit anderer Menschen verletzt wurde, und das ist der Punkt. Überall, wo das geschieht, egal aus welchem Grund, muß man einschreiten. Überzeugung – darüber kann man reden und diskutieren, aber das gibt maximal mildernde Umstände. Wenn jemand dafür verantwortlich ist, daß er die Freiheit anderer, daß er die Menschenwürde anderer verletzt hat, dann, denke ich, muß das in aller Entschiedenheit und ganz klar benannt werden, denn es ist eben nicht so, daß die Menschenwürde schon mit der deutschen Einheit garantiert ist. Die Menschenwürde und die Freiheit von uns und unseren Mitbürgern ist nur dann garantiert, wenn sie in der Überzeugung, daß sie notwendig ist, in die Herzen aller unserer Mitbürger Eingang gefunden hat und ganz tief und fest verankert ist. Menschenwürde und Freiheit unserer Mitbürger sind erst dann garantiert, wenn jeder weiß, daß der Anschlag auf die Freiheit meines Nachbarn der Anschlag auf meine eigene Freiheit ist. Wenn das verankert ist, dann können wir über den Kommunismus reden.

Gesprächsleiter Dr. Hermann Rudolph: Dankeschön, Herr Hilsberg, jetzt Herr Poppe.

Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90 / Die Grünen): Ich möchte gern Karl Wilhelm Fricke und Jürgen Fuchs eine Frage stellen, weil es ja sehr aufschlußreich ist. Wenn Herr Fricke 40 Jahre nach der Entführung recherchiert im Detail oder wenn Jürgen Fuchs zwölf Jahre nach seiner Ausbürgerung, nach der Knastentlassung und Abschiebung, nach dem Fall der Mauer erst wieder Freundeskontakte aufnehmen kann, die jahrelang nicht möglich waren – was ist hängengeblieben? Wenn wir diesen sehr verschwommenen Begriff von Identität hier während dieser Anhörung debattieren – hat das irgendetwas mit diesem Begriff zu tun? Ist dieser Teil des Lebens so nachhaltig, daß 40 oder 20 Jahre Zeit vergehen und man diese Geschichte nicht los wird? Hat das irgendetwas mit der DDR oder mit der deutsch-deutschen Geschichte zu tun?

Gesprächsleiter Dr. Hermann Rudolph: Herr Fricke.

Sv. Karl Wilhelm Fricke: Ich habe dieses Buch geschrieben, nachdem ich meine Akten eingesehen hatte. Da habe ich mich entschlossen, doch darzulegen, und zwar durch sorgfältige Recherche, daß, was geschehen war, nicht zufällig, sondern als Ergebnis bestimmter Strukturen, bestimmter Herrschaftsmechanismen geschehen war. Ich habe dann auch versucht, mir die Personen anzusehen, die in diesen 40 Jahren in diesen Fall als Handelnde verwickelt waren. Ich habe nicht nur die Biographie von Rittwagen recherchiert, sondern auch z.B. die meines Vernehmungsoffiziers oder die des Vizepräsidenten des Obersten Gerichts, der in dem Prozeß gegen mich als Vorsitzender des 1. Strafsenats tätig geworden war, um zu verstehen, wie sie zu solchen Verhaltensweisen, zu solchen Handlungen in bestimmten Situationen gekommen

sind. Das hat schon, meine ich, etwas mit Identität zu tun. Ich wollte also, wenn das nicht vermessen klingt oder so mißverstanden werden kann, das Allgemeine des Systems in der Besonderheit meines Falles sichtbar machen oder, um es mit einem Zitat von Nikolai Ostrowski auszudrücken – das ist allerdings jetzt ein böser Sarkasmus, wie ich gleich entschuldigend hinzufügen darf: „Ich bin ein kleiner Regentropfen, in dem sich die Sonne der Partei spiegelt.“

Jürgen Fuchs: Die jetzt hier vorgetragenen Argumentationen müssen nicht kommentiert werden. Ich möchte nur noch einmal sagen, daß ich hier nicht in einer gefühligen persönlichen Erinnerung spreche, obwohl ich Gefühle äußere, sondern daß ich gekommen bin als Diskussionspartner und auch als politischer Mensch und überhaupt keine Absicht habe, weder innerlich noch strategisch, einen hier anwesenden Menschen zu verletzen. Herr Professor und Abgeordneter Elm, ich habe überhaupt keine Veranlassung, Sie zu verletzen und persönlich irgendetwas an Ihnen abzuarbeiten. Ich bin nur polemisch, und zwar nicht gegen Sie, sondern gegen Ihre Rolle und Ihre Vergangenheit als Rollenträger von Ihrer Parteiidentität her. Ich bin polemisch, und da will ich es kurz sagen: Es ist eine Rechnung offen. Ich rechne mich zur authentischen Linken, spätestens seit dem Jahre 1974, in einer Weise, wie sie machtkritisch ist, wie sie sich wehrt gegen die Herrschaft, die fast total ausgeübt wurde, die sich noch dazu Arbeitermacht oder links nannte. Sie war keine Linke, und wir, die wir mitgemacht, als junge Leute uns herumgequält haben, haben einen Bruch vollzogen. Sie haben ihn nicht vollzogen, als Biermann, Sohn eines in Auschwitz umgekommenen Vaters, ausgebürgert wurde, die Naziwaffe herausgeholt wurde, als junge Leute im Gefängnis saßen aus Jena. Sie haben Solidarnosc überstanden, ohne zu brechen. Sie haben eine ganze Reihe von ganz wichtigen Ereignissen, die in ihrer unmittelbaren Nähe stattfanden, über sich ergehen lassen und haben innerlich wahrscheinlich gezuckt oder gesagt, das ist unklug – möglicherweise, das traue ich Ihnen zu – und auch das Ende geahnt, nur: Sie sind nicht in Gegnerschaft gegangen. Linke, Christen oder Liberale, die authentisch meinen, was sie für richtig halten angesichts der Erlebnisse, die wir gemeinsam hatten, müssen aber brechen mit dem Verbrechen. Und das ist nun der Punkt, den ich jetzt vorausschicke, nicht um mich zu erhöhen, sondern um die Polemik zu kennzeichnen. Jetzt haben Sie folgendes getan: Sie sind nicht, vielleicht im September 1989, innerhalb einer Fraktion, eines Handstreichs, wie es in Polen und Ungarn teilweise war, hervorgetreten – wenigstens als Fraktion –, dann würde ich Sie respektieren. Aber ich respektiere Sie politisch nicht, weil Sie im nachhinein einen Linienwechsel vollziehen und weil Sie hineingehen in eine Begrifflichkeit, für die ich im Jahre 1976 als einer von vielen politischen Gefangenen den Kopf hingehalten habe, nämlich demokratischer Sozialismus. Als ich gesagt habe – ja, demokratischer Sozialismus, Prag, das ist besser, da sagte der Vernehmer – so, staatsfeindliche Hetze, noch einen drauf!. Sie haben es drauf, den Begriff des demokratischen Sozialismus hervorzuzaubern für diese Einheitspartei, Sie haben es drauf, und Sie haben eine Sozialdemokratie gegenüber, die nicht zuckt (oder nur die Gründer der Ost-SPD zucken), und Sie haben die Fähigkeit, damit politisch zu unter-

laufen – Sie führen das auch vor. Natürlich können wir diskutieren, wir wollen den Streit, die Rechnung ist offen, und wir möchten, daß diese Art von Zuschreibung der Verantwortung und einer politisch vollzogenen Etikettierung, als seien Sie Dissidenten, als seien Sie Opposition, als seien Sie das, was Sie in der Zeit, als es darauf ankam, nicht waren, endet. Dieses Übernehmen des Dissidenten-Deutchs – Gorbatschow hat einmal mit Sacharow telefoniert, und schon konnte er seinen Sound –, so schnell geht das nicht, und diese politische Polemik vermisse ich, zu der möchte ich beitragen, und ich vermisse sie ganz besonders in Magdeburg, auch in Brandenburg. Diese frisch, locker, polemisch, aggressiv geführte Diskussion ist ein Grund, weshalb ich hergekommen bin. (Beifall)

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Nach den letzten Ausführungen von dir, Jürgen, möchte ich den Faden noch einmal aufgreifen und an Robert Havemann erinnern. Robert Havemann hat nach seiner Befreiung aus der Todeszelle von Brandenburg den sowjetischen Weg gewählt und, soweit mir bekannt, ihn auch mit aller Konsequenz, einschließlich Kooperation mit dem NKWD/MWD und Mitarbeit am sowjetischen Atomprogramm, beschritten. Er hat dann als politischer Kommissar, als „Klassenkämpfer“, um das Wort von Jacobsen in Erinnerung zu rufen, die Humboldt-Universität von der Jungen Gemeinde gesäubert. Er war Stalinist. Dann kam dieser berühmte XX. Parteitag der KPdSU 1956. Nur als Fußnote: Die PDS hielt es 1995 noch für notwendig, auf ihrem 5. Parteitag im Januar 1995 einen Beschluß gegen jegliche Form des Personenkults zu fassen. – Havemann hat dann versucht, die Reform der SED voranzubringen, und es gibt ein sehr eindrucksvolles Heft der „Einheit“ aus dem Jahre 1957 mit Walter Ulbricht, wo Havemann fordert, daß die „Einheit“ nicht mehr das ideologische Führungsorgan der Partei sein soll, sondern daß daraus eine Debattenzeitschrift hervorgeht und der Marxismus-Leninismus als analysierende Wissenschaft eingreift. Ich will das folgende überspringen bis zu dem entscheidenden Punkt, wo er 1964 seine Vorlesungen hält und anschließend ein gehorsamer, gewendeter Nazi ihn trickreich aus der Akademie der Wissenschaften hinausbefördert. Havemann wird dann vom FDJ-Organ „Forum“ angegriffen. Das Blatt weist ihm Widersprüche nach zwischen seinen Positionen von 1956 und 1964. Havemann antwortete: Es war doch alles noch viel schlimmer; na klar, ich war Stalinist. Aber nach dem XX. Parteitag habe ich begriffen, daß ich denken muß, daß ich verantwortlich bin, und danach habe ich gebrochen mit diesem falschen Glauben. Und um seine Verantwortung zu unterstreichen, ist Havemann nicht aus der DDR weggegangen, sondern ist dageblieben. Meine Frage, auf die ich seit Jahren gerade von Menschen wie Ihnen, Herr Elm, eine Antwort zu bekommen versuche: Warum blieb Havemann so allein in dieser DDR?

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Ich habe zunächst eine Frage an Herrn Fricke. Herr Fricke, der Fall, den Sie jetzt noch einmal dargestellt haben, interessiert doch etwas in den Details. Sie haben diesen Rittwagen ja kennengelernt. Ich möchte gern wissen, um diesen Fall näher beurteilen zu können: Was haben Sie zum Zeitpunkt der Entführung von diesem Rittwagen gewußt, denn

das, was Sie hier vorgetragen haben, ist ja erst später von Ihnen recherchiert worden?

Dann eine generelle Frage an Sie: Sie haben eben eine Persönlichkeit dargestellt, die unbestreitbar sogar an einem politischen Verbrechen beteiligt war wie dieser Rittwagen, denn Entführung ist unzweifelhaft ein Verbrechen. Sie haben dennoch gesagt, es gibt ein Ineinander von Strukturen und persönlichen Verantwortlichkeiten. Das Teuflische ist in der Tat doch dies gewesen, daß die Strukturen durch die Menschen hindurch gewirkt haben, und es ist eben die Frage, wie man jetzt letztlich diese Dinge beurteilen kann. Rein strafrechtlich ist das für mich keine Frage, daß der Betreffende verantwortlich ist, aber dennoch hat es mich überzeugt, daß Sie dieses Ineinander, daß Sie die Strukturen jedenfalls zu einem Teil für das, was geschehen ist, mit verantwortlich gemacht haben. Um so mehr gilt dies natürlich, wenn man das einmal ausweitet auf das politische System insgesamt.

Herr Fuchs, ich bin mit Ihnen der Ansicht, daß in der PDS, und ich habe das ja auch schriftlich fixiert, ein lediglich „halbherziger Revisionismus“ dominiert, was kritikbedürftig ist. Sie heben sehr stark auf persönliche Verantwortlichkeiten ab. Aber sind es nicht doch, wie Frau Schubert sagt, die Strukturen, die die Menschen zu dem gemacht haben, was sie waren? Gibt es irgendwo auch – wie Adolf Arndt das einmal bezogen auf die Nationalsozialisten gesagt hat – gleichsam „ein Menschenrecht“ auf politischen Irrtum? Ich meine nicht, daß es ein Recht auf politische Verbrechen gibt, um das ganz klar zu sagen. Aber gibt es nicht auch ein Recht, daß man sich einmal verstiegen hat in eine politische Position? Muß es dann nicht auch die Möglichkeit geben, sich von diesen Positionen zu befreien und zu neuen Positionen zu gelangen? Welche Möglichkeiten sehen Sie für diesen Personenkreis, sich von den einmal gegebenen Verstrickungen wieder zu lösen?

Gesprächsleiter Dr. Hermann Rudolph: Dankeschön. Wir kommen jetzt ein wenig in zeitliche Bedrängnis. Deswegen möchte ich bitten, daß zunächst einmal die beiden Herren, die sich noch gemeldet haben – Herr Eppelmann und Herr Kowalczyk – zu Wort kommen und daß wir danach sozusagen aufräumen, was dann hier noch bleibt, soweit das heute abend hier möglich ist.

Abg. Rainer Eppelmann (CDU/CSU): Diese Enquete-Kommission gibt es ja, und wir sind deshalb heute hier zusammengekommen, weil auf dem Hintergrund dessen, daß diese DDR tot ist, heute aber noch Verhaltensweisen, die sie mit ihrer Existenz und ihren Bedingungen geprägt und beeinflusst hat, lebendig sind, da sind, qualmen. Identität hat nach meinem Verständnis etwas – nicht nur, aber auch – mit Selbstverständnis zu tun, mit Erfahrungen, die man gemacht hat, mit einer eigenen Biographie, mit einer Einstellung zum Leben, mit Wünschen und Vorstellungen, was man von seinem Leben erwartet und erhofft. Ich hoffe, daß darin auch ein Stück weit so etwas wie ein Bild vom Menschen vorkommt – was ist der Mensch überhaupt? –, weil daher auch ein Stück bestimmt wird, wie ich mich anderen gegenüber verhalte.

Mehrere Jahre nach der Öffnung einer ganzen Reihe von Akten wissen wir heute sehr viel genauer, als wir das selbst zu Zeiten der Existenz der DDR wußten, was diese DDR zumindest auch ausgemacht hat. Wir haben heute dafür wieder Beispiele gehört, also auch von Verbrechen, von staatlich verordneten Verbrechen, von Eingesperrt-sein, Eingemauert-sein, von Kaputtgemacht-werden. Das steht ja vielleicht mit dahinter, wenn Jürgen hier seinen Professor fragt: Weißt du, was das bedeutet, was du da mit Studenten getan hast, wenn du so vor ihnen gestanden bist und dich auf sie eingelassen hast? Was für ein Bild haben die Regierenden von uns gehabt, wenn sie meinten, wir wären alle ein bißchen doof und müßten zu unserem Glück gezwungen werden? Vieles, bis dahin, daß diese DDR zum Schluß pleite war und wir heute ca. 2,2 Billionen Mark an Investitionen aufbringen müssen, damit es vergleichbare Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern wie in den alten gibt, wissen wir. Jetzt sind von den 2,2 Millionen SED-Mitgliedern 120.000 alte übriggeblieben und neue eingetreten. Und es gibt eine ganze Reihe von ehemaligen DDR-Bürgern, die eine Partei, die Wert darauf legt, nur die umbenannte SED zu sein, heute wieder wählen. Können Sie drei mir erklären, wo das herkommt und wie das zu verstehen ist? Ich verstehe es nämlich nicht.

Gesprächsleiter Dr. Hermann Rudolph: Herr Kowalczuk

Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk: Mich hat ebenfalls sehr die Bemerkung von Jürgen Fuchs zu seinem ehemaligen ML-Professor bewegt. Mich hat auch – das darf ich vielleicht an dieser Stelle sagen – dieser personale Ton, der dann eine Stunde hier vorherrschte, etwas betroffen gemacht. Ich glaube, daß es wichtig ist, sich Geschichten zu erzählen, aber ich glaube, daß man dadurch prinzipiell nicht viel weiter kommt, wenn es um die Frage geht, was für Strukturen waren eigentlich vorhanden. Deswegen will ich, auch polemisch, an Jürgen Fuchs und zugleich auch an Manfred Wilke zurückfragen: Ist es nicht irrig, immer wieder die Frage zu stellen – jetzt konkret an Herrn Elm –: Warum haben Sie nicht nach 1964 Havemann unterstützt, warum sind Sie nicht 1981 aufgestanden? Muß man nicht vielmehr sagen – und jetzt, entschuldigen Sie, Herr Elm, muß ich das natürlich auch an Ihrer Person festmachen –, verflucht nochmal, das war die SED? Die SED und das, was dazugehörte, war doch nicht irgendein Gebilde im luftleeren Raum. Die SED bestand ganz konkret aus Figuren und nicht zuletzt aus ML-Professoren (**Zwischenruf Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke:** Aus Menschen). Das wollte ich hier noch einmal anbringen.

Gesprächsleiter Dr. Hermann Rudolph: Frau Schubert:

Helga Schubert: Es ging mir eben so, wie es mir auch in der DDR gegangen ist. Ich habe immer gedacht, daß das Problem der autonomen Linken und der SED eine Minderheit in der Bevölkerung, in der ich lebe, betrifft und daß eigentlich ein großer Teil der Bevölkerung innerhalb der DDR weder die autonome Linke wollte noch die SED. Die Menschen waren in einem repressiven Staat und haben versucht, ihr Leben zu leben, weil sie nämlich gar nicht raus-

kamen. Sie haben versucht, einigermaßen glücklich zu sein, was ich überhaupt nicht verurteile. Und jetzt gibt es also 20 bis 22 Prozent in der Bevölkerung, die PDS wählen – das ist eine Minderheit. 80 Prozent wählen sie nicht, und jetzt muß ich mir schon wieder Gedanken darüber machen: Warum wählen 20 Prozent PDS? Ich wundere mich, warum man sich dauernd mit einer Minderheit beschäftigen muß, die sich ideologisch bekriegt, die eine – in ihren Augen – Weltverbesserungsideologie durchsetzen will mit mehr oder weniger Terror. Die überwiegende Mehrheit in der Bevölkerung will das überhaupt nicht und zeigt das auch durch ihr Wahlverhalten. Wir haben jetzt freie Wahlen, und diese Partei wird nicht von der Mehrheit gewählt. Aber man sieht wie ein Kaninchen auf die Schlange und sagt, die machen ihre Heimatvereine, überall sind sie drin usw. und hat dauernd Angst, daß sie die Übermacht bekommen. Man hat im Grunde Angst vor einer fanatischen Ideologie, man ist paranoid und sieht auf sie, statt seine eigenen demokratischen Strukturen zu stärken, indem man eben zur Wahl geht oder indem man in diesem breiten Bereich dessen, was die Ideologen verachten, versucht, ein ganz normales Leben zu führen. Es ist nämlich lebenswert, dieses Leben. Ich habe mir jetzt zweimal überlegt, was soll ich Redaktionen sagen, die mich auffordern, mich etwa zu den Wahlergebnissen in Berlin zu äußern. Inzwischen werde ich so etwas überhaupt nicht mehr tun. Die Leute können wählen, was sie wollen – wir haben ja nicht einen Staat mit Terror. Sie werden fragen, was diese Leute etwa in der Kommunalpolitik bringen. Viele sind vermutlich konservativer, als man es sich überhaupt vorstellen kann. Jedenfalls die Leute der PDS, die ich so sehe, haben die am genauesten geschnittenen Haare, die Damen sind elegant, immer so in der Art eines mittleren Modejournals, aber immerhin. Es ist wirklich das Kleinbürgertum, was so ein bißchen das Großbürgertum sein will. So war es auch in der DDR. Wir hatten wirklich die Diktatur der Geschmacklosigkeit. Jetzt haben sie die D-Mark und können sich bessere Sachen kaufen. Aber im ganzen ist es so, daß ein überwiegender Teil der Bevölkerung sich für diese Dinge überhaupt nicht interessiert und trotzdem nicht blöde ist. Ich sympathisiere mit dieser überwiegenden Mehrheit, das muß ich einfach sagen.

Gesprächsleiter Dr. Hermann Rudolph: Dankeschön, Frau Schubert. Jetzt noch Herr Fricke und Herr Fuchs, und dann haben auch alle, die hier im Podium agiert haben, ein letztes Wort gehabt.

Sv. Karl Wilhelm Fricke: Ich möchte vor allem auf die Frage von Herrn Faulenbach antworten: Was wußte ich von Kurt Rittwagen, und wie habe ich ihn damals gesehen? Ich habe Kurt Rittwagen etwa im Januar 1954 kennengelernt, da war er als IM – was ich damals natürlich nicht wußte – Mitarbeiter des Berliner Büros des Befreiungskomitees für die Opfer totalitärer Willkür, das Margarete Buber-Neumann gegründet hat mit Sitz der Zentrale in Frankfurt. Ich hatte als junger Journalist, der sich in seiner Arbeit auf SED und DDR spezialisiert hatte, zu diesem Befreiungskomitee und auch zu anderen Pressestellen, etwa des Gesamtdeutschen Ministeriums in Berlin, des Untersuchungsausschusses Freiheitlicher Juristen oder der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit, Kontakte, um dort Informationen zu bekommen, und das habe

ich auch zum Teil erreicht. Kurt Rittwagen lernte ich kennen als angeblichen Flüchtling aus der DDR, der mir deshalb interessant war, weil er einerseits in der Nazizeit verfolgt war und andererseits auch mit dem Stalinismus gebrochen zu haben schien, sonst wäre er ja nicht geflüchtet. Da er mit dem Befreiungskomitee in Verbindung stand und für mich Margarete Buber-Neumann eine Zeitzugin war, die mich durch ihr Buch „Als Gefangene bei Stalin und Hitler“ frühzeitig beeindruckt und geprägt hatte, hatte ich überhaupt keinen Grund, ihm zu mißtrauen, im Gegenteil. Er hat mir dann auch aus seiner KZ-Zeit berichtet. Ich habe z.B. einmal ein Porträt von Karl Schirdewan geschrieben, und da hat er mir wahrheitsgemäß Informationen über Schirdewans Verhalten im Konzentrationslager Sachsenhausen gegeben. Das war also die Basis, auf der ich die Kontakte zu ihm hatte. Ich habe dann erst 1990 aus den Akten erfahren, daß er mich seit Februar 1954 bespitzelt hat – er und seine Frau –, die Spitzelberichte liegen vor. Und nun kommt jetzt die Frage, die auch noch einmal Sascha Kowalczuk aufgeworfen hat: Inwieweit ist das denn auch strukturell bedingt, inwieweit ist das irgendwie exemplarisch für das System? Daß ich bespitzelt wurde, erklärt sich aus der Tatsache, daß das Befreiungskomitee für die Opfer totalitärer Willkür der Staatssicherheit als trotzkistisches Zentrum galt und die Staatssicherheit sich wiederum verstand als „Schild und Schwert der Partei.“ Es ging also nicht nur um staatsfeindliche Bestrebungen, die unterbunden werden mußten, sondern – das beweisen ja Hunderte von Schicksalen – auch um parteifeindliche Bestrebungen. Wegen meiner Kontakte zu Margarete Buber-Neumann – ich habe z.B. auch seinerzeit in ihrer Zeitschrift „Aktion“ publiziert – galt ich, obwohl ich das nicht war – ich war gleichzeitig Korrespondent des „Rheinischen Merkur“ –, als trotzkistischer Agent. So entstand der Maßnahmeplan zu meiner Entführung im Rahmen einer stabsmäßig vorbereitenden und organisierten Aktion, in deren Verlauf – das kann man alles in meinem Buch nachlesen – 521 „Agenten“ in der DDR verhaftet und ungefähr acht oder zehn aus West-Berlin entführt wurden. Einer davon war ich gewesen, und insofern, glaube ich Ihnen, ist mein Fall schon auch strukturell erklärlich, das heißt vor dem Hintergrund der Stasi-Strukturen und ihrer ideologischen Motivation zu erkennen und zu erklären.

Jürgen Fuchs: Vielleicht im Gegensatz zu dir, Helga, interessiere ich mich für Politik und finde politische Themen interessant, habe sogar versucht, sie ab und zu in Gedichte einzuschmuggeln, wie du vorhin gemerkt hast. Aber ich habe dazu ein offenes Verhältnis, und da es eben hier eine Veranstaltung ist mit der Gelegenheit, sich dazu Gedanken zu machen und zu diskutieren, mache ich das – das ist erst einmal der Grund. PDS oder auch Republikaner, eigene Irrtümer interessieren mich in dieser Hinsicht.

Zu mir selber will ich sagen – auch zu Ihnen, wenn Sie mich fragen –, daß mir folgende Sätze ganz wichtig sind: 1. Jeder ist selbst im Irrtum – mindestens partiell. Wer Wahrheit für sich pachten will, hat sie nicht. 2. Ich könnte der andere sein.

Ich kenne nicht Ihre Biographie. Hundertprozentig sicher könnten hier bei einzelnen ganz verschiedene Entwicklungen sein. Hier ist überhaupt niemand da, der sagt: So ist es toll gewesen. Der Antrieb für das Schreiben oder für diese Art von essayistischem und literarischem Polemisieren kam aus eigenen Zweifeln und Verzweiflung. Ich habe z.B. mit 18 Jahren eine Uniform anziehen müssen für 18 Monate, und das hat mich nach der Lektüre von Böll und Borchert – Großmutter Bekennende Kirche und dann schon Havemann und Biermann gelesen („Soldat, Soldat in Uniform“) – wahnsinnig gequält: Wirst Du sozusagen eine Ratte?

Dazu könnte ich weitere Ausführungen machen, aber nur dies will ich sagen: Andere Menschen – und das werfe ich ihnen nicht vor, ich stelle es nur fest – haben offenbar eine größere Fähigkeit, mit solchen eigenen Spiegelbildern, auch mit großen Angelegenheiten, zurechtzukommen, z.B. 1974 – noch einmal Jena angesprochen – die Ausbürgerung Solshenizyns. Das sind ja keine kleinen Jenaer Geschichten, nicht einmal die PDS- oder SED-Geschichte reicht aus. Jetzt also fangen sie an, in dieser nachstalinistischen Sowjetunion – wie wir dachten – auszubürgern, und noch dazu einen solchen Autor. Dort ganz tief ergriffen gewesen zu sein und auch dagegen, das nehme ich für mich in Anspruch. Dann kamen Brüche, die waren schwer genug – ich habe überhaupt nicht gewußt, was mir blüht. Soll ich mich dafür entschuldigen? Soll ich es, weil das in Teilen ganz gut war, zurücknehmen? Soll ich jetzt, weil andere sich anders verhalten haben, aber insgesamt viel mehr Macht haben als Typen wie ich, in irgendeine Art von Duckhaltung gehen, in so eine verständnisvolle seiernde Harmonie? Ich denke überhaupt nicht daran. Die Polemik ist gesetzt, und sie wird ausgetragen. Wenn die PDS z.B. in der Lage ist, in dem Bericht der ersten Enquete-Kommission zu formulieren, daß die DDR in bezug auf die allgemeinen Menschenrechte und Menschheitsfortschritt gut abschneidet, dann kann ich nur sagen: He, was habt ihr denn von dieser totalitären Struktur-Ost oder von diesen beiden Diktaturen in Deutschland überhaupt begriffen? Offenbar in Heuerscher Manier relativ wenig, und dort setzt meine Polemik ein, gar nicht später oder vorher. Ich kann mir schon vorstellen, wie das war in solchen Ämtern. Ich kann mir doch vorstellen, wie meine eigenen Kisten gewesen sind. Das ist der Punkt, an dem ich sage: Was ist denn jetzt? Ich polemisiere – das hängt gar nicht mit Stasi-Akten zusammen – gegen die Heimlichkeit, diese Partei neuen Typus, dieses Unterlaufen der offenen Debatte, das Verächtliche gegenüber der öffentlichen Diskussion, dieses keine Schlußfolgerungen ziehen, wenn man öffentlich angefragt wird. Das wird doch vorgeführt durch diese Partei, auch durch Teile der SPD. Stolpe z.B. als inoffizieller Mitarbeiter, aber auch Gysi mit dieser fortgesetzten schlaun Heimlichkeit sind für mich ganz gefährlich in einer einzigen Hinsicht. Sie setzen fort diesen Verrat, diese Verkommenheit in der demokratischen Politik, die eingesetzt hat in dieser Leninschen Partei neuen Typus. *Deshalb* polemisiere ich, nicht weil ich Gysi unmöglich finde – ich finde ihn gar nicht unmöglich –, nicht weil ich eine Partei, die so spricht wie die PDS z.B. ganz blöde finde – überhaupt nicht. So eine Partei ist sehr anziehend, weil sie ja gerade diese Art von Fraktions-

bildung macht, die man sich vorher so sehr erwünscht hat. Sie sagen ja alles, was DDR-Bürger jahrzehntlang in dieser Scheiß-Diktatur gut gefunden hätten. Daher kommt ja ihre Kraft, nur mit der kleinen witzigen Zugabe – danach –, wieder kommen sie eine Diktatur zu spät. Das ist meine Polemik. (starker Beifall)

Gesprächsleiter Dr. Hermann Rudolph: Meine Damen und Herren, es gibt den etwas boshaften Journalistenspruch: „Bleiben Sie nicht sachlich, werden Sie persönlich.“ Ich hatte an diesem Abend wirklich den Eindruck, daß es umgekehrt war, und zwar in einem ganz konstruktiven, ernsten Sinn. Das Persönlich-Sein hat zur Sache geführt, und das ist, glaube ich, ein Gewinn, der zu den Debatten des heutigen Nachmittags einen wirklichen Beitrag an diesem Abend hinzugefügt hat. Jetzt hat Herr Eppelmann das Wort.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Dankeschön. Ich danke Ihnen herzlich, daß Sie mit uns so viel Geduld hatten, so lange ausgehalten haben. Ich muede Ihnen sogar zu, daß ich Sie einlade, morgen früh um 9.00 Uhr wieder hier zu sein, da geht es weiter. Ich kann mir vorstellen, daß da auch wieder erinnert und erzählt wird. Tun Sie das aber bitte, wenn möglich, auch außerhalb dieser Räume und nicht nur auf Einladung der Enquete-Kommission – sich erzählen und sich erinnern. (Beifall)

Ende der Sitzung am 13. Mai 1996: 22.10 Uhr.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich möchte Sie alle ganz herzlich begrüßen. Ich freue mich, daß einige von Ihnen auch heute, den zweiten Tag, den Weg zu uns gefunden haben und mitverfolgen werden, wie das so mit dem Leben der Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik gewesen ist. Wenn ich mir die Themen noch einmal anschau, die uns heute beschäftigen werden, wird eben deutlich, daß sich das Leben in der DDR nicht nur bei der Staatssicherheit oder im Politbüro abgespielt hat, sondern daß es da zum Glück auch andere Lebensbereiche gab. Ich begrüße heute unter uns ganz herzlich den Bischof von Magdeburg. Ich freue mich sehr, Herr Bischof Nowak, daß Sie uns die Ehre geben, erstens hierher zu kommen und uns zweitens die Freude machen, zu uns zu sprechen. Bitte, Sie haben das Wort.

Bischof Leopold Nowak: Diese Freude, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist keine Einbahnstraße, sondern auch auf meiner Seite ehrlich und echt vorhanden. Ich möchte Sie deswegen ganz herzlich hier in Magdeburg begrüßen, zum ersten in der Stadt Magdeburg und zum zweiten auch hier in unserem Roncalli-Haus, das im Oktober vorigen Jahres eröffnet werden konnte. Wir sind über diese Einrichtung sehr froh. Ich persönlich und viele andere freuen sich auch, wenn dieses Haus weit über den innerkirchlichen Kreis hinaus genutzt werden kann.

Der Name des Hauses ist ein Programm. Der Namensträger dieses Hauses, nämlich Papst Johannes XXIII, hat als Konzilspapst den Versuch gemacht,

wie es an einer wichtigen Stelle heißt, die Fenster der Kirche zu öffnen und frische Luft hineinzulassen. Dies geschieht immer dann, wenn Menschen sich hier in diesem Haus niederlassen und versuchen, miteinander ein Stück des Weges gemeinsam zu gehen. Diesem Papst war ja die Verständigung unter den Menschen, unter den Völkern und nicht zuletzt unter den Religionen ein Herzensanliegen. Das ist nach wie vor eine Aktualität, die wir nicht außer acht lassen dürfen.

Meine Damen und Herren, Sie setzen sich dafür ein, daß der Prozeß der deutschen Einheit nicht zum Erliegen kommt, sondern weitergeführt wird. Am Anfang möchte ich Ihnen auch ganz persönlich für diesen Einsatz und dieses Engagement danken.

Ich kann ungefähr ermessen, daß dies ein schwieriges Unterfangen ist. Wenn ich persönlich auch verständlicherweise eher in sogenannten kirchlichen Kreisen verkehre, so weiß ich als ehemaliger DDR-Bürger und Zeitgenosse doch sehr um die Probleme, die ein Zusammenwachsen erschweren. Meines Erachtens muß mit realistischem Sinn und gleichzeitig mit einer ermutigenden Vision daran gearbeitet werden. Lassen Sie mich zu diesen zwei Punkten ein paar geringfügige Aussagen machen.

Was verbirgt sich unter dem Schlagwort „realistischer Sinn“, wenn ich daran denke, daß das Wort von der sogenannten Befindlichkeit nach wie vor von sich reden macht? Dieses Wort, besser diese Erfahrung, ist nicht nur etwas, was mir, ja uns sozusagen gegenübersteht. Es ist ganz wichtig, sich selbst anzufragen und in sich hineinzuhorchen, wie ist in diesem Zusammenhang meine eigene Befindlichkeit. Solche Befindlichkeit gibt es nicht nur hier im Osten, sondern, wie ich in vielen Gesprächen erfahren habe, selbstverständlich auch, wie wir immer noch sagen, im Westen. Aber bei aller Zustimmung – und diesen Punkt, der ist Ihnen ja genügend bekannt, darf ich aber nochmals erwähnen –, bei aller Zustimmung der meisten Menschen hierzulande zur deutschen Einheit – das muß immer wieder gesagt und herausgestellt werden – bleibt so etwas wie ein dumpfes Lebensgefühl.

Ich sage das einmal ganz bewußt und deutlich, weil meiner Meinung nach der gesamte Prozeß der deutschen Einigung nicht nur eine Sache der Rationalität ist; vielmehr ist der Mensch dabei sehr stark von seiner Emotionalität geprägt, von seinen Gefühlen. Und damit ins reine zu kommen – das scheint mir weitaus schwieriger zu sein, als mit Sachverstand allein an die Dinge und Probleme heranzugehen. Dieses dumpfe Lebensgefühl heißt eben auch – wir müssen mit einer Beurteilung ja immer vorsichtig sein –, wir waren vielleicht doch nicht so gut, und wir haben eigentlich auch kaum etwas vorzuweisen.

In der Zeit der Wende – ich bin genau 1990 hier in Magdeburg Bischof geworden –, in der Zeit der Wende haben wir, so kann ich mich erinnern, eigentlich immer geantwortet, wir können uns nur mit unserer Geschichte und vor allen Dingen mit unserem Menschsein einbringen, nicht – das ist mir sehr wichtig – nicht mit dem, was wir haben, sondern mit dem, was wir sind, näm-

lich Menschen. Nicht das Haben, nicht das Besitzen, letztendlich auch nicht das Können und letztlich auch nicht die Leistung machen bekanntlich den Menschen zum Menschen, sondern das Sein – das Menschsein. Das ist, das darf ich an dieser Stelle sagen, das größte Geschenk. Das ist die eigentliche Gabe und unabhängig von Ost und West, von Nord und Süd.

Ich persönlich bin der Meinung und Überzeugung, daß Menschen, die sich dem Christentum verpflichtet wissen (die deswegen nicht von vornherein bessere Menschen sind als die anderen, aber die versuchen, diesen Glauben in ihr Leben einzulassen), sich danach ausrichten und orientieren sollten. Denn das Sein – das Menschsein –, das ist uns geschenkt, das ist uns mit auf den Weg gegeben. Daran hat keiner von uns gebastelt, das ist uns vorgegeben, und deswegen ist es so wertvoll. Wir als Christen sind der Überzeugung, daß uns dieses Menschsein von Gott selbst geschenkt ist.

Eine Nebenbemerkung: Was mich bei der Aufarbeitung der sogenannten Stasi-Vergangenheit immer wieder so verdrießlich macht, ist letztlich, daß dieses Menschsein von allen möglichen Seiten so sehr mit Füßen getreten worden ist. Das spielte absolut keine Rolle, sondern der Maßstab dieser unserer unseligen Vergangenheit war eben nicht das Sein des Menschen, sondern seine Ideologie. Es ist in diesem Zusammenhang stets nur die Rede von denen, die belastet sind, die einbezogen wurden oder die sich haben einvernehmen lassen – mit oder ohne Schuld –, und kaum ist die Rede von denen, die als Funktionäre eines staatlichen Machtapparates Druck und Verdemütigung ausgeübt haben. Und weniger ist nach meiner Einschätzung die Rede von denen, die menschliche und berufliche Nachteile wegen ihres Menschseins auf sich nahmen, weil sie Menschen sein und bleiben wollten, mit einer unveräußerlichen Überzeugung und Geradlinigkeit. Diese Geschichte müßte meiner Meinung nach noch geschrieben werden.

Also ein realistischer Sinn, aber auch, das möchte ich am Ende hinzufügen, eine ermutigende Vision. In der Bibel ist immer die Rede von der Neuen Stadt, vom Himmlischen Jerusalem, sehr plastisch: wo es keine Klage mehr gibt, keine Traurigkeit, wo jede Träne abgewischt wird, wo es keine Finsternis mehr gibt, weil Gott selbst das Licht der Menschen ist. Wer solche Visionen hat – und diese wünsche ich Ihnen allen miteinander gerade bei einer solchen wichtigen Aufgabe –, wer von solcher Zukunft fasziniert ist, der wird immer auch, so meine ich, Wege finden, die an solche Zukunft wenigstens ein Stück näher heranzuführen. Und ich erlaube mir einmal den Hinweis – ganz egal, aus welcher politischen Überzeugungsecke Sie persönlich auch kommen –, eine solche Tätigkeit, ein solcher Einsatz, ein solches Engagement kann nur annähernd geleistet werden, wenn wir von einem solchen Glauben an die Zukunft erfüllt sind. Sonst können wir uns auf keinen Prozeß einlassen.

Wir müssen das Ziel sehen. Die biblische Offenbarung, und das ist für mich das Faszinierende am Christentum, ist auch immer eschatologisch zu sehen. Es

fängt hier an, es beflügelt uns hin auf eine weitaus größere Welt, die uns bei allem Bemühen offensteht, aber auch gleichzeitig verborgen bleibt.

Wer also von solcher Zukunft fasziniert ist, der wird immer Wege finden, die an eine solche Zukunft – ich bin hier ganz vorsichtig – heranführen. Deshalb ist diese Kopplung so wichtig – Realitätssinn und trotzdem ein unwahrscheinlicher Glaube an die Zukunft. Aus dieser Spannung gelingt uns das Leben. Ein Mensch, der von seinem Menschsein überzeugt ist, wird auch andere ein Stück mitreißen können, damit wir immer mehr zusammenwachsen.

Meine Damen und Herren, eine andere Zukunft gibt es nicht. Ich danke Ihnen, daß Sie sich dafür mit ganzer Kraft einsetzen. Gott segne Sie. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Bischof Nowak, wir danken Ihnen ganz herzlich. Ja, auch jetzt wollen wir uns wieder auf den Weg machen, für viele scheinbar auf den ersten Blick ein Blick zurück in die Vergangenheit, aber das, was Sie gesagt haben, gibt mir die Möglichkeit, noch einmal darauf hinzuweisen, daß es eigentlich ein Weg nach vorne ist, ein Weg in die Zukunft, von der wir überzeugt sind, daß wir sie haben, wozu aber gehört, daß, wenn man die Zukunft haben will, man den Weg betrachtet, den man bisher gegangen ist. Bei einem Volk, das so unterschiedliche Wege in 45 Jahren gegangen ist, ist vielleicht in besonderer Weise wichtig, daß man sich gegenseitig erinnert und erzählt, wie diese Wege ausgesehen haben. Die nächste Gesprächsrunde wird Prof. Mocek leiten, und ihm dabei behilflich sein werden beim thematischen Mitarbeiten Herr Jordan, Herr Dr. Rach, Herr Dr. Schulze, Frau Prof. Weiske und Herr Zahn.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Reinhard Mocek: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir beginnen jetzt mit der Podiumsrunde „Stadt und Region als kultureller Lebensraum in der DDR und im Prozeß der deutschen Einheit.“ Ich möchte unser Podium vorstellen. Es beginnt mit Frau Prof. Christine Weiske, Jahrgang 1950, geboren in Apolda, Volontariat nach dem Abitur beim Deutschen Fernsehfunke in Berlin, Redaktion Agrarpolitik, dann ein Studium an der Sektion Journalistik der Universität Leipzig, aus persönlichen Gründen Exmatrikulation, dann Arbeit als Kindergartenhelferin und Gärtnerin in Potsdam, als Souffleuse und kulturpolitische Mitarbeiterin im Landestheater Halle, dann Studium der Soziologie und Philosophie an der Universität in Halle, Arbeit als Stadtsoziologin im Büro des Bezirksarchitekten in Erfurt bis 1980, dann Assistentin an der Hochschule für Architektur und Bauwesen, schließlich Promotion in Jena, Assistentin an der Hochschule für Architektur und Bauwesen, Habilitation in Halle 1990 und wieder weitere Tätigkeit in Weimar, schließlich Facultas docendi der Stadt- und Regionalsoziologie 1990, wissenschaftliche Angestellte an der Universität Dortmund im Fachbereich Raumplanung 1992 bis 1994 und danach Berufung auf den Lehrstuhl Regionalforschung und Sozialplanung an der Technischen Universität Chemnitz-Zwickau 1995. Dann möchte ich vorstellen Herrn Carlo Jordan zu meiner Rechten, Jahrgang 1951, geboren in Berlin, Zimmererlehre, Bauingenieurstudium in Berlin bis 1972,

1972 Ausscheiden aus der FDJ-Leitung des Kombinats Ingenieur-Hochbau aus Protest gegen das neue Absolutengesetz, 1970 bis 1981 Beteiligung an verschiedenen oppositionellen konspirativen Zirkeln, ab 1973 alternative Landhausprojekte in der Uckermark bis zu ihrer Zwangsräumung durch das MfS 1984, 1972 bis 1979 Bauleiter in Berlin, 1976 Festnahme wegen einer Eingabe zum Freitod des Pfarrers Brüsewitz, 1978 Fernstudium von Philosophie und Geschichte an der Humboldt-Universität, Relegierung 1982, 1980 bis 1989 künstlerische und kirchliche Bauprojekte, 1985 bis 1989 Dozent für Philosophie und Literatur an Bildungsstätten der evangelischen Kirche in Potsdam, 1982 bis 1986 Mitarbeit in verschiedenen Ökologiekreisen, Mitbegründer der Berliner Umweltbibliothek und Mitarbeiter der „Umweltblätter“, 1987 bis 1990 DDR-Koordinator im osteuropäischen Netzwerk Greenway, 1988 Mitbegründer des grünen Netzwerks „Arche“ und von dessen Samisdat-Zeitschrift „Arche Nova“, schließlich Mitbegründer der Grünen Partei in der DDR, Dezember 1989 bis März 1990 Sprecher der Grünen Partei am Zentralen Runden Tisch, bis Dezember 1990 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung von Ost-Berlin, 1994 bis 1995 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin. Weiter möchte ich vorstellen Herrn Dr. Hans-Jürgen Rach, geboren 1940 in Berlin, Studium in Weimar und Berlin, Diplom-Ethnologe 1965, dann bis 1969 Mitarbeiter in der Akademie der Wissenschaften der DDR zunächst am Institut für deutsche Volkskunde, dann im Wissenschaftsbereich Kulturgeschichte und Volkskunde des Instituts für Geschichte, Promotion 1971, seit 1991 Denkmalpfleger bei der Kreisverwaltung in Beeskow, Landkreis Oder/Spree, Veröffentlichungen u.a. über ländliche Bauten in der Magdeburger Börde, im Land Brandenburg und in Berlin. Dann möchte ich vorstellen Herrn Dr. Harald Schulze, 1934 geboren in Jena, Theologiestudium in Leipzig, Rostock, Jena, 1964 Promotion, dann ein Dorfpfarramt in Neundorf bei Schleiz, seit 1967 Inhaber des Lehrstuhls für Systematische Theologie an der Kirchlichen Hochschule Naumburg, bis 1986 Mitglied des Evangelischen Konsistoriums Magdeburg, 1983 im Auftrag des Bundes der Evangelischen Kirchen befaßt mit dem Luther-Jahr und theoretischen Fragen zum christlichen Kulturerbe, 1986 bis 1991 Professor für Praktische Theologie an der Kirchlichen Hochschule Berlin-Brandenburg, vormals Sprachenkonvikt, 1991 Habilitation in Halle, seit dieser Zeit Beauftragter der evangelischen Kirche bei Landtag und Landesregierung Sachsen-Anhalt, Veröffentlichungen zu Themen aus Systematischer Theologie, politischer Ethik und zu den Stasi-Aktivitäten gegen die Kirche und zur kirchlichen Zeitgeschichte. Herr Karl-Heinrich Zahn wird in seinem Beitrag die näheren Umstände seiner Biographie selbst darstellen: Jahrgang 1939, geboren in Pommern, Theologiestudium an der Universität Halle-Wittenberg, seit 1967 Pfarrer in Saxdorf – eine Pfarrstelle für 13 Dörfer in Kreis Bad Liebenwerda – und seit 1967 zahlreiche Kunst- und Kulturprojekte zusammen mit einem Maler und Graphiker.

Das Thema der Rolle regionaler Identitäten, ihre Wirkungen in der DDR und ihr Fortwirken danach ist von einer theoretischen Sicht und von der lebensweltlichen Innenansicht anzupacken. Die Beiträge werden beide Seiten des

Themas behandeln. Zunächst wird Dr. Harald Schulze sprechen, dann Herr Dr. Rach, dann Herr Jordan, Herr Zahn und schließlich Frau Prof. Weiske. Ich erteile das Wort zunächst an Herrn Dr. Schulze.

Dr. Harald Schulze: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich versuche, mich in das Thema „Stadt und Region als kultureller Lebensraum in der DDR“ hineinzufinden. Wenn ich das richtig auffasse, geht es an diesem Vormittag offenbar weniger darum, wie einzelne Menschen oder ganze Gruppen marginalisiert, unterdrückt, observiert wurden, sondern um einen Lebensraum, der als kultureller Lebensraum gefüllt werden konnte. In welchem Sinne ist hier aber von Kultur zu sprechen? Kulturbegriffe werden ganz unterschiedlich gebraucht. Sie können definiert, sie können eingegrenzt werden. Zur Kultur gehören die Musikszene einer Jugendband und natürlich der Männergesangverein, der in einem Dorf seit Jahrzehnten bestehengeblieben ist und auch durch die Zeit der DDR noch bestehen blieb. Zum Kulturbereich gehört selbstverständlich eine Universität mit ihrer hochdifferenzierten Öffentlichkeitsarbeit; ich bin in Jena groß geworden. Zur Kultur gehören das Theater und die Sinfoniekonzerte, aber wahrscheinlich auch Turniertanzkreise. Wenn hier in Magdeburg ein Tanzkreis „Blau-Silber“ seine Preise bekam – dazu gehört ja eine Lebenswelt. Dazu gehören die Museen und die Kabarets, aber ganz sicher auch die Laienkunstgruppen, die „Urania“ und die Volkshochschulen in der DDR. Wie soll nun hier von Kultur gesprochen werden? In meinem Beitrag möchte ich das ein bißchen einschränken. Ich lasse Theater, Film und Universität aus, aber auch die Szenegruppen der Jugendkultur. Ins Auge gefaßt wird das, was als kulturelle Betätigung sich der Geschichte, der Musik, der Literatur, den schönen Künsten zuwendet und was im weiteren Sinne als eigene kulturelle Kreativität zu verstehen ist.

Wenn wir heute von der Stadt und der Region als einem kulturellen Lebensraum sprechen, müssen wir freilich noch einmal zurückübersetzen in die Rahmenbedingungen der DDR. Das heißt, die strenge Eigenständigkeit in der Kulturpolitik auf der Seite der Kommunen, wie man heute sagt, oder der Länder gegenüber einer Zentrale war ja von der DDR nicht gewollt, sondern hier griffen das Zentrale und das Lokale immer ineinander, so daß Abgrenzungen in Wirklichkeit nicht gelingen und man von dem Lokalen wahrscheinlich sehr schnell immer auf das Zentrale zu sprechen kommt. Aber es wäre, und das finde ich das Fruchtbare an der Fragestellung von heute vormittag, es wäre blind, wenn man über den Problemen des Zentralen tatsächlich die Lebenswelt der Region und der Städte vergessen würde. Mein Erfahrungsbereich ist der von Thüringen und von dem heutigen Sachsen-Anhalt, wie Sie aus der Vorstellung von Herrn Prof. Mocek gehört haben. Nun also ein paar Punkte, auf die hin es sich sicher lohnt, zu diskutieren.

1. Es gab profilierte kulturelle Tätigkeiten, die im Rahmen einer Stadt oder einer Region einen Lebensbezug ermöglichten, der weitgehend vom staatlichen Reglement freigehalten werden konnte. Fallbeispiel Domchor Magdeburg: Der Domchor hier in Magdeburg blickt auf eine siebenhundertjährige

ungebrochene Kontinuität zurück. In Magdeburg war er auch durch die ganze DDR-Zeit hindurch ein herausragender Klangkörper, dessen große Oratorien-aufführungen kulturelle Anziehungspunkte für die Stadt waren. Die Mitglieder des Domchores waren zum überwiegenden Teil Schüler aller Jahrgänge, erstes Schuljahr bis Abitur. Die restriktive, immer noch vom Klassenkampf bestimmte Kulturpolitik des Bezirkes Magdeburg brachte es mit sich, daß der Chor keine staatliche Unterstützung erhielt und in der Plakatierung seiner Konzerte behindert und benachteiligt wurde. Der Domkantor ist dann eines Tages Mitglied der Christlich-Demokratischen Union geworden und dann wurde er mit dem Domchor auch zu Weihnachtskonzerten in das Kloster Unserer Lieben Frauen, das nun „Konzerthalle Georg-Phillipp-Telemann“ hieß, eingeladen und konnte da öffentlicher musizieren – nein, das Musizieren im Dom war schon öffentlich genug, aber er hatte dann noch eine andere Adressatengruppe und eine andere Presseresonanz. Das war der Unterschied. Das eigentliche Problem einer solchen Kulturinsel zeigte sich darin, daß die Mitarbeit im Domchor für die Schülerinnen und Schüler nicht als gesellschaftliche Tätigkeit in ihrer Schulzeit gewertet werden durfte, und das bei einem Probenaufwand von drei Nachmittagen pro Woche und Einsatz an fast jedem Sonntag. Was sonst als eine hervorgehobene, der Kultur Magdeburgs dienende gesellschaftliche Tätigkeit in die Zeugnisse gekommen wäre, wenn es ein staatlicher Chor gewesen wäre, durfte nicht erwähnt werden. Es wurde geduldet, aber es war eine kulturtragende Insel.

2. Wenn wir von dem kulturellen Lebensraum in der DDR sprechen, dürfen wir nicht vergessen, daß die DDR selbst das nationale Kulturerbe pflegte. Beethoven war sozusagen Pflichtprogramm, und das ist ja kein schlechtes Pflichtprogramm. Händel wurde hier in Sachsen-Anhalt nachhaltig gefördert, und dies hat der Stadt Halle mit ihren Händel-Festspielen sehr gut getan. Problematisch war es dadurch, daß das Raster des nationalen Kulturerbes immer wieder ideologisch bestimmt wurde und von daher zu eng war, selektiv wirkte. Aktivitäten des verbliebenen Bildungsbürgertums und der Kirchen, aber gerade auch der Museologen, der Künstler und Schriftsteller wirkten dahin, dieses Raster zunehmend weitmaschiger zu gestalten, Exemplarisch sind dafür die Auseinandersetzungen um die Wiedergewinnung der ganzen Kultur des deutschen Expressionismus, exemplarisch in unserem Raum des Erbes des Bauhauses. Wenn wir einmal nachschauen, wie spät die Anerkennung der progressiven Traditionen des Bauhauses sich in der DDR-Literatur niedergeschlagen hat, oder das kleine Privatmuseum zu den Feininger-Beständen in Quedlinburg – das sind Aktivitäten, die eben dieses Raster der Kulturpolitik der DDR erweitert haben. Oder ich denke an eine Aufführung von Werken von Schönberg, die in den sechziger Jahren noch um Anerkennung ringen mußten; in den siebziger Jahren kam der Durchbruch. Die Engführung auf die Vorläufer der Arbeitertradition ist von der DDR selbst zunehmend aufgegeben worden. Die großflächige Vorbereitung und Durchführung des Lutherjubiläums 1983 zeigte die Öffnung und wirkte sich nicht nur in den Lutherstädten deutlich aus. Um es noch einmal zusammengefaßt zu sagen: Die DDR hat in dieser Zeit, um

1980/82 herum, begriffen, daß die Pflege des nationalen Kulturerbes auch die Pflege der Kultur der Herrschenden einschließen muß, wenn sie massenwirksam sein will. Dieses hat sie begriffen und dann getan.

3. Das in den Städten und Regionen der DDR beheimatete Kulturgut hat europäische Relevanz. Es war nicht nur der Kummer der Sportfans, daß die Sportreporter in Westdeutschland immer von den deutschen Siegen sprachen, wenn sie die Mannschaften der Bundesrepublik Deutschland meinten, sondern es war auch der Kummer von uns Bildungsbürgern, daß man von Europa immer im Sinne Kleineuropas, ja in den Dimensionen des Reichs Karls des Großen, redete und hier die ganze Kulturwelt DDR höchstens noch in den Registern hatte, aber nicht mehr in der Lebenswelt. Wir wußten doch, daß hier der Magdeburger Dom oder die Stiftskirche in Quedlinburg, daß die Stifterfiguren in Naumburg und das Augustinerkloster in Erfurt und die Goestätten in Weimar natürlich Kulturgut Europas sind, und das gab auch ein Selbstbewußtsein. Dieses Selbstbewußtsein wurde gestärkt, wenn Personen von europäischem Rang in die DDR kamen. Daß z.B. Thomas Mann sich 1955 nicht hat abhalten lassen, eine Rede zum Schiller-Jubiläum in Weimar zu halten, hatte nicht nur für Weimar Bedeutung. In den achtziger Jahren stand mal in der Buchhandlung Petermann in Erfurt die schöne Losung: „Wer Erfurt nicht kennt, ist Prag nicht wert.“ Ich denke, das ist ein Stück Regionalstolz, der in der DDR seinen Raum hatte. Mit diesem Kulturbesitz wurde gearbeitet, um deutsch-deutsche Brücken zu bauen. Denken Sie an das Wirken der Goethe-Gesellschaft oder der Bach-Gesellschaft. Dazu gehört überall ein Umfeld.

4. Kulturarbeit in der DDR bot „vielfältige Nischen“ zu einer Tätigkeit und zum Gedankenaustausch. Offiziell geförderte Gruppenbildungen, Laienkunstgruppen, Volkshochschulzirkel, Brigaden wurden genutzt zu kreativer Tätigkeit oder zum Besuch kultureller Veranstaltungen. Dies konnte als gesellschaftliche Tätigkeit anerkannt werden und bot daher die Fluchtmöglichkeit aus der Partei und deren strenger politischer Aufsicht. Ich denke, es war außerordentlich wichtig, solche Fluchträume zu schaffen.

5. Insbesondere unter dem Dach der Kirchen konnten Initiativen zur Veränderung des kulturellen Bewußtseins entstehen. Dazu möchte ich ein Beispiel nennen, nämlich das Bemühen, Spuren zu suchen von jüdischen Lebenswelten in unserem Umfeld. Vorbemerkung dazu: Es hat in der DDR nie ein Tabu gegeben, sich mit jüdischen Lebenswelten von vor 1945 zu beschäftigen. Aber was da von seiten der Kulturpolitik der DDR gefördert wurde, war minimal und wurde merkwürdig wenig öffentlichkeitswirksam. Ich denke, daß ein Durchbruchdatum das Pogromgedenken 1978 an die „Reichskristallnacht“ war, und dieses Pogromgedenken 1978 ist sehr stark von kirchlicher Initiative ausgegangen. Ich habe bei mir – ich könnte das hier nachher noch einmal herumzeigen – einen typischen Hektogrammband aus jener Zeit, wo Bausteine zusammengetragen wurden über unser Verhältnis zu Israel, unser Verhältnis zum Holocaust in Deutschland, und nun die Aufforderung ausdrücklich, Spuren zu suchen, Erinnerungen zu sammeln, wo haben Juden in deinem Quartier

gewohnt, wo haben sie gelebt, mit Anleitungen dazu. Damals ist die Synagoge in Gröbzig wieder entdeckt und erschlossen worden. Damals haben sich kirchliche Gruppen den Synagogengemeinden zur Verfügung gestellt, um jüdische Friedhöfe zu pflegen. Das ist dankbar aufgenommen und weitergepflegt worden, und auf diesen fahrenden Zug ist dann in der Mitte der achtziger Jahre die Kulturpolitik der DDR aufgestiegen. Es ist eigentümlich, daß man nun tatsächlich entdeckte, daß hier ein wichtiges Feld der Öffentlichkeitsarbeit der DDR bestand, und dann wuchs das Interesse, offizielle Kontakte zum Jüdischen Weltkongreß aufzunehmen. Es kümmerte sich das Staatssekretariat für Kirchenfragen darum, und Erich Honecker gründete zum ersten mal in seinem Leben eine Stiftung, nämlich die Stiftung „Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum“ in der Oranienburger Straße. Auch das sind kulturelle Lebensräume in den Städten der DDR.

6. Maler und Schriftsteller hatten in der DDR ständig mit der Zensur zu tun. Einzelne Schriftsteller erhielten förmlich Auftrittsverbote. Studentengemeinden, evangelische Akademien und andere kirchliche Gruppen haben seit den siebziger Jahren in zunehmendem Maße solchen Schriftstellern Möglichkeiten zur Lesung verschafft. Ich habe selbst Stefan Heym und Christa Wolf hier in Magdeburg gehört, sie haben auf kirchliche Einladung in kirchlichen Räumen gelesen. Ich denke, zu der Geschichte über den Mut der Schriftsteller in der DDR gehört auch die Geschichte des Publikums, die diese Schriftsteller gelesen und gefördert haben. Reiner Kunze hatte seine letzten Lesemöglichkeiten vor seiner Ausreise bei kirchlichen Adressen. Das kulturelle Leben ist in der DDR in den siebziger und achtziger Jahren wirklich interessanter geworden.

7. Und nun eine Rückfrage: Die Vielfalt solcher kulturellen Lebensräume läßt über die Kategorie der „Nischengesellschaft“ noch einmal nachdenken. Die kulturelle Szene in der DDR, die sich mit zunehmendem Erfolg gegen die engstirnige, oft einfach kleinbürgerliche Zensur behauptete, hatte keine Öffentlichkeit im Sinne der ungehinderten Publikation. Das würde dem Nischenbegriff recht geben. Trotzdem ist solche kulturelle Arbeit unter Zensurbedingungen nach meinem Dafürhalten nicht als Nische zu beschreiben. Vielleicht kann man diese Lebensräume eher mit der Situation der letzten Jahrzehnte des Ancien Régime in Frankreich vergleichen. Wer durch die Zensur oder die Polizei reglementiert wurde, erhielt seine Öffentlichkeit jenseits der Grenzen. Man ließ dann eben in Amsterdam oder in Frankfurt am Main drucken, aber die Werke wurden im Inland von Hand zu Hand weitergegeben und gelesen. Von daher, denke ich, haben diese Lebensräume zwar keine Öffentlichkeit im bundesdeutschen Sinne, aber die innere Öffentlichkeit hatte ihre hohe Relevanz. Schönen Dank. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Reinhard Mocek: Jetzt bitte ich Herrn Dr. Rach.

Dr. Hans-Jürgen Rach: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Traditionen sind ein wichtiger Bestandteil des Lebens in allen möglichen Bereichen: in der Wirtschaft, in der Politik, in der Kultur und nicht zuletzt im Alltagsle-

ben, dementsprechend auch Gegenstand von Forschungen verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen und über viele Jahrzehnte insbesondere der Volkskunde. Traditionen schienen beinahe der wichtigste Aspekt zu werden, während die Novationen mehr oder weniger bewußt negiert wurden. Andere Disziplinen widmeten sich vorwiegend den Neuerungen, den progressiven, zukunftsweisenden Erscheinungen, und vergaßen, daß die Spitzenpositionen, daß die höchste erreichte Stufe noch lange nicht die der Allgemeinheit ist. Beide Ansätze sind fragwürdig und führen zu Einseitigkeiten.

Unzufrieden über diesen Zustand, vor allem über die Nichtbeachtung der Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, sammelte sich 1966 an der Akademie der Wissenschaften der DDR um Prof. Jacobeit ein Kreis von Gleich- und Ähnlichgesinnten, um ein Projekt zur Geschichte der Kultur und Lebensweise, wie es damals hieß, in einem ländlichen Gebiet von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis in die Gegenwart vorzubereiten. Geplant war ein Band mit längsschnittartigen Abrissen, ausgewählt wurde die Magdeburger Börde als Beispiel. Trotz mancherlei Widerständen und auch von außen erzwungene Unterbrechungen – erinnert sei nur an die Hochschul- und Akademiereform, die für viele Jahre dieses Projekt unterbrach – entstanden schließlich doch fünf Sammelbände, zwei Monographien und zahlreiche Aufsätze. Die Untersuchung wurde allerdings nur bis zum Jahre 1960/61 geführt. Anschließend wurde uns erklärt, daß wir uns zur Vorbereitung des Berlin-Jubiläums mit Berlin zu befassen haben – so die einzige Argumentation, in Wirklichkeit aus Angst davor, die Alltagslebensverhältnisse der unmittelbaren Gegenwart auch dargestellt zu bekommen. Unser Projekt hatte einige Probleme. Wir waren vor allen Dingen deshalb unsicher, weil wir alle keine Soziologen waren. Wir waren unsicher, weil wir eine äußerst schwache materielle Basis hatten. Wir mußten z.B. die Tonbandkassetten mit den Interviews, die wir mit den Leuten vor Ort geführt haben, nach dem Abspielen wieder löschen, so daß also von wertvollen Dokumenten, Zeitzeugnissen der Zeit – es sind über 150 Personen befragt worden – letzten Endes nur drei Kassetten übriggeblieben sind. Welche Bedeutung das Alltagsleben bei der Darstellung der Geschichte der DDR hat, ist auch gestern mehrfach betont worden. Allerdings war die Untersuchung des Regionalen nicht vorrangiger Gegenstand, sondern die Magdeburger Börde sollte nur ein Beispiel sein, und es ging nicht darum, Allgemeines und Besonderes oder gar die Magdeburger Börde als eine besondere Region herauszustellen. Dennoch möchte ich ein paar kleine Bemerkungen machen über das Leben der Zeit nach 1967, sicherlich nur streiflichtartig.

Es ist Sommer 1967, ideales Wetter für Feldforschung und in diesem speziellen Fall für das Fotografieren und Aufmessen historischer Gebäude. Da lohnt es sich, gleich für eine Woche Quartier vor Ort zu nehmen. Mein Gastgeber ist der ehrenamtliche Buchhalter der LPG, eigentlich gelernter Friseur, Umsiedler, kriegsversehrt, eingehiratet in eine kleinbäuerliche Familie; die Frau arbeitet in einem Rinderstall. „Wollen Sie nicht heute abend zur Halbjahresversammlung der LPG mitkommen? Da können Sie weitere Dorfbewohner kennenlernen und eventuell sogar Termine für weitere Aufmaße vereinbaren.“

Das Angebot kommt mir sehr gelegen, ich sage zu, erhalte wie alle Versammlungsteilnehmer meine Gutscheine für Abendessen und Getränke. Kurz vor 19.00 Uhr gehen wir gemeinsam zum Dorfkrug, betreten die Räumlichkeiten natürlich vom Hof aus. Im Saal sind Tische und Stühle hufeisenförmig aufgestellt. Ohne Kommentar trennen sich meine Gastgeber. Die Frau setzt sich an die eine Flanke, wo alle Frauen sitzen, wir begeben uns zur Männerseite. Ohne große Vorrede kommt der LPG-Vorsitzende zur Sache, berichtet über Stand und Aufgaben der Planerfüllung, läßt sich noch einmal öffentlich die Probleme bei der Schafhaltung und den Umfang des Flurschadens durch Hagelschlag und anderes erläutern, bittet um Diskussionsbeiträge. Frauen und Männer beteiligen sich gleichermaßen, äußern Sorgen, geben Hinweise, sind über den erreichten Stand in der Tier- und Pflanzenproduktion zufrieden. Es scheint zum geselligen Teil überzugehen, da meldet sich ein LPG-Bauer und kritisiert die Versorgung in der LPG-Küche. Der angestellte Koch könne zwar gut kochen, würde aber zu viel neomodische Dinge, z.B. zu oft Grünzeug – gemeint sind Rohkostsalate – anbieten, könne die Bratkartoffeln nicht richtig mit Speck bereiten, überhaupt Pottsuse und dergleichen Gerichte wären ihm nicht bekannt, und es schmeckt eben bei Muttern zu Hause besser. Es sei kein Wunder, daß viele die Kantine nicht annehmen. Eine heftige Debatte entsteht, allerdings ohne endgültige Festlegung. Wochen später bin ich erneut im Ort, finde in der vollbesetzten Kantine zunächst keinen Platz, erfahre dann aber schnell die Ursache. Eine Frau aus dem Ort sei gefunden worden, die die Küche übernommen hat, sie habe zwar nicht Köchin gelernt, könne es aber doch besser. Was zeigt diese eben geschilderte Episode? Noch Ende der sechziger Jahre – die Genossenschaften hatten sich in der Magdeburger Börde weitgehend gefestigt, die von der Partei- und Staatsführung angestrebten Veränderungen auf dem Lande hatten sich durchgesetzt, die in den LPG-Musterstatuten festgelegten Halbjahresberichtsversammlungen wurden brav eingehalten –, noch Ende der sechziger Jahre also gab es die seit Jahrhunderten übliche Geschlechtertrennung in der Sitzordnung, setzten sich die traditionellen Eßgewohnheiten gegenüber der modernen Verpflegungsweise durch, betrat man das heimische Gasthaus wie das Wohnhaus auf dem eigenen Hof von der Hinterseite, waren also überlieferte Verhaltensweisen trotz weitgehend veränderter gesellschaftlicher Bedingungen erhalten geblieben. Andererseits beteiligten sich zu diesem Zeitpunkt die Frauen schon ganz selbstverständlich an der Diskussion, selbst dann, wenn es um Fragen der Betriebswirtschaft ging, die sie ja teilweise ganz erheblich mittrugen. Das nun wiederum war eine Novation, die nicht nur von den Partei- und Staatsorganen mindestens theoretisch gewollt war, sondern die sich auch aus der veränderten Stellung der Frau in der Produktion ergab.

Die während der Interviews eigentlich nur nebenher gestellte, im Programm aber nicht vorgesehene Frage, ob man lieber wieder als Einzelbauer oder als Genossenschaftsbauer arbeiten möchte, wurde von den Männern unterschiedlich, von den Frauen aber ausnahmslos zugunsten der LPG beantwortet. „Wann konnte ich früher schon einmal in den Urlaub fahren? Wann hatte ich

in der Woche und selbst sonntags Feierabend?“ So oder ähnlich lauteten die uns gestellten Gegenfragen. Natürlich kamen diese Antworten überwiegend von den zahlreichen Klein-, Mittel- und vor allem den Neubäuerinnen. Der Anteil der Großbauern über 20 ha betrug schon vor 1945 weniger als 20 Prozent der gesamten Bauernschaft, in den fünfziger Jahren höchstens noch 5 Prozent. Aber auch manch eine ehemalige Großbäuerin bestätigte die Vorzüge der Genossenschaft, zumal beim LPG-Typ I die Einheiten nicht selten nach dem eingebrachten Boden berechnet wurden, was nun wieder Probleme für die Kleinbauern hervorrief, weil sie gleiche Arbeit leisteten, aber weniger ausbezahlt bekamen.

Nicht zufällig kommt damit die soziale Differenzierung zur Sprache. Sie spielte bis zur Durchsetzung des vollgenossenschaftlichen Dorfes im Jahre 1960 noch eine bedeutende Rolle, und zwar sowohl hinsichtlich der Einflüsse von oben als auch in bezug auf die tradierten Normen. So mußten unmittelbar nach Kriegsende die Großbauern weit mehr Flüchtlinge, vor allem aus Schlesien, Ostpreußen und Pommern, oder Ausgebombte, natürlich vor allem aus dem nahe gelegenen Magdeburg, in ihren Höfen aufnehmen als die kleineren Wirtschaften. So forderten die von der SMAD eingesetzten Selbstverwaltungsorgane von ihnen weit größere Spenden für die im November 1945 eingeleitete Hilfsaktion „Rettet die Kinder“ und die erste Nachkriegsweihnacht, die zum Fest der Familie, des Schenkens, der Nächstenliebe und Nächstenhilfe erklärt wurde. So hatten sie bei der Umwandlung des faschistischen Abgabenzwanges in das neue Ablieferungssystem, bestehend aus einer Pflichtabgabe, dem sogenannten Soll, und dem freien Verkauf, den sogenannten freien Spitzen, einen deutlich größeren, meist bewußt zu großen Anteil zu erbringen, was sie ja bekanntermaßen dann auch in den Ruin trieb und zur Republikflucht, wie es damals hieß, verleitete. Nun blieben aber auch spezifische Verhaltensweisen der einzelnen Bevölkerungsschichten zunächst noch erhalten, sichtbar etwa bei der Pflege des Umgangs – man verkehrte mit seinesgleichen – oder bei der Partnerwahl – es wurde Geld zu Geld oder Boden zu Boden geheiratet – und bei der Ausstattung der Hochzeiten das bewußte Zurschaustellen der ökonomischen Stärke durch große Feste bzw. entsprechende Hochzeitszeitungen und dergleichen mehr. Natürlich gab es auch sozialunabhängige übergreifende Traditionen, wie etwa die Tatsache, daß alle Dorfbewohner über Jahrhunderte hinweg fünf Mahlzeiten einnahmen, daß man zum Polterabend nicht eingeladen wurde, sondern einfach hinging, oder daß es, um auch einmal einen jüngeren Brauch zu nennen, seit etwa 1910 eine Schultüte zur Einschulung gab. Dennoch gab es, das wird jedem klar sein, auch hierbei deutliche soziale Differenzierungen. Wie vor 1945, so blieb auch in den fünfziger und sechziger Jahren manch eine Schultüte nur oben mit Süßigkeiten und unten mit Papier gefüllt, während andere neben den üblichen Bonbons sogar Schokolade, Konfekt und vereinzelt sogar Sachgeschenke wie Zirkelkasten, Federtaschen und Buntstifte, unter Umständen sogar aus dem Westen, enthielten. Um die Vielzahl derartiger Erscheinungsformen des alltäglichen Lebens kümmerte sich die

Partei- und Staatsführung kaum, obwohl sie für den einzelnen oft prägender waren als das Theorie- und Machtgerangel in den Führungsspitzen.

Traditionen entwickeln sich jedoch nicht im luftleeren Raum. Sie sind zumeist viel enger an die sozialökonomischen Gegebenheiten gebunden, als man gemeinhin vermutet, auch wenn sie später oft eine relative Selbständigkeit erreichen, so etwa bei der Altersversorgung, die über die sogenannte Altenteilregelung erfolgte. Da für die bäuerliche Familie in der Regel keine Versicherung existierte, mußte sie bei der Übergabe des Hofes an die nachfolgende Generation Verträge abschließen, die ihr das Überleben ermöglichte, so z.B. Wohnraum kostenlos zur Verfügung stellen, anfangs zudem einen Sitz am warmen Ofen, später dann eigene Öfen und Heizmaterialien garantieren und nicht zuletzt Möglichkeiten für eine kleine Wirtschaft, zumeist einen Obst- und Gemüsegarten, schaffen. Wenn nun, was in den LPG in der Magdeburger Börde häufig vorkam, diese Tradition nicht berücksichtigt wurde, entstand für die Altbauern eine prekäre Lage, denn es dauerte bis in die siebziger Jahre, bis eine akzeptable Lösung gefunden, das heißt in diesem Falle, bis von oben auf diese ja nicht nur in der Börde verbreitete Tradition reagiert wurde.

Andere Traditionen wurden zwar nicht von oben, aber doch von außen modifiziert, so zum Beispiel das Heiratsverhalten. War es vor 1945 nahezu undenkbar, daß ein Nichtbauer in eine bäuerliche Familie einheiratete, so geschah dies aufgrund der zahlreichen Kriegstoten in den späten vierziger und in den fünfziger Jahren relativ häufig, noch zahlreicher aber in den sechziger und siebziger Jahren, wo der Boden ohnehin in der LPG war und die Partnerwahl nach anderen Kriterien erfolgte. Natürlich wirkten sich auch die Einflüsse von oben mehr oder weniger kräftig aus. Allein das Vorhandensein von Kindergärten, Schulbussen, Hort und anderen Einrichtungen führte z.B. dazu, daß die Aussteuer, ein wichtiges Element in der Geschichte jedes Mädchens in der Magdeburger Börde, nicht mehr die Rolle wie früher spielte, aber das wurde durchaus nicht als Gängelung empfunden, man war frei davon.

Die Zeit zwischen 1945 und 1961, und nur diese haben wir leider in der Magdeburger Börde untersucht, war also durchaus nicht nur durch Repressalien des Partei- und Staatsapparats geprägt, das natürlich auch. Das Alltagsleben, durch die unterschiedlichen sozialen Bedingungen zwar noch deutlich modifiziert, aber doch einheitlich entwickelt, war weit mehr durch die Nachkriegsfolgen, den Hunger, die Not, den Aufbauwillen bestimmt. Dabei spielten überlieferte Normen eine nicht zu unterschätzende Rolle. Dies war mein Anliegen, sie nicht zu vergessen, weil sonst wieder ein einseitiges Geschichtsbild entsteht, und diese Einseitigkeit kann etwa dadurch entstehen, daß die Forschung sich nur auf die Akten verläßt, wie es viele Historiker tun. Wie die Bürokratie in den vorangegangenen historischen Epochen, so hat auch die der DDR sich um weite Bereiche des alltäglichen Lebens nicht gekümmert, das heißt, sie wurden nicht aktenkundig. Aus diesem Grunde erlaube ich mir den Hinweis, gerade für die Aufarbeitung der DDR-Geschichte die oral history nicht gering zu achten. Sonst erscheint das alltägliche Leben der Mehrzahl der

Menschen in der DDR eines Tages als Leben in Nischen, und so viele Nischen gab es wirklich nicht, oder die Nische muß riesig gewesen sein, wenn 17 Millionen Menschen darin untertauchen konnten. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Reinhard Mocek: Dankeschön. Ich bitte nun Herrn Jordan.

Carlo Jordan: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin 1951 geboren. 1952 wurden in der DDR die Länder zerschlagen. An die Stelle dieser Länder setzte man in der DDR nach dem sowjetischen Vorbild – die Sowjetunion hatte bekanntlich 15 Unionsrepubliken – 15 Bezirke. Nach meiner Einschätzung blieb diese Bezirksbildung in der DDR bei gleichzeitiger Zerschlagung der Länder insgesamt wenig identitätsstiftend. Die Menschen in der DDR erklärten sich auch noch nach Jahrzehnten eher als Menschen aus der Uckermark, aus Brandenburg, aus Sachsen, aus Mecklenburg, wobei natürlich diese Identitätsbestimmungen nicht besonders homogen waren, sondern sich überlagerten, einander gewissermaßen durchdrangen. Die insgesamt von der DDR angebotenen Identitätsmuster Angehöriger und Angehörige des „sozialistischen Lagers“, DDR-Bürger oder Angehöriger eines Bezirkes blieben insgesamt schwach, wenn man das auf die Gesamtzahl der DDR-Bürger bezieht. Um so verwunderlicher ist es heute, daß man doch eine recht starke Ostidentität artikuliert, selbst bis in die CDU hinein, und das müßte genauer untersucht werden.

Zu den Bezirksbildungen: Die Bezirke waren schon in ihrer Bezeichnung nicht mit den real vorhandenen Landschaften identisch, in denen sie lagen, sondern knüpften an Städtenamen an. Es blieb dann auch so mit dieser Spannung – also von flachem Land und von Stadt – eben immer ein sehr von den Städten dominiertes Vorstellungsbild. Wenn man also sagen sollte, ich bin Bürger des Bezirkes Potsdam – es ging nicht richtig und blieb schwach. In der DDR-Opposition, insbesondere in der Friedens- und Ökologiebewegung, gab es, beginnend Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre, wieder eine völlig neue Verortung. Man definierte sich regional. Man sprach über das Waldsterben nicht im Bezirk Karl-Marx-Stadt, sondern wir thematisierten das Waldsterben im Erzgebirge. Friedensseminare fanden nicht im Bezirk Neubrandenburg statt, sondern es waren wie selbstverständlich die Mecklenburgischen Friedensseminare, in Berlin fand die Friedenswerkstatt statt, es gab die Berliner Ökologieseminare. So zeigte sich also in diesem neuen Ansatz der DDR-Oppositionsbewegung zugleich die Rückbesinnung auf das, was in der Lebenskultur der hier lebenden Menschen real vorhanden ist, nämlich eine Rückbesinnung auf eine Lebenskultur, die bestimmt war durch eine gemeinsame Mundart, durch ein gemeinsam vorhandenes Brauchtum, nicht zuletzt durch eine gemeinsame Regionalgeschichte. Wir haben deshalb auch die jeweiligen Umweltprobleme immer sehr deutlich mit einem regional auffindbaren Bezug dargestellt. Wir sprachen im Brandenburgischen über die Schäden durch die sowjetischen Besatzungskräfte, sprachen über den Schaden durch den Uranbergbau in sächsischen und thüringischen Gebieten. Insbesondere

haben sich die unabhängigen Friedens- und Ökologiegruppen nie nach dem DDR-Bezirksmuster vorortet, sondern es wurde im allgemeinen der Friedens- und Ökologiekreis vorangestellt und danach eine Stadt- oder eine Ortsbezeichnung angefügt, die aber nicht auf die DDR-Struktur Bezug nahm. Innerhalb der einzelnen Regionen gab es dann Bestrebungen, diese Gruppen regional zu bündeln. Mir selbst ist ein Maßnahmenplan der Staatssicherheit aus dem Jahre 1985 in die Hände gefallen, wo auch die Staatssicherheit durchaus die Nichtigall trapsen hörte und unbedingt verhindern wollte, daß sich regionalorientierte Netzwerke von Friedens- und Ökologiegruppen bilden. Bei den größeren Veranstaltungen der Friedens- und Ökologiebewegung war es oft so, daß wir mit einem offenen Abend begannen, der betitelt war „Berichte aus den Regionen“, wo zunächst die einzelnen Teilnehmer angesichts des Informationsdefizits, das man über andere Regionen hatte – was dort nun so vorgefallen war, wer verhaftet war, welche Stadt drohte zusammenzubrechen –, erst einmal einen Bericht geben konnten und so dieses Informationsdefizit durch die DDR-offizielle Medienpolitik unterlaufen werden konnte.

1986 gehörte ich mit zu den Gründern der Berliner Umweltbibliothek, und wir haben diesen regionalistischen Ansatz in der Umweltbibliothek insofern umgesetzt, indem wir ein Kuriersystem aufbauten zu den einzelnen Regionen und Städten in der DDR. Das sah so aus, daß in der Umweltbibliothek in einem Raum ein ganzer Apparat von Fächern angelegt war, an denen dann etwa stand „Friedenskreis Nordhausen“ oder „Ökokreis Leipzig“, und daß zwischen Berlin und diesen Gebieten regelmäßig Akteure aus diesen Kreisen hin und her fuhren und die Informationen nach Berlin brachten und zugleich gebündelte Informationen aus vielen Regionen der DDR plus internationale Informationen zurück in die doch im Zugang zu Informationen schlechter gestellten Regionen, in der Lausitz oder in Sachsen, brachten. 1988 gelang es, erstmalig in der DDR ein grünes Netzwerk zu schaffen auf der Basis von grünem Regionalismus, und zwar in den einzelnen Regionen der DDR, die sich zunächst an der landeskirchlichen Gliederung orientierten, wo regionale Koordinationsstellen mit regional gewählten Koordinatoren aufgebaut wurden und wir damit die Möglichkeit hatten, nicht passiv, sondern auch relativ aktiv in diesen Regionen ökologische Aufklärungsarbeit zu betreiben. Ein Schwerpunkt damals war vor allem das mitteldeutsche Industriegebiet mit den Dreckschleudern von Bitterfeld, Halle-Buna oder Espenhain. Sie werden sich vielleicht alle noch an den Film „Bitteres aus Bitterfeld“ erinnern. Dieser Film war ein Ergebnis dieser regionalorientierten grünen Netzwerkarbeit.

Wir haben uns aber auch bei der Benennung der Regionen damals deutlich von bestimmten landsmannschaftlichen und revanchistischen Überlegungen distanzieren und absetzen wollen. Beispielsweise gab es eine Diskussion, ob wir die Region Greifswald-Rügen einfach Pommern nennen sollten, und wir meinten – doch besser nicht, nennen wir sie einfach Greifswald-Rügen. Bei den Gebieten in der Lausitz gab es durchaus auch die Überlegung, sie Rest-Schlesien zu nennen, und wir meinten – besser nicht, beließen es dann bei der

Landschaftsbezeichnung Lausitz und verzichteten auf die alten, aus dem deutschen Reich immer noch tradierten Regionalbezeichnungen.

Im Vorfeld der Wende gab es innerhalb des grünen Netzwerks auch Bestrebungen zur Herausbildung eines aktiveren politischen Einsatzes für die Bewahrung der Lebenswelt in den einzelnen Regionen der DDR und unseren Beitrag zur Erarbeitung des Modells für den Nachweis, wie in der DDR Wahlbetrug durchgeführt wird. Es war ja vielen klar gewesen, daß dies nicht gut hinkommen konnte mit 99,9 Prozent Wahlbeteiligung und Zustimmung zu den Einheitslisten der Nationalen Front, aber bis dato hatte sich, mal abgesehen von lokalen Initiativen, noch nie jemand an die Arbeit gemacht, nun regional, bezogen auf ein ganzes Wahlgebiet, die Auszählungen zu überprüfen. So entstand also in Zusammenarbeit mit verschiedenen Gruppen, insbesondere in Berlin, ein regionales Konzept, um im Bezirk Weißensee in Berlin alle Wahlbüros komplett auszuzählen und diese Ergebnisse auch regional zusammenzufassen. Ein Ergebnis dessen war, und wir verkündeten es bereits auf der Wahlparty am 7. Mai 1989, die Feststellung, daß real im Bezirk Weißensee ein Wahlbetrug organisiert wurde. Dieser regionalistische Ansatz sollte sich dann über den Weg, aus der Bewegung heraus mit den grünen Listen Neuwahlen in der DDR zu fordern, fortsetzen hin zur Initiative für die Gründung der Grünen Partei in der DDR, die sich auch auf den Regionalismus bezog und insbesondere in der deutschen Frage sich dafür einsetzte, daß zunächst einmal im Osten Deutschlands die Länder wieder eingeführt werden und daß aus diesen Ländern heraus ein konföderativer Prozeß mit den Ländern im Westen Deutschlands angegangen werden kann. Im Ergebnis dessen – sicherlich waren damals die außenpolitischen Bedingungen mehr der Punkt, um den sich die Diskussion drehte – sollte ein Bund deutscher Länder entstehen. Wir haben für unser Konzept einer deutschen Konföderation mit dem Ziel eines Bundes der deutschen Länder in der ersten freien Volkskammerwahl 2 Prozent bekommen, die Allianz für Deutschland, jeder weiß es, bekam 40 Prozent.

Um noch einmal zu meiner Ausgangsbemerkung zurückzukommen, ich finde es doch jetzt sehr verwunderlich, daß, wenn diese DDR-Identität, wenn diese Bezirksidentität eine so schwache Konstruktion war, wir jetzt vor der Frage stehen, woher diese starke Ostbefindlichkeit kommt. Woher kommt diese starke Bezugnahme auch jetzt mittlerweile schon von den Parteien, die den Weg zur deutschen Einheit betrieben haben? Ich meine, das sollte heute hier noch einmal ausgiebig diskutiert werden. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Reinhard Mocek: Herr Zahn bitte.

Karl-Heinrich Zahn: Ich bin 1939 in Pommern geboren, dann nach 1945 in Mitteldeutschland zur Schule gegangen und dank der ersten Wende 1953, 17. Juni, zur Oberschule gekommen. Das haben viele vergessen, denn das war damals nicht selbstverständlich. Ich habe in Halle Theologie studiert und bin sehr früh an die Kunst herangeführt worden durch das Mitsingen im Chor der Kirchenmusikschule. Ich war Vikar an der wunderschönen Moritz-Kirche in

Halle und am Halberstädter Dom. Das sind so Einflüsse gewesen, die meinen Pfarrerberuf von Anfang an geprägt haben. Dann bin ich seit 1967 auf einer Dorfpfarrstelle im Kreis Liebenwerda, jetziges Brandenburg, und das ist ein ganz winziges Dorf mit 196 Einwohnern. Dazu gehören sehr viele Dörfer, und es werden sicher immer mehr werden. Ganz in der Nähe gibt es zwei Klöster, Mühlberg und Doberlug, und im Dunstkreis dieser beiden Klöster sind vor über 750 Jahren viele schöne alte Kirchen entstanden. Von Anfang an habe ich mich mit der religiösen Volkskunde beschäftigt, und ich habe immer wieder Brauchtum, auch zu DDR-Zeiten, gehegt und gepflegt, also nicht hervorgekramt, sondern einfach den Schutt beiseitegeräumt.

Ein paar ganz kurze Bemerkungen aus meiner Sicht: Kultur kommt von dem lateinischen Wort colere – pflegen, cultura – Anbau, Ausbildung, Kult – Verehrungsdienst; Ritus, Ritual, Religion, Kirche. Und Religion und Kirche sind seit Alters her Kulturträger. Ich fasse das so kurz. Kirche hat unter anderem auch eine Wurzel in dem Wort Zirkel oder Circus. Das heißt, es umschreibt einen Kreis der Gemeinschaft, der Kommune, der Kommunikation, und dazu gehören das ureigene Mitteilungsbedürfnis und die Zusammenführung. An einem Bild – wir haben eine Kleinstadt, Wahrenbrück, und dazu gehörten in alter Zeit zehn Dörfer ohne Kirchen, es gibt heute noch die alten Kirchwege. Am Sonntagfrüh fuhr man mit der Kutsche von den Dörfern auf dem Kirchweg in die Stadt zur Kirche und anschließend ins Gasthaus, und da wurden dann alle Geschäfte abgewickelt. Das war der Kommunikationspunkt der Woche – längst, längst graue Vergangenheit.

In der Kunst und Kultur gibt es festgeprägte Folgen heiliger Handlungen – Rituale, Riten, Prozessionen, Opfer, Tänze und Feste zu allen Lebenslagen. Übrig geblieben sind heute die Passageriten Taufe, Hochzeit, Konfirmation und die Jugendweihe, die den Passageritus Konfirmation zu DDR-Zeiten abgelöst hatte. Übrig geblieben sind im dörflichen Bereich noch die Kirmesfeiern, und nun, nach der Wende, werden wieder neue Kultformen hervorgespielt.

Kunst hängt für mich auch mit dem Wort zusammen „Kunde geben.“ Meine uralte Kirche – 750 Jahre – gibt Kunde von der Kunst der Baumeister, sonst würde sie heute nicht mehr stehen. Kunde gibt die Musik eines Bach, eines Händel, eines Beethoven und vieler anderer, und Kunde gibt in der Kirche auch das Evangelium. Dort wird es verkündet und wird weitergegeben. Kirchen waren in den Dörfern immer Symbole dörflicher bzw. gesellschaftlicher Traditionen, auch Spiegel der Zeiten, denn jede Generation hat an ihrer Kirche als einem lebendigen Denkmal gebaut. Wir haben unsere Kirche renoviert und haben sieben verschiedene Farbschichten gefunden, das heißt, in sieben Jahrhunderten hat jedes Jahrhundert seinen Teil dazu beigetragen. Jede Generation hat auch eine lebendige Beziehung zu diesem Kirchbau gehabt, als lebendiges Denkmal. Diese beiden alten Bilder – Kirche ist gebaut aus Steinen, die zusammengefügt halten, und die Kirche ist gebaut aus lebendigen Steinen, aus den Menschen. Die Beziehungen zu diesem lebendigen Denkmal sind für meine Begriffe längst abgeschnitten, gerade auf den Dörfern. Das hat schon

im Dritten Reich angefangen, und dann hat sich das nach 1945 massiv weiter fortgesetzt, und heute haben die Menschen weithin auch im dörflichen Bereich ihre lebendigen Beziehungen zu den Kirchbauten verloren. Ich merke das immer noch – gerade Lehrer und Lehrergruppen haben noch ganz große Berührungängste, allein zu dem Bau Kirche, geschweige denn, daß sie da eine Beziehung dazu hätten.

Menschen brauchen aber Begegnungspunkte, Kommunikationspunkte, und dafür hat man Ersatz, das war schon zu DDR-Zeiten so und jetzt nach der Wende erst recht. Ersatz dafür ist für mich dieser unheimliche Boom der Pflege der Kriegerdenkmäler, ob sie nun von 1870 oder von 1914 sind, sie sind neue heilige Stätten anstelle der Kirchen in den Dörfern. Heldenverehrungen, Schützenfeste, Fußballstadien, Rennfahrerpisten – Autobahnen mit neuen Kultübungen.

Kunst und Kultur in Saxdorf, dort, wo ich seit 30 Jahren lebe – seit 750 Jahren begegnen sich in dieser Kirche Menschen in Freud und Leid. Die Gräber um die Kirche herum, sie geben Zeugnis von einer Begräbniskultur, ein festes, ungeschriebenes, aber feststehendes Ritual. Durch die Betonung des Zusammenhangs von Kirche, Kunst und Kultur versuche ich seit 30 Jahren, in Saxdorf über den eigenen Kirchturm hinaus immer wieder Menschen aus einer größeren Region zusammenzuführen. Als Pfarrer hatte ich zu DDR-Zeiten viele Freiräume. Ich habe stets gesagt, wir hatten den freiesten Beruf. Wir haben den Spalt in der Tür immer wieder etwas genutzt, und da für mich jedes Konzert in der Kirche zugleich ein Gottesdienst ist und war, blieben wir unbehelligt von Vereinnahmungen durch den Kulturbund. Einmal hat es eine sehr freundliche Dame des Kulturbunds gewagt, einen Artikel in der „Neuen Zeit“ abzudrucken. Der war so zusammengeschnitten und zusammengestrichen, daß sie es nicht wieder versucht hat. Trotzdem wurden wir natürlich überwacht, ohne bewußte Wahrnehmung.

1980/82 steckten wir in einem Projekt. Wir hatten einen Malerfreund, der mit dem Studium in Dresden fertig wurde und jetzt eine Stelle suchte, und es bot sich an, ein verlassenes Pfarrgrundstück, was schon lange freigegeben war von der Kirche, aufzubauen. Mit meinen vielen Beziehungen zu den einheimischen Handwerkern haben wir das also gemeinsam versucht. Darüber gibt es inzwischen eine ganz dicke Akte unter dem Titel „Triennale“ mit dem Ziel Zerstörung der Persönlichkeiten. Da passierte etwas im Hintergrund, ein Projekt, was unheimlich war, und das mußte natürlich überwacht werden. Das war uns alles freilich nicht bewußt. Nachdem die Beziehung zu diesem Freund und seiner späteren Frau, auch einer Malerin, wirklich dann zerbrochen, wirklich zerstört war, stand in dieser Akte drin: Und nun muß es weitergehen, denn mein Malerfreund, mit dem ich in Saxdorf bin, der landet in der Psychiatrie, und ich als Pfarrer würde ohnehin meinen Beruf aufgeben. Das war das erklärte Ziel des IM, das ist aber leider gescheitert. Das Ganze scheiterte einfach an der Dummheit dieses IM, der da auf uns angesetzt war. Die Zusammenhänge haben wir allerdings erst nach Einsicht der Akten erkannt, und es ist dann erst

alles klar geworden. Ich betone, das war eigentlich immer wieder das Ziel, ja nicht nur bei mir – Zersetzung von Persönlichkeiten. Mit diesem Malerfreund haben wir über die Stasiakte wieder zu einem sachlichen Verhältnis gefunden. Über die Zeit von 1982 bis 1989, also die mit der intensiven Konzerttätigkeit, liegt leider bisher noch keine Akte vor.

Für mich gab es immer wieder die Verbindung zwischen dem Pfarrerberuf und der Kunst und der Kultur. Dazu gehört auch ein ganzes Stückchen Selbstaubeutung. Mein Malerfreund ist seit dem fünften Lebensjahr ein leidenschaftlicher Botaniker und Gärtner. Dieser Pfarrgarten bot sich mit 6.000 qm an, daraus einen botanischen Garten zu entwickeln, immer wieder ein Abbild der Sehnsucht nach dem Paradies, und ich betrachte es auch jedesmal als ein Abbild für die Völkergemeinschaft, wie Menschen unterschiedlichster Verfassung miteinander leben können. Es ist inzwischen ein sich stets wandelndes Gemälde, eine einzigartige Pflanzensammlung geworden. Der Verkauf von Pflanzen und Blumen zu DDR-Zeiten hat die Restaurierung der 750-jährigen Kirche ermöglicht und viele Konzerte, das war also zu DDR-Zeiten möglich. Es hat unwahrscheinlichen Spaß gemacht und es hat auch niemand beschnitten. Diese Quellen sind heute längst versiegt. Neue Quellen sprudelten nur kurze Zeit nach der Wende. Immerhin konnten wir bis 1989 ungefähr hundert Konzerte allein auf Spendenbasis durchführen.

Ein letzter Punkt: Alte Freunde nach der Wende haben uns ermutigt, diese Tradition unbedingt weiterzuführen, weil ja vieles wegbrach. Westdeutsche Freunde wollten dann ein Zeichen setzen, und es entstand ein außergewöhnliches Projekt mit Fördermitteln des Bundes und des Landes. Das Projekt steht jetzt, es ist praktisch der Mittelpunkt und Zentralpunkt für weitere Begegnungen über den Kirchturm hinaus. Inzwischen haben wir einen Verein mit ungefähr 70 Mitgliedern, und der bildet jetzt die Grundlage. Jährlich werden ungefähr 15 Konzerte in der Sommerzeit angeboten. Der Saxdorfer Ort hat 196 Einwohner – die Besucher kommen aus der gesamten Region, mit steigenden Besucherzahlen. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Reinhard Mocek: Und nun bitte ich Frau Prof. Weiske.

Prof. Dr. Christine Weiske: Als ich die Einladung bekam, habe ich versucht, mir eine Vorstellung zu machen über Ihre Erwartungshaltungen und denke, ich sollte mich sehr eng an Ihre Themen halten, die Sie für diese Anhörung formuliert haben. Verlockt bin ich vor allen Dingen von diesem Thema „Identitäten in der DDR, Kontinuitäten und Wandel im vereinigten Deutschland.“ Das Thema des Podiums, das dann sozusagen diesen Prozeß noch einmal enger zieht und fokussiert auf die Dimensionen von Städten und Regionen, ist der Anwendungsfall aus meiner Perspektive.

Ich möchte gerne ein bißchen auf den Begriff der Identität zurückkommen und spielen mit diesen formallogischen Satz, der ja ganz simpel ist: In einem formallogischen Sinne werden Sachverhalte als identisch bezeichnet, die mit sich

gleich sind oder die mit sich gleich bleiben, also a ist gleich a wäre die Verkürzung dieser Vorstellung. In einer Situation, die Sie hier als Kontinuität und Wandel bezeichnet haben, die aber in der sozialwissenschaftlichen Literatur als Kontinuität und Bruch oder Umbruch bezeichnet wird – also eine Dramatisierung möchte ich hier ins Auge fassen –, in einer solchen Situation des Systembruchs kommt wohl keiner auf die Idee, Personen eine starke Identität zuzuschreiben, die über diesen Bruch hinweg so bleiben, wie sie sind. So einer Person müßte wohl eher Starrsinnigkeit oder Unfähigkeit zum Lernen bescheinigt werden. Wir hatten ja gestern in diesem Abendgespräch genau dieses Thema, also wie schnell kann gelernt, wie schnell sollten, könnten Identitäten verändert werden. Es hat eine moralische Dimension, die ich überhaupt nicht unter den Tisch kehren will. Wenn jemand sich zu schnell verändert, sein Verhalten von heute auf morgen umschalten kann, weil die Umstände das für opportun anzeigen, dann ist die Bezeichnung oder Charakterisierung als Wendehals genauso angebracht. Also wir haben auf der einen Seite das Phänomen der Wendehalsigkeit und auf der anderen das Phänomen der Starrsinnigkeit oder Unfähigkeit zum Lernen, als die beiden Extrempunkte in der Interpretation von Kontinuität und Wandel. Das Tempo der Veränderung ist somit wichtig, die Dimension der Zeit spielt hier offensichtlich eine große Rolle in diesem Prozeß der Selbstdeutung, in dem der einzelne oder die einzelne sich in der Veränderung selbst wahrnimmt. Das war ja gestern Abend Thema, daß Geschichten erzählen auch heißt, sich selbst in der Veränderung zu thematisieren. Das Maß der Veränderung und die Selbstdeutung der Veränderung müssen in ein authentisches Verhältnis gebracht werden, und zwar durch den Sprecher oder die Sprecherin selbst. Ansonsten sind es Zuschreibungen oder Unterstellungen, das war gestern Abend ebenfalls Thema. In den meisten Fällen braucht diese Veränderung Zeit, aber nicht in allen Fällen. Wenn Saulus über Nacht zu Paulus wurde, dann ist das eine sehr schnelle Veränderung, die authentisch wird durch die Selbstdeutung des Paulus, also nicht durch die Selbstdeutung des Saulus, der eine plötzliche Einsicht bzw. Erleuchtung erlebt hat, die seine moralische Fundierung auf einen Schlag erschütterte und neu ordnete. Das ist das Problem. Das Problem ist die Frage der Neuordnung. In den meisten Fällen von Veränderung braucht es mehr Zeit als eine Nacht, weil die psychische Dynamik nur in Extremsituationen solchermaßen beschleunigt ist. Aber nicht bei allen führt diese Extremsituation zu einer anderen Identität, zu einer neuen Lebensaufgabe, zu einem neuen eschatologischen Horizont; also ich kann mich sehr gut verstehen unter dem Begrüßungswort des Bischofs. Es gibt auch einige, die diese Erschütterungen ohne Ausweg erleben, ohne göttlichen Ratschluß, und das bedeutet dann das Ende des Lebens durch Selbstmord oder durch tödliche Krankheit. Und wenn ich jetzt noch einmal erinnern darf an das, was Herr Schulze hier gesagt hat über die Rezeptionen des Bauhauserbes gerade in dieser Region: Die Rezeption des Bauhauserbes wurde angestoßen von Bernd Grönwald. Bernd Grönwald hat sich erhängt, weil es keine Rolle gespielt hat in diesem Neuordnungsprozeß einer moralischen Fundierung, was er geleistet hat für die Zurkenntnisnahme, für die neue Interpretation des Bauhauses in der DDR. Für ihn gab es diese Chance nicht,

und ich denke, es ist angemessen, in so einer Situation nicht nur an die zu denken, die eine Zukunft finden und vor sich sehen, sondern auch an die, die tragisch geendet sind. Gerade diese Tragik der Selbstvernichtung legt nahe, daß das Recht auf Leben das Recht auf Veränderung einschließt und daß es niemanden gibt, der jemandem dieses Recht nehmen sollte. Ich würde sogar meinen, es gibt die Pflicht und die Chance zur Veränderung. Das hieße dann allerdings, die eigene Identität zu flexibilisieren, eine Mitte zu behalten, aber eine bewegliche, eine dynamische Mitte. Damit wird also Identität nicht mehr a ist gleich a, sondern Identität wird dann prozessierend und mobil. Diese beiden Begriffe halte ich für unheimlich wichtig.

Für uns – jetzt spreche ich also aus der Ostperspektive, und ich hoffe, daß das gestrige Nachmittagspodium gedankliche Vorleistungen gebracht hat in dieser Richtung –, für uns mit einer Sozialisation in einer immobilen und in einer statuarischen Gesellschaft mag genau das, Flexibilisierung, Prozeßhaftigkeit, bedrohlich und verunsichernd wirken, weil wir uns fragen müssen, wer bin ich eigentlich heute, wer war ich gestern, wer könnte ich morgen sein und wer ist mein Gegenüber. Wir haben keine Übung im Umgang mit diesen prozessierenden immobilen, man könnte auch sagen postmodernen Identitäten, man kann auch von Switching reden, das machen schon einige Soziologen. Aber dieses Problem unserer eigenen psychischen und kognitiven Flexibilisierung und Differenzierung steht an für jeden einzelnen, für den einen mehr, für den anderen weniger, für die einzelne mehr und für die andere weniger, und dieses Problem der eigenen Flexibilisierung und Differenzierung läßt sich nicht abdelegieren auf irgend jemand anderen, und damit verbunden ist Qual; das war gestern sehr deutlich, wie quälerisch das ist. Ich bin jedoch der Meinung, daß diese Qual getragen werden muß und niemandem angelastet werden kann. Ich glaube nicht, daß ich die Qual meiner eigenen Selbsterziehung und Selbststrukturierung irgend jemandem hier anlasten kann, ich versuche das auch nicht.

Aus meiner Perspektive als Soziologin bemerke ich, daß viele Leute im Osten nicht in der Lage sind, ihre Chance auf Veränderung wahrzunehmen, das heißt, sie sind nicht in der Lage, Horizonte in die Zukunft zu projizieren. Es gibt auch viele, die diese Chance überhaupt nicht haben, die bleiben beharrlich, und es war vorhin die Rede von dieser neuen Ostidentität, das sind also die Beharrlichen. Die zustimmende Deutung dieser Beharrlichkeit hebt hervor, daß sich der Ost trotz richtet gegen einen enormen Anpassungsdruck an westliche Standards, selbst wenn sie unsinnig sind, koste es was es wolle. Daniela Dahns Buch „Westwärts und nicht vergessen“ ist sicherlich so ein Beitrag gegen die Kolonisierung des Ostens durch den Westen, gegen die Durchsetzung von westlichen Standards ohne Hinterfragung. Die kritische Deutung dieser Beharrlichkeit sieht sie eher unter dem Aspekt der Verharrung, der Immobilität und der Lethargie. Es gibt diese Erstarrung also bei vielen Leuten, die so bleiben wie sie sind, weil sie an den Veränderungen nicht teilnehmen können. Sie sind nicht integriert in den Wandel im vereinigten Deutschland. Mobilität ist eine Sache von Ressourcen. Unbeweglichkeit, Verharrung und Lethargie

können demzufolge als Mangel an Ressourcen angedeutet werden. Diesem Gedanken möchte ich nachgehen und mich dabei auf mein eigenes Fachgebiet wenden, das ist die Stadtsoziologie.

In der DDR hatten die konkreten Biographien einen sehr engen und sehr starken Bezug zu konkreten Städten und Regionen. Alle meine Vorredner haben diesen starken Bezug thematisiert, haben ihn ausgestaltet, geschildert – mitunter sehr amüsant, wie Sie das gemacht haben. Ich habe die DDR schon einmal als eine immobile Gesellschaft bezeichnet. Diese Charakteristik trifft um so mehr zu, je älter die DDR geworden ist. Also sowohl die territoriale als auch die soziale und auch die psychische Mobilität nehmen nach einer mobilen Phase in den Aufbaujahren der DDR ab. Das könnte man jetzt schildern anhand der Errichtung der neuen Industriestandorte wie StalinStadt bzw. Eisenhüttenstadt. Der Bau des Überseehafens Rostock und andere solche Entscheidungen über neue Produktionsstandorte ordnen das territoriale Gefüge des neuen Staates als Wirtschaftsgebiet neu und ziehen damit in den ersten Jahren eine territoriale Mobilität nach sich, die sich in den Biographien wiederfindet. Je älter die DDR wird, desto weniger solche Aufbauaufgaben gibt es. Lediglich die Wohnungsbaustandorte, die allerletzten dann in Berlin, ziehen noch so einen migrationellen Sog nach sich, lösen eine migrationelle Bewegung aus. Vergleicht man allerdings die Migrationsraten mit denen in westlichen Industrieländern, dann belegt sich die These von der territorialen Immobilität. Das Thema von Außenwanderungen habe ich jetzt völlig außer acht gelassen – wie kommt man aus der DDR raus oder wie kommt man in die DDR rein, das war ja auch problematisch.

Ähnlich sind die Befunde zur sozialen Mobilität. Die Brechung des Bildungsprivilegs der bürgerlichen Intelligenz war politisches Programm des Staates, genau so wie die Förderung der Arbeiter- und Bauernkinder. Mein Vater z.B., Jahrgang 1921, ist so ein Beleg für soziale Mobilität in der frühen Phase: Kriegsheimkehrer, Umsiedler aus dem Sudetenland, Hilfsarbeiter, Neulehrer, Logopäde per Hochschulstudium. Das ist eine ganz typische DDR-Biographie der ersten Jahre. Nachdem sich die Sozialstruktur der DDR generiert hatte, fror sie zunehmend ein, und es reproduzierten sich ihre Klassen und Schichten, sogar ihre Berufsstände – Ärzte und Musiker sind solche Paradebeispiele – zunehmend aus sich selbst heraus. Das heißt also, auch die soziale Mobilität ging zurück.

Die psychische Mobilität binde ich an die territoriale und soziale als eine individuelle Fähigkeit, Veränderungen auszuhalten einerseits und Veränderungen zu gestalten andererseits. Wenn es kaum Veränderungen gibt, gibt es meines Erachtens auch kaum diese Fähigkeit bzw. es gibt sie entsprechend gering. Die These ist problematisch, die könnte man sicher diskutieren, ich lasse sie jetzt so stehen.

Die Bindung an lokale Bezüge war vor allem eine Bindung an die eigene Familie und an den Ort der eigenen Familie, an Freunde und Bekannte. Die

Qualitäten der sozialen Beziehungen waren die von Gemeinschaftsbeziehungen, auch das ist von meinen Vorrednern schon thematisiert worden. Wenn ich das Begriffsverständnis und das soziologische Verständnis von Ferdinand Tönnies z.B. heranziehe, dann waren das soziale Beziehungen vormoderner Prägungen, die durch vergleichsweise geringe Wahlmöglichkeiten und eine hohe blutsverwandtschaftliche Zuweisung charakterisiert waren.

Ein hoher Bindungswert ging aus von der eigenen Wohnung, sobald man eine hatte, von der Stadt und ihrer historischen Dimension, so zum Beispiel von Halle auch für die Halle-Neustädter, und von der Landschaft um die Stadt. Für die Gothaer ergab sich mit dem Thüringer Wald ein deutlicherer Bezug für ihre Identifikation als für die Hallenser z.B. in einer von der Chemieindustrie geschädigten Landschaft, wie sie ja Uwe Pfeiffer schon in den siebziger Jahren dokumentiert und porträtiert hat.

Es ist naheliegend zu fragen, wie es Leuten ergeht, die ein so hohes Quantum an Bindung verinnerlicht haben, in Zeiten von grundsätzlichen Veränderungen und des Wandels. Es liegt die Vermutung nahe, daß sie ihre Entbindung, also die Modernisierung ihrer Lebenszusammenhänge, nicht alle glücklich erleben.

Ich komme jetzt auf die Dimension von Städten. Stadtbau markiert sich überall durch Baukräne, Baustellen, Straßensperrungen, neue Häuser. Stadterneuerung ist auf der Ebene von Städten Ausdruck von Modernisierung, für Wandel und für Umbruch. Die Stadterneuerung hat mehr oder weniger alle Städte erfaßt, aber sie erfaßt nicht alle Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner. Das heißt, die Dynamik des Wandels wirkt selektiv und damit differenzierend. Diese These möchte ich ganz kurz erläutern. Ich beziehe das Material aus einem Forschungsprojekt, das dokumentiert ist in den Schriften der Hochschule für Architektur und Bauwesen. Wir haben in diesem Forschungsprojekt drei Stadtteile Erfurts miteinander verglichen in diesem Prozeß der Stadterneuerung. Das waren einmal das Andreas-Viertel, das ist ein Teil der mittelalterlichen nördlichen Innenstadt, das zweite Gebiet war die gründerzeitliche Ost-Vorstadt und das dritte das Rieth, ein Neubaugebiet aus den siebziger Jahren in Plattenbauweise. In allen drei Stadtteilen hat der Prozeß der Stadterneuerung andere Verlaufsformen und auch andere soziale Wirkungen. Man könnte also sagen, die Uhren ticken unterschiedlich schnell in den einzelnen Stadtteilen, da kommt wieder die Dimension der Zeit zur Geltung. Im Gründerzeitgebiet mit seinen vier- und fünfgeschossigen Mietshäusern hat die Sanierung längst begonnen. Das kennen Sie – Ruinen und unbewohnte Häuser stehen neben grauen Fassaden, hinter denen sich die Leute mit viel Eigeninitiative eingerichtet haben, vielleicht ein Bad in die Speisekammer gebaut oder ein neues Küchenfenster besorgt, Klimmzüge bei der KWV (*Kommunale Wohnungs-Verwaltung*) dafür gemacht haben usw.. Das ist Alltagserfahrung in der DDR, das brauche ich jetzt nicht noch einmal aufzurufen. Daneben stehen die bunten, neuen, sanierten Häuser, 15, 16, oder 18 Mark Miete/qm. Die neuen Mieter sind meist auch neu im Viertel, für die Nachbarschaftsbeziehungen hat das Bedeutung. Sie sind gut etabliert im neuen Berufsleben. Oft kommen

sie aus dem Westen. Der Stadterneuerungsprozeß hat also eine Ost-West-Dimension, weil zumindest auch die Hausbesitzer aus dem Westen kommen. Das heißt, die Akteure sind unterschiedlich situiert, haben unterschiedliche Herkünfte. In solchen Stadtgebieten bestimmen externe Akteure, das ist wichtig, die Dynamik des Wandels. Damit sind die Betroffenen dieser Dynamik ausgeliefert, zur Handlungsunfähigkeit und damit zur Lethargie verurteilt. „Wann wird die Sanierung mein Haus erreichen, wann schiebt sie mich aus diesem Stadtteil heraus, wo werde ich dann hinziehen?“ Das sind die Fragen, die so eine Situation beschreiben. Geld scheint die einzige Möglichkeit zu sein, am Stadterneuerungsprozeß und am Wandel der Gesellschaft teilnehmen zu können, Geld scheint über Integration und Desintegration zu entscheiden. Anders und glücklicher liegt der Fall im Andreas-Viertel. Im mittelalterlichen Stadtteil, der ein Handwerkerviertel gewesen ist, sind die Häuser und Grundstücke sehr klein. Die kleinsten Grundstücke sind nur 70 qm groß, und das Haus hat eine Grundfläche von 40 oder 50 qm, geeignet also für einen einzelnen Haushalt. Viele der heutigen Eigentümer haben ihre Häuser in den späten achtziger Jahren gekauft, etwa für 3.000 oder 8.000 Mark. Sie wohnen selber in ihren Häusern und bauen sie um und aus. Die Wende hat daran nichts geändert außer, daß sie als Eigentümer einen Statusgewinn gehabt haben. Das Tempo und das Ausmaß der Sanierung bestimmen sie selbst im Verhältnis zu ihren Möglichkeiten. Ihr absolut gesehen kleines Eigentum schützt und unterstützt ihre Existenz und garantiert ihnen damit ein Handlungsfeld, auf dem sie agieren können. Der Prozeß der Stadterneuerung läuft hier allmählicher ab, aber die Akteure sind interne Akteure, die selbstbestimmend agieren können. Es ist die Integration in den Prozeß der Veränderungen, der die optimistische Perspektive dieser Bauherren bestimmt. Möglicherweise sind ihre realen Existenzbedingungen unter den Aspekten oder unter den Bedingungen des Baus auf lange Zeit viel unkomfortabler als z.B. im Neubau für Neubaugebietsbewohner, ihr Zeitbudget ist viel angespannter, sie verausgaben viel mehr Kraft in ihrem Bauprojekt, aber das ist offenkundig überhaupt nicht der Maßstab. Der Maßstab ist, ein eigenes Aktionsfeld zu haben. Ich lasse jetzt das Rieth heraus, wir können gleich in der Diskussion darauf kommen.

Eigentum und Geld sind Elemente und Regularien einer Marktwirtschaft, in denen wir im Osten bis auf die ganz alten, die noch wußten, wie das geht, ungeübt sind. Diese Regularien scheinen der gangbare Weg zu sein, in diese neue Gesellschaft integriert zu werden, Aktionspotentiale zu erlangen. An der Möglichkeit, zu handeln, hängt aber die psychische Mobilität und die flexible Identität für jeden und für jede tatsächlich. Das Geld wird überschätzt, wenn ihm allein die Zugänge zu diesen Handlungsmöglichkeiten und zur internen Veränderung zugeschrieben werden. Es gibt noch andere, und die sind unterbelichtet für meine Begriffe. Eigentum wird zu eng definiert im allgemeinen Verständnis, wenn es nur Besitz bedeutet. Seit dem englischen Liberalismus, das brauche ich Ihnen nicht zu sagen, zählen die politisch erworbenen Freiheiten und Verfügungsrechte über das eigene Leben zum Begriff von Eigentum und charakterisieren demokratische Gesellschaften. Es sind zwei Strategi-

en, die ich an meinen Mitbürgerinnen und Mitbürgern beobachte, und die scheinen ganz straff verknüpft zu sein: Der rigorose Besitzegoismus einerseits und der resignierte Rückzug in die eigenen vier Wände, ins Private, weil man sich im öffentlichen Raum, in der politischen Öffentlichkeit nicht legitimiert fühlt. Diese beiden Strategien scheinen mir aus derselben Empfindung zu kommen, nämlich nicht oder noch nicht in diese Gesellschaft der neuen Bundesrepublik zu gehören.

Damit bin ich wieder bei der Dimension der Zeit, die dieser Wandel braucht. Interne Akteure sind integrierte Akteure, die einen Erneuerungsprozeß von innen heraus tragen könnten. Dieser Prozeß allerdings dauert um so länger, je mehr Zeit die potentiellen Akteure brauchen, um zu lernen, um sich selbst aufzubauen, um ihre eigenen Identitätsprobleme zu bewältigen. In der Zeit, die damit vergeht, stauen sich andere soziale Probleme auf. Der Preis könnte zu hoch werden für die Zeit zum Lernen und für Zeit zur Nachsozialisation. Soll allerdings das Tempo anziehen, damit die Dynamik des Wandels zunimmt, müssen externe Akteure, und das sind die Wessis, mit ihren größeren Ressourcen diesen Prozeß dominieren. Damit wächst die Fremdbestimmtheit, die Desintegration der Betroffenen nimmt zu, die kaum Akteurspositionen erreichen können. Das produziert Probleme anderer Art, eben die des Osttrotzes und der Verweigerung. Es ist ein Dilemma entstanden, aus dem niemand mehr aussteigen kann, darüber bin ich mir auch im klaren. Dieses Dilemma hat Klaus Offe zutreffend als den Sonderfall der DDR-Transformation im Vergleich zu den anderen ehemals sozialistischen Ländern bezeichnet. Ich möchte zumindest darauf verweisen, daß dieses Dilemma 1990 im Osten gewählt worden ist, also ich habe kein Bedürfnis, jemanden für dieses Dilemma verantwortlich zu machen.

Als Politikerinnen und Politiker müssen Sie die politischen Ziele und Absichten, für die Sie stehen, in diesem Dilemma durchsetzen, das habe ich sozusagen als Ihre Aufgabe vorweggenommen in meinem Kopf. Aus meiner Perspektive halte ich die politische Unterstützung interner Akteure aus Ihrer Position für enorm wichtig. Das wäre das, was ich sehe, um dieses Dilemma zu handhaben. Für möglichst viele Leute müssen sich Handlungsräume eröffnen und nicht schließen. Und wenn es hier darum geht, die Folgen der Diktatur der SED zu beseitigen oder zu mindern, wenn es hier also darum geht, Zukünfte zu produzieren, dann halte ich es für Ihre Aufgabe, Handlungsräume zu öffnen. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Reinhard Mocek: Ich bedanke mich recht herzlich für die fünf einleitenden Beiträge.

Pause bis 11.00 Uhr.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Reinhard Mocek: Wir wollen jetzt fortsetzen, auf meiner Liste stehen bis jetzt acht Wortmeldungen von Sachverständigen und Abgeordneten der Kommission. Frau Abg. Brudlewsky, bitteschön.

Abg. Monika Brudlewsky (CDU/CSU): Es war alles wieder sehr interessant, was heute gesagt wurde. Besonders interessiert haben mich unter anderem die Ausführungen von Herrn Dr. Rach. Ich selber bin ein Kind der Magdeburger Börde. Ich bin in Magdeburg geboren und in Schönebeck sowie in Halberstadt zur Schule gegangen. Damit bin ich groß geworden: Im Lesebuch stand MTS, und später, als die LPG da war, mußten die Rechenaufgaben eben so gelöst werden, nach Traktoren und Rüben und solchen Dingen. Nach der LPG-Einführung war z.B. sehr bekannt das Theaterstück „Lene Matke“ – der Theaterbesuch war Pflicht –, und wir bekamen eben gesagt, wie wichtig und gut die LPG ist und wie böse und schlecht Großbauern sind. Für uns als Kinder war das so eine Denkweise: Großbauer negativ, Kapitalist, Faschist. Das war alles so eine Linie, wie man gedacht hat. Hinter vorgehaltener Hand hörte ich immer von Tränen und Leid im Zusammenhang mit der LPG, von Flucht und Zwang und von Zähneknirschen, wenn man doch hier blieb und LPG-Mitglied wurde. In der Schule selber war es Pflicht, viele können mir das bestätigen, Rüben hacken, Rüben verziehen, Kartoffelkäfer sammeln, Kartoffeln roden. In jeder Klasse, jedes Jahr mehrere Male mußten die Schüler auf den Acker, da gab es kaum Entschuldigungen. Nach dem Abitur war das einige Wochen Pflicht, und auch der Studentensommer, bevor das Studium wieder los ging, war Pflicht. Da habe ich die Frage: Wie weit spielt dies eine Rolle für Ihren Bericht über die LPG, der doch sehr positiv war und die LPG direkt sehr anheimelnd für mich erscheinen ließ? Da ist für mich ein bißchen die Frage angeregt worden, war es denn wirklich nur so positiv in den Dörfern, oder hat man nicht auch hinter vorgehaltener Hand oder zähneknirschend darüber gesprochen oder hat man es gar nicht mehr gewagt. Die Frage ist eben, wie weit war man in den LPG angewiesen auf die Schüler und Studenten. Ich meine, das spielte eine sehr große Rolle, weil die LPG sonst manchmal ihren Plan nicht erfüllt hätten.

Zu Frau Dr. Weiske hätte ich zu fragen: Wie sehen Sie die Verteilung der Wohnungen? Das kam mir ein bißchen zu kurz bei der ganzen Geschichte, denn ich selber bin 1957 in eine AWG-(*Arbeiterwohnungsbau-Genossenschafts*)Wohnung gekommen. Meine Mutter war Invalidenrentnerin, und wir mußten mit ansehen, wie Lehrer und Funktionäre KVV-Wohnungen bekamen. Aber wir mußten diese 2.000 Mark bezahlen, mit denen man sich einkaufen mußte, obwohl wir wenig Geld hatten, meine Mutter eigentlich als Invalidenrentnerin es kaum bezahlen konnte. Der Vater war Beamter gewesen früher, und sie war Witwe, und da war sie eben auch eine von den Ausbeutern, während Lehrer und Funktionäre die Wohnungen bekamen, wo man sich nicht einkaufen mußte. Wir mußten das sehr oft mit ansehen, und das war eine schwierige Erfahrung. Die Rolle des Wohnungsamtes, die Willkür der Verteilung und alle diese Dinge gehören auch zur Geschichte gerade der Städte – wie man gewohnt hat, und das Wohnungsamt, dem man ausgeliefert war.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Reinhard Mocek: Jetzt haben das Wort der Sachverständige Kowalczuk, dann Abg. Elm. Erst Herr Kowalczuk, bitte.

Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk: Ich habe einige Bemerkungen bzw. Anfragen, die erste richtet sich an Herrn Schulze. Sie sprachen davon, daß 1980/82 die Pflege des nationalen Erbes in der DDR eine neue Qualitätsstufe erreicht hätte. Sie sagten das mit den Worten, die SED hätte begriffen, daß Pflege und Bewahrung des nationalen Erbes auch heißt, daß man das Erbe der Herrschenden bewahren möge. Dazu würde mich interessieren, in welchem Umfang hat sich denn das tatsächlich abgespielt, die Pflege und Bewahrung des nationalen Erbes. Ich glaube, man kann das so pauschal nicht sagen angesichts vieler zerstörter Städte; ich denke hier bloß an Halberstadt, wo man überhaupt nichts machte, oder überhaupt an die Städtebilder. Das scheint mir doch in einem auffälligen Kontrast zumindest zu dem Befund zu stehen, den Sie dazu gegeben haben.

Das zweite ist eine Nachfrage. Habe ich Sie richtig verstanden, daß Sie gesagt haben, es hat nie ein Tabu gegeben, sich mit jüdischen Lebenswelten vor 1945 auseinanderzusetzen? Haben Sie das bezogen auf die Kirche oder prinzipiell auf die DDR? Prinzipiell auf die DDR kann das ja nicht zutreffen, denn mit der jüdischen Kultur, letztendlich auch mit dem Holocaust, hat man sich tatsächlich offiziell in der DDR erst in den achtziger Jahren beschäftigt. In den fünfziger und sechziger Jahren sind Juden in der DDR noch teilweise massiv verfolgt worden. Ich erinnere z.B. nur an Helmut Eschwege, der ein Buch geschrieben hat über den Holocaust, und es war mit erheblichen Schwierigkeiten und Problemen verbunden, überhaupt in der DDR veröffentlicht zu werden. Anfangs ist es in der DDR überhaupt nicht veröffentlicht worden, erst in der Bundesrepublik.

Dann richtet sich eine Frage an Herrn Rach. Mich würde interessieren, wie er das Konzept der Regionalgeschichte, das ja in den achtziger Jahren wiederbelebt wurde, einschätzt. Es gab in den fünfziger, sechziger Jahren das Konzept der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, das aus irgendwelchen Gründen zwar nie aufgegeben, aber doch mehr oder weniger zurückgefahren wurde. Das wurde ein bißchen in einem Phasenmodell abgelöst von dem Projekt der Heimatgeschichte. Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre im Rahmen dieser Debatte um Erbe und Tradition kam es dann zu einer Wiederbelebung der Regionalgeschichte auf marxistisch-leninistischer Grundlage. Mich würde interessieren, welche ideologischen, welche politischen Ursachen es dafür gegeben haben könnte.

Eine andere Frage ist: An Ihrem Vortrag ist deutlich geworden, daß politische Zäsuren nicht immer, oder in der Regel gar nicht, den Alltag sofort verändern. Mich würde nun gerade auch mit Blick auf unsere jetzige Zeit interessieren, welche Faktoren letztendlich tatsächlich für Veränderungen des Alltags verantwortlich oder vorrangig wichtig sind.

Zum Schluß noch eine Bemerkung zu dem Vortrag von Frau Weiske: Sie haben am Anfang davon gesprochen, und es steht ja auch in Ihrem Papier – Sie beziehen sich da auf ein Buch von Daniela Dahn, das sicherlich ein Beitrag

gegen die „Kolonisierung“ des Ostens durch den Westen ist. Mich würde interessieren, inwieweit überhaupt dieser Begriff „Kolonisierung“, der ja eigentlich aus einem ganz anderen Zusammenhang kommt, tatsächlich auf den Prozeß der deutschen Einheit überhaupt zutrifft, inwieweit das nicht eine in diesem Zusammenhang unwissenschaftliche Kategorie ist.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Reinhard Mocek: Jetzt Abg. Meckel.

Abg. Markus Meckel (SPD): Ich habe einige Bemerkungen bzw. eine Frage. Zuerst möchte ich daran erinnern, daß die Wiedereinführung der Länder – Herr Jordan hat ja auf diese Problemstellung hingewiesen – nicht, wie viele denken, nur etwas damit zu tun hatte, daß die DDR sich paßfähig machen mußte für die künftig dann gemeinsame Bundesrepublik, sondern daß das völlig unabhängig von der Perspektive der Vereinigung unser Vorschlag schon vorher war, als die Frage der Einheit Deutschlands noch überhaupt nicht als eine operative Möglichkeit ins Blickfeld geriet. Als wir die programmatischen Stichworte aufschrieben für die Gründung der Sozialdemokratischen Partei im Frühjahr und Sommer 1989, haben wir die Wiedereinführung der Länder, ich glaube damals als erste (jedenfalls kenne ich es bisher noch aus keinem anderen Text oder einer Diskussion vorher) gefordert, wenige Wochen später, im Herbst 1989, war dies dann schon fast Allgemeingut. Das heißt, diese Initiative fiel auf so fruchtbaren Boden im Selbstverständnis der Bevölkerung, daß sie von allen politischen Parteien und Gruppen sehr schnell aufgenommen wurde und sehr schnell zu einem ganz breiten Konsens über die Wiedereinführung der Länder führte. Das hat natürlich genau etwas mit diesen tradierten Selbstverständnissen zu tun und daß die Verwaltungsreform der Bezirke keinerlei Identität schaffen konnte.

Ein zweiter Punkt ist eine Frage insbesondere an Herrn Dr. Rach, aber auch an andere, die vielleicht etwas dazu sagen können, sie betrifft das Phänomen der Jugendweihe. Wir haben ja den Versuch der SED seit den fünfziger Jahren, der ein weitgehend erfolgreicher Versuch war, die Konfirmation zumindest als breiten Brauch in der Bevölkerung zu ersetzen durch die Jugendweihe. Die Kirche hat sich hier regelrecht auf einen Kirchenkampf eingelassen und, weil die Gemeinden dem nicht folgten, verloren. Als ich 1980 aus Berlin nach Mecklenburg ging, machte ich eine erstaunliche Erfahrung. In Berlin feierten diejenigen Konfirmanden, und es waren natürlich fast alle, die außerdem die Jugendweihe machten, die Konfirmation als Familienfest. Als ich nach Mecklenburg kam, war es so, daß auch die, die beides taten, zwar Konfirmation machten, aber als Familienfest die Jugendweihe feierten. Jetzt machen wir die Erfahrung, daß es einen nicht unbeträchtlichen Teil der Bevölkerung in Ostdeutschland gibt, der diese Tradition der Jugendweihe, mit etwas anderen Inhalten, fortführt. Es ist ein nicht unbeträchtlicher Teil. Hintergrund scheint mir zu sein, daß die Jugendlichen, die nicht Konfirmation machen, ja auch ein Fest brauchen, das relativ einträglich ist heutzutage. Wie beurteilen Sie das?

Zuletzt eine kurze Bemerkung, daß ich schwer beeindruckt bin von dem, was Sie, Herr Zahn, in 30 Jahren im Dorfpfarramt gemacht haben. Die Existenz im Dorfpfarramt ist mir wohl vertraut. Was Sie da geschaffen haben, nötigt mir große Achtung ab.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Reinhard Mocek: Dankeschön, jetzt Abg. Elm und dann Sachverständiger Jacobsen.

Abg. Dr. Ludwig Elm (PDS): Ich will mich auf ein Problem und eine Frage beschränken. Herr Zahn machte eine Bemerkung zum Kulturbund in dem Sinn, daß man der Vereinnahmung widerstanden hätte. Mich würde einmal interessieren, z.B. gerade aus dem Wirkungsbereich von Dr. Schulze, aber auch der anderen Podiumsteilnehmer, soweit sie hier Erfahrungen haben und etwas mitteilen möchten, wie sich die Rolle des Kulturbunds für Sie im Rückblick darstellt – vor allem als zentralistische Organisation, die auch ein Instrument der gesamtgesellschaftlichen Steuerung war, die personalpolitisch entsprechend bevormundet wurde, gleichzeitig eine Organisation in der Eigenart, daß sie über ihre Gesellschaften und die Vielzahl von Interessengemeinschaften sehr stark in den Alltagsbereich kulturell und künstlerisch Interessierter, Engagierter hineinreichte. Das ist das, was ich beim Kulturbund als Eigenart und Besonderheit im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen Organisationen empfinde und wo ich glaube, daß es den Problembereich trifft, den wir gestern hier angesprochen haben – wie weit sich bei Identität und Integration gesamtgesellschaftliche Einbindungen, Verpflichtungen, Reglementierungen überlagern und verflechten mit regionalen, lokalen und individuellen Sphären –, daß hier vor allem innere Strukturiertheit gegeben und in hohem Maße die Geschichte des Kulturbunds von seinem Wirken an der Basis geprägt war. Es wäre auch interessant zu hören, wenn jemand das verfolgt hat, wie ist das in der Wende überstanden worden, wie wird das, was da versucht wurde, weitergeführt in anderen Formen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Reinhard Mocek: Dankeschön, nun Herr Jacobsen und dann Abg. Ortleb.

Sv. Prof. Dr. Hans-Adolf. Jacobsen: Ich möchte mich zunächst bei der Dame und den Herren des Podiums für die ebenso informativen wie interessanten Ausführungen bedanken. Beschränken möchte ich mich auf eine Frage, auch ausgehend von dem, was Bischof Nowak heute vormittag uns vermittelt hat. Wir sollten uns doch ein wenig mehr der Zukunft zuwenden, das heißt einem Bereich, der für die Enquete-Kommission eine wichtige Rolle spielt, weil wir gehalten sein werden, Empfehlungen zu formulieren. Wie können wir die innere Einheit fördern, was ist zu tun? Und da habe ich, Frau Weiske, an Sie eine Frage. Ich stimme Ihnen im wesentlichen in dem zu, was Sie am Schluß ausgeführt haben – das schier unlösbare Dilemma mit den externen und internen Akteuren zur Entwicklung der Dynamik des Veränderungsprozesses. Es wäre sinnvoll, noch etwas von Ihnen zu hören, wie Sie sich das vorstellen, wenn Sie hier fordern: „Aus meiner Perspektive halte ich die politische Unter-

stützung interner Akteure für enorm wichtig.“ Das ist ein Gesichtspunkt, der sicherlich akzeptabel ist, weil Sie mit Recht auf die, ich will nicht sagen verhängnisvolle, aber doch nicht zufriedenstellende Fremdbestimmung bei dem Veränderungsprozeß hingewiesen haben, wenn es sich um externe Akteure handelt. Und hier würde ich sagen: Was heißt denn das – Unterstützung der internen Akteure? Wer soll unterstützen, ohne daß da wieder eine Fremdbestimmung möglicherweise den Ausschlag gibt? Könnten Sie einige Schritte und Methoden aus Ihrer Erfahrung, Ihren Erkenntnissen formulieren, die dann möglicherweise einfließen in unseren Bericht der Enquete-Kommission?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Reinhard Mocek: Schönen Dank! Herr Ortleb und dann der Sachverständige Faulenbach.

Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Meine Fragegruppe ist eine Folge von Assoziationen, Herr Jordan, die ich während Ihres Vortrages so in mir erfahren habe. Die erste ist die folgende: Ich muß für die, die mich nicht vom Beruf her kennen, vorausschicken, ich bin gelernter Mathematiker, und ich sehe die Strukturierung der ehemaligen DDR in die dann späteren Bezirke als eine machtpolitische Mathematikaufgabe. Und die Zahl 15 ist wie folgt entstanden, das ist meine Theorie: Wir hatten etwas über 200 Kreise, an der hat die SED nicht gewackelt. Die nächste Quadratzahl bei 200 und etwas ist 225, wenn man dann die Wurzel zieht, kommt 15 raus. Das ist bitter ernst gemeint. Woher kommt das Ganze? Zentralistische Strukturen haben ein Prinzip – eine gleiche Einheit auf verschiedener Höhe verteilt. Das typischste Beispiel für eine zentralistische Struktur ist das Militär, und seit Jahrhunderten gab es nach französischem Vorbild die Dreierteilung, also eine Armee hatte drei Korps, ein Korps hatte drei Divisionen usw., aus machtpolitischen Gründen. Es war somit eine Notwendigkeit für die SED, das so zu strukturieren, damit sie durchfassen konnte.

Zweiter Gedanke, der dazu gehört und wozu ich auch Ihre Meinung gern hören würde: Was ich furchtbar bedaure, ist, daß diese Identität im Sinne von Länderdenken bei der Wiederherstellung der Länder nicht ausreichend berücksichtigt worden ist. Also ich bin in Thüringen geboren, habe ich immer gesagt, wenn ich gefragt wurde, und wer es genauer wissen wollte, in Gera. Das ist fest gewesen, bei vielen meiner Altersgruppe auch. Aber mich wundert dann, daß es z.B. bei der Kreisneustrukturierung in Mecklenburg-Vorpommern passiert ist, daß wir Kreisbezeichnungen haben, über die man sich die Haare raufen kann – Nord-West-Mecklenburg-Vorpommern und ähnliches Zeug, statt entsprechende Städte oder Begriffe zu wählen, die anschaulich machen. Ich finde mich deswegen heute auf der Landkarte nicht zurecht, weil ich mit diesen Namen nicht klar komme. Weiteres Beispiel dazu: Daß Schwerin Landeshauptstadt geworden ist – meine kühne These –, ist vor allem dem zu schulden, daß die zugereisten Hilfsbeamten aus Niedersachsen und Hamburg den kürzeren Weg hatten. Also es gibt solche Dinge, die man überlegen muß.

Letzter Gedanke, der in frischer Erinnerung für mich ist: Ich bin gestern nicht hier gewesen, es hatte seinen Grund – wir hatten als F.D.P. einen sogenannten Ostgipfel in Rostock, und Sie wissen jetzt, wohin meine Nachtigall trapsen soll. Da konnte man mit Pinpunkten an Tafeln auswählen, welches Thema man im Vordergrund haben will, und da war ein Thema: Braucht die Partei ein Ostprofil? Sie können sich sicherlich vorstellen, die Punkte waren dort satt voll, und was als nächstes passierte – es waren drei, vier Kamerateams da –, ich habe sie richtig beobachtet, wie sie genußvoll diesen Ausschnitt dieser Tafel gefilmt haben. Ich nehme an – ich konnte wegen der Zugfahrt die Nachrichten nicht mehr verfolgen –, daß im örtlichen Regionalprogramm garantiert gekommen ist: F.D.P. hat sich über Ostfragen unterhalten. Ich war bei der Diskussion dabei. Herausgekommen ist das Gegenteil, es wurde gesagt, wir haben bestenfalls eine Ostkompetenz zu verteidigen, aber eine Ostidentität brauchen wir in unserer gemeinsamen Bundesrepublik in diesem Sinne nicht. Das wollte ich nur einmal mitteilen. Deswegen habe ich Angst, daß wir die Identität uns selber scheinbar oder sonst durch die Medien produzieren in einem Umfang, wie er nicht mehr existiert. Dieselben Leute, die gestern so reagiert haben, hätten vor zwei Jahren etwas anderes gesagt.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Reinhard Mocek: Dankeschön! Als nächster dann Herr Faulenbach.

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Wir haben viele Informationen bekommen über kulturelle Aktivitäten, die sich unabhängig von dem SED-System entwickelt und teilweise in Spannung zum SED-System gestanden haben. Insbesondere Herr Schulze hat darauf abgehoben. Nun könnte man die Frage stellen, welche destruiierende Wirkung die SED-Politik auch gehabt hat. An einigen Stellen ist das angeklungen, etwa bezogen auf die Kirchenbauten, bei denen heute noch eine Distanz zu einem bestimmten Teil der Kultur nachwirkt –, das könnten Sie übrigens, Herr Zahn, vielleicht noch einmal etwas näher erläutern. In diesem Zusammenhang eine Frage an Herrn Rach: Können wir denn sagen, daß es eine Kontinuität des dörflichen Brauchtums in der DDR durchgängig gegeben hat? Es hat doch wohl auch Interventionen, auch politisch initiierte Veränderungen gegeben. Ungeachtet der zum Teil vorhandenen unerschwellig laufenden Kontinuitäten sind vermutlich massive Kontinuitätsbrüche zu registrieren, die wir thematisieren müßten.

Zweite Bemerkung: In dem Vortrag von Herrn Jordan ist das Lokal- und Regionalbewußtsein geradezu als ein potentielles Oppositionsbewußtsein dargestellt worden, als ein Widerlager zur SED-Politik. Aber ist nicht das Lokalbewußtsein zumindest teilweise auch von offizieller Seite gefördert worden in der späteren Phase der DDR? Jedenfalls hätte ich gerne das von Ihnen noch einmal etwas erläutert. Herr Kowalczuk hat schon darauf hingewiesen – die Hinwendung zur Regionalgeschichte in der Spätphase der DDR deutet auch auf bestimmte Differenzierungsprozesse hin. Herr Jordan, wie steht es denn nun gegenwärtig mit diesem Regionalbewußtsein? Müßte dieses Regionalbewußtsein nicht das natürliche Gegengewicht sein zu bestimmten Anpassungs-

zumutungen? Statt dessen gibt es teilweise eben diese DDR-Nostalgie. Also das deutet doch darauf hin, daß dieses Regionalbewußtsein bisher noch nicht so stark revitalisiert worden ist, daß es gegenwärtig eine Gegenposition gegen Zentralismus, gegen alle möglichen Prozesse darstellen kann oder darstellt.

Drittens: Herr Schulze, Sie haben Entwicklungen in der DDR thematisiert. Aber was ist denn aus diesen vielfältigen Aktivitäten, die Sie dargestellt haben, im Transformationsprozeß geworden? Florieren die alle? Gibt es eine durchgängige Kontinuität dieser Bestrebungen, gibt es Schwierigkeiten, oder sind gar manche Dinge jetzt erst richtig erblüht, die vorher sozusagen eher kanalisiert gewesen oder in einer bestimmten Mangelsituation entstanden sind, oder sind einige kulturelle Tendenzen nur auf dem Hintergrund der DDR und ihrer Strukturen damals gediehen? Ich hätte gerne eine Einschätzung zu dem, was sich nach 1989 entwickelt hat.

Allerletzte Bemerkung: Frau Weiske, Sie haben ganz überzeugend dargelegt, wie die Starrheit der DDR-Gesellschaft auch einen Teil der Schwierigkeiten heute mit verursacht, hinsichtlich der Einstellung auf die veränderte Situation. Aber in dem Zusammenhang doch noch einmal gefragt: Welche Mittel, welche Möglichkeiten sehen Sie, die „internen Akteure“, wie Sie das bezeichnet haben, zu stärken? Was kann Politik in dem Zusammenhang aus Ihrer Sicht tun, die Aktivitäten der „internen Akteure“ zu stärken?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Reinhard Mocek: Dankeschön. Jetzt Herr Sachverständiger Burrichter und dann Herr Wilke.

Sv. Prof. Dr. Clemens Burrichter: Wir müssen Ausschau halten nach anderen überzeugenden, akzeptablen und identitätsfähigen Institutionen, die bei diesem Problem der neuen Identitätsfindung hilfreich sein sollten. Da meine ich gerade, daß es nicht die Politik ist. Daß die Politik diesen Prozeß unterstützen kann, sicherlich – aber als erstes Subjekt der Hilfestellung für eine neue Identitätsfindung müssen gesellschaftliche Einrichtungen hinzugezogen werden. Entweder sind sie schon da, oder sie müssen sich eventuell auf entsprechende Anregung finden. Ich kann auf Anhieb auch keine Lösung anbieten, nur würde ich meinen, es sollte in der Tat mehr auf gesellschaftliche Instanzen zurückgegriffen werden als auf die Politik.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Reinhard Mocek: Dazu möchte Abg. Meckel jetzt noch eine Bemerkung machen.

Abg. Markus Meckel (SPD): Ich glaube, eine konkrete politische Empfehlung in diesem Themenbereich wäre eine institutionelle Förderung von Vereinen und Gesellschaften. Das gibt es im Westen. Bei uns wird dergleichen sehr stark begrenzt. Selbstfindung und Selbstorganisation gesellschaftlicher Interessen sind jedoch von großer Bedeutung. Hier sollte mehr getan und eigenverantwortliches Handeln im öffentlichen Interesse gefördert werden.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Reinhard Mocek: Dankeschön. Herr Sachverständiger Wilke und dann Herr Sachverständiger Gutzeit.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Christoph Dieckmann hat gestern am Beispiel der Rockmusik sehr eindrucksvoll die Stärke der westlichen Kulturindustrie auch im Zusammenhang mit den internen Veränderungen in der DDR-Gesellschaft aufgezeigt. Bei diesen ganzen Gesprächen über Identität und Kultur der DDR bin ich als Westler über einen Punkt richtig sprachlos. In all Ihren Berichten kommt überhaupt nicht vor, daß in der DDR 45 Jahre Kulturrezeption aus der Sowjetunion bzw. aus Rußland stattgefunden hat. Gerade in den letzten Jahren der Deutschen Demokratischen Republik haben im kirchlichen Bereich Perestrojka-Bücher und -Filme, z.B. die Auseinandersetzung um den „Sputnik“ und „Die Reue“, eine erhebliche Rolle gespielt. Das kommt alles überhaupt nicht vor. Hat es das nicht gegeben? Was wirkt davon weiter? Ist das alles vergessen? Die Beziehungen zu Granin und anderen Schriftstellern, die in ihren Büchern weiter gingen als Kant, Hermlin oder Christa Wolf, die systemimmanent Kritik übten, die sich DDR-Literaten in der Regel nicht getraut haben – was ist davon geblieben?

Zweiter Punkt.: Herr Zahn, ich habe Ihnen mit einiger Verwunderung zugehört. In dem nordhessischen Dorf, aus dem ich komme, spielen die Kriegerdenkmäler keine Rolle mehr, die Kreuze stehen, aber kein Mensch denkt mehr daran, sie sonderlich zu pflegen. Und Sie sagen, daß in den Dörfern auf einmal die alten Kriegerdenkmäler, die die SED teilweise zerstört hat, wieder Beachtung finden. Woher kommt das Bedürfnis?

Diese Feststellung leitet über zu meiner nächsten Frage, die ich an die Kollegin Weiske habe. Mich stört, um damit zu beginnen, daß in einem soziologischen Text dieses Unwort „Wessi“ auftaucht. Ich empfinde dieses Wort als die sprachliche Ausgrenzung der Westler, die nach 1989/90 in die neuen Bundesländer gegangen sind. Claus Offe und andere aus der sogenannten oder etablierten akademischen Linken der Bundesrepublik, die nichts mit dem Ziel der nationalen Einheit anzufangen wußten, die im Grunde erschrocken darüber waren, daß die Einheitsfrage durch das Volk entschieden wurde, mögen solche Geschichten. Im Urteil über Ihre Analyse, die Sie hier vortrugen, kann ich mich nur dem Beitrag von Herrn Jacobsen anschließen, Ihre Ausführungen bringen für die Beantwortung der Frage nach der Integration so gut wie nichts.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Reinhard Mocek: Herr Gutzeit bitte.

Sv. Martin Gutzeit: Ich knüpfe an eine Frage an, die Bernd Faulenbach gestellt hat, die Frage der Brüche. Mir scheint, wenn ich die Berichte der Sachverständigen hier höre, als ob diese Geschichte der DDR, der 40 Jahre, ziemlich harmonisch verlaufen wäre. Es ist angesprochen worden, daß auf der Ebene der Jugendweihe sich eine ganz neue Kultur durchgesetzt hat, und ich neige dazu, das, was da 40 Jahre passiert ist, eine von Partei und Staat organisierte Kulturrevolution zu nennen. Wenn im östlichen Teil Deutschlands vor 1945 etwa 90 Prozent evangelisch gewesen sind, das heißt einer Kirche, auch kulturellen Institutionen angehörten, dann muß man sich einmal anschauen, was nach diesen 40 Jahren davon übriggeblieben ist – 10, 15 Prozent –, und

ich denke, das ist ein ganz gravierender kultureller Bruch. Das heißt also, eine Institution, die über Jahrhunderte Kultur geprägt, Kultur tradiert hat, hat diese Funktion verloren. Das Beispiel der Jugendweihe ist nur ein äußeres Kennzeichen. Ich denke aber, dies ging noch viel, viel tiefer, diese Kulturrevolution. Das heißt, die kulturtradiierenden Eliten wurden jedenfalls beseitigt, sind auch großenteils ausgereist, konnten das, was sie vorher taten, gar nicht mehr tun. In den Berichten, die ich hörte, habe ich davon nichts gespürt. Es scheint eine Alltagskultur im Untergrund quasi weitergelaufen zu sein, es gab Veränderungen, aber was hier an gravierendem Einschnitt passierte, davon habe ich nichts gehört und auch nichts zu der Frage, wie hier tatsächlich wieder angeknüpft werden kann. Ich selbst habe das als Pfarrer im ländlichen Raum gespürt, die Versuche, die regionale Kultur weiter zu betreiben, und die Schwierigkeit, daß, wenn man da an Ressourcen anknüpfen wollte, man eben auf Staat und Partei angewiesen war. Wenn wir einen Gesangverein machen wollten, dann war man auf diese Ressourcen angewiesen, die die Partei und der Staat in der Hand hatte, und natürlich lief dann auch etwas. Aber es lief unter der Oberhoheit der Partei, und das geht natürlich so bis in die achtziger Jahre. Man kann sagen, das Luther-Jahr ist gelaufen, es sind wieder neue Dinge aufgegriffen worden. Was aber hier Gleichschaltung, Funktionalisierung bedeutete, das ist meines Erachtens hier auch nicht zum Tragen gekommen. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Reinhard Mocek: Dankeschön. Ich bin jetzt gespannt auf die Antworten auf die Fragen. Wir beginnen wieder mit Herrn Schulze und werden dann die Reihenfolge von vorhin beibehalten.

Dr. Harald Schulze: Die Antworten können jetzt nur ausschnittsweise, stichwortweise sein. Zunächst zu Herrn Gutzeit: Ich denke, das Thema heute vormittag speziell war, kulturelle Lebensräume darzustellen, und da mußte man erst einmal einfach beschreiben, was Lebensräume waren. Die Frage des Abbruchs einer Volkskirche durch staatlichen Druck, der einige Jahrzehnte hindurch ganz massiv ausgeübt worden ist, hat die erste Enquete-Kommission sehr gründlich untersucht; ich dachte, das sollte heute nicht wiederholt werden. Von daher nun die Frage: Ist nicht hier in Wirklichkeit von oben her ein anderes Kulturprogramm durchgesetzt worden? Dagegen jetzt tatsächlich meine These: Es haben sich die Beharrungskräfte und die Regenerationskräfte innerhalb der Bildungsschicht der DDR, die sich verändert hatte in den Jahrzehnten, doch immer wieder in einem erstaunlichen Maße behauptet. Ihre Grundthese ist völlig richtig, daß durch die Abwanderung der bürgerlichen und aristokratischen Elite aus der DDR bis 1961 und dann noch einmal in neuen Schüben mit weiteren Gruppen unsere Kulturszene zunehmend verarmte. Das ist richtig, und trotzdem war es für mich zum Beispiel ein unwahrscheinliches Erlebnis, daß ich in den siebziger Jahren in Dresden, im Großen Haus der Oper, im Großen Haus am Zwinger, eine Aufführung von Arnold Schönbergs „Moses und Aron“ erlebte, die ausverkauft war. In Berlin passierte das nicht, das war in Dresden, mit Dresdner Publikum. Ich denke, hier sind einfach Phänomene, die wir im Blick behalten und beschreiben müssen.

Regenerationskraft – da würde ich auch das für mich erstaunliche Fazit nennen, daß die Malerei der DDR und die Graphik in den siebziger und achtziger Jahren immer interessanter wurden, trotz Mauer. Sie waren durch die Westflucht der DDR-Künstler vor 1961 ausgesprochen langweilig, und dann kamen mit der Leipziger Malerschule plötzlich andere Leute ran, und die Sache wurde wieder spannend. Ich denke, hier muß man in Schichten denken und reagieren.

Herr Kowalczuk, zu Ihrer Frage nach dem Erbe der Herrschenden: Es ist dieses tatsächlich eine reflektierte Erkenntnis gewesen, die damals in der nationalen Kulturerbediskussion der späten siebziger, Anfang achtziger Jahre in der DDR eine Rolle gespielt hat. Sie können dieses ablesen am Gegensatz zwischen Müntzer- und Luther-Rezeption. Die DDR hatte bis 1975 fast ausschließlich auf die Müntzer-Rezeption gesetzt und dann begriffen, daß sie mit der Überlassung von Luther an die Kirche, und das war für sie an die Herrschenden der alten Gesellschaft, sich selber arm gemacht hat, und daher diese Änderung, an die Kunst der Herrschenden wieder anzuknüpfen. Daß dies nicht innerkirchlich geblieben ist, sondern dann tatsächlich für die Kulturpolitik der DDR eine Rolle gespielt hat, können Sie an den Auseinandersetzungen der achtziger Jahre über Friedrich den Großen und Preußen dann noch einmal nachbuchstabieren. Natürlich blieb das selektiv, das ist völlig klar. Aber Sie haben hier z.B. in Magdeburg den gelungenen Versuch einer Beerbung der Kultur der alten Gesellschaft durch die neue Gesellschaft mit der Umfunktionalisierung des Klosters Unserer Lieben Frauen zu einer Konzerthalle und einem Kulturzentrum für Magdeburg. Ich denke, daß ist eine Konzeption, die zu diskutieren einmal lohnen würde. Das einfach als die Begründung meiner These.

Und nun noch zu Ihrer Rückfrage, wie das denn mit den jüdischen Lebenswelten vor 1945 und ihrer DDR-Rezeption gewesen ist. Also hier zunächst einmal eines: Es besteht offenbar ein Filmriß darüber, was die DDR alles publiziert hat. Ich habe hier mehrere Seiten Literaturverzeichnis von 1978, lauter DDR-Erscheinungsorte, mit jüdischen Tagebüchern, mit einer Gedichtsammlung von Heinz Seidel „Welch Wort in die Kälte gerufen“, Judenverfolgung des Dritten Reiches im deutschen Gedicht, dann die jiddischen Lieder und Traditionen, die Lin Jaldati sehr stark wieder ins Gespräch gebracht hat, „Es brennt, Brüder, es brennt“, also eine ganze Liste von Veröffentlichungen, die alle vor 1978 zugänglich waren und merkwürdig wenig gelesen wurden. Für mich ist das eigentliche Phänomen, daß eine Breitenwirkung dann von dem Pogromgedenken 1978 an wieder stärker zu spüren ist und dann in den achtziger Jahren die DDR-Kulturpolitik sich an dieser Stelle ändert.

Zur Frage nach der Rolle des Kulturbunds von Herrn Elm: Da bin ich unzuständig. Ich habe mit dem Kulturbund nie zusammengearbeitet und wir in der Kirche auch nicht. Der Kulturbund hat uns bei den kirchlichen kulturellen Aktivitäten auch nicht geholfen. Er hätte zum Beispiel hier die Kulturarbeit des Mageburger Domchors stützen können, das hat er nie gemacht. Ich weiß aber, daß der Kulturbund für viele Intellektuelle gerade und andere, die nicht aktiv

in der Kirche tätig waren oder in kirchlichen Zirkeln, eine solche Rolle spielte, wie Sie es beschreiben. Von daher will ich das überhaupt nicht bestreiten, aber ich kann nur sagen, wir haben die positiven Seiten der Kulturbundarbeit nicht erlebt.

Zur Frage von Ihnen, Herr Faulenbach: Was ist aus diesen kulturellen Aktivitäten eigentlich geworden? Ich denke, es gibt ganz unterschiedliche Geschichten des Weiterwirkens. Die schönste, erfreulichste hier in Sachsen-Anhalt: Da hat eine Kirchengemeinde in Merseburg eine romanische Kirche, weil sie sie nicht mehr füllen konnte, an die Stadt abgegeben. Sie verfiel vor sich hin, weil die Kapazitäten der Denkmalpflege nicht reichten. Nach der Wende hat die deutsche Stiftung „Umweltschutz“ einen Millionenbetrag gegeben, und man konnte rekonstruieren. Die Franckeschen Stiftungen in Halle gehören in dasselbe Feld. Das war wirklich im Verfall begriffen und wird jetzt gerettet. Also das sind Rettungsgeschichten, die äußerst wichtig sind. Ich möchte aber ausdrücklich eine Lanze brechen für die Denkmalpflege in der DDR. Ich denke, daß über den Erfolgsgeschichten der Zeit nach 1990 einfach vergessen wird, was die Denkmalpflege in der DDR mit den geringen finanziellen und bautechnologischen Ressourcen, die sie hatte, geleistet hat. Das ist hochbeachtlich, und ich denke, wenn Staatsempfänge heute im Schauspielhaus in Berlin stattfinden oder alle Welt in die Dresdner Oper geht, vergißt man zu sagen, daß das etwas mit der Denkmalpflege der DDR zu tun hat. Entsprechende Sachen gibt es bei uns auch. Der Domchor Magdeburg wäre so ein schönes Beispiel. Jetzt wird so etwas städtisch oder staatlich gefördert, jetzt können sie Reisen machen ins Ausland, die sie vorher nicht machen konnten. Das sind schöne Geschichten, aber andere Dinge sind auch kaputtgegangen. Wir haben z.B. aus Naumburg viele Beschwerden bekommen, als die Kirchenleitung der Kirchenprovinz die Ausbildungsstätten in Naumburg hat schließen müssen, die Kirchliche Hochschule dort, die ein Kristallisationskern für Kultur in Naumburg gewesen ist. Das können wir nicht wieder zurückbringen, jetzt muß da in der Stadt selber etwas wachsen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Reinhard Mocek: Dankeschön. Herr Dr. Rach.

Dr. Hans-Jürgen Rach: Ich versuche, in der Reihenfolge der Punkte, bei denen ich mich angesprochen fühle, zu verfahren. Frau Brudlewsky, Ihr Hinweis, daß es natürlich sehr viel mehr Tränen und Kummer gegeben hat, als in meinem Beitrag zum Ausdruck kam, ist unbestritten, und wenn ich dieselbe Arbeit heute noch einmal machen müßte, würde dies deutlicher zum Ausdruck kommen. Ich gebe zu, wenn ich meine Publikationen, ich meine jetzt nicht meine persönlichen, sondern die unserer Arbeitsgruppe ansehe, sie sind ein bißchen idealisiert. Das ist Fakt, aber in der damaligen Zeit überhaupt über dieses Alltagsleben etwas zu schreiben, das war wiederum aus der Zeit heraus zu verstehen schon wieder eine Leistung; es wurde akzeptiert, daß es so etwas auch gegeben hat. Trotzdem, in unserer Gruppe waren sicherlich kirchlich gebundene Leute dabei, aber es gab keinen echten Oppositionellen oder einen Widerstandsmann. Wir hatten uns bemüht, ein realistisches Bild der Gegend,

der Landschaft vorzustellen, und dabei sind manche kritische Dinge hineingekommen, die haben wir durchsetzen können, manches nicht. Ich muß das so kritisch, selbstkritisch auch sagen, ohne daß wir deswegen uns schämen müssen. Ich muß noch hinzufügen, die Darstellung endet ja 1960/61, als die eigentliche LPG-Zeit begann. 1952 sind die ersten LPG-Vorläufer gewesen, dann hat sich das bis 1960 hin entwickelt. Das vollgenossenschaftliche Dorf, wie es sich damals nannte, die eigentliche LPG-Zeit, ist nicht mehr Gegenstand unserer Untersuchung gewesen. Die vorangegangene Zeit haben wir versucht, ehrlich zu bearbeiten.

Damit kann ich gleich eine Frage von Herrn Meckel an mich zum Phänomen Jugendweihe und Konfirmation verbinden, vielleicht werden meine anderen Mitstreiter dazu noch etwas sagen. Wenn ich sage, 1960/61 haben wir aufgehört, da war die Jugendweihe erst im Vormarsch. Also in den fünfziger Jahren war das vielleicht in den Städten ein wenig verbreitet, aber es begann erst nach 1960 in großem Maße, sich auch in dem ländlichen Bereich durchzusetzen. Wir haben dazu eine kleine Passage geschrieben, aber die eigentliche Frage kann ich Ihnen damit nicht beantworten.

Von Herrn Kowalczuk die Frage nach der Regionalgeschichte: Es ist in der Tat eine ganz interessante, mehr wissenschaftsgeschichtliche und, wenn wir heute über Region sprechen, natürlich auch hierher gehörende Frage. In der Tat gab es zunächst nur die Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung und andere heimatgeschichtliche Tendenzen. Aber Regionalgeschichte im eigentlichen Sinne, richtig auch mit diesem Wort, gab es in der Tat erst mit dem Zeitraum Anfang der achtziger Jahre. Meine Antwort ist eine sehr subjektive Deutung, aber ich kann es mir nur so erklären – es hat ja auch bei uns, die wir so ein bißchen in der regionalen Arbeit tätig waren, Skepsis hervorgerufen, daß von Staats wegen, von Partei wegen das so durchgesetzt wurde –, daß man auf diese Weise – man spürte ja den Widerstand in der Bevölkerung, dieses Eingesperrtsein, das Eingekegeltsein – nun versuchte, als Gegenpol eine stärkere Identifikation mit der Region zu erreichen. Das erreichte man nicht mit der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, sondern da mußte eben eine Regionalgeschichte zu Brandenburg oder Sachsen-Anhalt etabliert werden. Zu der gleichen Zeit sind die Erleichterungen im Erwerb von Wochenendgrundstücken eingeführt worden. Das war ja auch ein Versuch der Selbsthaftmachung. Es war die Regionalgeschichte unter anderem sicherlich ein Bemühen, die Distanz der Bevölkerung zum eigenen Staat zu kompensieren. Es gibt da sicherlich verschiedene Methoden – ganz materiell, indem ich mir nun eine Datsche bauen, aber auch, indem ich regionalgeschichtliche Literatur bekommen kann. Das kann ich jetzt nicht auf Beschlüsse oder so etwas zurückführen, aber das ist bei uns damals so diskutiert worden, und einige von unseren Bördemitarbeitern haben sich nicht vereinnahmen lassen für diese regionalgeschichtliche Forschung.

Dann die Frage nach den politischen Zäsuren, die in der Tat nicht so gravierend im Alltagsleben sind in vielen Bereichen, wie man das gemeinhin denkt.

Mein berühmtes Beispiel, die Pottssuse, wenn wir von der Börde sprechen, hat ja vor 1933 und nach 1933 kein anderes Rezept gehabt und vor 1945 und nach 1945 nicht und nach der jetzigen Wende auch nicht. Also da sind Traditionen – die gesellschaftlichen Änderungen sind gravierend, aber die Pottssuse wird gekocht, wie sie seit 100 Jahren gekocht wurde. Da gibt es wirklich Bereiche, wo das überhaupt keine Rolle spielt. Aber es bestehen natürlich ganz enge Beziehungen zu Bräuchen, und Sie merken sie in erster Linie dann, wenn es auch im sozialökonomischen Bereich Veränderungen gibt, also sich die Besitzverhältnisse ändern. Wenn ich ehemals Landarbeiter war und werde nun Neubauer, dann koche ich zwar die Pottssuse nicht anders, aber vieles andere ändert sich. Z.B. die Erntekrone ist ein solches Phänomen. Der Landarbeiter, der nie mit der Erntekrone etwas am Hut hatte, begann, nachdem er Eigenbauer war, eine Erntekrone zu nehmen. Also da wurden Traditionen übernommen, da gibt es schon enge Beziehungen zu politischen und ökonomischen Wandlungen, Enteignungen und Vertreibungen, das ist ganz klar.

Ich möchte noch etwas zum Regionalen sagen, was mir sehr am Herzen liegt. Regionen sind natürlich weit älter als DDR und auch die regionalen Begrenzungen. Sie werden naturräumlich begrenzt, sie werden sprachlich begrenzt, sie werden ökonomisch als Wirtschaftsraum begrenzt, sie werden verwaltungsrechtlich begründet durch Kreise, Ämterbildung und dergleichen, verkehrstechnisch, kulturell; das sind alles Bereiche, die eine Region markieren. Diese Region schafft den Menschen dort eine gewisse Vertrautheit, sie sind dort heimisch, sie fühlen sich geborgen und haben dadurch eine emotionale Bindung. Wie stark diese emotionale Bindung ist, wenn man die regionalen Aspekte ignoriert, zeigt sich ja gerade auch an den von Herrn Abg. Ortleb genannten Veränderungen in den Kreisen. Daß die Wiedereinführung der Länder so positiv angenommen wird, worauf Herr Meckel hingewiesen hat, hat etwas mit dieser großen Identifikation zu tun, aber innerhalb der großen Länder gab es natürlich Kreise. Nicht nur in Mecklenburg, sondern auch in Brandenburg ist man radikal von diesen Kreistraditionen abgewichen, hat sogar ein neues Tortenstück um Berlin gemacht, und Berlin, „befangen in der unolympischen Idee, sich für unschlagbar zu halten“, wie es einmal in einer unserer Beeskower Tagungen hieß (Wolfgang de Bruyn: Streusandbüchse im Großformat oder Regionales als politischer Faktor; in: Streusandbüchse im Großformat. Dokumentation der Kulturfachtagung Burg Beeskow), hat sein Umland bereits markiert. „Der Sieg der Hauptstadt über das platte Land ist auch nicht durch die neuen Kreiszuschnitte aufzuhalten. Doch gerade in dem großen veränderten Deutschland, in dem wir noch unsicher und nach wie vor, so meint man, die zu Belehrenden sind, ist für den einzelnen die Region besonders wichtig. Nach den einschneidenden persönlichen und sozialen Veränderungen in den letzten Jahren braucht er das Gefühl, dazuzugehören, er braucht vertraute Strukturen, vor allem aber Bereiche, die überschaubar sind. Der Mangel an Mobilität, der uns oft vorgeworfen wird, meint letztlich nicht anderes als die Unfähigkeit, sich überall zu Hause zu fühlen. So lange wir dieses Unvermögen besitzen, ist uns Identität durch Vereinheitlichung noch nicht verloren gegang-

gen. Demokratiefähig wird nur, wer einbezogen ist in Entscheidungsprozesse. Doch viele der neuen Großkreisnamen sprechen diesem Grundsatz Hohn. Weder Historiker noch Sprachforscher noch diejenigen wurden befragt, die mit dem Wasserläufe-Syndrom der Planer – ob Oder-Spree, Spree-Neiße, Dahme-Spree – auf unabsehbare Zeit werden leben müssen.“ Das ist mein Kommentar dazu, daß dieses Mißachten regionaler Elemente nun eine Opposition hervorgerufen hat, die immer mit DDR-Identität verwechselt wird. Damit hat das wirklich nichts zu tun, sondern es hat mit einer Identität mit der Region, mit der Heimat, in der sie leben, zu tun, und das Debakel mit der Fusion Berlin-Brandenburg ist eine Antwort auf diese Kreisgliederungsgeschichte. Damit möchte ich noch einmal unterstreichen, daß, wenn wir von Zukunft gesprochen haben, von Hinweisen für die zukünftigen Planungen, die historischen Traditionen nicht zu vergessen sind. Das ist ein ganz wichtiger Hinweis für die Zukunftsplanung. Danke. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Reinhard Mocek: Dankeschön. Herr Jordan.

Carlo Jordan: Herr Prof. Wilke fragte, inwiefern der sowjetische Einfluß im Osten Deutschlands – immerhin haben ja über eine halbe Million Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion nahezu 50 Jahre hier gelebt – nachwirkt. Für mich gab es in der letzten Woche ein ganz interessantes Erlebnis. In Berlin sollen die Universitäten reduziert werden, und die Studenten demonstrieren. Was machen die Studenten der Humboldt-Universität? Sie stehen ganz lustig vor der Humboldt-Universität und singen russische Lieder. So gibt es also jetzt paradox anmutende, aber eben durchaus auch traditionsbildende Einflüsse dieser Zeit, gerade aus der kritischen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion, mit dem Stalinismus der Sowjetunion und der Avantgarde der Sowjetunion, die in unseren Städten institutionalisiert werden. In Ost-Berlin, im Prenzlauer Berg geht man ins „Pasternak“ oder ins Restaurant „Chagall“, das sind also Einrichtungen, die irgendwie etwas damit zu tun haben, daß hier Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion gelebt haben; beim „Pasternak“ war es beispielsweise eine Russin, die dieses Restaurant aufgebaut hat.

Zu den Kriegerdenkmälern: Das hat mich also auch ein bißchen erschüttert, daß wir eine friedliche Wende machen, es wird keiner getötet, es passiert nichts, die größte Volksbewegung, der größte Umbruch, den Deutschland je friedlich erlebt hat, und was passiert danach? In Uckermärkischen Dörfern werden die Kriegerdenkmäler wieder hervorgeholt, und nicht mal mit „Nie wieder!“ oder „Nie wieder Krieg!“ beschriftet, sondern schlicht wieder in die Zentren einiger Dörfer gerückt.

Zum nationalen Erbe: Da wäre ich nicht wie mein Nachbar hier so positiv gesonnen, zu sagen, die DDR hat sich ab 1982 sehr intensiv um das historische nationale Erbe bemüht. Die DDR hat sich vielleicht mehr bemüht, aber ich will mal hier ein Bild zeigen, wir haben das im Samisdat gedruckt: Sie sehen hier Fassaden von Neubauten und darunter steht „Altstadt“, und wäre die Wende nicht gekommen, wären sehr viele Städte, Altstädte, die vielleicht hier

eher noch vorhanden sind als in Westdeutschland in bestimmten Gebieten, in Quartierstruktur so wieder aufgebaut worden, und vieles, was in der Denkmalpflege gemacht wurde, hatte die Qualität eines Potjomkinschen Dorfes. Wir sind hier in Sachsen-Anhalt, und ich erinnere mal an Halle, und da gab es den schönen Boulevard. Aber wer vom Boulevard weg bloß mal zehn Meter in die Seitenstraße ging, der stand im Trümmer- und Ruinenfeld, das darf man dabei nie vergessen. Das war die Politik – einige Sachen zentral zu regeln, das war dieser Gedanke des Zentralismus, die Zentrale herauszustellen, Aushängeschilder zu schaffen. Aber die Masse des kulturellen Erbes, ob die Schlösser, ob die Parks, ob die Landschaften – sie verfielen schlicht, es wurde, um die Substanz zu halten, wesentlich zu wenig getan. Trotzdem haben natürlich Denkmalpfleger dort sehr wacker Widerstand geleistet, in Potsdam gegen den Abriß der zweiten Stadterweiterung und des Holländerviertels; die einzigartigste Barockanlage einer Stadt in Europa überhaupt ist durch den Protest auch der Denkmalschützer und unabhängigen Umweltschützer bewahrt worden. Wäre dies nicht so gekommen, diese Stadtanlage wäre Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre platt gemacht und heute, wenn man sich umschaute hier, mit ähnlichen Plattenbauten wieder bebaut worden.

Zur Jugendweihe: Da würde ich eher meinen, daß die Jugendweihe jetzt nicht sehr viel mit der DDR zu tun hat. Die Gründer der Sozialdemokratie im Osten sollen hier mal daran erinnert werden, daß es im 19. Jahrhundert auch innerhalb der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung eine sehr starke Freidenkerbewegung gab, eine sehr starke antiklerikale Bewegung, die für die Arbeiterjugend einen neuen Jugendritus ins Leben rief, die Jugendweihe. Die Jugendweihe kommt aus der Freidenkertradition, und die Freidenker sind im Nationalsozialismus und im Stalinismus lange Zeit unterdrückt worden, und am Schluß hat man sie so als Pseudospielwiese für Oppositionelle seitens der Stasi wieder aufbauen wollen. Aber immerhin gibt es also eine Freidenkergeschichte, die real existiert, und diese Freidenkergeschichte hat hauptsächlich auch diese Jugendweihe mit initiiert, und sie wird wahrscheinlich gerade im Osten weiterhin existieren.

Zur Frage der Länderneubildung, zur Kreisreform: Da hatte Prof. Ortleb mich noch einmal auf die militärische Grundstruktur hingewiesen. Das finde ich sehr interessant, es ist auch ein bißchen mein Forschungsthema, wie nach militärischen Mustern das Leben in der DDR strukturiert wurde. Ich meine, daß sicherlich die Entscheidung, wo die Landeshauptstadt untergebracht wird, ein demokratischer Prozeß war, darüber haben doch, wenn ich mich recht erinnere, die Landtage abgestimmt. Aber wenn man sich das so anschaut auf der Landkarte, kann man sich natürlich des Eindrucks nicht erwehren, daß sie verdammt westgelagert sind, gerade in Mecklenburg-Vorpommern – Schwerin ist ja beinahe der westlichste Zipfel, und selbst hier in Sachsen-Anhalt ist es ja auch sehr westlastig. Ich finde, wenn man „small is beautiful“, wenn man regionale Zusammenhänge will, dann möchte doch die Landeshauptstadt von allen Bürgern nicht ideal gleich, aber eben doch gut erreichbar sein. Das Problem ist bei dieser Westlagerung der Hauptstädte sehr ungünstig gelöst wor-

den. Zur Kreisgliederung – da würde ich auch bedauern, daß gerade Brandenburg das Modell von Nordrhein-Westfalen übergestülpt wurde. Nur der große Unterschied ist, in Nordrhein-Westfalen haben wir eine Bevölkerungsdichte von 450 Menschen pro qkm, und in Brandenburg haben wir eine Bevölkerungsdichte nur von 50 bis 60, manchmal sogar im Norden 30 Menschen pro qkm. Wenn man jetzt diesen Bevölkerungsschlüssel, der dieser Entscheidung zugrunde gelegen hat, in die Fläche kippt, dann kommen für die Menschen in der Uckermark eben oft Wege von 50 oder 60 km heraus, um eine bestimmte Angelegenheit in ihren Ämtern zu lösen. Das hat also auf keinen Fall dazu beigetragen, das Leben der Menschen angenehmer zu machen, und sicherlich wächst diese Identität nun langsam nach, aber es ist nicht die günstigste Lösung. Zur Frage von Prof. Faulenbach: Das Regionalbewußtsein als subversives Bewußtsein – ja, ich meine schon, das war eine Möglichkeit, sich ein bißchen auch dem Zentralismus zu widersetzen, ohne daran nun allzugroße Erwartungen zu knüpfen. Aber immerhin waren es die Gebiete, in denen es die größte Umweltverschmutzung gab, in denen über ökologische Aufklärungsarbeit den Menschen das am bewußtesten wurde – also in Leipzig –, wo diese Volksbewegung losbrach und die Wende mit einleitete, und das wird schon etwas mit der Identität dieser Menschen mit ihrer Lebenswelt zu tun haben.

Noch zum Kulturbund: Die Frage des Kulturbunds sehe ich durchaus ambivalent. Einerseits hat der Kulturbund das traditionelle Heimatbewußtsein, das sich in Gruppen institutionalisiert hatte, nach 1945 aufgenommen, andererseits auch Gruppen von traditionellen Naturschützern wie die Ornithologen, die Feld-Herpetologen, die Dendrologen beherbergt. Aber das blieb immer so im Kasten des Fachspezifischen, und ein wirklich aktives Eintreten für die Umwelt und die Lebensbelange der Menschen hat es nur sehr indirekt gegeben. Trotzdem möchte ich die Arbeit dieser Menschen, die sich dort engagiert haben, nicht geringschätzen, und viele von ihnen sind auch nach der Wende hervorgetreten und haben beispielsweise in der Grünen Liga diese Arbeit auch mit einer mehr politischen Intention weitergeführt. Insofern ist die Rolle des Kulturbunds eine durchaus ambivalente, aber nicht unbedingt negative.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Reinhard Mocek: Dankeschön! Jetzt Herr Zahn.

Karl-Heinrich Zahn: Ich knüpfte gleich an an den Kulturbund. Es ging um Vereinnahmung. Alles mußte irgendwie registriert werden. Wer nicht in der Partei war, war in der DSF, war da nicht war, war irgendwo im Kulturbund. Drei Kakteenfreunde treffen sich, schon kommt ein vierter dazu, und es wird eine Kulturbund-Untergruppe gebildet. So war das, es mußte alles kontrolliert werden.

Zur DDR-Identität: Das fing mit der Jugendweihe an, man wollte doch den „sozialistischen Menschen“ schaffen – 1956 waren die ersten Jugendweihen –, und das ist so geblieben mit dem Basteln der DDR-Identität, der Bildung des „sozialistischen Menschen.“ Ich erinnere daran, die Jugendweihe ist ein Passageritus, und deshalb hält sie sich. Herr Neubert hat jetzt eine interessante

Studie herausgebracht über die Konfessionslosigkeit in Ost und West, da wird das noch einmal betont, daß die Jugendweihe weiterleben wird hier im Osten als Passageritus, weil die Leute ein Fest haben wollen, und sie brauchen ein Fest.

DDR-Identität auf dem Lande, bewußtes Zudecken des Brauchtums: Denken Sie daran, es gab keine Weihnachtsfeiern mehr, es waren Jahresschlußfeiern. Es gab keinen Weihnachtsbaum, es war ein Lichtbaum. Der „Eulenspiegel“ hat das wunderbar immer wieder hochgezogen. Es ist vieles verdrängt, viele Volksfeste sind ganz bewußt umbenannt worden. Ich habe eine 750-Jahrfeier meines Ortes gehabt. Eine kleine Seite mit zehn Zeilen durfte ich etwas aus der alten Geschichte berichten, 20 Seiten waren für die Zeit von 1945 bis 1980 vorgesehen. Zehn Jahre später eine andere 750-Jahrfeier – da wurde peinlich die Zeit zwischen 1945 und 1989 ausgeblendet. Ich nenne das Wort Anpassung. Wir haben uns angepaßt, auch auf dem Land. Unsere Leute hatten sich angepaßt. Es gab eine LPG-Identität, und das wurde deutlich, als die Kooperationsgenossenschaften gegründet wurden. Da wurden die LPG zusammengeworfen, und es gab ganz große Schwierigkeiten, weil inzwischen eine LPG-Identität entstanden war. Ich habe ein historisches Beispiel: Im August 1989 kam eine russische Reisegruppe, und die wurde geführt. Ich bin ein begeisterter Rußlandfan gewesen, bin zu Fuß durch die Ukraine bis nach Odessa gewandert. Es gab eine heimliche Rußlandgemeinde. Andrej Rubljow, Tarkowski, Solshenizyn wurden verschlungen; „Abschied von Matjora“, das waren alles wunderbare Geschichten. Wir haben die Russen verehrt bis zum Geht-nicht-mehr, das ist aber leider alles weggebrochen, Prof. Wilke – ja. Ich habe mich gefreut auf diese Russengruppe, und dann stellte sich heraus, es waren Litauer, im August 1989 – und kein Wort von Rußland sagen dürfen. Dann bin ich mit rübergegangen, begleitet von den Funktionären der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft in die Gaststätte, und was stellte sich heraus? Es wurde eine Stallbrigade prämiert als „Brigade der Deutsch Sowjetischen Freundschaft.“ Die Leute haben mir das übel genommen, daß ich da hinterher Fragen gestellt hatte, das war ein Stückchen DDR-Identität. Die Leute waren glücklich und stolz auf die Auszeichnung, als Brigade im Stall den Titel „Deutsch Sowjetische Freundschaft“ zu bekommen. Ich erzähle das nur als ein historisches Ereignis, weil es im August 1989 war. Heute lachen wir darüber und vergessen es sehr schnell.

Zur Denkmalpflege: Die war sehr begrenzt, aber wir haben mit wenig finanziellen Mitteln optimale Dinge manchmal in Dorfkirchen erreichen können. Wenn ich heute einen Klempner bestelle für 47,50 DM, dann können Sie sich ausrechnen, wieviel Geld für eine Dorfkirche übrig bleibt. Ich sehe ganz schwarz für unsere Dorfkirchen, leider, weil das einfach nicht mehr machbar ist.

Zu den Kriegerdenkmälern muß ich Ihnen leider widersprechen. Das ist der Verlust der Beziehung zu dem lebendigen Denkmal Kirche, das habe ich vorhin angedeutet, und die Leute brauchen etwas. In einem Dorf brauchen sie ei-

nen Kommunikationspunkt, auf dem Kriegerdenkmal stehen nämlich ihre Namen, die Namen der Angehörigen. Ein Bürgermeister bat mich, Sie haben doch die Namen, ich sage – selbstverständlich. Ich sage, denken Sie daran, in diesem Dorf leben seit 50 Jahren Familien mit Vätern und so weiter, die sogenannten Flüchtlinge. Nicht einer dieser Namen ist auf dieses Denkmal gekommen, Fremdenfeindlichkeit, „wir wollen unter uns sein.“ Aber das Dorf hat jetzt ein Kriegerdenkmal, 30.000 Mark hat es gekostet. Sie haben leider vergessen, noch draufzuschreiben, sie starben den Heldentod für den Führer. Mein Vater ist 1939 am 1. September für den Führer als 23-Jähriger in den Krieg gezogen. Daran dürfen Sie die Leute nicht erinnern. Es müssen ja auch alle Dinge namentlich benannt werden, und daran klammern sich die Menschen. Sie brauchen etwas, woran sie sich festhalten können, und das ist z.B. das Kriegerdenkmal des Ersten und dann natürlich des Zweiten Weltkrieges.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Reinhard Mocek: Frau Weiske.

Prof. Dr. Christine Weiske: Ich möchte gerne beginnen mit der kritischen Anmerkung von Herrn Burricher, die er charmanterweise über Sie an mich delegiert hat; sehr nett, daß ich das nicht direkt aushalten mußte. Hier führe ich natürlich meine eigenen weißen Flecken vor. Gestern hat Herr Bude gesagt, daß die Ostdeutschen noch so einen merkwürdigen Glauben an die Reichweite von Politik haben. Ich habe also vorgeführt, daß ich das auch habe. Vielleicht, um weiter bei den Befunden von Herrn Bude zu bleiben, habe ich diesen Schritt von der moralisierend-tragischen Selbstdeutung zur ironischen noch nicht geschafft. Dann könnte ich sagen, die Politik beschäftigt sich mit sich, mit Politik. Ich denke, die Politik sollte zumindest Möglichkeiten haben, die in die Richtung gehen, wie Herr Meckel schon gesagt hat. Da kann ich mich anschließen, und mein nächstes Forschungsprojekt wird sich auf Gemeinwesenarbeit zusammen mit Sozialpädagogen und auf Selbsthilfe, auch bauliche Selbsthilfe, orientieren. Allerdings, was die Politik kann, wäre eben, z.B. diese Selbsthelfer, wenn sie in Form einer Genossenschaft auftreten, steuerlich den privaten Bauherren gleichzusetzen. Das wäre ein politischer Akt, der enorm wichtig wäre, und da überfordere ich Sie doch sicher nicht.

Noch nicht schwierig ist dann die Frage von Herrn Kowalczuk: Ich kann mich von diesem Begriff „Kolonisierung“ verabschieden, der ist sozusagen nicht wissenschaftlich fundiert. Wenn Sie das von mir einfordern, müßte ich das anständiger machen. Aber Sie haben ein Skript und nicht mehr von mir bekommen, also nageln Sie mich nicht auf jedes Wort fest. Es ist metaphorisch verwandt, und es gibt Möglichkeiten, diese Metaphorik auch mit soziologischen Argumenten zu unterstützen, und das wissen Sie ja auch.

Noch anders wird es dann allerdings, wenn Sie mich fragen, Herr Wilke, nach „Ossi“, „Wessi.“ Das sind auch keine wissenschaftlichen Begriffe, natürlich nicht. Aber die Frage ist: Die Begrifflichkeit reift, und wollen wir als Wissenschaftler so lange den Mund halten, bis wir eine reife Begrifflichkeit haben? Also mache ich einen Entwurf mit vielen anderen, die Worte sind nicht gut,

sind nicht schön, aber sie sagen etwas, sie drücken eine bestimmte sozialstrukturell relevante Differenz aus, und darüber könnte man sich sicher einig werden. Wenn Sie allerdings sagen, Offes Analyse bringt in dieser Hinsicht überhaupt nichts, dann denke ich, in der Charakterisierung des Sonderweges der alten DDR und in der Charakterisierung einer Situation des Dilemmas bringt es meines Erachtens mehr als nichts. Da würde ich Herrn Offe schon verteidigen wollen, obwohl ich ihn gar nicht kenne, das heißt, nur aus der Literatur kenne ich ihn. Ein Aspekt dieses Sonderweges ist der Elitenabtausch, und der ist hier gelaufen wie in keinem anderen der ehemals sozialistischen Länder, und das verursacht natürlich auch die Schmerzen und die Bekümmernisse, die Sie hier behandeln, und es erzeugt bei den sogenannten „Wessis“ ein gewisses schlechtes Gewissen. Auch Heinz Bude hat gestern über dieses schlechte Gewissen geredet. Es resultiert daraus, daß, wenn man den Maßstab von Leistung anlegt, es eigentlich nicht passieren dürfte, daß es passive Gewinner und aktive Verlierer gibt. Das ist also das schlechte Gewissen auf der Westseite, und das ist doch auch sehr freundlich und sehr mitfühlend, dieses schlechte Gewissen. Meine Aufforderung, die internen Akteure zu stärken, wäre dann die Aufforderung einer tendenziellen Korrektur im nachhinein. Wenn es schon aktive Verlierer gibt, dann sollten diese selbsthelferisch eine dritte Chance bekommen. Das ist auch schon wieder zynisch, aber etwas Besseres fällt mir nicht ein. Wenn Sie jetzt allerdings als Person reagieren, ich kralle mich so an das westliche schlechte Gewissen ran und versuche daraus Theorie zu machen, und Sie sagen, also, meine Liebe, so geht das nicht, dann ist das Ihr absolutes Recht, und Sie haben mich sozusagen erwischt.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Reinhard Mocek: Nach der Mittagspause geht es pünktlich weiter.

Pause 12.30-13.00 Uhr

Vorsitzender Siegfried Vergin: Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur letzten Phase unserer zweitägigen Anhörung hier in Magdeburg, und ich freue mich, zwei Referenten begrüßen zu können, die der Frage nachgehen, was wirkt von der DDR-Identität oder, wie einige das hier in den letzten zwei Tagen genannt haben, von der DDR-Prägung tatsächlich weiter. Ich begrüße Frau Prof. Dr. Hildegard Maria Nickel, sie kommt von der Humboldt-Universität zu Berlin und ist dort Professorin für Soziologie mit den Schwerpunkten Familie, Jugend und Geschlechterverhältnisse. Ich begrüße ebenfalls von der Humboldt-Universität zu Berlin Herrn Dr. Stefan Wolle, er ist seit Oktober 1991 Assistent an der Humboldt-Universität zu Berlin und hat Geschichte als sein Hauptfach. Ich will heute auf größere biographische Anmerkungen verzichten, sondern gleich in das Thema einsteigen. Nun bitte ich Sie, Frau Prof. Nickel, zu beginnen.

Prof. Dr. Hildegard Maria Nickel: Recht schönen Dank. Verehrte Kommissionsmitglieder, verehrte Damen und Herren! Ich werde versuchen, mit meinem Referat der Frage nachzugehen, was wirkt von der DDR-Identität wirk-

lich weiter, und meine Thesen am Beispiel von ostdeutschen Frauen entwickeln. Ich werde mich auf diese soziale Gruppe konzentrieren, weil sie, obwohl sie mehr als die Hälfte der ostdeutschen Bevölkerung ausmacht, eine oft vergessene soziale Gruppe ist, und ich möchte fast meinen, auch hier in dieser Kommission eine vergessene Gruppe ist, wenn ich mir nur die Besetzung der Kommission ansehe.

Ich konzentriere mich auf ostdeutsche Frauen, weil sich an ihnen doch sehr konkret diskutieren läßt, was unter welchen Bedingungen wie weiter wirkt. Ich hatte den Eindruck, daß genau diese Frage die Kommission auch beschäftigt, wenn ich noch einmal resümiere, was am Vormittag diskutiert worden ist. Also ich will versuchen, soweit ich das aus meiner Fachspezifik kann, den Fragen der DDR-Identität konkret soziologisch nachzugehen, und da frage ich mich als erstes natürlich, gibt es überhaupt die DDR-Identität, oder anders gefragt, was ist mit dem Identitätsbegriff hier gemeint bzw. was kann an einem solchen Begriff entwickelt werden, was kann ein solcher Begriff sinnvoll fassen. Der Identitätsbegriff bezieht sich, wie es im Handbuch der Sozialisationsforschung nachzulesen ist, auf komplexe subjektive Sachverhalte. Daher „wird er oft ungenau und mehrdeutig verwendet und läßt sich kaum präzise definieren, geschweige denn operationalisieren“, und das ist eine wichtige Frage für die Soziologie. Dennoch gewann der Begriff auf verschiedenen Gebieten sozialwissenschaftlicher Forschung in den siebziger Jahren der Bundesrepublik enorm an Popularität, und zwar einesteils in der Sozialisationsforschung, und das war ja wohl das Thema des gestrigen Tages, andernteils, und genau das ist in meinem Kontext bemerkenswert, in der Frauenforschung. Das wird damit erklärt, daß der „Identitätsbegriff in programmatischer Weise den Wechsel zum Subjekt-Paradigma bzw. zum neuen Selbstbewußtsein artikuliert“ und daß dieser Begriff besser als der Rollenbegriff geeignet schien, Spielräume von individueller Autonomie und Individuierung zu benennen. Ich unterstelle, daß auch das gemeint war, als das hier zu referierende Thema formuliert wurde.

Wie angedeutet, es ist schwierig, von „einer“, von „der“ DDR-Identität zu reden, denn es gab wohl keine verallgemeinerbare Subjektivität, die sich in einem generalisierbaren spezifischen Selbstbewußtsein niederschlug. Vielmehr plädiere ich für eine differenzierte Betrachtungsweise, die Spielraum läßt, subjektive Sachverhalte in den Blick zu nehmen. Menschen unterschiedlicher sozialer Gruppen haben differenzierte Erfahrungen im DDR-System gemacht, und es gab generationsspezifische Sozialisationshintergründe, die zu sehr verschiedenen Identitätsmustern geführt haben. Weil ich vorschnelle Generalisierungen vermeiden will, beschränke ich mich auf das, was sich im Kontext eigener Forschungen belegen läßt, zugleich komme ich damit aber auf ein generelles Problem zeitgemäßer moderner Identitätsbildung zu sprechen. Ich frage also: Gibt es eine spezifische Identität bzw. typische Identitätsmuster von ostdeutschen Frauen? Wenn ja, worauf gründen sie sich und worin äußern sie sich? Führte diese Identität womöglich zu einem sogenannten „Eigensinn“,

einer widersprüchlichen Subjektivität, die heute eine besondere Herausforderung für die bundesdeutsche Politik darstellt?

Ich beginne zunächst mit Thesen zur Problematik Arbeit, Familie und Sozialpolitik, weil ich diese drei Punkte für Rahmenbedingungen weiblicher Identität halte und für zentrale Punkte der Identitätsbildung. Für Mädchen und Frauen in der DDR schien die Zukunft trotz aller Ambivalenzen und Probleme klarer und zuverlässiger planbar, als das jetzt der Fall ist. Die Politik reagierte – aus welchen Gründen auch immer, und auf die Gründe will ich jetzt hier überhaupt nicht zu sprechen kommen – konsequenter auf die „doppelten Orientierungen“ des weiblichen Geschlechts, also darauf, daß Frauen Familie und Erwerbsarbeit vereinbaren wollen. Zugunsten einer lebenslangen Berufstätigkeit von Frauen und Müttern wurde sozialpolitisch interveniert, ohne damit allerdings die asymmetrischen Strukturen der Arbeitsteilung nach dem Geschlecht, den Traditionalismus in den Geschlechterbeziehungen wirklich aufzubrechen. Im Gegenteil, die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung wurde nicht nur im familialen Bereich verfestigt. Die Einbeziehung der Frauen in „die gesellschaftliche Produktion“, das heißt in die Berufsarbeit, galt seit Gründung der DDR als der wichtigste und fundamentalste Schritt auf dem Wege zur Realisierung von Gleichberechtigung. Partei und Gewerkschaft bilanzierten regelmäßig die Erfolge in dieser Frage und maßen die Schritte von Frauen an der männlichen Gangart. Frauen waren als Arbeitskräfte eine wichtige Ressource sozialistischer Planwirtschaft, und Berufsarbeit war die wichtigste Sphäre gesellschaftlichen Lebens, sie war laut Parteiprogramm das „Herzstück sozialistischer Lebensweise.“ Diese Arbeitszentriertheit sozialistischen Lebens hatte nachhaltige Folgen für die Identitätsbildung von Frauen und Männern. Sie war selbstverständlicher Bestandteil ihres Selbstbewußtseins, ihrer Selbstdefinition.

Hinsichtlich der Entwicklung von Frauenerwerbsarbeit und der damit verbundenen relativen ökonomischen Selbständigkeit von Frauen war diese Politik, auch im Nachhinein betrachtet, erfolgreich. Sie führte zu jenem „Gleichstellungsvorsprung der DDR gegenüber der Bundesrepublik“, so bezeichnet von westdeutschen Soziologen 1992, der sich ganz schlecht modernisierungstheoretisch erklären läßt. Diese Politik begünstigte Identität und Identitätsbildung im Sinne von – wie auch immer eingeschränkten – Autonomieentwürfen von Frauen, zumal sie seit Beginn der siebziger Jahre durch eine die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Berufsarbeit abfedernde Sozialpolitik begleitet war.

Ohne an dieser Stelle hier auf Phasen und widersprüchliche Entwicklungen dieser Politik eingehen zu können, läßt sich insgesamt sagen, daß diese Politik einesteils Schutz für die Herausbildung von weiblichen Autonomiepotentialen bot, andernteils zugleich auch immer für deren Begrenzung und Kanalisierung sorgte. Für diese Art von Politik steht der Begriff „patriarchale Gleichberechtigungspolitik.“ Damit ist neben der beschriebenen Ambivalenz auch gemeint, daß der Prozeß „von oben“ in Gang kam, eine für Frauen gemachte und nicht von Frauen entwickelte und erkämpfte Politik den Handlungsrahmen be-

stimmte. Wie Untersuchungen zeigen, hinterließ diese sozialpolitische Regulierung der Lebensverhältnisse über Bildungsgruppen und Lebensformen hinweg nachhaltige kohortenspezifische Spuren. Es ist wohl nicht übertrieben, für die jüngeren Frauen, das heißt jene, die seit Beginn der siebziger Jahre von den sozialpolitischen Maßnahmen profitieren konnten, „von einer hochgradigen Steuerung ihrer Lebensgestaltung“ zu sprechen. Frauen neigten nicht dazu, Gegenstrategien zu entwickeln, sondern sie nutzten die institutionellen Regelsysteme pragmatisch und unhinterfragt.

Die paternalistisch-patriarchale Gleichberechtigungspolitik begünstigte den bereits erwähnten Traditionalismus in den Geschlechterbeziehungen. Die Geschlechterpolitik der DDR hatte Frauenidentitäten massiv verändert, Männer hingegen waren davon weitaus weniger betroffen. Und auch die „gewandelten“ Frauen blieben in traditionellen Geschlechterstrukturen weitgehend gefangen. Wachsende Scheidungsquoten koppelten sich z.B. mit hohen Wiederverheiratsquoten. Das Auflösen traditionaler Formen von Geschlechterbeziehungen mündete im Wiedereingehen ähnlicher Beziehungen im Rahmen von Zweit- und Drittfamilien. Weibliche Erwerbstätigkeit setzte beispielsweise auch nicht die häusliche Arbeitsteilung außer Kraft. Noch zu Beginn der achtziger Jahre verrichteten Frauen mehr als drei Viertel der anfallenden Hausarbeit, so daß Frauen oft im wahrsten Sinne des Wortes zu Hause eine zweite Schicht leisten mußten. Für Selbst-Besinnung und weiblichen Selbst-Bezug - Voraussetzung für das Entstehen der modernen Frauenbewegung im Westen - blieben weder Raum noch Zeit. Ein entwickeltes Frauenbewußtsein im Sinne eines kritischen und reflexiven Bezugs auf vorfindliche Herrschaftsstrukturen hat diese Politik ganz sicherlich nicht massenhaft hervorgebracht.

Als wesentliches Ergebnis dieser ambivalenten Rahmenbedingungen bleibt allerdings festzuhalten, daß die zeitliche Parallelität von Beruf und Familie und die dadurch gewährleistete relative ökonomische Unabhängigkeit vom Partner zu Bestandteilen der Identität von in der DDR sozialisierten Frauen und zum eigenen Bewertungsmaßstab von Emanzipation wurden. Wir können für die DDR – zusammengefaßt – von patriarchaler Gleichberechtigung und einer kulturellen Perpetuierung von auf *Ergänzung* abzielender Zweigeschlechtlichkeit reden, die verbunden war mit geschlechtlicher Segregation und Asymmetrien in der Verteilung von Arbeit und sozialen Positionen. Zugleich muß man aber auch die weitgehende ökonomische Egalisierung der Geschlechterbeziehungen und die vergleichsweise weniger hierarchisierten Geschlechterkonstellationen sehen. Das alles gehört zum Sozialisationsgepäck von Ost-Frauen und umschreibt Spezifika ihrer „DDR-Identität.“

Meine zweite Frage: Was bleibt zwischen Anpassung und Widerständigkeit? Nach Jürgen Habermas bewährt sich die „Ich-Identität des Erwachsenen ... in der Fähigkeit, neue Identitäten aufzubauen und zugleich mit den überwundenen zu integrieren, um sich und seine Interaktionen in einer unverwechselbaren Lebensgeschichte zu organisieren“, so Habermas schon 1976. Insofern ist die Frage, was bleibt, nur zum Teil eine Frage individueller Strategien. Sie ist

vor allem auch eine Frage veränderter äußerer Rahmenbedingungen. Welche Potentiale enthalten sie für den Aufbau neuer Identität und für die notwendige Integration von „alter“ in „neue“ Identität? Mit Wolfgang Zapf gefragt: Wieviel Kreativität bieten die neuen „alt-bundesrepublikanisch geprägten“ Milieus für die Handlungsfähigkeit der Individuen? Lösen sie, wie Zapf sagt, „stimulierende Unsicherheit“ aus, oder wirken sie existentiell bedrohlich und führen zu Angst und „überwältigender Unsicherheit“, die jede Entwicklung von Identität blockieren und damit die Handlungsfähigkeit der Individuen „paralisieren und zersetzen“? Blickt man auf die „Wende-Ereignisse“ zurück, zeigt sich, auch wenn im nachhinein mancher Mythos es heute anders deuten will: Mit „Exit and Voice“ haben 1989 DDR-Bürgerinnen und -Bürger ihr System zur Disposition gestellt, darin den „Gleichstellungsvorsprung“ von Ost-Frauen eingeschlossen. Arbeitsplatzsicherheit, selbstverständliche volle Berufstätigkeit von Frauen und Müttern, Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Mutterschaft, staatliche Frauenförderpolitik, Fristenlösung und im Falle eines Schwangerschaftsabbruchs Kostenübernahme durch die Sozialversicherung, flächendeckende Versorgung mit Kinderbetreuungseinrichtungen – diese bis heute ihresgleichen suchenden Markenzeichen des „DDR-Gleichstellungsvorsprungs“ bremsten möglicherweise mehr Frauen als Männer in ihrem 1990 demokratisch gewählten freien Fall in eine andere Gesellschaftlichkeit, in ihrem, wie Wiesenthal sagt, „Absturz in die Moderne.“ Letzten Endes hielten diese vertrauten paternalistischen Formen von Sozialstaatlichkeit den Lauf der Geschichte jedoch nicht auf. DDR-Bürgerinnen und -Bürger, Frauen wie Männer, waren aus der vormundschaftlichen Versorgungsgesellschaft ausgebrochen, um an einer Moderne zu partizipieren, deren Legitimationsmechanismen Massenkonsum, parlamentarische Demokratie und Wohlfahrtsstaatlichkeit hießen und die in wirtschaftlich prosperierenden Zeiten allgemeine Verfügbarkeit über eine hochentwickelte Massenkultur hervorgebracht hatte. Soziale Polarisierungen schienen nivelliert und der Sozialstaatskompromiß eine verlässliche Größe. Wie sich nach Ankunft der DDR-Bürgerinnen und -Bürger in der bundesrepublikanischen Moderne allerdings zeigte, war diese Art von Gesellschaftlichkeit aber bereits am „Verdampfen“, um mit Ulrich Beck zu sprechen.

Die von DDR-Bürgerinnen und -Bürgern aus der Außenperspektive vordergründig wahrgenommene stabile Entwicklung der Bundesrepublik beruhte auf der Regulierung – nicht Aufhebung – der sozialen Ungleichheit durch hohe Löhne, Vollbeschäftigung (zunehmend auch von Frauen) und auf der sozialstaatlichen Umverteilung von Transferleistungen, die auf „sozial Schwache“ und damit auf die relative Angleichung von Lebensverhältnissen ausgerichtet war. Risse, die seit Mitte der siebziger Jahre begannen, die Wohlstandsgesellschaft zu durchziehen, waren aus dieser Perspektive weniger erkennbar bzw. schienen temporär und – wenn alle die Ärmel aufkrepeln würden – reparabel. DDR-Bürgerinnen und -Bürger sind mit der Wiedervereinigung also nicht schlechthin in einer anderen, für sich nicht klar kalkulierbaren gesellschaftlichen Moderne angekommen, und DDR-Identitäten waren auch nicht per se

mit den neuen Herausforderungen inkompatibel, sondern die von ihnen erwartete Art bundesrepublikanischer Gesellschaftlichkeit war zum Zeitpunkt der Vereinigung selbst an ihre eigenen Grenzen gestoßen.

Gleichwohl war mit der „Wende 1989“ eine unumkehrbare gesellschaftliche Dynamik in Gang gesetzt, die auch den Gleichstellungsvorsprung in jenen zwiespältigen Modernisierungsstrudel riß, der im Westen längst tobte. In seinem Sog definiert sich das Geschlechterverhältnis neu bzw. verliert der bisher von Ostdeutschen ganz selbstverständlich praktizierte Geschlechtervertrag seine strukturelle Basis. Frauenerwerbsarbeit wird plötzlich legitimierungsbedürftig und zu einem hart umkämpften strategischen Feld. Die an Erwerbsarbeit geknüpften, ja auf ihr basierende Identität ostdeutscher Frauen erscheint plötzlich als ein „Anachronismus.“ Während nun aber Feministinnen in den USA zunehmend wieder von einer „Vision der postindustriellen Gesellschaft“ ausgehen, wonach „das Zeitalter des Familieneinkommens vom Zeitalter der allgemeinen Erwerbstätigkeit abgelöst wird“, um mit Nancy Fraser zu sprechen, und eine „gestaltbare Sozialpolitik“ die volle gleichberechtigte Teilnahme der Frauen an allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens fördern soll, im Arbeitsleben, in der Politik, im Gemeinschaftsleben der Gesellschaft, der Zivilgesellschaft, wie Fraser sagt, ist es für einige Meinungsbildner in der Bundesrepublik Deutschland, und ich habe den Eindruck im Gleichklang mit der Bundesregierung, schon faktisch entschieden, daß „wir uns auf den Zustand dauerhaft einrichten müssen, daß ein großer Teil der erwachsenen Bürger beiderlei Geschlechts in 'normalen' Arbeitsverhältnissen kein Unter- und Einkommen findet“, um Claus Offe zu zitieren.

Es kann an dieser Stelle nicht auf die komplexen problematischen Facetten einer solchen Argumentation eingegangen werden. Statt dessen wird ein Aspekt, der mit Blick auf mein Thema von besonderer sozialer Brisanz ist, herausgegriffen. Schleichend scheint nämlich ein argumentativer Angriff auf die im Westen zunehmende und die im Osten nicht abnehmende Erwerbsbereitschaft von Frauen Platz zu greifen, der vor kurzem noch undenkbar schien. Denn so geschlechtsblind ist heute wohl kein Sozialwissenschaftler und auch kein Politiker mehr, daß er nicht wüßte, von wem hier im Kern die Rede ist. Die Strukturdaten der Langzeitarbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern sprechen eine deutliche Sprache. Langzeitarbeitslosigkeit hat sich längst zu einem Problem von Frauen entwickelt.

In den Zahlen der Arbeitsmarktstatistik spiegeln sich zwei konkurrierende Tendenzen wider: Zum einen belegen sie die strukturelle Diskriminierung von Frauen auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt, vor allem bei der beruflichen Wiedereingliederung. Frauen haben im Falle des meist unverschuldeten und vor allem auch unfreiwilligen Arbeitsplatzverlustes deutlich die schlechteren Karten für einen Neueinstieg. Zum anderen legen die Statistiken aber auch den „Eigensinn“, die besondere Identität der ostdeutschen Frauen offen, nämlich ihre trotz aller Widrigkeiten anhaltend starke Erwerbsorientierung. Ost-Frauen wehren sich hartnäckig gegen ihre arbeitsmarktvermittelte soziale Ausgren-

zung. Das Gefühl, ohne eigene Erwerbsarbeit auf ein wie auch immer geartetes Gnadenerhältnis oder Versorgungsarrangement angewiesen zu sein, ist Ost-Frauen anscheinend so fremd, daß sie versuchen, mit aller Macht auf dem enger werdenden Arbeitsmarkt präsent zu bleiben.

Im Rahmen eines von der DFG geförderten Forschungsprojekts zum Thema „Frauen im betrieblichen Transformationsprozeß“ haben wir dieses Verhalten „Widerständigkeit“ genannt, weil wir auf eine Verkopplung in den Handlungsmustern von Frauen gestoßen sind, mit der sie versuchen, objektive Alltagserfordernisse mit subjektiven, bisher gelebten, nun aber obsolet gewordenen Orientierungen zusammenzubringen. In dieser Verkopplung versuchen Ost-Frauen unter für sie neuen Rahmenbedingungen eine Gewichtung von Beruf und Familie zu leben, die sie nicht einfach auf ein privates oder öffentliches Versorgungsarrangement verweist. „Widerständigkeit“ meint somit nicht nur das „eigensinnige“ Klammern an alte Lebensorientierungen, sondern zielt auf die gestaltenden Suchbewegungen, die Frauen in bezug auf ihre eigenen Lebensverhältnisse vornehmen. Die von uns befragten Frauen begründen diese arbeitsmarktbezogene Widerständigkeit mit folgenden Argumenten:

1. In der DDR lebensbiographisch erworbenen Verhaltensmustern, die die Selbstverständlichkeit von Berufsarbeit einschlossen;
2. dem prekären Arbeitsmarkt in Ostdeutschland, der den Partner in unsichere Erwerbsverhältnisse stellt bzw. ihn bereits in die Arbeitslosigkeit oder in den Vorruhestand entließ, so daß das Festhalten an der eigenen Erwerbsarbeit zur ökonomischen Sicherung der Familie ganz unumgänglich ist;
3. den im Vergleich zu den alten Bundesländern insgesamt noch niedrigen Einkommen;
4. dem persönlichen Anspruch auf ökonomische Selbständigkeit und berufliche Herausforderung, den die Frauen formulieren;
5. dem mit der Berufsarbeit verbundenen Selbstbewußtsein.

Dieser – zum Teil mit Horrorszenarien attackierte – „anachronistische Eigensinn“ oder auch „Appetit“, wie es manche bezeichnen, der ostdeutschen Frauen auf Arbeitsplätze, dieser „anachronistische Eigensinn“ könnte sich bei näherem Hinschauen nun durchaus als pragmatisch und rational erweisen, vor allem aber als zeitgemäß. Nicht der „Eigensinn“ ist meines Erachtens das Problem, sondern vielmehr die Tatsache, daß er die Verfaßtheit bundesrepublikanischer Sozialstaatlichkeit in Frage stellt. Auf Frauen bezogene Sozialpolitik ist in der Bundesrepublik in einem ganz anderen Sinne erwerbszentriert, als sie das in der DDR war. Sie orientiert sich nämlich an der traditionellen Geschlechterordnung, die mit der industriellen Geschlechterordnung, mit der industriellen Ära des Kapitalismus verbunden war. Diese Geschlechterordnung ist um die sogenannte „Normalfamilie“, um das Ideal des „Familieneinkommens“ zentriert und beruht auf der Trennung und geschlechtlichen Zuweisung von Erwerbs- bzw. Familienarbeit. Auch wenn die Versorgungsehe in der al-

ten Bundesrepublik seit Ende der sechziger Jahre zunehmend erodiert und viele Familien auch vorher nicht so recht in dieses industrielle Familienmodell paßten, liegt es letztlich – bei allen Modifikationen – dem bundesrepublikanischen Sozialstaatsmodell bis heute zugrunde. Da Frauen auf Grund ihrer Familienarbeit oft keine lebenslangen Vollzeit-Erwerbsbiographien aufweisen können, ist ihre soziale Sicherung in Phasen der Nichterwerbstätigkeit an das über den männlichen Haupternährer vermittelte Mitversorgungsprinzip gekoppelt. Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und weiblicher Erwerbsarbeit wurde hingegen bislang von staatlicher Seite untergeordnete Bedeutung beigemessen. Die Kehrseite, ja Falle dieser sozialpolitischen Orientierung wird, denke ich, immer deutlicher sichtbar: Sie besteht nämlich in dem gravierenden Mangel an bezahlbaren sozialen und kulturellen Dienstleistungen in der Bundesrepublik. Mehr noch, die private Verrichtung dieser Dienste ist geradezu die Voraussetzung einer solchen „konservierenden“ sozialpolitischen Konzeption. Die „Widerständigkeit“ der ostdeutschen Frauen scheint also viel mehr einen Erneuerungsbedarf politischer Rahmenbedingungen offenzulegen, als daß sie auf eine defizitäre Anpassungs- und Integrationsbereitschaft der Frauen verweist. Weibliche Identität, auf Egalität, Autonomie und auf über eigene Erwerbsarbeit vermittelte ökonomische Unabhängigkeit ausgerichtet, ist, so denke ich, eine zeitgemäße Herausforderung, die moderne Politik aufgreifen sollte, wenn sie die Krise, in die die Bundesrepublik geraten ist, ernsthaft bewältigen will. Sie bezeichnet im übrigen ja auch nur das, was Ulrich Beck mit dem Prozeß der Individualisierung umschreibt, einen Prozeß, der seit ca. 200 Jahren zunächst Männern vorbehalten war, seit Mitte der sechziger Jahre dieses Jahrhunderts aber im Zuge einer sogenannten nachholenden Individualisierung zunehmend auch von bundesrepublikanischen Frauen als Lebensanspruch eingeklagt und gelebt wird.

Ich komme zu meinem kurzen Fazit. Ich will weder den Individualisierungsprozeß des modernen Industriezeitalters glorifizieren noch den Identitätsentwurf ostdeutscher Frauen mythologisieren. Ich will mich auch nicht an der Entwicklung rückwärtsgewandter Utopien beteiligen und die DDR im nachhinein verklären. Die Rahmenbedingungen für Identitätsbildung in der DDR waren, und ich habe das angedeutet, widersprüchlich, und diese Ambivalenz ist in die DDR-Identitäten eingeschrieben, auch in die der Frauen. DDR-Identität von Frauen heißt – und auch darauf habe ich weiter oben verwiesen –, daß es im wesentlichen *eine* (vereinheitlichte) weibliche Normalbiographie gab, die stark institutionalisiert und verregelt war. Wenn die Individuen aber jetzt plötzlich gezwungen sind, im „Dickicht der Optionen und der darin versteckten Zwänge“, um nochmals mit Beck zu reden, ihren Weg zu bahnen, ihre Biographie zusammenzubasteln, dann sind das Anforderungen, auf die Ostdeutsche weniger gut vorbereitet sind.

DDR-Identität von Frauen heißt schließlich auch, daß Frauen sich in der von Vater Staat gewährten Gleichstellungs- und Sozialpolitik eingerichtet hatten, „geschlechtsblind“ und nicht selten auch mit einem Dünkel von Omnipotenz. Die gleichberechtigte und doch schlechter gestellte „werk tätige Mutti“ glaubte

selbst oft an die angeblich schon allseits verwirklichte weibliche Emanzipation. Selbstunternehmertum, Selbstbehauptung und individuelles Durchsetzungsvermögen zählen wohl eher zu den Schwachstellen von DDR-Identität. Insofern ist es nicht leicht zu sagen, wie zäh die Widerständigkeit ostdeutscher Frauen auf längere Sicht wirklich ist und welche Chancen Frauen haben, diese Widerständigkeit als Potential in eine neue Identität zu integrieren. Eigene Untersuchungen belegen allerdings, daß die Fähigkeit der Frauen zu subjektiven Integrationsleistungen ganz beträchtlich sind und sie – wenn sie die Gelegenheit bekommen, diese Fähigkeiten unter Beweis zu stellen, und das sind ja mittlerweile bedauerlicherweise nicht mehr sehr viele – enorme Lern- und Qualifizierungsbereitschaft an den Tag legen. Sie scheinen in der alltäglichen Vereinbarung von Beruf und Familie zu Zeiten der DDR subjektive Kompetenzen ausgebildet zu haben, die ihnen in der Berufsarbeit heute zugute kommen bzw. zugute kommen könnten. Mehr noch, das „subjektive Wandelmanagement“, das Frauen zu beherrschen scheinen, und ihr damit verbundenes Vermögen, verschiedene, durchaus widersprüchliche Identitätsanforderungen integrieren zu können, beinhalten anscheinend auch, daß sie Strategien im privaten Bereich den Umständen entsprechend „flexibilisieren“ und „modernisieren.“ Wenn, wie erwähnt, die DDR-Gleichberechtigungspolitik einerseits Männer weniger als Frauen verändert hatte, so gilt andererseits doch, daß ostdeutschen Männern bis heute die Berufsarbeit ihrer Lebenspartnerin viel selbstverständlicher ist, als sich das von westdeutschen Männern sagen läßt. Auch das ist ein wichtiger Background für ostdeutsche Widerständigkeit und hat nicht selten zu bedeuten, daß ostdeutsche Männer angesichts veränderter Bedingungen und der Not gehorchend heute oft einen wesentlichen Part im Familienalltag übernehmen.

Was bleiben wird, muß sich nun allerdings erst noch zeigen. Schon jetzt ist aber sicher, daß das weniger eine Frage individueller Strategien und Beweglichkeit ist und mehr eine Frage gesellschaftlicher Rahmenbedingungen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall)

Vorsitzender Siegfried Vergin: Herzlichen Dank, Frau Prof. Nickel, für Ihren Vortrag, aber auch für Ihre Bemerkung, daß wir hier ein sehr überzogener Männerverein sind, was sicher Anlaß ist, über einige Fragen noch einmal nachzudenken. Herr Doktor Wolle, zum gleichen Thema.

Dr. Stefan Wolle: Ja, zum gleichen Thema, aber auf einem ganz anderen Wege. Ich habe mich für den induktiven Weg entschlossen, den vom Besonderen zum Allgemeinen gehenden exemplarischen Weg, und nenne meinen Vortrag „Die Ostschrippe als Symbol und Paradigma der verlorenen DDR-Identität.“ Sechs Jahre nach der Wende werben die Bäckerläden in der ehemaligen DDR mit großen Aufschriften: „Hier gibt es sie, die Ostschrippe.“ Übrigens, neuerdings gibt es auch die Brandenburger Schrippe bei uns, das nur am Rande. Tatsächlich finden sich dann auch in den Warenregalen konsequenterweise zwei Körbchen, eins mit Ostschrippen und eins mit Westschrippen. Die Westschrippe sieht größer aus, ist wohlschmeckender, doch sie ist künstlich aufge-

blasen, sie zerbröseln zwischen den Fingern und schmeckt fade. Die Ostschrippe dagegen ist klein und fest, scharf durchgebacken und knusprig, eine solide Bäckerschrippe, die nichts sein will als Schrippe, irgendwie ist sie ehrlicher und anständiger als ihre Brüder und Schwestern aus dem Westen, wo der schöne Schein bekanntlich alles ist. (Beifall) Ich habe mich übrigens erkundigt, hier in Magdeburg gibt es die Ostschrippe auch, aber ob es eine anhaltinische Schrippe gibt, weiß ich noch nicht.

Nach der Wende überschlugen sich die Bäcker, um die Wünsche ihrer Kundschaft nach bundesdeutschen Brötchen oder gar welschen Baguettes oder Croissants zu befriedigen. Doch das ging schnell vorüber, bald schon kam die Sehnsucht nach der guten alten DDR-Schrippe. Doch auch die Ostschrippe ist streng genommen eine typisch westliche Mogelpackung. Die wirkliche Ostschrippe ist tot und wird niemals wieder auferstehen. Sie ist in das Reich der Legende eingegangen, wie der Trabbi, die klebrige Club-Cola oder die nach feuchten Lumpen stinkende filterlose Karo. Die Ostschrippe wurde zum identitätsstiftenden Mythos, so wie das angeblich so hervorragende Sozialsystem der DDR und die oft gepriesene Mitmenschlichkeit, vielleicht auch die Gleichberechtigung der Frau.

Zunächst sind einige historische Anmerkungen, auch technikgeschichtliche Anmerkungen, vonnöten, die nach Lage der Dinge nur Richtigstellungen sein können. Die echte DDR-Schrippe wurde in vorsintflutlichen Bäckeröfen gebacken, in der Regel war die Technik noch aus der Vorkriegszeit im privaten Bereich. Die Hefe war oft überaltert und an heißen Tagen voller Maden, wie ich mir habe sagen lassen bei meinen Feldforschungen bei Bäckermeistern. Das Mehl war katastrophal schlecht, und gutes Weizenmehl aus der Sowjetunion oder Kanada gab es nur beschränkt und nicht für den privaten Bäcker. Unter diesen Umständen war es eine regelrechte Kunst, gute Backwaren herzustellen. Dies gelang nur dem richtigen Bäcker, der sein Handwerk von der Pike auf gelernt hatte. In den Kaufhallen des sozialistischen Handels gab es die schwammigen bleichsüchtigen Schrippen-Kretins aus den Großbäckereien. Sie lagen dort in verglasten Kästen mit einer seitlich an einem silbernen Kettchen befestigten Leichtmetallzange, mit der sich der Kunde bedienen konnte, solange der Vorrat reichte. Diese Industrieschrippen kosteten ebenso fünf Pfennig wie die echte Bäckerschrippe, und das war eben das Problem. Letztere, also die Bäckerschrippe, wurde weit unter dem Selbstkostenpreis verkauft und von den Bäckern deswegen nur sehr unwillig hergestellt. Kuchen und Torten brachten Gewinn, Brot und Schrippen wurden nur im Rahmen der Planaufgaben produziert und mußten zum staatlich festgelegten Preis von eben fünf Pfennig verkauft werden. Bäckerbrot und Schrippen waren also stets knapp. Bereits vor Ladenöffnung bildeten sich vor den Bäckerläden lange Schlangen. Am Wochenende nahmen diese Schlangen oft gigantische Dimensionen an. Man konnte gut und gerne eine Stunde Wartezeit einplanen. Eingekauft wurde wegen des gesetzlich verordneten Preises dann aber großzügig, 100 Schrippen für fünf Mark, das war schon etwas. Damit kam die Familie übers Wochenende, das wurde dann meistens in solche Netze – das gibt es

auch nicht mehr – und in diese Plastbeutel eingefüllt, die man über den Ladentisch reichte, also nicht diese Plastetüten, die es jetzt gibt. 100 Schrippen für fünf Mark, damit kam man übers Wochenende – und wenn ein oder zwei Dutzend der Schrippen hart geworden waren und montags in den Müll wanderten, war das auch egal. Die Gerüchte wollten nicht verstummen, daß die Leute ihre Hühner, Karnickel und Schweine mit den staatlich subventionierten Backwaren fütterten.

Der Mangel führte zu zwar verständlichen, aber doch eigenmächtigen und streng genommen ungesetzlichen Rationierungen durch die Verkäufer. In den Randgebieten von Berlin wurden an den Sommerwochenenden Einheimische bevorzugt. Sie hatten das Privileg, außerhalb der Reihe bedient zu werden. Teilweise gab es sogar getrennte Schlangen, eine Schlange für die Wochenendler, die lange Schlange, die kurze Schlange für die Einheimischen. Meckern aus den Reihen der Laubenpieper wurde bedeutet, die Schrippen, Brote und Kuchenrationen für Vorzugskunden seien bestellte Ware. Wenn die Meckerer stur blieben und darauf beharrten, für das nächste Wochenende auch bestellen zu wollen, drohte dann die Situation zu explodieren. Mit Beschwerden und Eingaben wurde gedroht. Der allgemeine Unwille der Einheimischen gegen die Wochenendgäste aus dem versorgungsmäßig bevorzugten Berlin machte sich Luft, sie würden alles wegkaufen und durch unerlaubtes Rasensprengen den Wasserdruck so weit sinken lassen, daß am Sonntag die Klospülung nicht mehr funktionierte.

Doch spätestens nach einer Stunde war die Walstatt verwaist, in den Regalen der Bäckerei herrschte gähnende Leere, die Verkäufer nutzten die Zeit bis zum gesetzlichen Ladenschluß, die letzten Krümel aus den Regalen zu wischen. Die aufgeregten Kunden hatten sich verflüchtigt und verzehrten auf ihren Datschen die subventionierten Schrippen.

Die Fünf-Pfennig-Schrippe ist ein gutes Beispiel für die Funktionsweise der sozialistischen Wirtschaft. Am Anfang der Ursachenkette für die allgemeine und allgegenwärtige Ineffizienz stand der mangelnde Anreiz zu Innovation und Leistungssteigerung aufgrund der staatlichen Einheitslöhne und Preise. Die veraltete Produktionstechnik zwang die Betriebe, ihre Waren unter dem Preis zu verkaufen. Dies führte zu einer Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage. Der Mangel an Waren und Dienstleistungen aller Art führte zu Wartezeiten, schlechten Produkten, unzureichendem Service. Um dies zu beheben, setzte eine Bürokratisierung der Verteilung ein. Dies führte zu Beziehungswirtschaft und Zurückdrängung der Ware-Geld-Beziehungen zugunsten einer Art Tauschwirtschaft. Das verringerte wiederum die Bereitschaft zur Innovation und Leistungssteigerung weiter. Damit war der Teufelskreis geschlossen.

Dies alles, wozu noch sehr viel zu sagen wäre, hatte aber auch eine ganze Reihe von mentalen Rückwirkungen, mit denen wir uns heute auseinanderzusetzen haben. Die Mangelgesellschaft der DDR schuf eine Art sozialer Gleich-

heit, die in den Warteschlangen ihren symbolischen Ausdruck fand. Vor den meist mürrischen und übel gelaunten Verkäufern, Kellnern, Handwerkern usw. waren sozusagen alle gleich. Selbst mit Geld konnte man hier nicht alles erreichen. Handwerkern beispielsweise hatte man nicht nur eine Rundumversorgung zu bieten – das begann also mit Frühstück, Bier, Kaffee, Zigaretten, die Hausfrau hatte ein Mittagessen zu kochen, sondern auch eine seelische Betreuung hatte hier stattzufinden. Hier den feinen Pinkel hervorzukehren, konnte ausgesprochen unangenehm werden. Man hatte auch ständig Handlangerdienste zu leisten und mußte sich von den Handwerkern noch gegebenenfalls dumm kommen lassen, zumindest sich die Welt erklären lassen von ihnen und über ihre dummen Witze mitlachen.

Es gab in der DDR so etwas – ich möchte das soziologisch verallgemeinern – wie die heimliche Macht der Verwalter des Mangels. Der marxistischen Theorie zufolge herrschte die Arbeiterklasse im Bündnis mit den Genossenschaftsbauern und den anderen werktätigen Klassen und Schichten. Laut Artikel 1 der Verfassung lag die führende Rolle bei der Partei, und nach Auffassung vieler Kritiker des Systems herrschte eine Clique von Politbürokraten.

Wie dem auch immer sei, im Alltag dominierte eben jene soziale Gruppe, die in der soziologischen Theorie überhaupt nicht vorkam und wohl bis heute auch nicht vorkommt, man könnte sie nennen die heimlichen Verwalter des Mangels. Zu ihr konnte jeder gehören, der über irgend eine knappe Ware oder Dienstleistung verfügte, vornehmlich also Handwerker, Kellner, Verkäufer und andere mehr. Die ökonomische Basis ihrer Macht beruhte auf einem einfachen Grundprinzip. Angesichts eines Überangebots an Waren und Dienstleistungen ist der Kunde König, in der Situation eines permanenten Unterangebots dagegen ist der Verwalter des Mangels König. Die gastronomischen Einrichtungen der DDR beispielsweise wurden von sogenannten Gaststättenkollektiven beherrscht, das heißt von Kellnerinnen, Serviererinnen usw.. Dieser Zustand führte dann auch zu seltsamen Bräuchen, die mit der deutschen Einheit verschwunden sind. Im Eingangsbereich der Gaststätte hing in der Regel ein Schild mit dem Hinweis: „Sie werden plaziert.“ Der Gast hatte vor diesem Schild innezuhalten und zu warten, bis ein Kellner kam, der ihm einen Platz zuwies. Dieses Ritual war auch einzuhalten, wenn ausreichend freie Plätze verfügbar waren. Es empfahl sich nicht, gegen die ausdrückliche Anweisung des Schildes großspurig in den Gastraum hineinzuschreiten und sich selbständig an den Tisch zu setzen. Es konnte geschehen, daß dergestalt unbotmäßige Gäste mit Bemerkungen wie: „Sie können wohl nicht lesen?“ oder: „Was bilden Sie sich denn ein, wer Sie sind?“ zurückgeschickt wurden. Damit nicht genug, wer auf diese Weise unangenehm aufgefallen war, sah sich erzieherischen Maßnahmen des Gaststättenkollektivs ausgesetzt und hatte extra lange zu warten. Rebellisches Aufbegehren gegen das Diktat des Kellners hatte lediglich weitere Wartezeiten und sogar das Risiko eines gänzlichen Verweises aus dem Lokal zur Folge. Wer eines der theoretisch überall vorhandenen Beschwerdebücher „Der Gast hat das Wort“ verlangte, erntete nicht selten blanken Hohn. Dies als Beispiel.

Der permanente Mangel an Waren und Dienstleistungen verstärkte in der DDR-Mentalität die ohnehin vorhandene Absperrungsneurose, wie ich das nenne. Jeder hatte Angst, daß er zu kurz kommt, daß ihm etwas weggenommen wird, daß die Plätze, Waren, Dienstleistungen nicht ausreichen würden. Der Sozialismus war sozusagen ein Betriebsfest, auf dem mehr Biermarken ausgegeben worden waren als Bier vorhanden war. Die Folge war eine Verstärkung des ohnehin vorhandenen kollektiven „Knast-Syndroms“, hervorgerufen durch die politische Situation. Die Wärter litten an einer Sicherheitspsychose und die Insassen an Hospitalismus. Der Mauer – genauer gesagt: den gigantischen Sperrenanlagen rund um West-Berlin und an der Grenze zur Bundesrepublik – entsprachen unzählig viele kleine Mauern. Dies ist nicht nur sinnbildlich zu verstehen, sondern ganz wörtlich. Die DDR war das Land der Absperrungen, und ich möchte an Beispielen belegen, was ich hier Absperrungsneurose nenne. Überall gab es amtliche, halbamtliche und private Sperrzonen, Mäuerchen, Zäunchen, Absperrgitter, Schnüre und Schilder, und obwohl die Kriminalitätsrate niedrig war im Vergleich zu heute, wurden die Zäune und Mäuerchen gern mit Stacheldraht, einbetonierten Glasscherben und gußeisernen Toren gesichert.

Vor allem im öffentlichen Bereich grassierte die Absperrwut. Dort, wo der Architekt schon allein wegen der vorgeschriebenen Fluchtwege fünf breite Flügeltüren hatte einbauen lassen, waren garantiert vier fest verriegelt. Geöffnet war einer ungeschriebenen Regel zufolge die am schwersten zugängliche Tür. Zusätzlich waren unzählige Schnüre und Kettchen gespannt, und Schilder wiesen darauf hin, was alles verboten sei. Eine DDR-typische Erscheinung war ebenfalls eine Unzahl von Türhütern jeglicher Art, permanent unfreundliche Pförtner, abweisende Betriebsschutzmitarbeiter, inkompetente, aber streng blickende Polizisten. An unzähligen Stellen wurden Dienstaussweise und andere Zertifikate verlangt, es wurden Namen und Adressen notiert, es wurde telefonisch rückgefragt.

In diesen Bereich gehört auch ein weiteres Phänomen, was ich die Negativwerbung nennen möchte. Während im allgemeinen Werbung darauf zielt, Kunden anzulocken, Produkte zu verkaufen, zielt die Negativwerbung darauf, Kunden abzuschrecken. Vor zahlreichen Gaststätten, aber auch Läden wurden durch meist handgeschriebene Schilder darauf hingewiesen, was es alles nicht gibt und wofür es sich nicht lohnt, das Geschäft oder die Gaststätte zu betreten, um den Verkäufer oder Kellner zu belästigen. Ich verallgemeinere: Es gab insgesamt eine Umkehrung des Verhältnisses von Anbietern und Kunden zuungunsten des Kunden. Dies hatte schwerwiegende und langandauernde mentalitätsgeschichtliche Folgen.

In der DDR herrschte notorischer Arbeitskräftemangel, ein weiterer Bereich von mentalitätsgeschichtlicher Bedeutung. Das gleiche ökonomische Mißverhältnis wie beim Angebot von Waren gab es auch beim Angebot von Arbeitskräften. Also: „Keine Leute, keine Leute“, das war das notorische Klagelied aller „staatlichen Leiter.“ Es existierte Vollbeschäftigung, was wohlgermerkt

natürlich nicht heißt, daß jeder den Arbeitsplatz, den er wollte, auch hatte. Doch insgesamt hatte jeder eine Arbeit, weder gab es Arbeitsämter im westlichen Sinne noch eine gesetzliche Regelung über die Arbeitslosigkeit. An vielen Betrieben hingen Tafeln mit der Überschrift „Wir suchen aus der nichtberufstätigen Bevölkerung...“, dann folgte eine Liste der freien Stellen. Es galt die Faustregel, je niedriger die Qualifikation, desto dringender wurde die Arbeitskraft begehrt. Für Wissenschaftler war es nicht immer ganz leicht, eine ihrer Ausbildung entsprechende Tätigkeit zu finden, oft mußten sie unterhalb ihrer Qualifikation beschäftigt werden. Ungelernte Arbeitskräfte wurden in den Betrieben dagegen händeringend gesucht und entsprechend behandelt. Dies führte zu merkwürdigen Disproportionen bei der Bezahlung. Produktionsarbeiter verdienten oft mehr als Mitarbeiter mit Hoch- und Fachschulabschluß. Unter diesen Zuständen litten die Leistungsmotivation und die Arbeitsdisziplin. In den Produktionsbetrieben der DDR herrschten paradiesische Sitten und Gebräuche. Selbst schwerwiegende Verstöße gegen die Arbeitsdisziplin, notorische Arbeitsbummelei und Diebstähle wurden in der Regel nur mit geringfügigen Strafen geahndet. Auch hier galt der Grundsatz: Je niedriger die Qualifikation, desto vorsichtiger mußte der Kollege behandelt werden. Ein Nickerchen während der Arbeitszeit konnte niemandem ernsthaft verübelt werden, eine halbe Stunde vor Schichtschluß bereits in Richtung Dusche zu verschwinden, gehörte zu den Selbstverständlichkeiten, zum Feierabend wollte man mindestens schon am Werktor sein. Was man zu Hause oder auf der Datsche an Werkzeug oder Material brauchte, wurde in die Tasche gesteckt und dabei gewitzelt, dies sei doch Volkseigentum, davon könne sich jeder seinen Teil nehmen. Auch der Alkoholkonsum war speziell während der Nachtschicht sehr hoch. Kein Ingenieur durfte es wagen, wegen solcher Kleinigkeiten Hilfsarbeitern zu nahe zu treten. Jederzeit konnte dieser „in den Sack hauen“, wie es hieß, und zum nächsten Betrieb gehen, wo unqualifizierte Arbeitskräfte gesucht wurden.

Eine kleine Anmerkung noch: Nur auf dieser Basis hat natürlich auch die Doppelbelastung der Frau funktioniert in Betrieb und Haushalt, denn gerade die Frauen erledigten sehr viel während der Arbeitszeit an Anstehereien, Terminen usw. – das nur am Rande.

Ich komme zum Schluß. Die Losung der sozialistischen Menschengemeinschaft war von der SED-Führung schon Anfang der siebziger Jahre aus dem Verkehr gezogen worden. Das hing mit dem Übergang von Ulbricht zu Honecker zusammen. Lediglich in der ironischen Paraphrasierung als sozialistische Wartegemeinschaft lebte sie im Sprachgebrauch weiter. Und doch erwies sich keine der Propagandathesen als lebenskräftiger, und sie blieb als mentaler Urrgrund des Lebensgefühls über das Ende der DDR hinaus virulent. Niemand wird es heute mehr in der Sprache der SED-Parolen sagen wollen, von der Sache her ist ein beträchtlicher Teil der Menschen der Meinung, daß trotz aller Schattenseiten das Leben in der DDR menschlicher war. Es hätte mehr Kollegialität, Zusammenhalt im Freundes- und Bekanntenkreis, Hilfe in der Nach-

barschaft gegeben – so lautet das, wenn nicht allgemeine, so doch weit verbreitete Urteil.

Und wie alle Legenden hat auch diese einen durchaus rationalen Kern. Die DDR war tatsächlich das Land der Freundschaften, der Freunde, der Arbeitskollegen; Bekannte und Verwandte gehörten zu den Überlebensstrategien der DDR. Da das Leben insgesamt immobil, abgeschottet, statischer war, blieben auch Freundes- und Bekanntenkreise über Jahre hinweg stabil. Gegenseitige Hilfe war ein Gebot des Alltags. Um zum Anfangsbeispiel zurückzukommen: Der eine stand beim Bäcker an, der andere stellte sich beim Fleischer an, der dritte ging schon mal zum Gemüseladen, und selbst beim Besuch der Kaufhalle ging man möglicherweise mit mehreren Kindern diese Aktion an – einer stellte sich schon mal an der Kasse an, der nächste ging zum Fleischstand, der dritte zum Käsestand usw. So war denn der Alltag voller Gemeinschaftserlebnisse, voller Erfolgserlebnisse und Abenteuer, denn letztendlich war auch der Erwerb der 50 Schrippen für das Wochenende ein kleines Abenteuer, ein kleiner gemeinschaftlicher Erfolg, und so ist ein Gemeinschaftsbewußtsein entstanden. Als schließlich die DDR verschwand, wurde die DDR-Identität geboren. Als analog dem Ende des planwirtschaftlich bedingten Mangels an Backwaren die Schlangen vor den Bäckerläden usw. verschwanden, wurde die Ostschrippe geboren; sie wurde zum Symbol der untergegangenen DDR-Gesellschaft. (Beifall)

Vorsitzender Siegfried Vergin: Vielen Dank, Herr Dr. Wolle, für diesen locker machenden Vortrag. Herr Prof. Dr. Burrichter hat jetzt die Aufgabe, uns durch ein Podiumsgespräch zu führen mit Frau Prof. Dr. Hanna Haack, Prof. Dr. Wolf Krötke, Ehrhart Neubert, Prof. Dr. Schlosser und Herrn Wolfgang Templin.

Pause bis 14.40 Uhr

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Meine Damen und Herren, ich möchte die abschließende Sitzung eröffnen und darf noch einmal auf Grund der Diskussionsbeiträge im ersten Teil dieser Runde, in der mit Recht darauf hingewiesen wurde, daß es nicht *die* DDR-Identität gebe, darauf hinweisen, daß das Programm dieser Anhörung lautet: „Identitäten in der DDR.“ Wir sind natürlich davon ausgegangen, daß es nicht *die* DDR-Identität gab, man sollte das dann entsprechend auch zur Kenntnis nehmen.

Im Unterschied zu den bisherigen Moderatoren erlaube ich mir doch, zu Beginn noch einiges Inhaltliche zu sagen, auch wenn die Zeit knapp ist. Ich verzichte dabei auf eine ausführliche Vorstellung der Damen und Herren hier im Podium. Ich darf nur kurz vorstellen Frau Prof. Hanna Haack aus Rostock, Herrn Prof. Dr. Wolf Krötke von der Humboldt-Universität zu Berlin, Herrn Ehrhart Neubert aus Berlin – ich glaube, ich brauche ihn sowieso nicht vorzustellen, da er durch seine Tätigkeit hinreichend bekannt ist. Prof. Horst Dieter Schlosser ist Professor für deutsche Philologie und arbeitet seit 1980 regelmäßig an Forschungsprojekten zur deutschen Sprache in Ost und West, und

Wolfgang Templin, glaube ich, brauche ich im einzelnen hier auch nicht vorzustellen.

Zum Inhaltlichen: Ich darf daran erinnern, daß Ilko Kowalczuk gestern in einem Diskussionsbeitrag angemahnt hat, daß wir unsere Diskussionen und unsere Analysen in diesem Zusammenhang vielleicht auf sechs Fragen konzentrieren sollten, und ich wage diese sechs Fragen noch einmal vorzutragen mit der Bitte an das Podium, die eine oder andere Frage dann im Statement oder in der Diskussion zu berücksichtigen. Folgende Fragen wären es:

1. Welche Spielräume für eine individuelle Gestaltung des Lebenslaufs waren in der DDR vorhanden und möglich?
2. Welches waren die wichtigsten Sozialisationsinstanzen in der DDR im Vergleich zu denen in der Bundesrepublik?
3. Wie erfolgreich oder wie erfolglos war der ideologische Versuch der Erziehung zur „allseitig entwickelten sozialistischen Persönlichkeit“?
4. Gab es Möglichkeiten, sich den geplanten und verplanten Sozialisationsmustern in der DDR zu entziehen?
5. Welche Sozialisationstypen erwiesen sich nach 1989 als besonders handlungsfähig, welche versagten angesichts der revolutionären Ereignisse und ihrer Folgen und welche zeichneten sich durch restaurative Beharrungstendenzen aus (wie ich glaube, eine sehr wichtige Frage, auch in dieser Dreitypisierung)?
6. Inwiefern existieren noch heute Unterschiede in der Sozialisation in Ost- und Westdeutschland, welche Konsequenzen hätte das?

Soweit einige, wie ich meine, in der Tat Schlüsselfragen. Und da ja diese Kommission auf der Basis dessen, was hier diskutiert wird, und weiterer Expertisen am Ende einen Bericht vorlegen soll, sind wir gut beraten, wenn wir von Ihnen schon Hilfe und Mitwirkung erhalten bei der stärkeren Präzisierung eines Themas, das durch die Begriffe „Identität“ und „Sozialisation“ bisher noch unter einer babylonischen Sprach- und Begriffsverwirrung gelitten hat, was allerdings nicht notwendig so weiter verlängert werden muß. Ich darf damit die Runde hier oben eröffnen und übergebe zunächst entsprechend dem Programm Frau Prof. Haack das Wort.

Prof. Dr. Hanna Haack: Meine Damen und Herren, ich muß zur Biographie hinzufügen: Ich habe lange in Rostock gelebt und gearbeitet, arbeite aber – das ist vielleicht interessant für diejenigen, die aus einer wissenschaftlichen Einrichtung kommen, die abgewickelt worden ist – seit 1992 mit Zeitverträgen an verschiedenen westdeutschen Universitäten und bin derzeit an der Universität Bremen tätig.

Identitätsveränderungen nach dem Untergang der DDR, dies ist weniger als andere Themen meines Erachtens ein ausgesprochen historisches Thema. Wis-

senschaftler verschiedener Disziplinen haben die Identität der Ostdeutschen oder die Identitäten in Ostdeutschland zu einem Forschungsgegenstand erhoben. Erfahrungen eigener Forschungen sowie meine Beobachtungen als „Grenzgängerin“ in Deutschlands Norden und schließlich mein eigenes Verhalten, das mich zumindest gelegentlich „wir“ und „bei uns“ denken und sagen läßt, bestätigen kulturelle Grenzen. Eine Ostverortung, die sowohl sichtbar hervortritt als auch mehr als Sinnstütze im Verborgenen wirkt, ist erkennbar.

Die Bestimmung der eigenen Identität ist gebunden an die Wahrnehmung und Bewertung des anderen und durch den anderen. Ost-Identität setzt West-Identität voraus. „Ossis“ und „Wessis“ – ich verwende dieses Unwort –, Ostdeutsche und Westdeutsche sind keineswegs nur im Alltag zu Hauptcodes im innerdeutschen Dialog geworden. Auf eine andere Weise wird die Tradition fortgesetzt, sich vielfach nur in Abgrenzung zum Gegenüber definieren zu können. Allenthalben begegnet mir in Westdeutschland ein mich als Ostdeutsche ausschließendes „wir.“ Ich kann es gut verkraften und finde meine Position des „dazwischen“ interessant, wenn auch oftmals verwirrend. Sorgen bereitet mir allerdings ein westdeutscher Partikularismus, z.B. die Verweigerung, in den Dimensionen einer veränderten Bundesrepublik und der neuen Bundesländer zu denken. Die westdeutsche Situation steht hier nicht zur Debatte. Festgehalten sei immerhin: In der alten Bundesrepublik sind die Rahmenparameter sozialer und kultureller Reproduktion nach der Wende weitgehend unverändert geblieben. In Ostdeutschland dagegen vollzogen sich dramatische Veränderungen. Die politisch bestimmte Systemtransformation in Ostdeutschland wurde in kürzester Frist in ihren Grundzügen abgeschlossen, jedoch ohne Spielräume möglicher Koexistenz auszuloten. Die gegenüber den Verhältnissen in der DDR völlig anderen ökonomischen, sozialen und juristischen Rahmenbedingungen verlangen den Menschen ein hohes Maß an Selbstbehauptungswillen und Bereitschaft zur aktiven Aneignung der neuen Situation ab. Wer das nicht kann, hat es heute außerordentlich schwer. Alle Erfahrungen fehlen, und schon gar nicht war Zeit für eine umfassende, durch Generationen weitergegebene Normalisierung. Wirtschaftliche Deindustrialisierung, die anhaltende Arbeitslosigkeit, gravierende Unterschiede in der Kapital- und sonstigen Eigentumbildung, im Lebensniveau, bei privaten Rentenversicherungen und anderes werden zwischen alten und neuen Bundesländern auf längere Sicht nicht umkehrbar sein. Die Angleichung der Lebensverhältnisse und der sogenannte Aufschwung Ost haben in einer Zeit tatsächlicher oder propagierter Sparzwänge längst die Kraft von Leitbildern verloren. Doch damit nicht genug: die gesellschaftliche und geschichtliche Legitimität scheint ganz auf westlicher Seite zu sein, dem Osten bleiben nur Defizite. Sozialisationserfahrungen, aus den Lebensverhältnissen in der DDR gewonnen, scheinen unbrauchbar, individuelle Biographien wert- und bedeutungslos, Lebensleistungen und -erfahrungen der Ostdeutschen unsicher. Und die Teilung lebt fort, nur die Ostdeutschen müssen ihre Biographien durchforsten, bewältigen und erneut akzeptieren.

Ostdeutsche Identität bedeutet aus meiner Sicht kein politisches Zurück. Sowohl meine Alltagserfahrung als auch lebensgeschichtliche Interviews, die ich für ein Forschungsprojekt führe, offenbaren mir: Rückblicke fallen stets selektiv aus, werten durchaus bestimmte Seiten der DDR auf, sind jedoch keineswegs mit einer Restitution der DDR als Ganzem verbunden. Ostdeutsche Identität schließt ein biographisches Zurückschauen ein, das mit einer Wiederddeckung des Wertes des eigenen Lebens verbunden ist und Schutz bietet gegenüber der Gefahr, Verlustbilanzen ausschließlich und unerträglich als persönliches Scheitern zu deuten. Wie anders sollten z.B. Menschen, die wie einige meiner Interviewpartner alle Chancen nutzten, die ihnen in der DDR offen waren, sich neben einer zumeist körperlich anstrengenden Erwerbsarbeit unter mehrjährigem Verzicht auf fast alle Freizeit beruflich zu qualifizieren und ein externes Hochschulstudium zu absolvieren, damit fertig werden, daß ihre Arbeitsleistung, ihr ganzes Wissen und Können vorzeitig nicht mehr gebraucht werden? Hier habe ich übrigens bei Interviews festgestellt, daß es eine ganz wichtige Sozialisationserfahrung, eine ganz wichtige Sozialisationsinstanz auch ist, hier so einen Weg gegangen zu sein und Kontakte nach wie vor zu haben.

Ich habe in diesen Interviews weiter erfahren, daß Dinge, die aus westdeutscher Sicht gegen eine Individualisierung laufen, außerordentlich wichtig sind. Meine Interviewpartner haben beispielsweise durchgängig positiv von Betriebsfesten, Brigadefeiern und ähnlichem erzählt und zugleich berichtet, daß sie sich nicht in gleicher Weise wohl fühlen in einem Kreis von Menschen, den sie nicht kennen – das aber eigentlich mehr am Rande.

Ich möchte fragen: Wie sollten die vielen kleinen alltäglichen Verletzungen ohne den Schutz eines Rückblicks ausgehalten werden? Ostdeutsche Identität kann momentan vielleicht der Griff zum Festhalten und die Orientierungshilfe sein. Das andere Leben in der DDR führte durchaus zu Werten und rechtfertigt keine Abwertung von Biographien. Indes, eine manchmal beschworene Persistenz von DDR-Identität sehe ich nicht. Längst dahin ist meines Erachtens die Zeit, in der vielleicht aus tradierten Sinnbezügen eine solche Identität hätte gewonnen werden können. Die derzeit festgestellte ostdeutsche Identität erwächst aus alten Erfahrungen und den als bedeutsam wahrgenommenen Erfahrungen der Systemtransformation. Aus gestrigen und heutigen Erfahrungen könnte etwas Neues heranreifen, das weder ein Abbild früherer noch westdeutscher Lebensformen ist. Ob sich eine besondere ostdeutsche Identität auf längere Sicht etablieren wird, scheint mir angesichts der derzeitigen Verhältnisse weitgehend offen. Wenn ja, was ich jedoch eher für unwahrscheinlich halte, hoffe ich auf Beharrung von Eigenart oder Eigensinn, wie Kollegin Nickel sagte, nicht aber auf eine Verfestigung von Gegensätzen und schon gar nicht, was man gelegentlich in der Literatur angedeutet findet, auf eine dauerhafte Peripheriebildung in Deutschlands Osten. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Schönen Dank, Frau Haack. Es mag für eine Abschlußsitzung erlaubt sein, gewisse Zusammenhänge zu

früheren Diskussionen herzustellen. Frau Haack, Sie haben, wie ich meine, etwas zu pointiert darauf hingewiesen, daß die Westidentität nicht beschädigt gewesen sei. Ich darf daran erinnern, daß wir in den Diskussionen gestern und heute doch darauf hingewiesen haben, daß in der alten Bundesrepublik, etwa unter dem Themenfeld postmodern und anderes, bis 1989 sehr wohl auch über die eigene Identitätssituation kritisch nachgedacht wurde. Das heißt, es treffen jetzt zwei gesellschaftliche Gruppierungen aufeinander, wollen sich ineinander integrieren, die – mal mehr, mal weniger – sich selbst beide in einer gewissen krisenhaften Situation befinden, das ist natürlich eine andere Situation. Vielleicht können wir da in der Diskussion noch darauf eingehen. Ich darf nun Herrn Krötke bitten.

Prof. D. Dr. Wolf Krötke: Ich bin in der DDR-Zeit Dozent des kirchlichen Lehramtes am Sprachenkonvikt, der Kirchlichen Hochschule in Berlin, gewesen, und seit 1991 bin ich Professor an der Humboldt-Universität. Aus meinem besonderen Gesichtspunkt verstehe ich unter Identität ein bißchen etwas anderes als das, was bisher hier gesagt wurde. Identität heißt ja das Zusammenstimmen mit mir selber, wer ich eigentlich bin, und da ist meine These, daß ich meine Identität – derjenige, der ich bin – nicht zu einem bestimmten geschichtlichen Zeitpunkt gewinne, und das bin ich dann und schlepe es den Rest meines Lebens mit mir rum, sondern daß das Wesen von Identität ist, daß sie im Werden ist. Als das Verhängnisvolle an der jetzigen Diskussion hier empfinde ich, es hätte eine gleichsam abgeschlossene Identität gegeben, die wir jetzt in irgendeiner Weise in die Zukunft hinein verändern könnten. Wir sind, indem wir existieren, wesentlich mit uns identisch, indem wir zugleich über die gegebenen Verhältnisse immer hinaus sind. Im Hinblick auf mich selber ist das ganz einfach zu erklären. Da ich an Gott glaube, habe ich meine Identität sowieso nie aus den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen oder materiellen Verhältnissen, sondern wesentlich über alle gesellschaftlichen Verhältnisse hinaus. Da ich in der DDR geblieben bin, nachdem ich zwei Jahre im Zuchthaus gesessen habe, habe ich meine Identität nie von dort aus gewonnen und auch Menschen nicht so betrachtet, daß sie sie aus den ökonomischen, materiellen und anderen politischen Verhältnissen in diesem Lande gewinnen. Meine These aus den Erfahrungen der DDR-Zeit ist von daher: Was uns geprägt hat, ist nur dasjenige an unserem Selbstsein, was in unseren Biographien in einer kritischen Auseinandersetzung mit den Verhältnissen in der DDR schon immer befaßt war, während dasjenige, was zementiert ist an Bewußtsein des Lebens in diesem Teil unseres Landes, sozusagen vergegenständlicht wird und im Grunde genommen nichts weiter ist als eine Anpassung und Einpassung in diese Verhältnisse, unter denen dann noch einmal ein eigenes privates Nischenbewußtsein geblüht hat, was als solches aber nicht die Kraft hat, in gesellschaftlichen Zusammenhängen wirklich zukunftsweisend zu sein. Also meine These ist, und darüber müßte man sich dann unterhalten, dasjenige von Prägungen aus der DDR ist zukunftsfruchtig in die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse hinein, was sich schon in der DDR-Zeit in kritischer Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen befunden

hat, nicht aber dasjenige, was sich aufgrund von gegebener Identität als Anpassung an diese Verhältnisse vollzog. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Schönen Dank, Herr Krötke. Wir haben im Laufe dieser Diskussion schon verschiedene Definitionen und Formen von Identitäten vorgestellt bekommen. Wir haben jetzt eine neue, nämlich die transzendente Identität, die sicherlich in der Diskussion auch dann eine Rolle spielen sollte. Herr Ehrhart Neubert bitte.

Ehrhart Neubert: Da will ich gleich anschließen. Ich liebe das Wort Identität auch in seinem politisch besetzten Zusammenhang überhaupt nicht. Mein Ansatz ist eher, zu fragen: Was ist aus der DDR herübergekommen, was wirkt sich jetzt aus, was kommt aus schwammiger Erfahrung oder Identität zur Sprache? Ich sage dazu und betone es, daß ich selbst Ostdeutscher bin. Ich habe aber nach fünf Jahren kein Mitleid mehr, denn ich sehe überhaupt nichts, was aus der DDR in dieser Hinsicht bewahrenswert wäre. Warum? Die DDR hat keine Identität geschaffen, weder sozial noch weltanschaulich noch von den Verhaltensstrategien her, sondern sie hat eine neosozialistische Sprech- und Sprachweise, eine Semantik über ein Phänomen der deutschen politischen Kultur gedeckt, das es vor der DDR gegeben hat, in der NS-Zeit und davor natürlich auch in vielen Varianten. Das sind bestimmte Werte, z.B. der Wert Sicherheit. Dazu will ich Ihnen nur ein Beispiel nennen, das ist ja immer konkret: Alle empirischen sozialwissenschaftlichen Untersuchungen sagen aus, daß die Ostdeutschen diesem Wert die höchste Priorität, im Gegensatz dazu etwa der Freiheit den geringsten Wert beimessen. Hier zeigt sich für mich ein alter Konflikt in Deutschland. Denken Sie einmal daran, daß die Nazis genau mit diesem Argument, daß es keine Arbeit gibt, die Freiheit abgeschafft haben. Und sie haben in zynischer Weise über ihre KZs geschrieben „Arbeit macht frei“, und sie haben Arbeitslager und Arbeitsdienst eingeführt. Ich finde es ungeheuer beschämend, daß wir in der DDR jetzt einer Arbeitspolitik nachweinen, wo es auch fünf Jahre Arbeitslager in der Ulbricht-Zeit gegeben hat für Arbeitsunwillige. Das ist offenbar ganz vergessen. Es gibt einen Satz in einem Besucherbuch des Deutschen Historischen Museums in Berlin – da schreibt ein Ostdeutscher, sicherlich tief empfunden: „Was nützt mir die Freiheit, wenn ich keine Arbeit habe?“ Drehen Sie den Satz um, und dann wissen Sie, was er bedeutet, nämlich Zwangsarbeit für alle. Das heißt, hier kommt noch einmal eine alte Prägung der ehemaligen DDR zum Zuge, die wir dringend überwinden müssen. Ich könnte das auch an anderen Beispielen zeigen.

Dieses Mitleid und Selbstmitleid, das die Ostdeutschen, das wir – ich sage jetzt einmal „wir“, weil ich selber solche Erfahrungen mit mir nach der Wende habe – haben, hängt auch damit zusammen, daß es aufgrund dieser Sozialisation in der DDR, aber nicht nur in dieser, sondern in der Diktatur vorher ja auch, ein unterentwickeltes demokratisches Bewußtsein und wahrscheinlich auch eine kulturell-geistige Unterentwicklung des aufklärerischen Wertes Freiheit, des Individuums und der individuellen Menschenrechte gab. Aufgrund dieser Diktaturtraditionen in Deutschland, die nicht auf die 40 Jahre

DDR beschränkt sind, haben wir es ungeheuer schwer damit, Individualität oder überhaupt unser eigenes Ich als unveräußerlichen Wert anzunehmen. Es gibt halt Parallelen, ich könnte hier Kaiser Wilhelm zitieren, ich zitiere Hitler: „Du bist nichts, Dein Volk ist alles.“ Oder denken Sie einmal, was es etwa bedeutet, wenn eine ganze intellektuelle Generation, zwei Generationen, unentwegt eingebleut bekommt, daß die Gesetze der Geschichte und Natur in einem angeblichen Marxismus die Geschehnisse der Geschichte bestimmen. Daraus resultiert ein Politik- und Gesellschaftsverständnis, in dem der einzelne gar nicht vorkommen muß – „Du bist nichts, die Entwicklung macht schon alles“, ich könnte dazu viele Zitate bringen. Und das ist eben leider, leider verinnerlicht. Die Vorstellung, daß man vollständig verantwortlich ist für das, was jetzt ist, und für das, was gewesen ist, und daß man niemanden ohne weiteres billigerweise jetzt zum Sündenbock machen kann für das, was ist, das muß von uns, muß im Osten noch tief gelernt werden.

Es kommt noch ein Letztes hinzu, ein fürchterliches Erbe – das ist die Zerstörung einer tiefgegründeten Ethik und Moral bei vielen Menschen. Zwar gab es natürlich einen Ethikersatz, das Gute in Form der Ziele der unterdrückten Klasse, die Klassenkampfmoral in vielen Variationen, aber sie hat sich gezeigt in miefigen, disziplinliebenden, kleinbürgerlichen Haltungen, die bis in das Private uns moralisch dauernd bevormundet haben. Wir haben dieses schöne Beispiel gehört von den Verkäuferinnen. Ich erzähle dazu nur ein Beispiel. In einer Berliner Schule – meine Frau ist da in der Elternvertretung – wollten Lehrerinnen in ein Gesundheitsprogramm der UNESCO. Was machen DDR-Lehrerinnen? Eine große Wandtafel, große Losung im Schulhaus, unter der Überschrift: „Nur in einem gesunden Körper wohnt ein gesunder Geist.“ Das haben sie ja nicht böswillig gemacht, es kam halt, wie wir da heute sagen, aus dem Bauch. Wissen Sie, das ist Totalitarismus pur. Der Spruch hätte ebenso aus der Sportbewegung der Nazis 1936 sein können.

Ich frage, was tun. Meine These: Wir haben keine Kolonisierung aus dem Westen nötig (und ich sehe sehr wohl mehr oder weniger auch soziale Interessenkonflikte zwischen Ost- und Westdeutschland), sondern wir – ich sage es einmal mit einem anderen Wort –, wir haben dringend eine Zivilisierung nötig. Die Grenzen und die Frontlinie liegen nicht zwischen Ost und West, und ich denke, daß die totalitären Bestände der deutschen politischen Kultur auch im Westen noch wirksam sind.

Was kann man tun? Einmal ist es nötig, daß wir eine wirkliche Aufklärung bekommen, und zwar im tiefen Sinne des Wortes, bis ins Bildungswesen hinein, bis in die Methodik – statt Disziplinierungspädagogik Entfaltungspädagogik und vieles andere. Es ist nötig, daß es genügend Leute gibt, die dieses Problem auch öffentlich und aggressiv benennen und Schluß machen mit diesem Selbstmitleid im Osten. Hier muß ein Konflikt, der ständig verkleistert wird, endlich benannt und auch ausgetragen werden. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Schönen Dank, Herr Neubert. Insbesondere Ihre Schlußfrage – die berühmte „was tun?“ – dürfte uns in der weiteren Diskussion noch beschäftigen, sie ist ja bereits angesprochen worden. Bitte, Herr Schlosser.

Prof. Dr. Horst Dieter Schlosser: Ich kann leider nicht wie Herr Neubert aus DDR-Erfahrung sprechen, sondern mehr von außen, und trotzdem will ich vorwegschicken, daß mich die Beschäftigung mit der Sprache in der DDR dazu gebracht hat, ein bißchen mehr auf die eigene Sprache zu achten, daß heißt auf die Sprache in der Bundesrepublik. Ich will zwar Ihren Enquete-Auftrag nicht umdrehen, aber ich hielte es für außerordentlich wichtig und hatte das eigentlich auch als Erfolg und als Möglichkeit der Einheit gesehen, daß der Westen sich auch einmal im Osten spiegelt. Vielleicht kommt das ein bißchen heraus in den kurzen Thesen, die ich Ihnen vortragen will, es ist nur fragmentarisch.

Ich komme leider wieder auf die Identität zurück, obgleich Sie den Begriff mit guten Gründen nicht so mögen, aber mit der Identität ist es so wie mit der Sprache – wie ein Sprachwissenschaftler gesagt hat: Eine Sprache ist viele Sprachen, und er meinte damit die innere Mehrsprachigkeit, die es natürlich in jeder Nation, in jeder Sprachgemeinschaft gibt. Immerhin gilt sie seit der Romantik als identitätsstiftender Faktor schlechthin. Die deutsche Sprache ist darum, das ist bekannt, lange als das einigende Band der Nation angesehen worden, und mit großer Sensibilität hat man von beiden Seiten immer darauf geachtet, wo sich jetzt etwas ändert. Westlicherseits wurde das schon spätestens ab 1949 mißtrauisch beachtet – die SED spalte die deutsche Sprachnation. Dann kam die SED spätestens 1969/70 und feierte diese Spaltung sozusagen als Beginn einer eigenen kulturellen Identität.

Nach einer gelasseneren Betrachtung der deutsch-deutschen Sprachsituation sowohl seitens seriöser DDR-Linguisten als auch westdeutscher Sprachwissenschaftler verwunderte es dann 1989/90 eigentlich nur wenige – ich habe mich eigentlich gewundert, daß das nicht noch mehr in den Zeitungen aufgeworfen wurde –, daß nun plötzlich Deutsche aus Ost und West zumindest über die aktuellen Fragen in einem völlig normalen und verständlichen Deutsch reden konnten.

Erste Schwierigkeiten mit dieser scheinbar gemeinsamen Sprache zeigten sich jedoch schon 1989, soweit ich das feststellen konnte, in der DDR-Opposition, als man die wünschenswerten Alternativen zur SED-Diktatur verbalisieren wollte, denn nun erwies sich, daß, wenn man nicht unbesehen bundesdeutsche Programme und deren Terminologien übernehmen wollte, und davon haben ja die meisten Gruppen zunächst Abstand genommen, neben den zu Worthülsen verkommenen Begriffen der SED nur wenig Unbelastetes zur Verfügung stand. Der mit den Runden Tischen versuchte „dritte Weg“ zwischen Realsozialismus und Kapitalismus war eigentlich auch ein Versuch, eine neue eigene Sprache zu finden.

Auf westdeutscher Seite gab es, sieht man einmal von der kurzlebigen Euphorie beim Fall der Mauer ab (und das wäre ein eigenes Thema, einmal darüber nachzudenken, wieso waren denn Westdeutsche überhaupt euphorisch, und warum konnte es dann so schnell wieder vergehen), auch sprachlich faßbare Defizite, die Motive und Äußerungen der DDR-Opposition angemessen zu verstehen. Eigentlich mit Staunen, bis heute, vernahm man die zentralen Wendeparolen „Wir sind das Volk!“ oder „Wir sind ein Volk!“ dann als die Weiterentwicklung, weil in der alten Bundesrepublik das nationale Kollektiv „Volk“ jahrzehntelang aus dem Begriffsapparat gestrichen war. Es ist im Grunde genommen nur übrig geblieben bei Volkswagen, Volkstrauertag und noch einem dritten Begriff – Volkshochschule, und das meist in Abkürzungen – VW und VHS. Ansonsten können Sie feststellen, wie systematisch „Volk“ aus Begriffen herausgetrieben worden ist.

Auch die emphatische Beschwörung der Begriffe „deutsch“ und „Deutschland“ in der Noch-DDR machte vielen Westdeutschen erst wieder bewußt, daß diese Begriffe in der Bundesrepublik systematisch auf den tatsächlichen Geltungsbereich des Grundgesetzes, also die alte Bundesrepublik eingeschränkt worden waren, und das galt sogar für die politische Erziehung in der Bundeswehr. Hieran hatten sowohl die kommerzielle als auch die politische Werbung einen bedeutsamen Anteil. Für mich fängt das an 1969 mit dem Persil-Slogan „Deutschlands Wäsche atmet auf“ (damit war nicht die DDR gemeint, die hatte „Spee“). Und dann kennen Sie die politische Parole „Deutsche, ihr könnt stolz sein auf euer Land“, und dann zum Schluß noch – 1986, glaube ich – war es die CDU mit „Weiter so, Deutschland!“, da war nie die DDR mit gemeint. Die „Bildzeitung“ brachte es 1974 sogar fertig, in einer Schlagzeile nach der Niederlage der bundesdeutschen Mannschaft gegen die DDR in der Weltmeisterschaft zu schreiben: „Noch ist Deutschland nicht verloren.“

Wende und Einheit haben es dann leider nicht vermocht, die traditionelle Weite zentraler politischer Begriffe, die meines Erachtens in der DDR natürlich unterhalb der semantischen Engführung der SED erhalten geblieben oder wiederentdeckt worden war, an Gesamtdeutschland zu vermitteln. Auch in den östlichen Bundesländern hat sehr schnell deren Attraktivität – also die Attraktivität dieser Begriffe, die man wieder in ihrer vollen Tiefe entdeckt zu haben glaubte – erheblich gelitten, seitdem die neue politische Ordnung weniger mit einer gemeinsamen Besinnung auf gemeinsame Werte und Ziele verbunden war als mit einer Flut neuer Bedingungen und einer entsprechenden Anzahl von Terminologien, die das bis dahin einigermaßen überschaubare Leben in ein Labyrinth verwandelten. Ich erinnere nur einmal an die Schulterminologien, die in der Bundesrepublik ja vielfältig sind; alles andere – Versicherungswesen, Bankenkonditionen usw. – sei nur am Rande erwähnt.

Die Überschaubarkeit des Lebens in der DDR und die Unüberschaubarkeit der bundesdeutschen Ordnung sind sprachlich geradezu meßbar. Wenn man vom Ballast ideologiesprachlicher Überhöhung der DDR-Realität einmal absieht, kam der DDR-Deutsche zur Regelung seiner Angelegenheiten mit einem

Bruchteil der Termini aus, die er heute benötigt und mit denen die Westdeutschen schon seit langer Zeit ziemlich souverän umzugehen verstehen. Das aber ist nicht nur eine Frage der Quantität, sondern auch der sprachlichen, genauer der semantischen Qualität.

Allein dies schafft Unbehagen auf seiten derer, die immer wieder darauf angewiesen sind, sich die neue Sprache erklären zu lassen. Das Diktum vom Besserwessi war und ist ja nicht nur vom tatsächlich arrogant Behelrenden provoziert worden, sondern trifft und traf eigentlich auf jeden zu, der mit bester Absicht Aufbauhilfe leisten wollte, ohne nun wirklich als der große Arrogante dazustehen. Um ein relativ harmloses Beispiel zu geben: Wer jahrzehntelang mit nur einem, manchmal mit zwei Begriffen für den Ort auskam, wo man seinen Lebensabend verbringen wollte – „Altersheim“ und etwas offizieller „Feierabendheim“ –, der hat natürlich seine Schwierigkeiten, und zwar zu Recht, und ist auch mißtrauisch, wenn ihm dann plötzlich eine ganze Latte von Begriffen wie „Seniorenstift“, „Seniorenresidenz“, „Altersruhesitz“ usw. – diese Liste können Sie beliebig verlängern – vorgelegt wird. Das ist aber ein harmloses Beispiel.

Aber es sind ja nicht nur und auch immer weniger eigentlich die auffälligen Einzelwortunterschiede, die sich allmählich wirklich verflüchtigen, wie ich feststelle, vielmehr haben die bis weit in den Alltag reichenden höchst unterschiedlichen Lebensumstände von den Bildungsbedingungen bis zum Arbeitsleben und zur Freizeitbetätigung dem erhaltenen gemeinsamen Wortschatz in Ost und West ganz unterschiedliche semantische Referenzen, also Beziehungen zur Realität verliehen. Viele äußerlich identische Wörter lösen in Ost und West immer noch sehr verschiedene Assoziationen aus. Das schafft in Gesprächen auch über scheinbar Harmloses manchmal ein unbemerkt schwieriges Klima, ohne daß man genau weiß, warum eigentlich. Wiederum ein harmloses Beispiel aus einer Talkshow – ich habe unter anderem Talkshows untersucht: Ein Talkmaster fragt eine amtierende DDR-Schönheitskönigin – es gab zum Glück auch ein Pendant auf westdeutscher Seite, die Unterschiede waren frappant –, ob das denn von ihrer Agentur sozusagen profihaft gemacht wird; er meinte damit professionell im Sinne von Profit, also geschäftsmäßig. Und sie sagt: „Doch, doch, er ist sehr kompetent.“ Also schon allein da merken Sie, wie zwei semantische Welten aufeinander treffen.

Nach wie vor lassen sich aber auch sehr unterschiedliche Kommunikationsstile, und das scheint mir auf Dauer wichtiger zu sein, feststellen. Ich behauptete, daß in den östlichen Bundesländern noch längst nicht jene Art, sich verbal zu präsentieren, verbreitet ist wie in der alten Bundesrepublik. Ich habe das einmal den kommunikativen Darwinismus genannt. Wer nicht laut, schnell und aufwendig mit viel Gehampel operiert, der geht sozial unter. In der DDR war nach meinen Beobachtungen die Verteilung sozialer Rollen wesentlich stabiler. Durch Reden konnte man gar nicht so viel gewinnen und erst recht nicht durch unüberlegtes Schwätzen. Bei uns geht das häufig nach dem Motto:

Es ist zwar nicht sehr intelligent, aber es streckt die Zeit, oder: Ich habe mich wieder einmal zu Wort gemeldet.

Ich meine, das wäre etwas, das natürlich auch nur in Ausschnitten festgestellt werden kann, was aus den neuen Bundesländern vielleicht sogar bewahrenswert wäre. Ich gehöre zu den Leuten, die meinen, daß sie immer, wenn sie in der noch existierenden DDR waren, ernsthaftere Gespräche führen konnten, als das in den alten Bundesländern der Fall war, daß langsamer, bedächtiger, überlegter gesprochen wurde, nicht mit diesem permanenten Schielen – werde ich jetzt anerkannt oder nicht. Aber das ist sicherlich nur ein Ausschnitt von Erfahrungen, es mag andere geben. Ich bin im Grunde genommen noch dabei, das zu untersuchen. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Schönen Dank, Herr Schlosser. Wolfgang Templin bitte.

Wolfgang Templin: Meine Damen und Herren, ich hoffe, es wird Sie nicht allzusehr verwundern, wenn ich mit meinen Thesen einigermaßen deutlich von meiner Nachbarin abweiche, die zuerst gesprochen hat. Für mich wird im Titel unseres Podiums eine Grundlage suggeriert, die ich so nicht sehen kann. Eine gemeinsame DDR-Identität, nach deren Fortwirken oder Untergehen man hier fragen könnte, gab es für mich schlicht nicht. Es gab bestimmte prägende Sozialisationsmuster, aber auch die waren nicht einheitlich. Für mich ist eines der Hauptmankos der gegenwärtigen publizistischen, aber auch öffentlichen bis hin zur wissenschaftlichen Diskussion, daß die tiefe Realdifferenzierung – nicht nur die interpretierende –, die sich in den Jahrzehnten gesellschaftlicher DDR-Existenz herausgebildet hatte, nicht zur Kenntnis genommen wird. Ich selber habe in meiner eigenen DDR-Biographie, fast 40 Jahre, einige sehr verschiedene Bereiche, Teile und verschiedene Stufen der gesellschaftlichen Hierarchie erlebt, und aus dieser Erfahrung ist mir bewußt geworden, daß eben nicht nur im Berufsleben, in der Art Karriere zu machen, und im politischen Selbstverständnis zwischen diesen verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen wahre Welten lagen. Wenn ich meine Situation in den siebziger Jahren nehme, als akademischer Kader, dem man eine Zukunft zuschrieb, dann war das, was ich im akademisch-universitären Bereich an Mentalitäten erlebt habe – auch hier jetzt verallgemeinert an Mentalitäten, die dann der DDR-Fortentwicklung dienten, denen man sich also überließ, wenn man diese Karriere machen wollte –, von dem, was ich dann im Alltagsleben erlebte, als ich diese Karriere abbrach, und von dem, was ich noch einmal erlebte, als ich dann im kleineren Teil von ausgegrenzter Opposition war, nicht nur graduell verschieden, sondern gegensätzlich. Das hat sich für mich auch nicht erst im letzten Jahrzehnt der DDR ergeben. Das habe ich bei Älteren genauso gemerkt, und das ist für mich auch nicht auf die Pole Angepaßte und Täter auf der einen und Oppositionelle auf der anderen Seite zu begrenzen. Das ganze Spektrum dazwischen – Verweigerer, Minderangepaßte, Aussteiger –, die haben ganz verschiedene Bewältigungsmuster im Umgang mit der Realität entwickelt und dementsprechend auch verschiedene mentale Prägungen. Das, was immer als Gemeinsa-

mes im nachhinein festgestellt wird – bestimmte Bedürfnisse und Sehnsüchte zum Beispiel, Wärme der Nachbarschaft und der Hausgemeinschaft –, für die einen mag es so gewesen sein, für die anderen war es der reine Horror. Die lebten in der gleichen Hausgemeinschaft, und die haben die Frage nach der Fahne, die man raushängen soll, und die freundliche Aufforderung, eine gemeinsame Wandzeitung zu machen, und dieses ganze unglaubliche System zunehmend als entwürdigend und als nicht mehr mit ihrer eigenen Würde vereinbar empfunden. Die einen haben diesen Käfig innerlich bereits damals verlassen, und den anderen hat es irgendwann gedämmert. Es hat ja wohl nicht etwas mit gelingendem, sondern mit beschädigtem und sehr engem Leben zu tun, was sich auf diese Art und Weise abspielte.

Warum ist nun die Frage nach dieser gemeinsamen DDR-Identität und die Suche danach bis heute so stark geblieben? Für mich kommen hier, und das ist das eigentlich Spannende, ganz verschiedene Interessen und Bedürfnisse zusammen. Ein genuines Interesse, das ist klar, das ist das Interesse der Verantwortlichen und Täter, diese Identität rückwirkend noch festzuschreiben und zu beschreiben, nicht etwa nur zur eigenen nostalgischen Erbauung, sondern weil das natürlich die eigene Verantwortung und den eigenen Anteil an dem, was DDR ausgemacht hat, wunderbar minimiert. In dem Moment, wo man sich und allen anderen und vor allem den blöden Westlern einreden kann – man war ja so wunderbar zusammen, gewußt haben es alle, mitgemacht haben alle, und man war nur minimal voneinander unterschieden –, da ist die tatsächliche Riesenkluft, die es gab, auch in den materiellen Existenzumständen, schon wunderbar eingeebnet: die egalitäre DDR, in der man kaum eine Differenzierung hatte. Derjenige, der seine Karriere machte, der war auch in seinen materiellen Existenzbedingungen himmelhoch von dem unterschieden, der darauf verzichtet hat. Wenn ich die Extreme nehme, dann kommt hier einiges zusammen.

Also das Interesse der Täter auf der einen Seite: Diese Identitätsbeschwörung ist eine ganz klevtere und sehr intensiv betriebene politische Strategie geworden. Das sehe ich auf seiten der PDS, die Mobilisierung dieses Wir-Gefühls. Wenn diese Anstrengungen jetzt nur von Ostseite passierten, könnte man darüber fast lachen, dann wären sie nämlich sehr schnell zum Scheitern verurteilt. Aber diesen Anstrengungen kommt von Westseite nicht nur eine ungeheure Duldung, sondern eine ungeheure Bereitschaft und Tolerierung entgegen, weil hier nämlich weniger moderne oder weniger für die gegenwärtige Problemsituation geeignete Eigenschaften der westdeutschen Gesellschaft dazukommen. Bei aller Individualisierung, bei aller Offenheit und Toleranz in dieser Demokratie haben sich Eigenschaften gerade in der deutschen Kultur – hohe Anpassung, Sicherheitsbedürfnis – in der Bundesrepublik in für mich erstaunlicher Weise gehalten. Und wenn man dann mit diesem Blick, mit dieser Mentalität auf die DDR sieht, dann kommt ein Blick heraus, der auch diese Unterschiede nicht wahrnehmen will, von denen ich jetzt gesprochen habe, der auch dieses Einebnende hat, dieses Paternalistische – ja eigentlich können sie ja alle nichts dafür, was sollte er denn machen, man wird doch schließlich Professor und

verzichtet nicht auf die Chance, man konnte sich doch nicht gegen das System stellen –, also dieses fast hilflos Beschwichtigende. Das ist die eine Seite, und die andere ist das zynische: Bei uns ist es doch genau nicht anders. Das ist mir selber häufiger erklärt worden, mit der schönen Vorstellung dann natürlich, auf die weitaus größeren realen Möglichkeiten erst gar nicht hinzuweisen, sondern immer nur die Anpassungsmechanismen vorzuzeigen.

Zum Abschluß noch ganz kurz zu den Fragen, die hier genannt wurden. Das wichtige ist für mich, daß bei der Frage nach der Wirkung von ideologischer Erziehung und Propaganda eine Verwechslung nicht stattfinden sollte. Ich denke, Ehrhart Neubert hat das sehr gut deutlich gemacht. Nicht die unmittelbare Vorgabe hat linear gewirkt, also nicht etwa die gewünschte Überzeugung ist eingetreten bei so vielen Menschen, da war sehr schnell Desillusionierung da, und da war auch das Nachplappern, und da war das Aneignen, um es an geeigneter Stelle wiedergeben zu können. Also es ist nicht etwa so, daß der Erfolg eintrat, der in den Lehrbüchern beschrieben wurde. Das haben selbst diejenigen, die die Lehrbücher gemacht und die sie vertreten haben an den Schulen, Universitäten und Hochschulen, längst nicht mehr geglaubt, da regierte auch der Zynismus. Das werden mir meine ehemaligen Kollegen im akademischen Bereich sicher gern bestätigen. Aber was eintrat, war der Gewöhnungseffekt, der Abstumpfungseffekt, das sich tatsächlich dann auch davon in anderer Weise Gefangen-nehmen-lassen. Und was dabei herauskommt, diese Unselbständigkeit, diese Weinerlichkeit, die ich auch nicht verallgemeinern möchte, dieses Schuld und Verantwortung immer beim anderen suchen, das ist eine Folge dieser prägenden Ideologie und Sozialisationsmuster. Sie verdichten sich nicht zu *der* Identität der DDR, das würde ich strikt ablehnen, gehören aber zu einigen prägenden Sozialisationsmustern, und in denen kann man die Leute, die sie bis heute haben und verlängern, bestätigen, da kann man nachsichtig mit den Schultern zucken, oder man kann auch versuchen, sich damit auseinanderzusetzen, und ich würde schon für letzteres plädieren. (starker Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Schönen Dank, Herr Templin. Ich darf allerdings mit Blick auf die Diskussion, die wir seit gestern morgen hier geführt haben, sagen, daß wir dieser perfiden psychopolitischen Instrumentalisierung der gemeinsamen DDR-Identität nicht auf den Leim gegangen sind, sondern im Gegenteil sehr differenziert von den verschiedenen pluralen Identitäten in der DDR, denen wir nachspüren wollen, gesprochen haben. Ich danke allen Mitarbeitern hier im Podium und darf nun die Diskussion eröffnen. Als erster Kollege Faulenbach bitte.

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Zwei Bemerkungen möchte ich machen. Mir scheint, auch diese Diskussion und die verschiedenen Stellungnahmen eben haben gezeigt, daß drei Dinge in der Diskussion über DDR-Identität häufig durcheinandergehen. Die erste Frage lautet: Was wirkt an Prägung aus der alten DDR nach? Das wäre auf der empirischen Ebene, bezogen auf die gegenwärtige Gesellschaft, zu untersuchen. Davon zu trennen ist die Frage: Was

wird von diesen Prägungen künftig, auf längere Sicht gesehen, noch nachwirken, eine Zukunft haben können? Und schließlich drittens: Was sollte nach Ansicht derjenigen, die hier reden, eigentlich von diesen Prägungen gefördert werden, was ist zu bejahen? Es geht also um die Bewertung dieser Prägungen. Diese drei Dinge sind streng genommen zu unterscheiden, gehen aber in den Diskussionsbeiträgen durcheinander.

Mich würde z.B. auch interessieren, Frau Haack, was sollte aus Ihrer Sicht, wenn ich jetzt mal auf der normativen Ebene diskutiere, von den Prägungen oder von den Identitäten der DDR eigentlich Zukunft haben. Ich möchte auch Herrn Stefan Wolle fragen: Gibt es da etwas, was Zukunft haben sollte? Die anderen Redner haben mehrfach durchblicken lassen, wo sie etwas Bewahrenswertes, Förderungswürdiges sehen, wobei das ganz unterschiedlich gesehen wurde. Bei Herrn Neubert und bei Herrn Krötke etwa war es die kritische Auseinandersetzung, die zukunftsfähig ist und nachwirkt, alles andere nicht. Ähnlich haben dann einige andere auch ihrerseits deutlich gemacht, wo sie glauben, daß bestimmte Dinge nachwirken sollten. Das wäre also die Frage des Wünschenswerten, die ich von der Ebene des Empirischen einmal trennen würde.

Eine zweite Frage: Es ist zu Recht eben von Templin gesagt worden, wir müßten uns hüten, diese Konstrukte DDR-Identität oder -Identitäten – selbst der Begriff im Plural ist eine Konstruktion – unter der Hand faktisch zu ontologisieren und zu nivellieren, also für die Realität zu nehmen. Diese vorschnellen Verallgemeinerungen sind in der Tat ein sehr ernsthaftes Problem. Mir scheint auch die Gesellschaft der DDR viel komplexer, viel unterschiedlicher letztlich trotz aller Homogenisierung zu sein, als sie manchmal in Typisierungsversuchen erscheint.

Und da wäre dann meine Frage an Frau Nickel: Sie haben nun die DDR-Identitäten, die Frauen-Identitäten, scharf kontrastiert mit denen der Bundesrepublik. Aber sind die Aspekte, die Sie beschrieben haben, nicht doch zu einem Teil, wenn wir die subjektive Ebene nehmen, bei Frauen auch in den alten Bundesländern vorhanden, so daß das, was Sie beschreiben, teilweise im Grunde genommen keine DDR-Identität ist, sondern eine frauenpolitische Perspektive, die sozusagen quer liegt zur Ost-West-Polarität? Also meine Frage ist: Gibt es nicht bei einer Reihe von Fragen, die Sie aufgezählt haben, durchaus die Möglichkeit, das, was an politischen Wünschen, an politischen Zielen da ist, in eine, wenn man so will, gesamtdeutsche politische Perspektive zu überführen? Dann wäre die Durchsetzung dieser Wünsche und Ziele leichter, als wenn man sie nur auf der Ebene der ehemaligen DDR diskutiert. Der Bezug allein auf die rückwärtsgewandte DDR reicht auf die Dauer immer weniger aus. Vieles spricht dafür, politische Positionen zu entwickeln, die Entsprechungen in der hochdifferenzierten westdeutschen Gesellschaft haben.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Dankeschön. Ilko Kowalczuk bitte.

Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk: Meine erste Frage richtet sich an Frau Nickel: Sie haben mindestens zweimal in Ihrem Vortrag davon gesprochen, daß die ehemaligen DDR-Frauen sich ihre Widerständigkeit bewahren mögen. Ich habe allerdings nicht ganz genau begriffen oder das nicht ganz genau verstanden – Widerständigkeit wogegen oder wofür. Dazu würde ich ganz gerne noch einmal ein paar Sätze von Ihnen hören.

Meine zweite Bemerkung richtet sich an Ehrhart Neubert: Das ist mir, ehrlich gesagt, eine Nummer zu populistisch, um dieses Wort hier einmal anzubringen, dieses Gegensatzpaar Freiheit und Arbeit. Das ist natürlich machbar. Man kann diesen Spruch da aus dem Gästebuch zitieren: „Was nützt mir Freiheit, wenn ich keine Arbeit habe?“ Das hören wir auch ziemlich häufig im Fernsehen. Man kann das in einer meines Erachtens etwas kurzschlüssigen Analogie zur NS-Vergangenheit bringen. Aber da muß man natürlich fragen, ist das nicht quasi eine Ideologie – was ist mir nun näher, entweder das Hemd oder der Rock –, die man zeitunabhängig und auch gesellschaftsunabhängig antreffen kann. An diese Frage schließt sich die zweite Frage nach dem sozusagen Beklagtenbefund an, es sei eine wahre Ethik, eine wahre Moral zerstört worden. Das ist ja meines Erachtens unstrittig. Die Frage ist nur, wann wurde die eigentlich zerstört. Wurde die 1945 zerstört, wurde die 1933 zerstört, wurde die vielleicht 1871 zerstört – wann wurde die zerstört? Und eine weitere Frage steht damit im Zusammenhang: Wo gibt es denn heutzutage noch eine wahre Ethik, eine wahre Moral? Und meine letzte Bemerkung: Gestern hat auch Helga Schubert auf der Abendveranstaltung hier den kleinbürgerlichen Mief beklagt. Sie sagte das dann mit Bezug auf die Mode von der Stange, die die alten Genossen sich quasi übergezogen hätten. Und jetzt frage ich noch einmal nach zu dem kleinbürgerlichen Mief: Ist das nicht eine Erscheinung, die wir zeitunabhängig und gesellschaftsunabhängig haben? Wenn ich in eine kleine westdeutsche Stadt fahre und aus meinem Prenzlauer Berg komme, muß ich wirklich sagen, da guckt mich in jeder Ecke der kleinbürgerliche Mief an.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Kollege Jacobsen bitte.

Sv. Prof. Dr. Dr. h.c. Jacobsen: Ich möchte eine Frage stellen, weiß allerdings nicht, vor dem Hintergrund dessen, was Sie formuliert haben, wer sie am zweckmäßigsten beantworten kann, aber vielleicht überlegen wir das einmal. Ich möchte anknüpfen an das, was mein Kollege Wilke schon einmal hier erörtert hat, einen Aspekt, der mir eigentlich bei alledem, was wir über Identitäten gehört und diskutiert haben, fehlt. Sie haben sich aus verständlichen Gründen sehr konzentriert auf die Innenansichten, Biographisches, Frauenprobleme, Probleme der Moral usw., das brauche ich nicht zu wiederholen. Was völlig ausgeklammert ist, was aber dazu gehört, ist die Außenansicht, das heißt, welche Identitäten gab es in der DDR-Zeit bezüglich des Verhältnisses der Menschen zu den Nachbarn, den Polen, der Sowjetunion, also jenes berühmte Problem des „sozialistischen Bruders“, etwa die Freundschaftsgesellschaften. Da beschäftigt mich natürlich in vieler Hinsicht die Frage, und ich hätte gerne darauf eine Antwort: Wie sieht das heute mit den Befindlichkeiten

aus in einem Augenblick, in dem es eben keine sogenannte sozialistische Brüderschaft mehr gibt – nehmen wir das deutsch-polnische Verhältnis –, mit den Außenbildern unser Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern, was den Nachbarn Polen oder den Nachbarn Rußland oder die Russen angeht? Hier müßten wir doch mehr Auskunft bekommen, weil unsere Politik ja nicht zuletzt auch davon abhängt, ob es gelingt, gerade hier die Beziehungen gegenüber Osteuropa konstruktiv positiv im Geiste etwa der Charta von Paris zu entwickeln. Was bringen nun die Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik dafür im Endergebnis mit?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Schönen Dank. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen im Podium nachzudenken, wer zu dieser Frage Stellung nimmt. Ich glaube, das ist eine sehr wichtige, aber auch eine sehr interessante Frage, die nur vor dem Hintergrund von konkreten Erfahrungen, nicht von Spekulationen behandelt werden kann. Herr Wilke.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Ich möchte mich noch einmal bei Stefan Wolle für diese fröhliche soziologische Analyse des Historikers bedanken. Oft bekommt man das nicht geboten. Das sind Fragen, die viele deutsche Soziologen nicht mehr interessieren. Ich will zurückkommen auf das Beispiel der Schrippe. Es ist, wenn man das hier Gehörte Revue passieren läßt, sehr deutlich, daß wir uns im Prinzip in den Milieus bewegen, aus denen wir kommen: Kunst, Kultur, Bildungsbürgertum, Kirche. Die berühmte und vielzitierte Arbeiterklasse kommt kaum vor, obwohl diese Arbeiterklasse im Grunde genommen 1989, aus dem Süden der DDR vor allen Dingen, Schluß gemacht hat mit diesem Experiment, das nicht zuletzt auf ihrem Rücken durchgeführt worden ist. Ich bin Wolfgang Templin sehr dankbar, daß er an die Unterschiede, die Kasten, diese Mangelverwalter-Gesellschaft DDR erinnert hat und noch einmal deutlich machte, daß diese DDR-Identität, wenn es sie denn gegeben hat, vor allen Dingen im Sinne der Abgrenzung zum und vom Westen zu formulieren wäre. Ich habe heute mittag in der Pause mir die Barlach-Ausstellung angesehen, und da gibt es eine Figur, die mich sehr angerührt hat, und ich hätte gehofft, daß die hier sozusagen das Sinnbild für 1989/90 hätte sein können, diese Skulptur des verlorenen Sohnes, in der das Annehmen gestaltet ist, was im Westen zu wenig stattgefunden hat. Aber kurzum: Diese Gesellschaft annehmen, übernehmen ihrer Normen und ihrer Zivilisation und die kollektive Entwertung der Zivilisation des sowjetischen Protektorats in Deutschland, diese Dimension, das habe ich verstanden, nur daran kann sich überhaupt noch DDR-Identität festmachen. Ansonsten sehe ich Legenden, sehe ich Rechtfertigungen, sehe ich individuelle Versuche, Biographie zu retten, was ja mehr als verständlich und vor allen Dingen human notwendig ist.

Die zweite Schicht, die wir nicht untersucht haben, weil sie nicht in unseren Blick gekommen ist wie die Arbeiterklasse, das ist die SED-Nomenklatura, die mit ihrem politischen Wollen diese DDR geformt hat, die aber auch ausgerichtet war auf die sowjetische Nomenklatura. Jeder höhere MfS-Offizier, jeder höhere NVA-Offizier und jeder höhere ZK-Apparatschik bekam in der

Sowjetunion die höchsten Weihen. Ich kann mich erinnern, daß wir 1989/90 kurzzeitig davon gesprochen haben, daß jetzt aus den DDR dem vereinigten Deutschland eine Funktionselite zuwächst, die – ich sage es jetzt einmal provozierend – eine Brückenfunktion auch für die westdeutsche Wirtschaft nach Osten wahrnehmen kann. Was ist davon geblieben? Sind die sowjetunionsozialisierten Parteisekretäre verschwunden wie weiland die sozialistische Schrippe? Was ist aus diesen Menschen geworden, wie wird mit ihnen umgegangen? Akzeptieren sie den Westen? Was bedeuten ihnen heute der Rote Stern aus dem Osten, die russische Revolution, die die Welt verändern sollte? Gibt es für sie eine Perspektive? Wie müssen wir ihr Schicksal diskutieren?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Dankeschön. Herr Elm bitte.

Abg. Dr. Ludwig Elm (PDS): Frau Prof. Nickel, im Anschluß an Ihr Referat und möglicherweise auch an das von Frau Prof. Haack, wenn das sich aus Ihren soziologischen Analysen mit ergibt, etwas, was ich im Anschluß an die Gleichstellungsproblematik ansprechen möchte: Hat in Ihren Analysen auch der Bereich des höheren Bildungswesens eine Rolle gespielt, und können Sie ihre Aussagen über die Gleichstellungsunterschiede 1989/90 DDR-Bundesrepublik belegen, ob das ungefähr in gleicher Weise dort zutrifft, ob es dort Abweichungen nach der einen oder anderen Seite gibt, und zwar insgesamt bezogen auf höheres Bildungswesen, Universitäten und Hochschulen, vielleicht auch Fach- und Ingenieurschulen und ebenfalls auf die Hierarchien im akademischen Bereich, auf die verschiedenen Stufen, die da anzutreffen sind? Ich frage das, weil es eigentlich eine Problematik betrifft, die auch in der absehbaren Entwicklung der nächsten Jahre erheblich ist. Ich frage so unter dem Eindruck der Anhörung, die wir vor dem Bildungs-, Wissenschafts-, Forschungs- und Technologieausschuß am 8. Mai zu dem von Herrn Rüttgers vorgeschlagenen Konzept der Studienfinanzierung hatten. Die Bundeskonferenz der Frauenbeauftragten der Universitäten und Hochschulen hat dort ein sehr massives und konkretes Votum gegen dieses Konzept unterbreitet, wo sie signalisiert, daß seine Realisierung bedeuten würde, neue erhebliche Blockaden gegen das Frauenstudium zu errichten. Das also zum aktuellen Hintergrund und zur Motivation meiner Fragestellung.

Zweitens: Herr Prof. Schlosser, ich habe das mit großem Interesse gehört und glaube, daß diese sprachliche, semantische Seite in den Analysen oft vernachlässigt wird, weil viele Sozialwissenschaftler, Historiker, Politikwissenschaftler wohl dazu auch nicht den interdisziplinären Zugang haben. Wie schätzen Sie die Berücksichtigung solcher Gesichtspunkte in den vorliegenden politikwissenschaftlichen und zeitgeschichtlichen Analysen ein, also z.B. in den Analysen speziell auch zu den Umbruch- und Wendeereignissen? Können Sie die Beobachtung machen, daß die Kollegen der genannten Disziplinen in Politikwissenschaft, Zeitgeschichte und anderem das mit reflektieren, das mit einbeziehen – diese möglichen sprachlichen Mißverständnisse und Differenzierungen – wird das vernachlässigt, können dadurch auch analytische Defizite entstehen?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Dankeschön. Herr Faulenbach bitte.

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Ich habe nur eine kleine Zusatzfrage an Herrn Schlosser, die ich vergessen hatte. Sie haben empirische vergleichende Untersuchungen zur Sprachentwicklung in Ost- und Westdeutschland durchgeführt. Mich interessiert, inwieweit wir in den sechs Jahren seit der Vereinigung bereits bestimmte Angleichungsprozesse feststellen können. Wie hat man sich das vorzustellen? Breiten sich ausschließlich bestimmte Vokabeln aus dem Westen im Osten aus, oder gibt es auch Beispiele, bei denen umgekehrt der Weg vom Osten in den Westen führt? Finden Durchmischungen statt?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Dankeschön. Als letzte Wortmeldung Martin Gutzeit bitte.

Sv. Martin Gutzeit: Es gab ja in der DDR einige Funktionselitens, nehmen wir z. Beispiel die Lehrer, die einem starken ideologischen Druck ausgesetzt waren, denen sehr nachdrücklich ideologische, weltanschauliche Bekenntnisse abgefordert wurden. Nun ist dieser Druck plötzlich weg. Was wissen Sie über die Veränderungen, die sich im Weltbild, in der Weltsicht und bei grundlegenden, auch ideologischen Selbstverständnissen da ergeben haben? Der alte große Glaube ist weg. Was ist an seine Stelle getreten?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Dankeschön. Damit ist die Rednerliste abgeschlossen, und ich möchte jetzt in umgekehrter Reihenfolge der Eingangsstatements Herrn Templin bitten, zur Diskussion Stellung zu nehmen.

Wolfgang Templin: Ich habe bei den letzten Fragen gemerkt, das ist eine ganz spannende Konstellation. Ich sehe auf der Seitenfront nicht nur den Frager – der alte Glaube ist weg, wohin damit? –, ich sehe aber mindestens drei Theologen, die eigentlich auf andere Weise mitten in dieser Frage stecken müßten, die auch mich sehr beschäftigt und die vorhin aufgeworfen wurde, nämlich das Problem Moral und Verfall der Moral. Da sehe ich ganz große Probleme auf beiden Seiten. Hier hat die ehemalige DDR oder dieser Teil Deutschlands mit einer wahnsinnigen Hypothek zu kämpfen. Aber hier sehe ich auch in der Bundesrepublik eine Verunsicherung, die für mich frapierend ist. Ich will das einmal an einem Beispiel aus den letzten Tagen schildern. Ich habe zunehmend nicht nur mit Westsozialisierten, sondern auch mit Westfrauen zu tun, und am Beispiel Muttertag ist mir auf einmal eine ganz prekäre Situation deutlich geworden. Ich wußte selber gar nicht so richtig, wie ich damit umgehen sollte. Bei anderen habe ich immer ein großes Mißbehagen erlebt, bei Moderneren und Jüngeren. Aber es gibt einen Sog dahin, der Muttertag wird ja begangen. Die Kinder in der Schule bereiten sich darauf vor, die Blumenläden haben den ganzen Tag auf, und als ich dann eine Freundin darauf ansprach, wurde die ganz verlegen. Und ich sagte, ihr seid doch 68er; da antwortete sie, das ist NS-Hintergrund und alles mögliche. Ich sage, aber woher

kommt denn dann dieser starke Druck. Da sagt sie, ja, die Lehrer sind in Verlegenheit, wenn sie das nicht richtig machen (wohlgemerkt in Westdeutschland), da beklagen die Eltern das zunehmende Sinn- und Wertedefizit; denen fällt nichts besseres ein. Was meinst du denn, sagt sie, warum auf einmal in den ganzen Schickimicki-Familien der Martinstag so eine hohe Bedeutung bekommt und die Teilungsrituale dort mitgemacht werden. Also mir ist an dem Punkt klar geworden, das Säkularisierungsproblem holt auf eine andere Weise auch die Bundesrepublik ein, und hier wird es nun noch einmal verschärft, weil nämlich mit dieser Leerstelle, wie Ehrhart Neubert ja sehr deutlich beschrieb, die Leute sich in der ehemaligen DDR herumschlagen, die Lehrer damit umzugehen versuchen. Brandenburg macht es doch deutlich. Da werden auf einmal Surrogate nun wirklich fragwürdigster Art angeboten.

Ich bin von einem Teilnehmer zum Stichwort Jugendweihe angesprochen worden, auch das gehört hier herein. Ich bin da ehrlich gesagt ratlos. Ich würde jetzt kein Generalurteil über das abgeben wollen, was Jugendweihe als Form für eine Sinnggebung hatte. Meine Interpretation wäre negativ. Aber ich könnte nun auch nicht sagen, daß ich umstandslos heute erklären würde, es sei auf die christliche Sozialisation zurückzugreifen. Ich habe erlebt, und ich weiß nicht, ob das in der Enquete-Kommission je eine Rolle spielte in den Diskussionen, daß ein Teil der Leute, die in der DDR positive Identitäten entwickelten – also im Sinne von Dagegenhalten, Widerständigkeit, sich nicht anpassen –, daß die in dem Maße, in dem sie das entwickelten, auch für die Traditionskirche unbrauchbar wurden. Das heißt, dieser Prozeß der Annäherung in den achtziger Jahren, den wir hatten, der hat für viele ja nicht dazu geführt, daß sie einfach die Kirche verstärken konnten und wollten. Sie haben ein anderes, positives Verhältnis dazu gewonnen, aber ich sehe viele, die die Frage nach einer modernen Identität, nach den Werten und der Moral nicht mehr umstandslos mit dem Kirchenangebot verknüpfen können. Das heißt, das, was wir auf seiten der DDR als gravierendes Defizit sehen, wird von seiten der Bundesrepublik und ihrer gewachsenen Sozialisation, was diesen Bereich betrifft, nicht gerade mit einem attraktiven Angebot gefüllt. Eine Hypothese von mir wäre, die Werte von Demokratie, moderner Demokratie, und die universalistischen Werte, die mit Menschenrechten verbunden sind, sind im öffentlichen Bewußtsein vorhanden, aber vom Stellenwert her und von der Verinnerlichung ist es noch nicht so weit her. Da gibt es eine nüchtern-pragmatische Ebene, auf der man ganz andere Werte kennt und schätzt, auf der man Wunderdinge von der Macht des Geldes hört, und das soll es allein richten. Aber die Frage, wie sich das eine dann zum anderen verhält – tradiertes Christentum, Verunsicherung der Moderne und dieses Bemühen, mit den Werten der Demokratie produktiv umzugehen –, das wäre sicher eine Frage, die sich hier im Fortgang der Arbeit stellen würde. Ich merke nur, daß viele überkommene Angebote einfach nicht reichen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Dankeschön, Herr Templin. Herr Schlosser bitte.

Prof. Dr. Horst Dieter Schlosser: Ich beginne mit der Frage von Herrn Elm. Ich bin im Augenblick und wahrscheinlich auch auf längere Zeit überfragt, wenn ich sagen sollte, wieviele Mißverständnisse es eventuell gibt zwischen Nichtlinguisten und Linguisten, wenn es um die Sprache und deren Bedeutung geht. Da aber nun in bezug auf die Differenz zwischen Ost und West im Grunde genommen alle Wissenschaften dann doch mehr oder weniger wieder auf dieselben Grundtexte und Grundbefunde zurückgreifen, halte ich die Wahrscheinlichkeit für relativ gering, daß es hier zu schwerwiegenden Mißverständnissen kommt. Dennoch ist mir auf dieser Tagung aufgefallen, daß immer wieder – und zuletzt hat Frau Haack dazu noch Stellung genommen – Unsicherheit darüber bestand, seit wann es denn nun diese Identität, die Ost-Identität und die West-Identität, gibt. Es wurde darauf hingewiesen, daß es Diskussionen über die Identität auch in der alten Bundesrepublik gab, nur habe ich bis heute noch keinen Beleg aus den alten Bundesländern gefunden, wo wirklich im Sinne von bundesdeutsch gesagt wurde „wir“ und „unser Land“ und „unser Staat“, mal von Feierreden abgesehen, weil mich da wirklich die Alltagssprache interessiert. Ich habe aber sehr wohl, lange vor der Wende, bereits von DDR-Deutschen, ohne Zwang, sich ideologisch zu profilieren, gehört „unsere Menschen“ usw. Das war also wirklich weit unterhalb irgendeiner politischen Situation. Ich glaube, daß das westdeutsche Bewußtsein, daß es eine alte Bundesrepublik gab – zumindest an sprachlichen Belegen gemessen –, wirklich erst in der Auseinandersetzung mit der gewendeten DDR kam bzw. mit der DDR, die Geld brauchte. Typisch: „Wir haben uns unseren Wohlstand auch erarbeiten müssen.“ Ja, das sind die Argumentationsfiguren, wo „wir“ und „uns“ usw. vorkam, das habe ich vorher nie gehört. Das bundesdeutsche Alltagsbewußtsein war stets international, und wir sind damit im Ausland immer wieder aufgefallen, daß jeder Franzose ein Franzose sein wollte, jeder Engländer ein Engländer, nur wir Deutschen nicht. Wir, also die Westdeutschen, haben möglichst so getan, als seien wir international, übernational, überhaupt nicht national. Da gibt es schon kleine Mißverständnisse insofern, als die Soziologen sagen, es hat eine Diskussion über die Identität lange auch in der Bundesrepublik gegeben, nur die sprachlichen Befunde im Alltag fehlen. Das mag eine wissenschaftliche Diskussion gewesen sein, die aber das Selbstbewußtsein der Westdeutschen nicht erreicht hat.

Was die Angleichungsprozesse, Herr Faulenbach, angeht: Die hat es natürlich gegeben, da könnte man jetzt verschiedene Stufen ansetzen. Es hat die Überanpassung gegeben, die habe ich im Wahlkampf zur Volkskammer beobachtet, und zwar von ostdeutschen Politikern, die also plötzlich alles drauf hatten, was nach westdeutsch klang. Das schien besonders gut anzukommen, da war „ohne Wenn und Aber“, „die Marktwirtschaft abfedern“ usw. zu hören, es war alles drin, was wir so aus politischen Reden in der alten Bundesrepublik kannten. Es hat solche Reden gegeben, die im Westen geschrieben worden sind, aber das gilt auch für die Reden, die in der Noch-DDR geschrieben worden sind, das kann ich sogar beweisen. Es hat diese Überanpassung bis in den ersten gesamtdeutschen Duden 1991 gegeben. Dazu nur als kleines Beispiel:

Einige Mitarbeiter des Bibliographischen Instituts Leipzig waren allen Ernstes der Meinung, es dürfe in den neuen Duden nichts hineinkommen, was an DDR erinnert. Das hat zum Glück die Mannheimer Dudenredaktion beiseitegeräumt, denn man will ja immer noch wissen, wie Zentralkomitee geschrieben wird, ob mit zwei m und einem e oder mit einem m und zwei e usw. Da sehen Sie also wieder so etwas wie Überanpassung. Aber es gibt natürlich jetzt zunehmend auch die Opposition, und die halte ich durchaus für gesund, und ich würde da gar nicht so tief gehen und sagen, hier ist eine neue Spaltung da. Das dürfen wir nicht vergessen, und das bitte ich auch die Enquete-Kommission nicht zu vergessen –, es hat in der deutschen Geschichte eben nur in den allerschlimmsten politischen Zeiten Einheit gegeben, was die Kultur anging, in den allerschlimmsten Zeiten eine Einheitssauce, die für alle verordnet war. Es gibt inzwischen einen gesunden Regionalismus, auch in den neuen Bundesländern, und über den kann ich mich gar nicht ärgern, dazu gehört das Wort „Schrippe“ z.B., das kenne ich nicht aus meiner Sozialisation, das waren „Brötchen“, „Semmeln“ usw.. Ich kenne es natürlich, aber ich benutze es nicht. Und warum nicht auch – und das ist zum Teil aus Opposition gesagt worden – zum Brathähnchen weiterhin „Broiler“ sagen, das stört mich doch nicht. Es gibt allerdings, und das kann ich aber nicht in Zahlen bemessen, einen verschwindend geringen Anteil von DDR-typischen Wörtern ohne politischen Hintergrund, die allmählich auch im Westen ankommen. Einige Mauerspringer hat es vorher schon gegeben, dazu gehört „Fakt“, „es ist Fakt“, im Augenblick von der Telekom in der Werbung für ihre Gebührenordnung, „Fakt I“, „Fakt II“, „Fakt III“ verwendet. Es gibt verschwindend wenige solche Dinge, und einiges davon ist altes gutes deutsches Sprachgut, was im Westen verschwunden war, aber nicht in der DDR.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Dankeschön. Herr Neubert bitte.

Ehrhart Neubert: Herr Schlosser, mit dem Regionalismus, das ist ganz schön, wenn man richtig gut unterscheiden kann zwischen Sachsen und Württembergern, Thüringern und Norddeutschen, aber bitte nicht diesen Regionalismus – im Osten Deutschlands leben unsere Menschen und im anderen Teil leben die übrigen Deutschen. Ich will Ihnen etwas zu „unseren Menschen“ erzählen. Das ist eine ungeheuer repressive Formel gewesen. Ich habe 1985 oder 1986 ein paar Geschichten geschrieben, bin dann zum Verlag gegangen, und da bekam ich als Antwort, das können wir leider nicht veröffentlichen, denn so sind „unsere Menschen“ nicht. Dann will ich folgendes auch noch sagen: „Unsere Menschen“ haben ja nicht nur die Genossen gesagt, sondern das haben auch ihre Untertanen gesagt. Das heißt, das ist einer von diesen Kollektivbegriffen, die Täter und Opfer, Herrscher und Beherrschte verbunden haben, und das ist das Gefährliche an der ostdeutschen sogenannten Identität.

Herr Kowalczuk – darum geht es mir, um das Gefährliche an diesen starken Elementen in der deutschen politischen Kultur, die Diktaturen oder die Bindung von Beherrschten und Herrschern ermöglichen. Ich habe das am Beispiel

Arbeit beschrieben, man könnte es auch am Staatsbegriff darstellen. Es ist also nicht zufällig, daß in einer langen deutschen Sprachtradition der Begriff „der saubere Staat“ üblich war, den hat Hitler gebraucht, mit dieser Formel „sauberer Staat“ hat Honecker Biermann, Havemann und Heym damals exkommuniziert auf dem 11. Plenum 1965. Auch die freizügigen Filme der DEFA wurden mit diesem Wort verboten.

1987 veröffentlichte die Erfurter Samisdat-Zeitschrift „Die Plattform“ eine Geschichte. Ein Magdeburger Mitglied der „Arche“ hat im Kaufhaus einen Zettel zugesteckt bekommen, da stand: „Ich sag Euch, vom Zentrumwarenhaus komme ich her, und alle Regale waren leer. Da drinnen sitzen die Polen mit ihren Verwandten....“, und draußen sitzen also die Deutschen und kauen auf den Fingern. Das war ein subversives Gedicht, es kam von „unseren Menschen.“ Ein Jahr später wurde das schon wieder mobilisiert, da haben sie im „Neuen Deutschland“ geschrieben, was die Polen alles wegkaufen, und mitten in der Wende wurden Bilder gezeigt, um das Vertrauen zur deutschen Volkspolizei wieder herzustellen, wie man zwei Schieber auf dem Alex festnimmt. Wissen Sie, das nenne ich Zerrüttung von Moral.

Richtig, die Traditionsangebote der Kirche reichen heute oft nicht aus, weil weder in Ost noch West die Kirchen eine Antwort auf Modernisierungsprozesse haben. Aber in Ostdeutschland haben wir quasi eine negative Säkularisierung, ein Rückdrehen von Säkularisierung gehabt, eine Ersatzreligion.

Zur Frage von Martin Gutzeit: Was ist geblieben? Es ist eben leider sehr viel geblieben, auch gerade bei den Lehrern, und ich finde es ganz tragisch, daß unsere jungen Lehrer, die jetzt gut ausgebildet kommen, meist aus Geldgründen nicht eingestellt werden können, so daß der alte Lehrerbestand noch da ist. Es bekommt auch dem alten Lehrerbestand nicht, daß die jungen Leute nicht da sind, und zwar nicht, weil sie nun irgendwelche sozialistische Sachen noch „drauf“ haben, sondern weil sie aus diesem Wertegerüst sich nicht selbst befreien können. Deswegen muß eine bessere inhaltliche Diskussion geführt werden. Es müssen Strecken eröffnet werden, wie man gerade in diesen Fragen mit der Lehrerschaft weiterkommt. Offenbar haben eben auch die Kultusminister aller Parteien weitgehend versagt. Sie haben zwar ein paar Stasi-Leute rausgeschmissen, aber das wichtigste, den geistigen Erneuerungsprozeß, haben sie nicht in Gang gebracht. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Bevor ich Herrn Schlosser noch einmal das Wort gebe für eine kurze Replik, möchte ich Sie daran erinnern, Herr Jacobsen hat eine, wie ich meine, ziemlich wichtige Frage gestellt, und wenigstens der eine oder andere sollte sich dazu äußern.

Prof. Dr. Horst Dieter Schlosser: Nur um ein Mißverständnis auszuräumen ganz kurz: „Unsere Menschen“, „wir“ usw. empfinde auch ich nicht als einen gesunden Regionalismus. Ich möchte diese beiden Dinge wirklich auseinandergelassen haben.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Schönen Dank. Herr Krötke bitte.

Prof. Dr. Wolf Krötke: Die Frage nach der Entwicklung eines Ethos, einer Moral, ist deshalb so kompliziert zu beantworten, weil das im Grunde genommen innere Überzeugungen sind, die die Verlässlichkeit des Handelns von Menschen und ihres Verhaltens begründen, und nun haben wir aus der DDR-Zeit ein Doppeltes vor uns. Wir haben auf der einen Seite eine aufgesetzte Moral, von der man wußte im täglichen Umgang miteinander, daß die nicht hält, wenn die äußerlichen Verhältnisse weg sind, die sich in der Anpassung einfach orientierte an dem, was in der Schule, im Betrieb usw. nötig war. Und darunter war dann dieses Bewußtsein, das sich in Kleingärten zurückzog und die Verhältnisse dort zum Maßstab der eigenen Lebensführung erhob. Aus dieser Ebene heraus muß sich nun dasjenige aufbauen, was gesellschaftliche Verantwortung, Bewußtsein von der Unantastbarkeit des anderen Menschen und was alles dazugehört, ist. Ich denke, es ist also eine der wichtigsten Aufgaben, daß alle Bildungsinstitutionen und Einrichtungen, die mit der Kommunikation von Menschen zu tun haben, über solche Ausbildungen von inneren Überzeugungen ins Gespräch kommen und das überhaupt im Gespräch halten. Denn sonst passiert das, was man in einer Großstadt wie Berlin nun ja täglich beobachten kann, daß bei sehr vielen Menschen der fundamentale Respekt vor der Unantastbarkeit des anderen Menschen einfach verlorengeht, weil so etwas wie eine ethische Wüste entstanden ist und man jedenfalls nicht erkennt, woraufhin kannst du einen Menschen ansprechen als seine verlässliche Überzeugung, daß man weiß, woran man mit ihm ist. Das ist auch meine Frage, ich kann sie nicht beantworten, und es ist sicher eine Aufgabe, die nicht nur die Kirchen haben, sondern die ganze Gesellschaft – aufzupassen, daß so etwas wie ein solches Wertebewußtsein in diesem Wandel nicht verlorengeht.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Schönen Dank. Frau Haack bitte.

Prof. Dr. Hanna Haack: Herr Faulenbach hat mich gefragt nach den Prägungen, die Zukunft haben können. Die Beantwortung dieser Frage fällt mir außerordentlich schwer. Sie fällt mir so schwer, weil ich nicht sicher bin, was sind Prägungen, die wir in der DDR-Zeit antreffen und die wir heute als Prägungen aus der DDR-Zeit betrachten. Hat es sie nicht vielleicht schon vorher gegeben in ähnlicher Weise? Gibt es nicht ähnliche Dinge auch in der alten Bundesrepublik? Mir fällt das auch außerordentlich schwer aus einem ganz anderen, sehr subjektiven Grunde. Meine Arbeitsweise war und ist, von dem Empirischen ausgehend zu einer Verallgemeinerung zu kommen. Ich glaube, daß das Solidarverhalten zu den Prägungen gehört. Ich möchte aber gleich ein großes Fragezeichen dahinter setzen, einmal, weil die Palette der Ungleichheiten, die Herr Templin hier aufgelistet hatte, natürlich erheblich weiter fortzusetzen wäre, zum anderen, weil ich sicher annehme, daß gerade so etwas wie Solidarverhalten keine lange Zukunft haben wird. Ich möchte unter diesem Begriff „Solidarverhalten“ etwas fassen, was mir so von der normativen

Seite außerordentlich wichtig erscheint, für die Menschen wichtig erscheint, und darum geht es ja bei Identität viel mehr als bei anderem, und deshalb ist sie schwerer als vieles andere zu erkennen und zu messen. Ich denke also an solche Dinge beispielsweise, die hier auch schon in Beiträgen angesprochen sind, wie intakte Beziehungen in der Familie, und zwar nicht nur in der absoluten Kleinfamilie, sondern einer größeren Familie, intakte Freundschaftsbeziehungen, eine Reihe von Strukturen, die sich in der DDR gebildet haben, die heute Fortbestand haben, die fernab von den offiziellen Strukturen gewesen sind, die daraus resultieren, daß man zusammen gelernt hat, sich nachher auf Grund unterschiedlicher Lebenswege verloren hat, sich aber immer wieder aufeinander verlassen kann. Das halte ich für etwas Wichtiges, aber gerade hierbei weiß ich nicht, ist das nun wirklich etwas, was aus der DDR erwachsen ist. Sie schütteln den Kopf. Ja, ich bin mir eben auch völlig unsicher. Es war in der DDR da, aber es muß nichts Spezifisches sein.

Arbeitsbereitschaft mit viel Initiative und mit großer Experimentierfreudigkeit, das ist etwas, was mir in den Interviews, die ich jetzt geführt habe und noch führe mit Arbeitern, die teils erheblich aufgestiegen sind, immer aufgefallen ist, worauf sie außerordentlich großen Wert legen. Wir müssen uns natürlich darüber im klaren sein, daß der Ausstieg aus der Arbeitswelt, wofür die ostdeutschen Arbeitnehmer ja gar keine Zeit hatten, für so etwas zu lernen, schon prägend ist.

Ich bin selber geographisch sehr mobil, ich habe in den letzten Jahren ein halbes Jahr hier, ein halbes Jahr da gearbeitet. Ich sehe negative Seiten, aber ich sehe auch positive Seiten. Ich selber bin nicht in der Lage, in Rostock und meinen jeweiligen Arbeitsstätten Freundeskreise wirklich zu haben. Ich weiß nicht, wem es gelingt.

Ich möchte noch etwas sagen zu dem, was Herr Elm fragte, obwohl ich darauf in keiner Weise mit Zahlen antworten kann. Es ging um Frauen im höheren Bildungswesen. Ich muß nur feststellen, daß es mich in der DDR genauso wie heute bedrückt hat, daß ich in dem Bereich, den ich überschauen kann – das sind die Geisteswissenschaften –, immer wieder das gleiche feststellte, auf der unteren Ebene, bei den Studierenden, ist die Zahl der Studentinnen hoch. Je höher wir steigen, desto geringer wird die Zahl der Frauen, und ich persönlich danke außerordentlich meinem akademischen Lehrer, der als Mann und in einer frühen Zeit der DDR sehr großen Wert darauf gelegt hat, daß er nicht nur eine Reihe junger Frauen um sich hatte, die dann noch so gerade promovieren konnten, sondern daß er sich auch dafür interessiert hatte, was machen sie weiter. Also aus meiner Sicht muß hier weiterhin etwas geschehen, und es gibt schon vieles, was benachteiligend ist, aber es gibt vieles natürlich auch, was gemacht wird. Ich habe in Hamburg noch Frauen kennengelernt, die in einem Frauensonderstudium waren, die also echt gefördert worden sind; ich glaube, das ist ein Problem beider Systeme.

Ich möchte noch ein Wort sagen zu dem, was Herr Gutzeit ansprach mit dem ideologischen Druck, der plötzlich weg ist, wenn man Lehrer ist. Sie gestatten, daß ich das einmal sehr persönlich beantworte, denn auch bei mir war ja der ideologische Druck vorher da, und dann war er weg. Nun bin ich Privatdozentin in Hamburg, und da verfolgt mich seit einigen Semestern von Seminar zu Seminar ein ehemaliger Bundeswehroffizier, ein Studierender, der zu den sogenannten „grauen Köpfen“ gehört. Er sagt zu mir von Seminar zu Seminar: „Frau Haack, was ist nun aber das wichtigste Buch?“ Dann sage ich, wenn ich ein agrargeschichtliches Seminar mache: „Naja, ich würde es schon ganz gut finden, wenn Sie sich mit den Anfängen einmal beschäftigen würden, gucken Sie einmal in Wilhelm Abel 'Agrarkrisen und Agrarkonjunktur' hinein.“ Gegenwärtig machen wir ein Seminar, da biete ich eine Arbeit von Kocka an und sage: „Sehen Sie sich einmal an, neben vielen anderen Dingen, 'Weder Stand noch Klasse' von Kocka.“ Und was macht dieser Herr? Er sieht sich das brav an, und er argumentiert ausschließlich mit diesem einen Buch jeweils, anschließend. Und wissen Sie, was mir dann passiert? Ich denke immer, nun ist es Abel oder ist es Kocka oder ist es jemand anders, und ich erinnere mich irgendwie an meine eigene Vergangenheit, wo man den Eindruck gewann, daß man sich so verhalten mußte, daß man also diese eine Position irgendwie immer wieder schrieb, obwohl, und ich habe Sozialgeschichte gemacht, die eigentlichen Untersuchungsergebnisse etwas anderes zeigten.

Zwischenruf Sv. Prof. Dr. Hans Adolf Jacobsen: Das mag ja bei Offizieren manchmal so sein, sonst aber wohl kaum.

Prof. Dr. Hanna Haack: Ja, das sagen mir die jüngeren Leute auch, aber trotzdem.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Schönen Dank, Frau Haack. Herr Wolle bitte.

Dr. Stefan Wolle: Auch an mich ist die Frage gestellt worden, was ich von der DDR-Mentalität denn nun eigentlich für bewahrenswert halte. Früher hätte ich gesagt, man muß das dialektisch sehen – also insofern auch wieder ein Stück DDR-Identität, diese Schulung in der Dialektik. Es ist nämlich immer ein sowohl als auch. Vieles, was das Leben in der DDR teilweise vom Alltag her liebenswert machte, ist natürlich Resultat des Drucks von außen, eines zum Teil sehr schlimmen Drucks. Das ist für mich vor allen Dingen auch ein eminent darstellerisches Problem. Wenn man über DDR-Geschichte schreibt, muß man sich ja irgendwie zwischen diesen beiden Polen bewegen. Erst kürzlich fragte mich meine elfjährige Tochter: „Sag mal, was war eigentlich die kommunistische Schreckensherrschaft?“ Ich denke: „Um Gottes willen, wo hast du solche Ausdrücke her?“ „Ja“, sagt sie, „unsere Pobi-Lehrerin“ – also Pobi ist politische Bildung –, „unsere Pobi-Lehrerin hat gesagt, in der DDR war früher die kommunistische Schreckensherrschaft.“ Das ist, am Rande bemerkt, die frühere Staatsbürgerkundelehrerin. (Heiterkeit)

Darüber will ich jetzt eigentlich nicht reden. Also was war denn nun eigentlich die kommunistische Schreckensherrschaft? Das zu beantworten ist fürchterlich schwierig. Es geht mir nicht nur um das Plakative und das Holzhammerhafte des Begriffs. Ich habe ähnliche Schwierigkeiten mit „Diktatur“, „Unrechtsstaat.“ Ich bin der Meinung, es war eine Diktatur, ohne jeden Zweifel, ich bin auch der Meinung, es war ein Unrechtsstaat. Bloß in der Darstellung kommt man da nicht sehr viel weiter. Da muß man einmal das Schlimme zeigen in der DDR, was Menschen bedrückt hat, wie das Wolfgang Templin sehr schön geschildert hat – die Hausgemeinschaft, daß sie eine Kontrollfunktion hatte, daß da Sozialkontrolle, daß da Schnüffelei stattfand in diesen vielgerühmten Kollektiven. Aber man muß gleichzeitig wiederum wissen, daß es in vielen Erinnerungen so ganz gemütlich war, da waren alle so nett früher, und man machte sich nicht so viel Sorgen um die Karriere, ja, man war irgendwo reingesetzt, und auf der Schiene lief man dann auch, wenn alles gut ging. Und zwischen diesen beiden Polen zu verbinden, das ist unglaublich schwer. Da bleibt eigentlich dann in der Regel das Geschichtenerzählen und so ein kleines bißchen die Satire, aber da dreht sich die Kurbel noch einmal, weil die Satire natürlich auch immer eine gewisse Neigung zu dem Gegenstand der Satire bedingt. Also wenn ich wirklich etwas gut beschreiben will, muß ich auch eine heimliche Neigung dazu haben. Mir fiel das neulich einmal auf bei einer Konferenz in Bonn, da ging es um Ost und West bei der politischen Bildung, ging es um Ost-West-Bewältigung der NS-Vergangenheit. In der Pause fragte mich dann eine Dame: „Sind Sie nun eigentlich aus dem Osten oder aus dem Westen?“ Da bekam ich einen Schreck und dachte, nun bist du auch schon so ein überraschender Westler, bei dem man nicht mehr unterscheiden kann, wo er eigentlich herkommt. Will ich auch nicht sein, und bei manchen Formulierungen von Herrn Schlosser ging mir das auch so. So ein Blödi aus dem Osten, der nicht richtig deutsch kann, will ich eigentlich auch nicht sein. Das haben Sie dann relativiert (Heiterkeit), da springe ich sofort in die Schützengräben des Jammerossis. Ich weiß, es ist bloß ein Beispiel gewesen, es geht nicht gegen Sie persönlich, Sie haben es dann etwas anders dargestellt. Aber ich möchte es noch verschärfen. Ich mache seit fünf Jahren Lehrveranstaltungen an der Humboldt-Universität, und alle meine Seminare sind gemischt Ost-West, und in der Tat, ich kann es nicht verhehlen, die aus dem Westen kommen, haben tatsächlich eine höhere Kommunikationsfähigkeit. Ich will es gar nicht bestreiten. Es ist auffällig, es war vor fünf Jahren auffälliger, als es heute ist, aber es ist noch ganz deutlich. Die reden schneller, die reden mehr, die können das, was sie nicht wissen, besser ausdrücken. (Heiterkeit) Ich wollte nur meine Gespaltenheit deutlich illustrieren, daß auch ich, mindestens innerlich, in diesen Schützengräben des Jammerossis springe, sage, na ja, da sind nun wieder die aus dem Westen, und die wollen uns was überhelfen usw.. Ich bin dann vielleicht in der Lage, wieder rauszugucken aus dem Schützengraben, aber so ganz fremd ist es mir nicht. Das zeigt also meine innere Gespaltenheit.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Frau Nickel bitte.

Prof. Dr. Hildegard Maria Nickel: An mich waren drei Fragen gerichtet, und ich will sie der Reihe nach beantworten, wenn sie auch irgendwie miteinander zusammenhängen. Zunächst die Frage von Herrn Faulenbach, der mein Referat so verstanden hat, als hätte ich die Ostfrauen-Identität mit der Westfrauen-Identität kontrastiert. Das habe ich genau nicht getan. Was ich gemacht habe, und ich hoffe, das ist dann letzten Endes auch transportiert worden, ist, daß ich versucht habe deutlich zu machen, daß sich die ostdeutsche Frauenidentität aufgrund von sehr konkreten, benennbaren Rahmenbedingungen herausgebildet hat, daß diese ostdeutsche Identität nun, und in dem Sinne habe ich dann in der Tat kontrastiert, auf veränderte Rahmenbedingungen trifft und jetzt also Suchstrategien entwickeln muß, um mit diesen veränderten Rahmenbedingungen klarzukommen. Ich hatte ganz im Gegenteil gesagt, und es ist mir auch wichtig, das noch einmal zu betonen, daß das, was jetzt von den ostdeutschen Frauen und eben nicht nur von ostdeutschen Frauen, sondern etwas generalisierender von all denen, die sich über Arbeit identifizieren oder ihre Identität an Arbeit binden, beansprucht wird, daß das ein Prozeß ist, der über 200 Jahre durchaus selbstverständlich ein männliches Privileg war, worüber auch nicht diskutiert worden ist. In der Bundesrepublik ist seit den sechziger Jahren so etwas wie eine nachholende Individualisierung bundesdeutscher Frauen in Gang gekommen, ohne daß sich entsprechend die Rahmenbedingungen verändert haben, und genau das ist der Punkt, den ich dann charakterisieren wollte mit der Widerständigkeit der ostdeutschen Frauen. Ich habe versucht, den Begriff abzusetzen von einem Begriff, der vielleicht etwas üblicher ist, in den Medien sich stärker durchgesetzt hat, nämlich dem des Eigensinns. Der hat für mich eine etwas negative Konnotation, weil er auch ein Stück Starrsinn bedeutet. Widerständigkeit meint vielmehr, daß die Frauen, die aufgrund von konkreten Rahmenbedingungen ihre Sozialisation erfahren und über diese Sozialisation noch eine Identität entwickelt haben und diese Identität sich bindet an die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, daß die ein widerständiges Potential entwickeln, oder man könnte auch sagen, Suchstrategien entwickeln, um nun unter den neuen Bedingungen mit ihren Identitäten klarzukommen. Sie sind damit konfrontiert, daß die Rahmenbedingungen sich nicht unbedingt darauf einstellen, daß diese Potentiale auch positiv eingebracht werden können. Ich will nur daran erinnern, es gibt direkte und vielleicht mehr indirekte Aufforderungen an Frauen, den Arbeitsmarkt doch nun endlich zu entlasten. Das sind die Kampagnen, die in die Richtung gehen, Frauen sollten doch nun endlich dieses westdeutsche Modell akzeptieren und sich auf Teilzeitarbeit einlassen. Ostdeutsche Frauen machen das nicht, die halten an der Vollerwerbstätigkeit fest, und das, würde ich denken, ist ein Indikator für die benannte Widerständigkeit. Es gab 1992/93 eine Infas-Studie, die ein Stück weit auch feststellen sollte, wie sich die Identitäten der ostdeutschen Frauen wandeln, etwa unter der Maßgabe, daß die ostdeutschen Frauen permanent überlastet waren und nun auch froh sein würden, wenn sie eine Last abgeben und sich dann einrichten könnten auf das Hausfrauendasein. In der Infas-Studie 1992/93 ist festgestellt worden, daß nur 3 Prozent der ostdeutschen Frauen sich vorstellen könnten, wenn es denn materiell überhaupt möglich wäre, sich

auf ein Hausfrauendasein einzulassen. Insofern sind das Indikatoren, die auf eine Art von Widerständigkeit im Sinne von Festhalten-wollen an einer Identität hinweisen, und ich muß schon sagen, ich finde es doch einigermaßen zynisch, wenn gerade in dem Augenblick, wo Frauen einen Anspruch formulieren, der für Männer seit 200 Jahren selbstverständlich ist, dann mit der über Erwerbsarbeit verbundenen Identität so eine Abwertung verbunden und das nun plötzlich eher negativ konnotiert ist. Also das, finde ich, ist dann letzten Endes doch eine sehr zynische Argumentation, die ich so auch nicht teilen würde.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter: Dankeschön, Frau Nickel und allen anderen Damen und Herren hier oben auf dem Podium. Bevor ich dem Vorsitzenden das Schlußwort gebe, habe ich doch das Bedürfnis, noch einige Punkte kurz anzusprechen. Wir waren uns, meine Damen und Herren, in der Vorbereitungsgruppe für diese Anhörung sehr wohl darüber im klaren, daß wir mit der Übernahme des Themas „Identitäten“ ein sehr komplexes und kompliziertes Unternehmen angegangen sind. Wir haben auch in Vorbereitungsdiskussionen schon viel Schelte bekommen, das sei eigentlich gar nicht unser Thema, das müsse in den Themenbereich Alltag. Ich bin am Ende dieser Anhörung der Auffassung, wir haben gut daran getan, unser Rückgrat aufrecht zu halten und uns nicht unter Druck setzen zu lassen. Identität, idealtypisch gesehen, ist ja letztlich das Ergebnis eines Sozialisationsprozesses, der, von verschiedenen Institutionen durchgeführt, dem Objekt der Sozialisation, dem Kind, dem Kleinkind, dem Jugendlichen die Fähigkeit gibt, sich in einer Gesellschaft zu bewegen, agieren zu können. Und weil dies so ist, entwickelt jede Gesellschaft in ihrer jeweiligen Spezifik die Institution, die sie glaubt haben zu müssen, um diesen Menschen für diese Gesellschaft vorzubereiten. Wie wir wissen, in der DDR mit den Institutionen, die diese Erziehung produziert haben – wie erfolgreich oder nicht erfolgreich auch immer –, sind in jedem Falle am Ende dieses Prozesses Menschen in diese Gesellschaft integriert oder entlassen worden. Und jetzt kommt das Entscheidende: Die viele Rederei in der letzten Zeit über Identität, die ja übrigens ihre Vorgänger hat, widerspiegelt ein weit verbreitetes Problem, das als Folgeproblem unserer Vereinigung angesehen werden muß. Ich glaube, diese Enquete-Kommission ist gut beraten, wenn wir einsehen sollten, daß die individuellen Schicksale, die sich mit dieser Redeweise in der Tat verbinden, keine Schicksale sind, die sich aus Akten und Archiven ergeben, sondern die in den mentalen und ganz komplizierten individuellen Prozessen der einzelnen gelegen sind, und daß diese auch zu den Aufgaben dieser Enquete-Kommission gehören. Wir haben in einigen Bereichen der Diskussion erfahren, daß es hier nicht ausreicht, die routinisierten Bildungseinrichtungen mit dieser Aufgabe zu betrauen, sondern daß wir Überlegungen anstellen müssen, wie hier in einer zumutbaren Weise Hilfestellung gegeben werden kann für diesen komplizierten und schwierigen Prozeß. Wenn man dann noch hinzunimmt, daß wir in der eigenen alten BRD in vergleichbaren Situationen zweifellos nicht mit dieser Dramatik und auch nicht mit diesem normativen Tiefgang stecken, dann scheint mir das noch zu-

sätzlich eine spannende Aufgabe zu sein. In dem Sinne, bin ich der Auffassung, haben wir ein gewisses Ergebnis erreicht, und wenn ein Ergebnis nahe liegt, lieber Markus Meckel, dann hat sich unsere Veranstaltung in jedem Falle gelohnt. Ich danke Ihnen für Ihr Hiersein und den Referenten noch einmal für die Mitarbeit. (Beifall)

Vorsitzender Siegfried Vergin: Meine Damen und Herren, „Identitäten in der DDR. Kontinuitäten und Wandel im vereinigten Deutschland“ war zwei Tage lang das Thema der öffentlichen Anhörung der Enquete-Kommission hier in Magdeburg. Ich habe gestern in der Mittagspause zwei Magdeburger beruhigen und trösten müssen, daß sich die Enquete-Kommission nicht nur mit Künstlern und Wissenschaftlern unterhält über eine Thematik, die diese beiden Magdeburger, die arbeitslos waren, überhaupt nicht interessiert. Sie haben mich gefragt: „Macht ihr auch etwas anderes? Macht ihr auch Überlegungen, die uns helfen?“ Das heißt, es ist schon wichtig, daß wir als Enquete-Kommission noch deutlicher machen, als wir das schon bisher tun, daß wir nicht nur antreten, theoretische und historische Überlegungen anzustellen, um sie dann aufzuschreiben, sondern daß unsere Arbeit auf solchen Anhörungen basiert, um daraus dann Konsequenzen für das Zusammenwachsen von Menschen zu finden. Mit diesen Anmerkungen möchte ich mich bedanken bei allen, die hier heute und gestern mitgewirkt haben. Für mich war es eine sehr spannende Veranstaltung, und ich glaube, gerade weil der Begriff der Identität nicht so definiert ist, daß wir wußten, worüber wir eigentlich reden, sondern weil jeder seinen Identitätsbegriff gefüllt hat, kam eine Palette von Problemen in diesem Prozeß des Zusammenwachsens auf den Tisch, die wir jetzt abzuräumen und abzuarbeiten haben. Ich glaube, darin bestand das große Plus der heutigen Veranstaltung. (Beifall)

(Ende der Sitzung: 16.35 Uhr)